Stenografischer Bericht

3. Sitzung des Landtages Steiermark

XIX. Gesetzgebungsperiode 11. Februar 2025

Beginn: 10.00 Uhr

Entschuldigt: Zweiter Präsident Mag. Drexler, LTAbg. Karelly, LTAbg. Kaufmann, MMs BA, KO LTAbg. Krautwaschl, LTAbg. Meißl, KO LTAbg. Swatek, BSc

A. Einl.Zahl 265/1

Aktuelle Stunde (§ 71 GeoLT)

Betreff: *Kommunale Daseinsvorsorge bedroht: Unsere Gemeinden in der Krise*

Wortmeldung: LTAbg. Mag.(FH) Hofer (148), Landesrat Mag. Hermann, MBL (150), Landeshauptmannstellvertreterin Khom (152), LTAbg. Könighofer (154), LTAbg. Ing. Aschenbrenner (156), LTAbg. Schönleitner (158), LTAbg. Reif (161), LTAbg. Melinz, Bakk.phil. (162), LTAbg. Könighofer (164), LTAbg. Mag. Dr. Dolesch (166), LTAbg. Schönleitner (168), LTAbg. Ing Aschenbrenner (171), LTAbg. Bocksrucker (172), LTAbg. Thürschweller (174), LTAbg. Forstner, MPA (176), Landeshauptmannstellvertreterin Khom (178)

B1. Einl.Zahl 264/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Energiegemeinschaften in steirischen Gemeinden erleichtern*

Frage: LTAbg. Reif (181)

Beantwortung der Frage: Landesrätin Schmiedtbauer (182)

Zusatzfrage: LTAbg. Reif (184)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrätin Schmiedtbauer (184)

B2. Einl.Zahl 266/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Lithium-Abbau auf der Koralm*

Frage: LTAbg. Nitsche, MBA (185)

Beantwortung der Frage: Landesrätin Schmiedtbauer (185)

D1. Einl.Zahl 268/1

D r i n g l i c h e A n f r a g e der NEOS an Landeshauptmannstellvertreterin Khom

Betreff: *Gemeindefinanzen im Keller - schaut die Landesregierung weiterhin zu?*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Reif (268)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmannstellvertreterin Khom (273)

Wortmeldungen: (Siehe Tagesordnungspunkt D2)

Beschlussfassung: (298)

D2. Einl.Zahl 269/1

D r i n g l i c h e A n f r a g e der NEOS an Landesrat Mag. Hermann, MBL

Betreff: *Gemeindefinanzen im Keller - schaut die Landesregierung weiterhin zu?*

Begründung der Dringlichen Anfrage: (Siehe Tagesordnungspunkt D1)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Mag. Hermann, MBL (279)

Wortmeldungen: LTAbg. Reif (285), LTAbg. Schönleitner (289), LTAbg. Melinz, Bakk (293), LTAbg. Mag(FH) Hofer (296), LTAbg. Ing. Aschenbrenne (297)

Beschlussfassung: (299)

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: Mitteilungen gem. § 39 GeoLT (187)

1. Einl.Zahl 183/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Kontrolle

Betreff: *Prüfbericht zu Wasserversorgung in der Steiermark mit dem Schwerpunkt Ausfallsicherheit*

Wortmeldungen: LTAbg. Bocksrucker (187), LTAbg. Fartek (189), LTAbg. Schönleitner (191)

Beschlussfassung: (193)

2. Einl.Zahl 165/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Landwirtschaft

Betreff: *Tätigkeitsbericht der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle für das Jahr 2023*

Wortmeldungen: LTAbg. Putzenbacher (194), LTAbg. Fartek (195), LTAbg. Wieser (196), LTAbg. Izzo (197)

Beschlussfassung: (198)

3. Einl.Zahl 220/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Kontrolle

Betreff: *Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2025/1); Vorbereitung auf den Blackout-Fall*

Wortmeldungen: LTAbg. Ing Aschenbrenner (199), LTAbg. Forstner, MPA (200), KO LTAbg. Triller, BA MSc (202), Landeshauptmann Kunasek (203)

Beschlussfassung: (204)

4. Einl.Zahl 123/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Verfassung

Betreff: *Beschluss Nr. 822 des Landtages Steiermark vom 19.11.2002 betreffend Information des Landtages über die Ergebnisse der Landeshauptleutekonferenz am 27.11.2024*

Wortmeldungen: LTAbg. Resch (205), Bundesrat Samt (207), LTAbg. Nitsche, MBA (208), LTAbg. Lercher (210), KO LTAbg. Schwarz (212), KO LTAbg. Mag. Schnitzer (213), LTAbg. Könighofer (215), KO LTAbg. Schwarz (216)

Beschlussfassung: (218)

5. Einl.Zahl 191/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Gemeinden und Wahlrecht

Betreff: *Gesetz vom [...], mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1957, das Steiermärkische Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 1962, die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 und das Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz geändert werden*

Beschlussfassung: (219)

6. Einl.Zahl 167/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Umwelt- und Naturschutz

Betreff: *29. Umweltbericht des Landes Steiermark, Berichtszeitraum 2022-2023*

Wortmeldungen: LTAbg. Mag. Dr. Dolesch (219), LTAbg. Fartek (222), LTAbg. Michael Stefan Wagner (225), LTAbg Wieser (227), LTAbg. Nitsche, MBA (228), LTAbg. Ing. Aschenbrenner (230), LTAbg. Schönleitner (231), LTAbg. Reif (234)

Beschlussfassung: (236)

7. Einl.Zahl 184/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Kontrolle

Betreff: *Prüfbericht zu Facilitymanagement in steirischen Landesberufsschulen - Folgeprüfung*

Wortmeldungen: LTAbg. Glawogger (236), LTAbg. Eisel-Eiselsberg (238), LTAbg. Mag.(FH) Kroismayr-Baier (239)

Beschlussfassung: (240)

8. Einl.Zahl 192/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Verkehr und Infrastruktur

Betreff: *Bus Verkehrsbindel Weiz 2026 – 2036 Sommerferienbeginn Juli 2026 - Sommerferienbeginn Juli 2036 Kosten des Landes: 99.800.000 Euro*

Wortmeldungen: LTAbg. Derler (240), Dritte Präsidentin LTAbg. Ahrer (241), LTAbg. Forstner, MPA (242), Landesrätin Dr. Holzer (243)

Beschlussfassung: (244)

9. Einl.Zahl 168/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Verfassung

Betreff: *Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Sozialbetreuungsberufe geändert wird*

Wortmeldung: LTAbg. Zambo (244)

Beschlussfassung: (245)

10. Einl.Zahl 219/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Kontrolle

Betreff: *Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2025/2); Akutgeriatrie und Remobilisation in Niederösterreich und in der Steiermark*

Wortmeldungen: LTAbg. Mag. Schoeller (245), KO LTAbg. Schwarz (246), LTAbg. Mag. Dr. Holasek (247), Landesrat Dr. Kornhäusl (248)

Beschlussfassung: (249)

11. Einl.Zahl 221/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Gesundheit und Pflege

Betreff: *Patientinnen- /Patienten- und Pflegeombudsschaft; Tätigkeitsbericht der Patientinnen- /Patienten- und Pflegeombudsfrau über die Geschäftsjahre 2022 und 2023*

Wortmeldungen: LTAbg. Mag. Schoeller (249), LTAbg. Nitsche, MBA (251), LTAbg. Zenz (252), LTAbg. Mag. Kampus (253), KO LTAbg. Klimt-Weithaler (255), LTAbg. Mag. Dr. Holasek (259), KO LTAbg. Klimt-Weithaler (2690), Landesrat Dr. Kornhäusl (263)

Beschlussfassung: (266)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Hohes Haus!

Ich bitte die Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen, damit wir mit der Sitzung beginnen können.

Es findet heute die 3. Sitzung des Landtages Steiermark in der XIX. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreter der Medien sowie alle Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mario Kunasek an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind: Zweiter Präsident Mag. Christopher Drexler, LTAbs. Silvia Karelly, LTAbs. Martina Kaufmann, Bakk MA, KO LTAbs. Sandra Krautwaschl, LTAbs. Arnd Meißl, KO LTAbs. Nikolaus Swatek.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Die Gesamtredezeit der heutigen Landtagssitzung wurde gemäß § 57 Abs. 4 GeoLT in der Präsidialkonferenz beraten und beträgt vier Landstunden. Ich ersuche gemäß § 55 Abs. 1 GeoLT um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung.

Ich komme zur Aktuellen Stunde

Vom Landtagsklub der SPÖ wurde am Freitag, dem 7. Februar 2025 ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde, Einl.Zahl 265/1, betreffend „**Kommunale Daseinsvorsorge bedroht: Unsere Gemeinden in der Krise**“ eingebracht.

Gemäß § 71 GeoLT wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Zur Begründung erteile ich Herrn LTAbs. Mag.(FH) Stefan Hofer das Wort. Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

LTAbs. Mag.(FH) Hofer – SPÖ (10.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, insbesondere geschätzter Herr Landeshauptmann und Frau Landeshauptmannstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Abhaltung einer Aktuellen Stunde zur Lage unserer steirischen Gemeinden und Städte halte ich in der momentanen Situation mehr als angebracht und daher wurde diese Aktuelle Stunde

auch von uns, von der steirischen Sozialdemokratie eingebracht. Ich bedanke mich gleich zu Beginn für eine konstruktive Debatte zu diesem Thema und mit uns, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wird es jedenfalls kein Wechseln von politischem Kleingeld geben. Das ist nicht unser Stil, das ist speziell auch nicht mein Stil. (*Beifall bei der SPÖ*) Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, eine lebenswerte Steiermark, das haben wir hier im Landtag schon oft betont, wäre ohne das Engagement, das Tag für Tag in unseren Kommunen erbracht wird, unmöglich. Unsere Städte und Gemeinden stellen die Bildung und Betreuung für unsere Jüngsten ebenso sicher, wie eine würdevolle Pflege unserer älteren Generation. Sie fördern das gesellschaftliche Zusammenleben, sorgen für ein vielfältiges Freizeit-, Kultur- und Sportangebot und unterstützen unsere Vereine und Einsatzorganisationen. Unsere Gemeinden sind unverzichtbar, wenn es um den Erhalt der Infrastruktur wie Straßen, Wege und Brücken geht, treten aber ebenso auch als wichtiger Auftraggeber für die lokale Wirtschaft auf. Kurzum, unsere Gemeinden und Städte sind jene Orte, wo die Steirerinnen und Steirer leben, arbeiten, ihre Zukunft gestalten und somit Heimat haben. In der letzten Zeit allerdings wurden die Herausforderungen für unsere Kommunen immer größer und haben nun ein Maß erreicht, das dringendst Gegenmaßnahmen erfordert. Zu hohe Energiepreise, die Teuerung im Allgemeinen, steigende Sozialausgaben und die Übertragung von immer mehr Aufgaben ohne entsprechende Gegenfinanzierung, führen zu immer höheren Kosten für Städte und Gemeinden. Demgegenüber fehlen die Einnahmen, unter anderem durch eine völlig verfehlte Budget- und Wirtschaftspolitik der aktuellen Bundesregierung. Die österreichische Wirtschaft schneidet im internationalen Vergleich sehr schlecht ab. Das wird auch durch Daten des WIFO bestätigt. Zudem kommt die Notwendigkeit einer massiven Budgetkonsolidierung auf Bundesebene. Nicht zu reden vom derzeitigen Finanzausgleich, der die Steiermark generell massiv schlechter behandelt. Natürlich müssen auch die Gemeinden sparen, aber auch hier ist der Spielraum begrenzt, unter anderem durch gesetzliche Verpflichtungen. Städte und Gemeindebund warnen vor negativen Entwicklungen und haben umfassende Forderungspapiere an die neue Landesregierung übermittelt. Der hier im Landtag allseits geschätzte und auch anerkannte Gemeindebundpräsident Erwin Dirnberger fasst es dramatisch zusammen. Er meinte: „So schlimm war es noch nie.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um nicht weniger als um die Zukunftsfähigkeit der Steiermark mit ihren Städten und Gemeinden. Denn Land und Kommunen brauchen sich als Gebietskörperschaften gegenseitig. Gelingt es nicht, unsere Kommunen stark und robust für die Zukunft aufzustellen, sind weniger Investitionen in die Infrastruktur und Daseinsvorsorge, ein Verlust von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft, verminderte Steuereinnahmen, Abwanderung und damit

insgesamt eine Schwächung der Regionen und hier vor allem des ländlichen Raums die Folge. Setzen wir uns deshalb als Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger im Lande entschlossen und gemeinsam für unsere Städte und Gemeinden ein und entwickeln wir Maßnahmen, um ihre Situation zu verbessern. Beispielsweise die von uns vorgeschlagene temporäre Aussetzung der Landesumlage. *(Beifall bei der SPÖ)* Nur so können unsere Städte und Gemeinden ihre zentrale Rolle in der und für die Gesellschaft in der Steiermark weiter erfüllen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ – 10.08 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Zur Abgabe der Stellungnahme erteile ich dem als zuständig bezeichneten Regierungsmitglied, Herrn Landesrat, Mag. Stefan Hermann, das Wort.

Landesrat Mag. Hermann, MBL - FPÖ (10.08 Uhr): Vielen Dank, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzter Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung!

Vielen Dank an den Abgeordneten Hofer für diese sachlich unaufgeregte Einbringung und Begründung der Aktuellen Stunde. Auch wenn der Titel etwas martialisch, dystopisch anmutet, hast du den Kern getroffen. Du hast umschrieben, mit welchen Problemstellungen die steirischen Kommunen jeden Tag zu kämpfen haben. Und diese angespannte Situation in den Kommunen ist selbstverständlich der Landesregierung bekannt und bewusst. Und die Gründe hast du aufgeführt. Gleichbleibende Einnahmen bei wesentlich mehr Ausgaben, eine hohe Inflation. Und wenn man sich die Zinskosten anschaut, so sind vom Jahr 2020 war die Zinsbelastung der Gemeinden bei 28,4 Millionen und mittlerweile sind es 109 Millionen. Die kommunale Daseinsvorsorge, und das ist mir schon wichtig auch herauszustreichen, ist jedoch nicht gefährdet. Denn wenn man sich die kommunale Daseinsvorsorge im engeren Sinn anschaut, nämlich Abwasser- und Abfallwirtschaft, dann müsste sie aufgrund der Gebührensituation kostendeckend geführt werden. Und auch die kommunale Daseinsvorsorge im weiteren Sinne, wenn ich an Kinderbetreuungseinrichtungen, Feuerwehren und Sporteinrichtungen etc. denke, dann wird da durchs Land unterstützt und sichergestellt. Im Bereich der Elementarpädagogik werden in der Steiermark die Mittel vom Bund aus dem Zukunftsfonds zur Gänze den Gemeinden zur Verfügung gestellt. Und mir ist auch wichtig, mit einer Mär aufzuräumen, wenn man sich so die Berichterstattung durchliest und auch die Dringliche Anfrage, die am Nachmittag eingebracht wird, dass der Landesregierung das Problem nicht bewusst ist. Denn

bereits in den Regierungsverhandlungen hat sich die Situation der Kommunen und die Herausforderungen, die wir haben, durchgezogen wie ein roter Faden durch alle Themenbereiche. Und das erklärte Ziel ist klar, die steirischen Kommunen zu entlasten. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Und so war die Situation der steirischen Gemeinden selbstverständlich auch Thema bei der Regierungsklausur. Es ist eine Materie, die viele Bereiche betrifft und deshalb als allgegenwärtig Thema und das Problembewusstsein ist hier. Und ich finde, dass ein sehr schönes Zeichen, ein Signal auch an die Gemeinden ist, wie wichtig der Landesregierung ihre Herausforderungen und Problemstellungen sind, dass wir die Zuständigkeiten im Gemeindebereich neu geregelt haben. Ich glaube, dieser Ort des Chorreferats ist österreichweit einzigartig. Wenn etwas so etwas wie ein gut funktionierendes Referat ist, dann ist es zwischen uns. Wir kombinieren nämlich die Erfahrungen der ÖVP in diesem Bereich mit neuen Ansichten von uns. Es gibt einen ständigen Austausch zwischen dem Büro und das Ziel ist es, und das haben wir auch so in mehrfachen Gesprächen vereinbart, alle Gemeinden gleich und nach objektiven Kriterien zu unterstützen *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)*, sowie die Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Und auch im Regierungsprogramm haben wir ein umfassendes Maßnahmenpaket zu den Kommunen, auch zur Stärkung der Gemeinden niedergeschrieben. Nämlich, dass wir eine Evaluierung und Objektivierung der Bedarfszuweisungsmittelvergabe anstreben. Dass wir die Gemeindeordnung novellieren wollen, um Kontrollinstrumente zu stärken. Dass wir Landesdienststellen in die Regionen auch bringen wollen und dass der Ortskernstärkung auch ein wesentlicher Stellenwert auch entsprechend zugesprochen wird. Ich war gestern in der Abteilung 17 und diese zwei Ortskernkoordinatoren haben alleine im heurigen Jahr bereits 30 Gemeinden besucht und wir haben jetzt Anfang Februar, also durchaus eine gute Leistung, die da vollbracht wird. Und auch eine Forderung haben wir ganz klar an die Bundesregierung artikuliert, nämlich beim Finanzausgleich diese Benachteiligung, diesen ungerechten Steiermark Malos endlich abzuschaffen. Und da werden wir gemeinsam mit unserem Landeshauptmann dafür kämpfen. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Entbürokratisierung und Deregulierung ist auch ein Leuchtturmprojekt, dem sich die Steiermärkische Landesregierung unter Landeshauptmann Kunasek auch verschrieben hat. Und auch diese Entbürokratisierungs- und Deregulierungsoffensiven werden selbstverständlich den Gemeinden zugutekommen, wenn ich ans Baugesetz beispielsweise auch denke. Ich habe in den letzten Wochen, seit 19. Dezember, mit 40 Kommunen Kontakt gehabt, in den unterschiedlichsten Bereichen, mit Bürgermeister, Amtsleitern und ich habe da nicht das Gefühl, dass die Bürgermeister in der Steiermark irgendwie panisch im Kreis laufen und die

Nerven schmeißen, ganz im Gegenteil. Ich habe da motivierte Menschen erlebt, ich habe Menschen erlebt, die ein Problembewusstsein auch haben, denen auch klar ist, dass es eine gemeinsame Kraftanstrengung brauchen wird, um die Situation für die Gemeinden zu verbessern. Und diese Aktuelle Stunde heute hier soll sowas wie ein Startschuss sein. Ein Startschuss sein für einen gemeinsamen Kraftakt, um die Kommunen zu entlasten. Eine einfache Lösung wird es nicht geben. Es wird ein Maßnahmenbündel brauchen. Und ich freue mich auf die Diskussion und die Zusammenarbeit mit dem Landtag Steiermark und möchte schließen mit einem großen, großen Dankeschön an all jene, die im kommunalen Bereich tätig sind, an die unzähligen Gemeinderäte, die Bürgermeister, die Verwaltungsbeamten, aber auch an die Verwaltung im Land Steiermark, Hofrat Wlattnig, Hofrat Grießer und Mannschaft, die hervorragende Arbeit leisten. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 10.14 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Landesrat für die Beantwortung. Zur Abgabe einer weiteren Stellungnahme erteile ich dem ebenfalls zuständig bezeichneten Regierungsmitglied, Frau Landeshauptmannstellvertreterin Manuela Khom das Wort. Ich bitte darum.

Landeshauptmannstellvertreterin Khom - ÖVP (10.15 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, liebe Kollegen aus der Regierung und von mir äußerst geschätzter Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich gleich zu Beginn meiner Rede den Worten von Herrn Kollegen Stefan Hermann anschließen und mich bedanken bei all jenen, die draußen in den Gemeinden die Verantwortung tragen. Er hat etwas gesagt, was auch ich nur feststellen kann, wo ich im Moment sehr viel unterwegs bin. Unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind nicht panisch. Ihnen ist bewusst, wie groß die Herausforderung ist, aber sie gehen mit ganz, ganz viel Verantwortung an dieses Thema heran. Und wenn sie zu uns kommen, weil sie unter anderem Unterstützung brauchen, dann machen sie das auch mit großer Verantwortung für Ihre Gemeinden, aber insgesamt auch für das Land. Und dafür an dieser Stelle vielen, vielen herzlichen Dank an all jene, die draußen diese Verantwortung tragen. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Ich denke, wir sind uns alle einig, dass das Thema der Daseinsvorsorge ein enorm wichtiges für die Steiermark ist. Und ich freue mich, dass der Kollege Hofer das auch ganz klar angesprochen hat, wie wichtig es ist, dass auch wir genau hinschauen, um dieses wichtige Thema voranzutreiben und zu unterstützen. Und da freue ich mich, dass dieses klare Miteinander, einen

Weg wollen wir gehen, miteinander wollen wir Lösungen finden, auch angesprochen wurde. Die derzeitige Wirtschaftslage setzt alle öffentlichen Haushalte unter Druck. Das merken wir im Land, ich glaube, das ist mittlerweile allen bewusst. Und das merken eben auch die Gemeinden, nicht nur bei den Ertragsanteilen, sondern auch bei den Einnahmen der Kommunalsteuer. Und unsere Aufgabe ist es, trotz dieser Umfeldbedingungen, und da erlauben Sie mir schon anzumerken, das ist weder ein österreichisches noch ein steirisches Phänomen, sondern das ist etwas aufgrund der Rahmenbedingungen, und die hat auch der Kollege Hofer schon angesprochen, für die keine Regierung tatsächlich eine Lösung gefunden hat, nicht die österreichische und auch nicht welche in anderen Ländern. Also es ist kein Alleinstellungsmerkmal in Österreich, dass unsere Kommunen und auch die Länder finanziell gefordert sind. Zwei Dinge, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann ich Ihnen aber versprechen. Zum einen, dass der Herr Kollege Stefan Hermann und ich als zuständige Gemeindereferenten unsere Gemeinden sehr gut im Auge haben. Er hat schon gesagt, wir treffen uns ununterbrochen, sie kommen zu uns, aber wir sind beide auch draußen unterwegs, um hinzuhören und zu fragen, was brauchen sie und wo können wir, die Verantwortungsträgerinnen und -träger, draußen unterstützen und was braucht es, wo wir genau hingehen. Und an dieser Stelle lassen Sie mich auch erwähnen, dazu brauchen wir beide keine Aufforderung. Wir sind uns unserer Aufgabe bewusst. Das Land Steiermark wird alles unternehmen, um die finanzielle Stabilität und Liquidität jeder einzelnen steirischen Gemeinde sicherzustellen. Nach dem bereits finanziell angespannten Jahr 2024, also die Gemeinden stehen ja nicht jetzt in diesem Jahr plötzlich vor besonderen Herausforderungen, so wie ja vielen bewusst ist, war das auch im Vorjahr schon so, es wird sich nur leider im Jahre 2025 nicht besonders verbessern. Christopher Drexler und Anton Lang sind in ihrer Verantwortung nicht müde geworden, frühzeitig darauf hinzuweisen und es in Gesprächen mit dem Bund zu betonen. Bereits im Vorjahr wurde von der damaligen Landesregierung unter ÖVP und SPÖ die gesamten Mittel aus dem Zukunftsfonds an die steirischen Gemeinden für die Kinderbildung und Betreuung weitergegeben. Also auch da braucht man uns, glaube ich, jetzt nicht unbedingt vorwerfen, dass bei Kinderbildung und Kinderbetreuung in diesem Land nichts vorangeht, sondern die Gemeinden haben neben dem im Finanzausgleich festgehaltenen 35 Millionen Euro, insgesamt 70 Millionen Euro für den Erhalt und den Ausbau der Kinderkrippen und Kindergärten für unsere jüngsten Steirerinnen und Steirer erhalten. Damit haben wir die Gemeinden in einer sehr schwierigen Situation, und das wissen wir alle, dass die Situation herausfordernd ist, unbürokratisch unter die Arme gegriffen. Und zusätzlich sind wichtige Investitionen in die elementare Bildung auch für die kommenden

Jahre bereits jetzt schon abgesichert worden. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Diese Absicherung war und ist gut für die Liquidität unserer Gemeinden, das ist gut für die finanzielle Stabilität der Gemeinden und das ist erst recht gut für die kommunale Daseinsvorsorge. Der Bund hat in Kenntnis der steigenden finanziellen Aufwände der Gemeinden einige kommunale Investitionsprogramme, kurz immer KIP genannt, geschürt. Wir waren und sind das einzige Bundesland, das das kommunale Investitionsprogramm 2020 des Bundes noch zusätzlich durch Landesmittel unterstützt hat. Somit wurden Zukunftsprojekte der Gemeinden zu 75 % von Bund und Land gefördert. Und das gibt es nur in der Steiermark. Und ich glaube, das ist ein guter Weg. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Zusätzlich zum Investitionsprogramm haben alle österreichischen Gemeinden im Jänner 2025 eine Liquiditätsunterstützung von 300 Millionen erhalten. Das sind 37,36 Millionen für unsere steirischen Gemeinden. Unsere steirischen Gemeinden, und damit meine ich alle 285, haben in den letzten Jahren somit erhebliche Mittel vor allem in die Sanierung und Errichtung von daseinsgerechter Infrastruktur erhalten. Und das wurde auch schon genannt. Wir nennen Schulen, Kinderkrippen, die Gemeindestraßen, den Breitbandausbau, Sportstätten, also immer da, wo es möglich war, wurden sie unterstützt, um zu investieren und das Leben am Land, und das hat der Kollege Hofer gut angesprochen, das Leben am Land, und das Land ist die ganze Steiermark, also auch unsere Städte, ich will das nur dazu sagen, haben wir mit diesem Programm massiv unterstützt und die Gemeinden haben massiv Verantwortung übernommen und da sage ich noch einmal Danke an die Verantwortungsträger draußen in den Gemeinden. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: „Ich bitte um den Schlusssatz, Frau Landeshauptmannstellvertreterin.“)* Ich könnte euch noch so vieles erzählen, wie viel Unterstützung es an die Gemeinden gegeben hat, aber ich habe in diesem Haus immer darauf hingewiesen, die Redezeiten einzuhalten. Und ich darf mich ja noch ein zweites Mal zu Wort melden. Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 10.22 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke dir, Frau Landeshauptmannstellvertreterin. Das ist ein guter Vorsatz für die nächsten Sitzungsführungen. Die Redezeit der weiteren Rednerinnen und Redner der Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten. Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Philipp Könighofer.

LTAbg. Könighofer - FPÖ (10.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Abgeordnete und Zuseher!

Zunächst bin ich froh, dass wir heute über die Situation in den Gemeinden diskutieren können. Ich bin der festen Überzeugung, dass es ausschließlich sachpolitischen Gründen geschuldet ist und nicht den anstehenden Gemeinderatswahlen. Die pragmatische Wortmeldung des Kollegen Hofer nährt diese Hoffnung, auch in der weiteren Debatte sachlich zu bleiben. *(KO LTAvg. Schwarz: „Wir sind ja nicht so wie ihr.“)* Der Abgeordnete Schwarz, der mit Zwischenrufen immer wieder glänzt, Herr Abgeordneter, ich sage es Ihnen vielleicht gleich zu Beginn der Periode. Sie werden damit bei mir wenig Erfolg haben. Ich bin viele Jahre in der Arbeiterkammer gesessen, da sind 110 Mitglieder, die sind wesentlich lauter als Sie mit Ihren Zwischenrufen, auch wesentlich einfallsreicher. Also ich bitte, Sie können das gleich vergessen. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Aber nun zurück zur Thematik. Grundsätzlich beinhaltet die verschriftlichte Aktuelle Stunde der SPÖ jedenfalls einige richtige und vernünftige Ansätze. Ich möchte mich dem Gesamthema vielleicht noch etwas breiter nähern, so dass es in fünf Minuten auch möglich ist, nutze sonst auch die von der Frau Landeshauptmannstellvertreter angesprochene Möglichkeit einer zweiten Wortmeldung. Es ist doch so, dass die in der Aktuellen Stunde und in der Wortmeldung thematisierten Finanzausgleichsverhandlungen, und das muss man vielleicht der Sozialdemokratie auch mitteilen, seitens der Steiermark zuletzt von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Lang geführt wurden und davor von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer. Ich will jetzt nicht sagen, dass Sie die Alleinverantwortung dafür tragen, aber das sei auch dem Herrn Klubobmann ins Buch geschrieben. Er sollte das durchaus, vielleicht bei kommenden Wortmeldungen, auch berücksichtigen. Die letzten Finanzausgleichsverhandlungen wurden unter keiner blauen Fahne, sondern unter einer roten Fahne geführt. Es ist aber so, dass sich die Steiermark im aktuellen Regierungsprogramm dem Thema der Gemeindefinanzen sehr ernsthaft und sehr umfassend widmet. Es ist so, dass wir klipp und klar drinnen stehen haben, und da ist auch im Rahmen der Regierungsklausur herausgestrichen, dass eine sofortige Aufnahme der Verhandlungen über den Finanzausgleich notwendig ist. Und es ist auf Seite 44, und ich sage es auch für die anderen Oppositionsparteien, die ja teilweise sehr selektiv das Regierungsprogramm auch lesen, gleich die Steigerung der Sozial- und Pflegekosten zu evaluieren. Ja, das wird auch notwendig sein. Das wird da drinnen zu der einen oder anderen kontroversen Diskussion führen. Aber, wenn wir ernsthaft davon sprechen, strukturell die Gemeinden zu entlasten, dann wird dort Reformbedarf bestehen und dann werden diese Reformen umzusetzen sein. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Was nicht möglich sein wird, und das ist auch dem Budget, das wir übernommen haben, von Herrn Landeshauptmannstellvertreter geschuldet, was nicht möglich sein wird, werden einmal

Maßnahmen, die zig Millionen kosten, innerhalb kürzester Zeit zu realisieren. Genannt ist dabei immer wieder die Landesumlage. Ja, wenn wir eine vernünftige und, sage ich einmal, transparente Budgetsituation vorgefunden hätten, aus dem roten Ressort übernommen hätten, dann wäre das vielleicht eine Möglichkeit gewesen. So wie es jetzt aussieht, ist das leider keine Möglichkeit, weil nun einmal Sie da 900 Millionen Euro zu Buche schlagen, wie auch alle seitens der Oppositionsbank den Zeitungen entsprechend entnommen haben als Abgänge. Das ist vielleicht auch zu erwähnen in dem Zusammenhang, weil hier immer mit der Landesumlage argumentiert wird. Ich habe mir diesbezüglich auch ein bisschen die umliegenden Bundesländer angeschaut und einen besonderen Blick auf Burgenland und auf Kärnten geworfen. Auch dort besteht diese Landesumlage. Und vielleicht zum Burgenland, ich habe mir sogar die Mühe angetan und das neue Regierungsprogramm Rot-Grün gelesen. Dort steht keine Zeile der Abschaffung der Landesumlage. Also auch im Burgenland scheint die Landesumlage durchaus ein probates Mittel zu sein und auch in Kärnten. Wahrscheinlich würde es jedes Land am liebsten abschaffen, aber die budgetären Rahmenbedingungen, die ja von der Frau Landeshauptmannstellvertreter angesprochen wurden, geben es nun einmal einfach nicht her. Und dann habe ich noch einen Blick nochmals über die Landesgrenzen gewagt – so jetzt leuchtet die Uhr schon rot – und darf nur einige Titel vorlesen: „Gemeinden geht das Geld aus. Projekte leiden unter angespannter Finanzlage.“ In der SPÖ-geführten Stadt Villach scheint es besonders dramatisch zu sein. (*Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: „Jetzt, Herr Abgeordneter, ist die Uhr rot. Bitte um den Schlusssatz.“*) Da sind 91 Millionen Euro an Schulden verhoben. Also es geht nicht nur der Steiermark so. Ich freue mich auf eine Fortsetzung der Debatte im Rahmen der zweiten Wortmeldung. (*Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 10.27 Uhr*)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, als nächstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Ing. Bruno Aschenbrenner.

LTAbg. Ing. Aschenbrenner – ÖVP (10.27 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werter Herr Landeshauptmann, geschätzte Frau Landeshauptmannstellvertreterin, werte Mitglieder der Landesregierung, meine Kolleginnen und Kollegen des Landtages Steiermark, werte Zuseherinnen und Zuseher!

Wie schon angesprochen worden ist, sind fast unzählige Funktionärinnen und Funktionäre tagtäglich in unseren Gemeinden dafür verantwortlich, dass es unseren Bürgerinnen und Bürgern so gut wie an nichts fehlt. Wir sorgen dafür in den Gemeinden draußen, dass wir in der

Daseinsvorsorge, in der Kinderbildung und Betreuung, in unseren Volksschulen, in der Infrastruktur, in der Versorgung mit dem tagtäglichen, was sie brauchen, Hand anlegen und wirklich das Beste geben. Ich sage hier wirklich ein großes Dankeschön an alle Verantwortungsträger in unseren Gemeinden. Sie leisten tagtäglich wirklich Großartiges. (*Beifall bei der FPÖ und ÖVP*) Und wir haben mit unserer Landeshauptmannstellvertreterin Manuela Khom und mit Landesrat Stefan Hermann zwei Verantwortliche für unsere Gemeinden, die selbst aus der Kommunalpolitik kommen. Die unterschiedlicher in ihren Gemeinden nicht aufgestellt sein können. Ob das jetzt in Steirisch-Lassnitz, in Murau oben ist oder im Umfeld von Graz, Sie wissen wirklich, welche Herausforderung von der kleinen bis zur großen Gemeinde in der Entwicklung mit den Herausforderungen Abgang genauso wie starker Zuwachs umgegangen werden muss. Sie wissen, wo der Schuh drückt und Sie stehen an der Seite unserer Gemeinden. Die finanzielle Situation brauchen wir nicht schönreden. Wir wissen aber auch, dass die vor der Konstituierung dieser Landesregierung am 18. Dezember auch nicht besser ausgesehen hat. Und es liegt wirklich daran, dass wir jetzt ohne viel Polemik zusammenhalten, zusammenstehen und die Herausforderungen der geringer werdenden Einnahmen in unserem Land durch die Konjunktur, die uns wirklich nichts Gutes verheißt auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite durch die gestiegenen Ausgaben, die es braucht, in der Betreuung, in der Pflege, im Sozialwesen auch abzufedern. Und es stehen zu den Ertragsanteilen, die heuer prognostiziert zwischen 0,8 und 1 % liegen, aber auch die gestiegenen Personalkosten gegenüber, die wir auch im Landtag hier mittragen. Gestiegene Sachaufwände, die sich um 5 % belaufen, gestiegene Zinsaufwände, wenn wir auch jetzt momentan einen leichten Rückgang haben, sind trotzdem in der Budgetierung vorher nicht so vorgesehen gewesen. Zusätzliche Kostensteigerungen bzw. Anpassungen aufgrund gesetzlicher Neuerungen, hier im Landtag besprochen und behandelt, steuerliches Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz, Pflichtschulerhaltungsgesetz, Sozial- und Pflegeleistungsfinanzierungsgesetz. Ja, wir haben selbst auch die Ausgaben mitbeschlossen, die die Gemeinden auch betreffen. Und das, wenn man vergleicht, 2007 bis 2022, 15 Jahre, Präsident Erwin Dirnberger hat es da immer wieder im Landtag gesagt, Steigerungen bei den Ertragsanteilen in der Höhe von 80, 90 % gegenübergestellt, Steigerung bei den Sozialausgaben um 200 bis 220 %, je nach Kommunen, je nach Gegend. Und heute hat auch Städtebundpräsident Kurt Wallner in einem Interview ganz klar gesagt, dass die Gesundheits- und Sozialkosten so enorm steigen, dass die Gemeinden das nicht mehr stemmen können. Ich gebe ihm recht. Es braucht aber die Anstrengung aller, in den zukünftigen Verhandlungen für den Finanzausgleich gemeinsam dafür Sorge zu tragen, dass wir den Gemeinden das geben, was

sie brauchen. Im letzten Finanzausgleich hat der Gemeindebund, und ich sage hier wirklich ein großes Dankeschön an die Vertreter des Gemeindebundes, versucht, den Fixkostenschlüssel neu zu verhandeln. Das heißt, dass jene Gemeinden bzw. jene Länder, die unter diesem Durchschnitt des Bundes liegen, angehoben werden auf dieses Niveau des Durchschnittes. Das hätte dem Bund 340 Millionen Euro pro Jahr gekostet. Auf Landesebene mit den Verantwortlichen des Landes, der Abteilung 7, dem Städte- und Gemeindebund besprochen, paktiert, Richtung Wien geschickt. Draußen leider nicht angekommen, weil es den großen Städten und dem einen oder anderen Bundesland nicht so geschmeckt hat. Und kurz angesprochen, die Wirtschaftssituation. Wir haben europaweit, wir haben weltweit Herausforderungen. Und auch in der Bundesrepublik Deutschland reden wir seit drei Jahren von einer Rezession, von keinen Steigerungen. Wir sind nicht alleine. Es braucht aber die gemeinsame Anstrengung, dass wir diese Probleme für unsere Gemeinden, aber auch für das Land und für den Bund stemmen. In diesem Sinne gehen wir es gemeinsam, sachlich und nicht polemisch an. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 10.33 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Als nächstes am Wort ist der Abgeordnete Lambert Schönleitner.

LTabg. Schönleitner - Grüne (10.33 Uhr): Danke dir, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann, werde Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich glaube, uns allen ist bewusst, vor einer Gemeinderatswahl ist es wichtig, über solche Dinge zu reden. Darum auch danke bei der SPÖ für das Einbringen der Aktuellen Stunde. Die NEOS machen heute noch eine Dringliche. Ich glaube, es ist wichtig, gerade in Zeiten, wo die Gemeinden ins Bewusstsein rücken, auch politisch über die Dinge zu reden, die sie derzeit beschäftigen. Und die Finanzierung, und da komme ich schon am Punkt, ist etwas, was wir hier nicht zum ersten Mal diskutieren, sondern die auch schon in den letzten Jahrzehnten, mehreren Jahren immer wieder ein Thema war. Es war nie so wie jetzt. Das ist klar, auch von den Rahmenbedingungen, das ist überhaupt unbestritten, aber uns war schon immer bewusst, und das zeigen auch viele Debatten, und auf diese Ehrlichkeit möchte ich zu Beginn schon eingehen, dass die Finanzierung der Gemeinden, so wie sie aufgestellt ist, nicht mehr ausreichen wird. Das haben wir auch schon vor den Krisen gewusst. Das Problem ist, wir haben die Debatte nicht ehrlich genug geführt. Das waren unterschiedliche Regierungen. Wir waren auch in den letzten

fünf Jahren in der Bundesregierung. Aber ich glaube, man muss eine ehrliche Debatte insofern führen, dass man nicht nur beschreibt, wie schlimm es ist und wie furchtbar es ist und vor allem nicht nur darüber redet, wer jetzt zahlen soll. Das ist klar, die Gemeinden können nicht mehr. Aber auch das Land hat ein Defizit. Wir haben es gesehen, 900 Millionen Euro 2024, das ist ja keine Kleinigkeit mehr. Der Bund ist knapp an einem EU-Defizit-Verfahren auf europäischer Ebene vorbeigeschrammt. Und das sagt uns ja was, dass nämlich die Debatte, die wir führen, um kurzfristig etwas zu verbessern, mit Landesumlage, mit der Schlüsselveränderung im Sozialhilfereich, können wir die Gemeinden schon kurzfristig unterstützen, aber langfristig, und auf das möchte ich ganz bewusst jetzt eingehen, weil, das ist doch der Kern der Debatte, braucht es eine völlige Neuaufstellung der Gemeindefinanzierung. *(Beifall bei den Grünen)* Weil, dem Bürger und der Bürgerin ist es im Prinzip, jetzt vorsichtig gesagt, egal woher die Daseinsvorsorge unterstützt wird und abgesichert wird. Sie muss abgesichert werden. Die Gemeinden haben natürlich viele Aufgaben in den letzten Jahren zugeschrieben bekommen, wo sie einfach sehen, wenn wir das qualitativ machen wollen, fehlt uns das Geld. Und da muss man, glaube ich, dann am Ende die Debatte nicht so führen, welcher Topf wird jetzt hergenommen, sondern wir müssen ehrlich sein, irgendwann brauchen wir auf Bundesebene vom Steuersystem her eine Änderung. Wir brauchen, wenn wir die Gesellschaft in eine gute Zukunft führen wollen, und da gehören die Gemeinden ganz zentral dazu, an der untersten Stelle, das ist den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten, dann braucht es eine sichere Finanzierung. Und auf das möchte ich kurz eingehen, weil ich glaube, da ist die Debatte in den letzten Jahren nicht genug qualitativ geführt worden. Wir müssen schauen, dass der Finanzausgleich nicht nur immer kritisiert wird, wir alle haben ihn immer kritisiert. Auch SPÖ hat ihn kritisiert im Haus, auch die ÖVP hat ihn kritisiert. Nur sie haben ihn halt wenige Wochen vorher mit unterschrieben. Wir haben ihn dann auch wieder verlängert auf Bundesebene. Und ich glaube, wenn man in die Zukunft schaut, dann muss man endlich erkennen, dass diese Form des Finanzausgleichs, nicht nur weil er kompliziert ist, sondern weil er letztendlich nicht an den Aufgaben orientiert ist, so nicht mehr passt. Und wenn wir etwas weiterbringen wollen aus solchen Debatten heraus, dann braucht es den Druck von allen Stellen. Und der Landeshauptmann sagt es ja, dass das wichtig ist, wir werden ihn dann auch messen, wie laut diese Worte sind, dass wir den Finanzausgleich neu aufstellen müssen. Und am Ende müssen wir aber auch sehen, naja, wenn alle drei Töpfe auf kommunaler Ebene, auf Landesebene und auf Bundesebene leer sind und die Menschen abgesichert gehören und die Errungenschaften der Gesellschaft und der Wohlstand gesichert gehört, da muss ich mir überlegen, wie ändere ich etwas? Und da muss ich schon auch sagen in

Richtung der ÖVP und in Richtung der FPÖ, ich glaube, so ehrlich müsstet ihr die Debatte auch führen, das wird nicht mehr nur damit gehen, dass die Wirtschaft wieder anspringt und dass wir einsparen. Das ist hoffentlich so, dass die Wirtschaft anspringt, wenn es gute Investitionspakete gibt. Das ist hoffentlich so, dass wir Dinge einsparen, speziell auch Doppelgleisigkeiten in der Verwaltung, wo den Bürgern dann mehr zukommt. Aber ehrlich ist doch auch, und das möchte ich von der ÖVP schon einfordern und von der FPÖ, wir müssen irgendwann auch sagen, wir müssen einnahmenseitig was tun. Das ist bitte unbestritten. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ)* Wir können nicht jahrelang so weitertun und sagen, es wird schon wieder gehen und die Wirtschaft wird anspringen. Wir müssen etwas tun. Und jetzt nenne ich ein paar so Dinge noch, weil, die Zeit ist ja nur kurz, ich kann mich da eh noch einmal melde. Dass die Grundsteuer nie angepasst wurde, das schadet den Gemeinden. Wir haben es auch da im Haus seinerzeit bei der Abschaffung des steirischen Grundsteuerbefreiungsgesetzes diskutiert. Schon damals haben wir Experten von der KFU dagehabt, die uns gesagt haben, das ist mit den Realwerten der Immobilien nicht mehr ident. Das passt nicht mehr dazu. Also wir müssen mehr einnehmen. Warum? Um den Gemeinden mehr geben zu können. Das wäre so ein Beispiel. Die Neuregelung der Kommunalsteuer. Da gibt es interkommunale Zusammenarbeit, das ist lobenswert, aber wir wissen, das ist teilweise viel zu gering. Ich bin der Meinung, man muss auch bei der Kommunalsteuer hinschauen und schauen, dass diese Kannibalisierung oder diese Konkurrenzierung von Nachbargemeinden wegkommt. Das muss man stärker fördern. Da braucht man ein neues Kommunalsteuersystem. Das sind nur ein paar Beispiele, die ich jetzt nenne, die wir brauchen. *(Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: „Herr Abgeordneter, bitte um den Schlusssatz.“)* Bin schon beim Schlusssatz, Herr Präsident. Am Ende werden wir sagen müssen, diese Einnahmenseite können und dürfen wir nicht ausblenden. In der zweiten Wortmeldung komme ich dann auf die steirische Ebene, denn auch hier können wir einiges tun, was, glaube ich, wichtig ist. Aber die ehrliche Debatte, die wünsche ich mir von dem Haus, dass wir grundsätzlich im System gemeinsam und ganz oben auch etwas ändern müssen, weil, das Hin- und Herschieben zwischen den Töpfen wird das Problem nicht lösen. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 10.38 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Als nächstes zu Wort gemeldete ist der Abgeordnete Robert Reif.

LTabg. Reif - NEOS (10.38 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmann, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, Kollege Stefan Hofer hat es richtig gesagt, eine sachliche Diskussion zu einem Problem, das es schon lange gibt und das sich halt jetzt wirklich zuspitzt. Und der Herr, wirklich geschätzte Gemeindevorstand, Erwin Dirnberger hat es, das ist vorher schon gefallen, gesagt, so schlimm war es noch nie. Und ich glaube, so schlimm war es wirklich noch nie. Und es muss etwas getan werden. Und zu einer sachlichen Diskussion zähle ich aber auch dazu, dass man auf der Sachebene bleibt. Und wenn dann der Herr Kollege Könighofer glaubt, er muss da rausgehen, um mit Polemik und Populismus irgendwo herumzuschreien, dann darf ich ihn an Folgendes erinnern und ich zitiere da jetzt einfach nur mal zwei Dringliche Anfragen der FPÖ im Vorjahr. „Kommunale Verantwortungsträger schlagen Pleitealarm. Welche Verantwortung trägt Finanzlandesrat Anton Lang?“ „Kommunale Verantwortungsträger schlagen Alarm. Droht steirischen Gemeinden dank Politik von ÖVP, SPÖ und Grüne eine Pleitewelle.“ Also, Herr geschätzter Kollege Könighofer, wenn das nicht Polemik ist, dann weiß ich auch nicht was. Wir diskutieren hier herinnen über ein Thema, das es, wie gesagt, schon lange gibt. Ich erwarte mir keine Schuldzuweisungen an vorangegangene Regierungen, sondern ich erwarte mir Lösungen. (LTabg. Könighofer: „Muss man differenzieren. Das ist keine Schuldzuweisung.“) Und vor allem, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben es verdient, dass sie endlich Lösungen bekommen. Und es war auch der jetzige Landesrat Stefan Hermann, der noch voriges Jahr genau da gestanden ist und gesagt hat: „Sofort Landesumlage abschaffen. Wir müssen diese Umlage abschaffen, damit wir die Gemeinden entlasten.“ (LTabg. Könighofer: „Inzwischen ist was passiert.“) Und jetzt hören wir heute ..., inzwischen ist was passiert, ja es war eine Wahl und jetzt hat sich alles gedreht, jetzt sitzen wir da oben und sagen: „Jetzt geht es nicht mehr, weil jetzt sind wir in Verantwortung.“ Vorher ist es wurscht, vorher darf man einmal schreien. Geschätzte Damen und Herren, ich erwarte mir gerade für Gemeinden, und Gemeinden sind das Herzstück unserer Demokratie, das ist die Basis. Das ist dort, wo wir und vor allem die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und ich gemeinsam als Gemeinderat tagtäglich mit den Bürgerinnen und Bürgern zu tun haben und die brauchen Unterstützung. Es kann nicht sein, dass uns Bürgermeisterinnen und Bürgermeister anrufen, uns als eine der kleinen Oppositionsparteien und sagen, danke, dass ihr das Thema heute auch aufgreift. Die SPÖ hat es auch gemacht. Und danke, dass ihr das anspricht. Ich weiß oft nicht einmal, wie ich meine Gehälter überweisen soll. Und das, meine Damen und Herren, das sind wirklich Probleme. Weil wenn ein Bürgermeister

nicht mehr weiß, wie er seine Gehälter überweisen soll, ja dann muss es jetzt endlich einmal eine Lösung geben. Dann muss man auch nicht, und normalerweise bin ich ein Fan davon, den Regierungen 100 Tage Schonfrist geben. Nur da brennt der Hut. Es muss jetzt endlich etwas passieren und es müssen Lösungen gemacht werden. Und nicht, dass wir wieder da herinnen hören, was nicht schon alles im Vorjahr passiert ist, wo es nicht schon Unterstützungen gegeben hat. Ja, ohne den wären die Gemeinden sowieso schon pleite. Das heißt, es müssen jetzt Lösungen her. Und ich habe bis jetzt keine einzige Lösung gehört, außer, ja, es geht jetzt nicht mehr, weil jetzt sind wir in der Regierung. Und das ist keine Lösung, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei den NEOS und der SPÖ)* Wie wollen die Gemeinden wissen, wie sie weiter tun sollen. Die Gemeinden müssen wissen, wie sie was zahlen sollen. Und die Gemeinden müssen auch den Rückhalt bekommen dieser Landesregierung. Und der fehlt mir. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 10.42 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Am Wort ist der Abgeordnete Alexander Melinz.

LTAbg. Melinz Bakk. phil. - KPÖ (10.42 Uhr): Vielen Dank, Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir haben ja heute jetzt schon mehrfach gehört, dass es durchaus prekär steht um die finanzielle Lage der steirischen Gemeinden. Und es wird ja doch nicht zu Unrecht immer wieder auch die Frage des Finanzausgleichs aufs Tapet gebracht, weil, das haben wir auch schon gehört, die Steiermark da natürlich im Vergleich mit anderen Bundesländern, vor allem mit den westlichen Bundesländern, benachteiligt ist. Das heißt, es braucht eine Veränderung dieses Schlüssels, aber ich glaube, man müsste durchaus einmal reden, ob die sogenannte vertikale Verteilung nicht einmal unter die Lupe genommen wird. Das heißt, dass man einfach schaut, dass Länder und Gemeinden hier generell mehr dieser aufgebrauchten Steuermittel bekommen. Es ist allerdings so, dass, das ist auch schon vorkommen, der Finanzausgleich von allen Parteien immer wieder bemüht wird und dass auch schon die verschiedensten Landesregierungen in der Steiermark hier angekündigt haben, für Verbesserungen zu sorgen. Relevant passiert ist da allerdings nie was und ich glaube, dementsprechend ist es jetzt nicht ganz abwegig zu befürchten, dass auch einer FPÖ-geführten Landesregierung da keine großen Sprünge gelingen würden, eben weil da auch die Interessen der anderen Bundesländer dann mit eine Rolle spielen. Und das eine schwierige Sache ist. Insofern glaube ich, müssen wir schon auch überlegen, wie wir in der Zwischenzeit,

also bis man vielleicht zu einer Veränderung des Finanzausgleichs kommt, auch Maßnahmen setzen können, um den Gemeinden finanziell unter die Arme zu greifen, damit eben die wichtige kommunale Daseinsvorsorge nicht nicht mehr geleistet werden kann und damit auch Investitionen, die ja ganz dringend nötig sind, wir reden von Schulen, von der Elementarpädagogik, von Straßen, Kanal, Wasser etc., dass diese Investitionen möglich sind. Wir werden im Übrigen als KPÖ heute bei den Dringlichen Anfragen auch einen Antrag einbringen, einen Entschließungsantrag, der ein paar solcher Vorschläge dann auch dem Landtag vorlegt. Ich möchte auf ein paar Punkte aber trotzdem hier kurz eingehen, weil ich glaube, es ist für die Diskussion nicht ganz unwichtig. Wir haben ja über die Landesumlage schon gesprochen. Da ist es ja so, dass die Steiermark momentan die höchstmögliche Landesumlage einhebt, also diese 7,66 % der ungekürzten rechnungsmäßigen Ertragsanteile. Wenn man sich jetzt anschaut, was das im letzten Landesbudget bedeutet hat, dann sieht man, dass man die Gemeinden da mit einer Abschaffung dieser Landesumlage einmal um mehr als 130 Millionen Euro schon entlasten könnte. Deswegen wäre es ja ganz wichtig, dass man zumindest die Abgangsgemeinden da von der Landesumlage ausnimmt. Es ist da ja leider, sage ich, der Fall, dass es da immer einen gewissen Interessenswechsel bei den Parteien gibt, je nachdem, welche Rolle sie in diesem Haus einnehmen. Die SPÖ hat in der letzten Periode als Regierungspartei noch mehrfach Anträge der KPÖ zu einer Abschaffung der Landesumlage niedergestimmt, ist jetzt dafür, sie zumindest partiell auszusetzen oder temporär. Die FPÖ hat in der letzten Periode noch die Abschaffung der Landesumlage gefordert und will jetzt davon nichts mehr wissen. Das heißt, leider sind da auch die jeweiligen Interessenslagen der Parteien ein bisschen ein Problem, wenn es um die Entlastung der Gemeinden geht. Ein weiterer Punkt, der ist auch schon angesprochen worden, sind die Sozial- und Pflegekosten. Das sind ja eine sehr große finanzielle Belastung für die Gemeinden oder umgekehrt eine sehr wichtige Aufgabe, die die Gemeinden leisten müssen. Und es ist im letzten Jahr, in der letzten Legislaturperiode, ja das Steiermärkische Sozial- und Pflegeleistungsfinanzierungsgesetz beschlossen worden. Und da haben sich viele Gemeinden eine relevante finanzielle Besserstellung erwartet, die aber de facto in der Form nicht eingetreten ist. Und das hat sehr viel damit zu tun, wie dieser Kostenschlüssel ausgestaltet ist. Momentan ist es 60:40. Das heißt, 40 % dieser Pflege- und Sozialkosten müssen die Gemeinden übernehmen und viele können das einfach nicht stemmen. Deswegen wäre es unserer Meinung nach ganz wichtig, dass man diesen Schlüssel ändert, nämlich auf 70:30. Das heißt, dass das Land hier 70 % der Kosten übernimmt und so die Gemeinden auch relevant entlastet. Und natürlich glaube ich, wenn man die Debatte seriös führt, wird man nicht drum herumkommen, auch darüber zu

reden, welche einnahmenseitigen Maßnahmen es gibt, die dann eben den Gemeinden, den Kommunen zugutekommen können. Natürlich geht es da um die Steuermittelaufbringung des Bundes, aber ich glaube, es würde durchaus im Land Möglichkeiten geben, die ja auch schon öfter hier diskutiert worden sind. Ich nenne jetzt nur zwei. Eine Nahverkehrsabgabe würde nicht nur den Mobilitätsaspekt für die kommunale Bevölkerung verbessern, sondern die könnte man durchaus ausgestalten, dass ein Teil davon auch den Gemeinden direkt zugutekommt. Oder auch schon öfters von uns eingebracht, eine Parkplatzabgabe, wo große Einkaufszentren einfach eine Abgabe für die Parkplätze leisten müssen, die dann eben in die Gemeinden fließen kann. Ich glaube deswegen, dass es da wichtig ist, ein bisschen über den Tellerrand hinaus zu blicken und quasi nicht nur immer dieselben Fragen ohne Ergebnis zu diskutieren, sondern auch ein bisschen mutig zu sein und eben den Gemeinden eine weitere Einnahme zukommen zu lassen. Danke.
(Beifall bei der KPÖ – 10.47 Uhr)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, noch einmal zu Wort ist der Abgeordnete Philipp Könighofer.

LTabg. Könighofer - FPÖ (10.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Abgeordnete!

Dankeschön. Ich glaube, in den letzten Beiträgen waren doch einige interessante Ansatzpunkte. Ich möchte vielleicht zunächst auf die Wortmeldung von Lambert Schönleitner eingehen, die durchaus sachlich war und der ja eure quasi Lösungsvorschläge hier teilweise dargelegt hat, das ist die Kommunalsteuer neu zu ordnen und auch die Grundsteuer zu erhöhen. Wir sehen halt unter den derzeitigen Rahmenbedingungen es nicht unbedingt als zweckmäßiger, hier Steuererhöhungen, die dann auch unmittelbar die Wirtschaft treffen könnten und unmittelbar die Bürger treffen würden in Form der Grundsteuer zu erhöhen, als zweckmäßig an, wie auch den Verhandlungen auf Bundesebene entsprechend zu entnehmen ist. Zudem, bei der Neuordnung des Finanzausgleichs, glaube ich, könnten wir uns durchaus treffen. Ich glaube, dass es da grundlegende Überlegungen geben muss. Zum Kollegen von den NEOS, wenn ich in der Stimmlage etwas zu laut war, dann tut mir das leid, wenn es als Schreien interpretiert wurde. Das war nicht meine Zielsetzung, wenn gleich die Inhalte die gleichen bleiben. Es ist doch so, dass du ein Ereignis irgendwie hartnäckig ausblendest und das ist nur nochmal die Budgetrealität. Ich weiß, als Oppositionspartei mit drei Mandaten muss man sich dieser Budgetrealität vielleicht nicht stellen. Aber ich bitte dich doch zu berücksichtigen, dass wir im vergangenen Jahr von

einem Abgang von 450 Millionen ausgegangen sind. 900 Millionen waren jetzt die Realität. Das bitte ich schon auch zur Kenntnis zu nehmen und das können wir im Rahmen der folgenden Budgetdebatten auch ausreichend erörtern. Im Übrigen bin ich auch Kommunalpolitiker und mir sind die Probleme schon auch bewusst vor Ort und ich glaube auch, dass wir Lösungsangebote auch festgeschrieben haben im Regierungsprogramm. Und das habe ich vielleicht vorher gemeint mit dem selektiven Lesen. Es hat vielleicht jetzt auch irgendwie ein selektives Hören stattgefunden. Ich habe zwei ganz konkrete Punkte genannt. Nämlich zum einen den Punkt, dass wir im Sozial- und Pflegewesen Reformen brauchen werden. Und jeder, der an der Erstellung eines Gemeindebudgets schon einmal involviert war oder das politisch thematisiert hat, wird mir da Recht geben. Das belastet die Gemeinden in enorm hohem Maß. Und der zweite Punkt sind zweifelsohne die Ertragsanteile, sprich auch die Finanzausgleichsverhandlungen. Auch das gilt es zu berücksichtigen. Das sind zwei konkrete Punkte. Ich könnte noch einen Punkt, der auch die Gemeinden zunehmend belastet, und ich glaube, er war in der Aktuellen Stunde der SPÖ auch Thema, das ist, wie wettbewerbsfähig ist man auch letztlich als Arbeitgeber, als Gemeinde. Ich glaube, das ist ganz ein entscheidender Punkt. Und auch hier haben wir uns im Regierungsprogramm auch dazu verpflichtet, zu versuchen, die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass man als Arbeitgeber, als Gemeinde, als Kommune wieder attraktiver ist. Ich glaube, das gilt es schon auch zu betonen. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Und nun etwas, was mich wahrscheinlich insbesondere bei dem einen oder anderen Bürgermeister nicht allzu populär macht. Es gibt trotzdem auch, wenn wir heute über die Bundesverantwortung, über die Landesverantwortung sprechen, auch eine individuelle Verantwortung in den Gemeinden. Da bin ich schon der Überzeugung, dass die Gemeinderäte, die Vorstände auch für viele Entscheidungen eine individuelle Verantwortung tragen. Und deshalb halte ich überhaupt nichts davon, nur Abgangsgemeinden die Landesumlage zu erlassen. Das würde jene massiv bestrafen, die dort und da in der Vergangenheit möglicherweise vielleicht perspektivisch etwas besser budgetiert haben. Das gilt es in dem Zusammenhang auch festzuhalten. Also hier auch Teile der Gemeinden, die quasi eine schwierigere Situation vorfinden, nicht zuletzt auch auf Eigenentscheidungen zurückzuführen, die zu bevorzugen, ich glaube, das wäre seitens des Landes überhaupt kein gutes Zeichen in Richtung der Gemeinden. Und natürlich gibt es da immer wieder, sage ich einmal, negative Schlaglichter. Letztes Jahr hat uns besonders bewogen die Situation in Bruck an der Mur, wo eine Haushaltssperre erlassen wurde, wo ein Finanzstadtrat quasi dann aufgrund der Budgetsituation auch zurückgetreten ist. Ja, es gibt eben auch diese unmittelbaren Versäumnisse in den Gemeinden und auch die gilt es anzusprechen und

über die wurde hier herinnen auch schon oft diskutiert. Ich will nicht sagen, dass die Gemeinden eine leichte Situation vorfinden, aber letztlich ist es trotzdem Aufgabe des Gemeinderats entsprechend ein Budget zu erstellen, wo man sagt, das kann man guten Gewissens auch absegnen. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 10.53 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Dolesch.

LTAbg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (10.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren der Landesregierung, Abgeordneten Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, zur Situation unserer Gemeinden ist jetzt schon einiges gesagt worden. Sie befinden sich wohl unstrittig, ich glaube, soweit herrscht Einigkeit auch hier herinnen, in der schwierigsten finanziellen Phase der letzten Jahrzehnte. Man könnte jetzt natürlich auch noch die gesamtwirtschaftliche Situation des Staates diskutieren, wo man natürlich auch noch die Ursachen, Auswirkungen dieser Situation diskutiert, dass wir uns im dritten Rezessionsjahr befinden und damit die Einnahmen stecken, ist auch kein Geheimnis mehr. All das, glaube ich, brauche ich nicht extra zu erwähnen. Und dass die Situation für die Gemeinden, die oft unverschuldet, bitte, in dieser Situation sich befinden, prekär ist, auch das wurde schon erwähnt. Die wichtigste Einnahmequelle, die Ertragsanteile, diese stagnieren, sind leicht rückläufig. Das bringt uns hier sozusagen nicht weiter. Und ich möchte vielleicht noch einen Aspekt in diesem Zusammenhang einleitend noch dazu sagen. Die Reformen des Bundes der letzten Jahre, das kann man alles wollen, was hier der Bund sozusagen beschlossen hat, also beispielsweise die Durchführung der ökosozialen Steuerreform, wo man eben sich die Einnahmen aus einer CO₂-Bepreisung behält, während Gemeinden und auch die Bundesländer mit 12 % die Gemeinden, 20 % die Bundesländer die Einnahmen-Entfälle, wie beispielsweise die Abschaffung der kalten Progression mit zu finanzieren haben. Wie gesagt, kann man wollen, das möchte ich jetzt nicht sozusagen näher diskutieren, aber dann brauchen die untergeordneten Ebenen entsprechend einen Ausgleich dafür, damit man hier das alles entsprechend wettmachen kann. *(Beifall bei der SPÖ)* Und da bin ich durchaus auch beim Lambert Schönleitner, wenn er erwähnt, dass man natürlich auch mit einer Entflechtung der Zahlungsströme, dass man sagt, diese Ebene, die das anschafft, bezahlt es auch, Aufgabenstrukturreform dazu, dass das dann die Gemeinden und auch unser Bundesland, das lasse ich nicht auf der Seite sozusagen stehen, es leichter schafft, das ist

aus meiner Sicht auch etwas Wesentliches. Und im Übrigen, ich bekenne mich zur alten Landesregierung, die vorher quasi im Dienst war, denn diese hat wichtige, wertvolle Reformen gemacht. Und ich erinnere nur, es ist nicht nur die Finanzsituation der Länder und der Gemeinden wesentlich hier, was hereinspielt, sondern wir haben auch Reformen beispielsweise im KAGes-Bereich gemacht, im Elementarpädagogikbereich. All das wurde hier im Haus auch gefordert und auch das hat diese 900 Millionen entsprechend mit beeinflusst. Und da immer ein parteipolitisches Mascherl vielleicht umhängen zu wollen, so eine Ferndiagnose von außen hereinzutragen, halte ich nicht für korrekt. Ich appelliere an jene, die damals schon herinnen gegessen sind, die damals schon mitdiskutiert haben, das auch entsprechend zu berücksichtigen und den anderen würde ich raten, hier nachzulesen oder die Gespräche zu führen. Also die alte Landesregierung, da fühle ich mich bestätigt, hat eine gute Arbeit geleistet. Jedenfalls brauchen die Gemeinden dringend Liquidität, meine sehr geehrten Damen und Herren, um den laufenden Betrieb zu schaffen. Nicht nur die Investitionen, die sind nicht unwesentlich, denn die Gemeinden können bekanntlich ihre Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen nicht so ohne Weiteres zusperren, die Abfallsammelzentren nicht zusperren, die Einsatzorganisationen nicht zusperren, die Rettung oder Feuerwehr, all das kostet Geld und das sind Abgangsbetriebe, wenn ich es einmal so formulieren darf, und da können die Gemeinden nichts dafür, außer man sperrt tatsächlich zu und dann sind die Gemeinden nicht mehr lebenswert. Das ist nicht das, was wir wollen. Und ich freue mich, wenn der Finanzausgleich, der mehrfach angesprochen wurde, quasi schneller als es ursprünglich sonst bis zum Jahr 2028 der Fall gewesen wäre, verhandelt werden soll. Da bin ich komplett der Meinung auch der Landesregierung. Da wünsche ich auch viel Erfolg. Ich darf vielleicht nur mitgeben, historisch gewachsen, meine sehr geehrten Damen und Herren, war die Steiermark in früheren Jahrzehnten immer solidarisch beim Finanzausgleich. Die westösterreichischen Bundesländer waren oftmals arme Bergbauerndörfer. Tirol und Salzburg, die sind aufgepäppelt worden, weil die Steiermark nachgegeben hat. Vorarlberg, als die Textilindustrie niedergegangen ist, die Steiermark war solidarisch, hat nachgegeben. Als aber die verstaatlichte Industrie in der Steiermark niedergegangen ist, war man nicht mehr solidarisch. Man hat einfach nichts mehr davon wissen wollen, und das ist etwas, was aus meiner Sicht korrigiert gehört. Und ich möchte hier nicht falsch verstanden werden, es geht nicht darum, anderen etwas wegzunehmen. Es geht darum, dass die Steiermark auf dieses Niveau endlich herangeführt wird. Das ist wesentlich und, weil die Uhr schon blinkt, die Steiermark hat auch demografisch einen Nachteil. Sie hat gemeinsam mit Kärnten eine der ältesten Bevölkerungen. Sie wächst auch langsamer, damit verlieren wir Ertragsanteile, weil auch der Gesamtanteil

sozusagen schrumpft bei der Gesamtbevölkerung. Und vielleicht ein Letztes noch, es gäbe schon noch andere Finanzierungsmöglichkeiten auch. Die Gemeinden brauchen den Zugang zur Bundesfinanzierungsagentur beispielsweise, so wie es das Land auch hat. Die vorübergehende Aussetzung der Landesumlage ist schon besprochen worden und ich bin der Meinung, dass eine Bedarfsweisungsmittelreform auch hergehört, wo die Gemeinden bis zu 100 % der zugesagten Mittel auch für ein bestimmtes Projekt verwenden können und das nicht extra noch verhandeln müssen. Ich bin der Meinung, dass man nicht eine Leerstandsabgabe abschaffen soll. Man kann darüber diskutieren, ob man es besser machen kann, aber jedenfalls, das halte ich nicht für den richtigen Weg. Und letzter Satz, der Gemeindeerschöpfungstag, meine sehr geehrten Damen und Herren, der ist längst nicht nur erreicht, sondern überschritten. Ich lade herzlichst ein, dass wir einen gemeinsamen Schulterschluss schaffen, damit wir unsere Gemeinden, aber auch dieses wunderschöne Bundesland wieder nach vorne bringen. Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ – 10.58 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, nochmals zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Lambert Schönleitner.

LTAbg. Schönleitner - Grüne (10.58 Uhr): Danke, Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Alles habe ich zuerst nicht ganz unterbracht. Ein paar Dinge vielleicht schon noch einmal gesagt. Wolfgang, du hast jetzt eben ja in Teilen recht gegeben, also wenn es um diese Doppelgleisigkeiten geht und Unklarheiten. Aber was mir schon ein bisschen fehlt, Leerstandsabgabe hast du jetzt am Schluss auch noch gesagt, das ist schon das, dass es ganz klar zum Ausdruck kommen muss, und das irritiert mich ein bisschen. Wir haben ja heute Nachmittag bei der Dringlichen dann auch einen Entschließungsantrag. Wir wollen mehr Einnahmen für Gemeinden. Das ist nichts Schlechtes. Weil, das Geld ist zu wenig auf allen Ebenen. Und da wundere ich mich ein bisschen, warum z. B. so verhalten, aber vielleicht habe ich es nicht gehört, aber von der SPÖ, ÖVP kennen wir es ja, bei der FPÖ haben wir es jetzt auch gehört, von Philipp Königshofer, bei der Grundsteuer, ich gehe jetzt auf etwas Konkretes ein, so viel Zurückhaltung besteht. *(KO LTAbg. Mag. Schnitzer: „Ihr belastet wieder die Bürger.“)* Weil da geht es nicht um den kleinen Wohnungsbesitzer und nur um den Häuslbauer, sondern da geht es um jene Immobilienbereiche, die größer sind, das wissen wir. Und wenn uns so viele Experten sagen, unter anderem das KDZ an vorderster Stelle und viele, die in der kommunalen

Finanzierung tätig sind, man müsste dieses Instrument endlich in Richtung der Verkehrswerte bringen. Jetzt rede ich nicht von der Landwirtschaft, dass jeder Landwirt, wenn er eine Wiese hat, in Baulandnähe dann gleich voll zur Kasse gebeten wird, aber dass man zumindest diesen großen Kuchen der Grundsteuer, der über Jahrzehnte nicht angepasst wurde, dass man den nach oben führt. Nämlich warum? Um den Gemeinden Geld zu geben und da würde ich mir von der SPÖ heute Nachmittag schon Zustimmung erwarten, eigentlich von allen Parteien, von der ÖVP ist das ja auch immer wieder gekommen, dass man da nachjustieren muss, weil, sonst ist die Debatte, die wir hier führen, ganz einfach wieder nicht ehrlich. Wenn wir ehrlich erkennen, und ich habe das heute bei vielen gehört und aus allen Fraktionen, die Gemeinden haben ein Riesenproblem, dann müssen wir auch einnahmenseitig etwas tun. Und jetzt komme ich noch kurz zur Leerstandsabgabe. Die Frau Landeshauptmannstellvertreterin ist noch da, der Herr Landeshauptmann ist jetzt kurz offenbar weggegangen. Das finde ich wirklich absurd. Da fährt ihr rauf auf den Seggauberg, angekündigt mit der BMW 500, „murds“ ein Wirbel, „murds“ ein Lärm, was da für Reformen kommen und was weitergeht. Und dann schafft ihr die Leerstandsabgabe einfach ab. Ich sage euch was, wie ich die Klausur erlebt habe, weil ich bin dem sehr offen gegenübergestanden und habe gedacht, jetzt werden große Schritte kommen. Wisst ihr, was ich mir gedacht habe? Mit der BMW 500 raufgefahren und am Abend mit dem kleinen Maximoped, blauer Rauch wieder heruntergefahren in der Finsternis und keine Ergebnisse. Weil, dass ihr ein paar Dinge, die auch die Steiermark machen kann, um den Gemeinden zu helfen und Finanzierungen aufstellen, dass ihr zumindest einzelne Dinge, wenn das auch nicht der große Kuchen ist, im Interesse des Landes weiterbringt, das hätte ich mir schon erwartet. Das war nicht der Fall. Das muss ich ganz klar sagen. Das war nicht der Fall. *(Beifall bei den Grünen und der SPÖ)* Und zu dieser Leerstands- und Zweitwohnsitzabgabe, ich verstehe ja die Problematik, dass wir mit dieser Abgabe noch nicht so weit waren, dass man wirklich schon ganz viel Kapital für Gemeinden und Kommunen lukrieren kann. Aber jetzt haben wir gerade gestartet. Der Bund hat eine Novelle gemacht, dass die Länder quasi viel stärker anheben können, dass wir in eine Qualität kommen. Die Verwaltung haben wir Schritt für Schritt, viele Gemeinden haben damit begonnen, die Richtung bewegt, dass wir Daten haben im Meldebereich, dass wir diese Abgabe gut auf die Reihe bringen können. Und anstatt sie zu verbessern, geht ihr her, Kollege Stefan Hermann, das muss ich dir schon als Landesrat in diesem Bereich, und schafft eine wichtige Möglichkeit, wo die Steiermark was tun kann für die Gemeinden einfach ab. Wenn Sie gesagt hätten, das ist schlecht, wir wollen es besser machen, hätte ich es verstanden. Aber zu sagen, das nehmen wir Ihnen auch noch weg, dort wo die

steirische Verantwortung ist, das ist nicht nachvollziehbar. Das wäre ein Beleg gewesen, dass ihr sagt, wir nehmen das ernst, dass unsere steirischen Gemeinden mehr Mittel brauchen, um ihre Dinge zu besorgen. Das war nicht der Fall. Ich glaube ganz einfach, dass wir hergehen müssen und die Dinge, die machbar sind, auf Bundesebene geschlossen angehen. Und da wird es natürlich auch darauf ankommen, wer auf Bundesebene in Zukunft die Verantwortung hat. Das ist ja derzeit unklar. Aber meine große Hoffnung wäre, das stelle ich jetzt noch am Schluss, dass es so etwas gibt wie eine breite Allianz, eine Koalition vielleicht, die wirklich in der Lage ist, diese Reformen anzugehen, in unterschiedlichen Bereichen. Jetzt schaut man das zu der Zeit nicht so aus auf Bundesebene, dass das der große Wurf wird. Aber wenn wir erkennen im kommunalen Bereich, dass die Finanzierung nicht mehr funktioniert, wenn wir erkennen, dass wir auf Bundesebene ein enormes Defizit haben, dass auf Landesebene 900 Millionen, 2024, dass wir ins Minus geraten sind mit einem Defizit, dann braucht es große Entscheidungen. Und die müssen gemeinsam auch von dem Haus weg unterstützt werden. Und da wundere ich mich dann schon ein bisschen, Philipp Königshofer, da schaue ich noch einmal zu dir hin, weil du das gesagt hast. *(LTabg. Hirschmann: „Ohne s – Königshofer.“)* Königshofer, Entschuldigung. Viele neue Abgeordnete, dich kenne ich allerdings schon lange und trotzdem knapp daneben. Lieber Philipp, die Geschichte ist die, wenn du sagst, Steuern würden ja wieder belasten. Das habe ich zu Beginn gesagt, an das erinnere ich mich. Ja bitte, das ist grundsätzlich richtig. *(LTabg. Mag. Schnitzer: „Wir wollen keine zusätzliche Belastung.“)* Aber das Prinzip, letzter Satz von Steuern ist doch, ja, hör mal kurz zu, du kannst dann eh rauskommen, *(LTabg. Mag. Schnitzer: „Lukas Schnitzer.“)* Lukas. Die Geschichte ist die, Steuern sind dazu da, um Geld zu lukrieren. Aber nicht nur, sondern das zweite Wichtige ist, das liegt schon im Wort, auch um zu steuern. Ja, Dinge, die sich nicht in die positive Richtung entwickeln. *(Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: „Herr Abgeordneter, Schlusssatz bitte.“)* Ich bin schon am Ende, Herr Präsident. Mit diesen Steuern etwas zu bewegen. Und wenn wir immer noch sagen, ja, Steuern belasten jemanden, dann muss man schon die Frage stellen, wen belasten sie? Wir müssen die Richtigen belasten und jenen geben, die es brauchen. Das ist das Prinzip der Politik. Und diese Ehrlichkeit, lieber Philipp, die wird es brauchen, das wird am Ende auch der FPÖ nicht erspart bleiben. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 11.05 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann (11.05 Uhr): Danke, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, die Aktuelle Stunde dauert bereits 60 Minuten und gemäß § 71 der GeoLT mache ich vom Recht Gebrauch, diese um 30 Minuten zu verlängern.

Am Wort ist der Herr Abgeordnete Bruno Aschenbrenner.

LTAbg. Ing. Aschenbrenner – ÖVP (11.05 Uhr): Danke schön, werter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Landtages Steiermark, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Auf ein paar Punkte darf ich schon noch eingehen, weil wir gesagt haben, wir wollen hier sachlich an die Dinge herangehen, die uns für die Gemeinden unter den Nägeln brennen. Und somit darf ich beim Kollegen Melinz ein bisschen anschließen, weil er gesagt hat, wir haben hier die höchsten Kosten pro Kopf. Und in Summe sind die geringsten Umlagen im Burgenland und in der Steiermark mit 398 bzw. 413 Euro pro Kopf zu verzeichnen. Die höchsten Lasten sind Kärnten, Oberösterreich mit 721 bzw. 782 Euro zu tragen. Niederösterreich liegt im Schnitt mit 532 Euro pro Kopf. Wenn man jetzt aber hergeht und sagt, aussetzen bzw. abschaffen der Landesumlage, dann muss man schon sagen, dass die finanzielle Beziehung zwischen den Gemeinden und dem Land so gestaltet ist, dass durch die verschiedenen Umlagen zahlreiche Förderungen und auch dieser Ausgleich sehr komplex ist. Also das eine Bundesland mit dem anderen nicht so x-beliebig zu vergleichen ist. Es sind verschiedene Zugänge. Wie werden die Spitäler finanziert? Wie werden verschiedene andere Aufgaben finanziert? In Niederösterreich zahlen die Gemeinden zu den Spitälern dazu. In der Steiermark haben wir das nicht. Und wenn wir jetzt hergehen und sagen, wir schaffen die Landesumlage ab bzw. setzen sie aus, bedeutet das aber auch 130 Millionen Euro mehr Belastung für das Land Steiermark. Wir reden jetzt davon, dass wir 900 Millionen Defizite im Jahr 2024 haben. Wir kämpfen darum, dass wir das Budget 2025 aufstellen und in den Griff bekommen und reden jetzt von weiteren 130 Millionen im Vorfeld, die uns dann fehlen. Das nur einmal zu bedenken. Ganz kurz, Robert Reif, ich bin bei dir, Ausgaben reduzieren müssen wir in den Gemeinden, in den Kommunen. Es ist aber mit den Forderungen für mehr Gehalt beim Personal, mit mehr Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen usw. immer eine Herausforderung. Also die Kosten zu reduzieren auf Kommunenseite, das weißt du selbst, weil du im Gemeinderat bist, ist die eine Sache, wenn man auf der anderen Seite aber für die Bürgerinnen und Bürger schauen sollte, dass Kinderbildung und Nachmittagsbetreuung in den Schulen und dergleichen mehr auch anstehen. Und ganz kurz, weil der Finanzausgleich und die Verhandlungen für die Zukunft angesprochen worden sind.

Wenn der Finanzausgleich 2024 z. B. von der Steiermark nicht ratifiziert worden wäre und nicht mitgetragen worden wäre, diese Unterschrift gefehlt hätte, dann müssen wir uns schon vor Augen halten, hätte man jedes Jahr neu zu verhandeln. Jedes Jahr neu nach Wien zu pilgern und zu sagen, was kommt heuer für uns raus. Und da sind Zeiten, wo wir wissen, dass 16 Milliarden am Tisch stehen für Einsparungen. Und das wird die Herausforderung sein auch für die Finanzausgleichsverhandlungen 2028. Also müssen wir rechtzeitig damit umgehen, taktisch gut vorgehen, aber auch Geschlossenheit des Landes, der Vertreter des Landes, der Kommunen über den Städte- und den Gemeindebund hinaus zeigen, damit wir das beste Ergebnis für die Steirerinnen und Steirer erzielen können. Und ganz kurz, Anhebung der Grundsteuer, ja, wir wollen nicht wirklich nur immer neu belasten und es gibt so viele junge Damen und Herren, denen wir es jetzt gerade ermöglichen, Eigentum zu erwerben, wo wir schauen, dass es den jungen Damen und Herren möglich ist, ein Haus zu bauen, eine Wohnung zu erwerben und dann belastet man sie wieder mit zusätzlichen Grundsteuern. Und wir haben viele land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die wirklich im Kleinstbetrieb unterwegs sind, tagtäglich darum kämpfen ums Überleben und die wollen wir dann auch wieder belasten. Also wir müssen schon ein bisschen das Ganze am Boden lassen und sagen, wo ist das realistisch, wo können wir ansetzen. Wir dürfen nicht mit einem Kamm darüber scheren und sagen, wir erhöhen Steuern, vor allem im Grundsteuerbereich, das wird zu wenig sein. In diesem Sinne gehen wir es gemeinsam an. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 11.10 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann *(11.10 Uhr)*: Danke, Herr Abgeordneter. Als nächstes am Wort ist der Abgeordnete Jochen Bocksrucker.

LTabg. Bocksrucker - SPÖ *(11.10 Uhr)*: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Medienvertreter, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, hier herinnen im Landtag wie auch zu Hause via Livestream!

Ich darf mich ganz kurz vorstellen, es ist meine erste Rede hier im Hohen Landtag und ich bin natürlich als Bürgermeister sehr dankbar, dass ich zu diesem so jetzt schon emotionalen Thema und zu diesem Thema, die uns ja in der Grundfeste unserer Politik beschäftigt, auch sprechen darf. Und wenn ich in die Reihen schaue, wie viele Bürgermeister auch hier herinnen sitzen, und das ist heute schon erwähnt worden, und meine vorbereitete Rede kann ich ja gleich zur Seite geben, weil auch sehr viel schon besprochen worden ist. Wenn ich die Bürgermeisterinnen anschau und dann Wortmeldungen höre, wo vielleicht nicht richtig gewirtschaftet worden ist

von Seiten des Herrn Abgeordneten Königshofer - Könighofer, bitte um Entschuldigung - kriegt man natürlich als Bürgermeister, wie Sie das auch richtig erwähnt haben, so einen Hals. Es gibt einfach ganz viele Beispiele, wo Bürgermeisterinnen und Gemeinderäte absolut nichts dafür können, wie es teilweise einnahmenseitig aussieht und vor allem auch leider ausgabenseitig. Ich möchte es nur noch einmal erwähnen, nicht, dass da ein falsches Bild an unsere Zuhörerinnen und Zuhörer geht. *(Beifall bei der SPÖ)* Es gehen uns derartig die Scheren zwischen Einnahmen und Ausgaben auseinander. Ich spreche Sozialhilfeverbandsausgaben an, ich spreche Schülerassistentinnen an, ich spreche Schülertransport an, was an und für sich auf Gemeindeebene kein Thema sein sollte. Das sind alles Landesthemen, aber es wird sehr gerne auch weiter delegiert an die Gemeinden. Vielleicht könnte man teilweise auch Spielregeln noch einmal ganz neu denken. Ich gebe jetzt meine Rede wirklich komplett zur Seite. Spielregeln vielleicht neu denken, ganz mutig zu sein. Ich erinnere mich, wir haben auf der einen Seite einen Gebührenhaushalt, Überschüsse, wir bilden Rücklagen und auf der anderen Seite wissen gewisse Bürgermeister nicht, wie heute bereits erwähnt, wie sie vielleicht zu gewissen neuralgischen Monaten dann wirklich die Gehälter von Musikschuldirektorinnen oder auch Mitarbeiter zahlen sollen. Vielleicht denken wir das einfach neu und sind mutig. Wie bekommen wir in den operativen Haushalt mehr Geld? Das ist, glaube ich, unsere Aufgabe. Und nicht nur bei den Abgangsgemeinden, weil ich denke, von diesen 285 Gemeinden geht es mittlerweile, ich sage einmal, mindestens die Hälfte gleich. Wie bekommen wir in den operativen Haushalt, in unseren Kernhaushalten mehr Geld? Und da sind wir alle gefordert und auch ich würde gerne die Hand reichen, an die Landesregierung mein Wissen da einzubringen. *(Beifall bei der SPÖ)* Ich bin schon am Ende, möchte das jetzt nicht überstrapazieren, aber vielleicht einen Satz noch zu einem Entschließungsantrag vom 19.03.2001 von Seiten der FPÖ eingebracht. „Steirische Gemeinden unterstützen Landesumlage aussetzen.“ Ist von dieser Seite genauso eingebracht worden. Heute diskutieren wir wieder Landesumlage aussetzen. Ihr habt jetzt die Chance dazu. Und zu Kärnten nur ganz kurz. Die Kärntner haben schon was gemacht, weil, dieser Quervergleich war auch da mit anderen Bundesländern. Die haben nämlich Landesumlagen reduziert und haben danach einfach eine Einschleifregelung beschlossen. Das ist einfach da. Die reagieren. Wir warten immer, den Gemeinden steht das Wasser bis zum Hals, wir warten, die anderen reagieren und wir reagieren nicht. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ – 11.14 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Als nächstes am Wort ist der Abgeordnete Andreas Thürschweller.

LTAbg. Thürschweller – SPÖ (11.14 Uhr): Danke, Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, werte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, auch ich bin in der glücklichen Lage, Bürgermeister sein zu dürfen. Und glaubt mir das, das ist ein wirklich schöner Job für die Gemeinden, für die Menschen vor Ort zu arbeiten. Und wir haben heute schon vieles gehört, was das betrifft. Die Gemeindegarbeit, die finanzielle Situation der Gemeinden hat sich, und da können wir diskutieren, wie wir wollen, die letzten Monate, sprich Jahre, verschlechtert. Der Präsident Dirnberger, unser ehemaliger Kollege, hat das mit wirklich guten Worten signalisiert und ich glaube, das war, glaube ich, auch ein Hilferuf, weil, er ist ja selber auch Bürgermeister. Und wir müssen da schon wirklich eingehend diskutieren drüber und uns überlegen, was macht die Landesregierung, was macht das Hohe Haus, wie können wir die Gemeinden unterstützen. Die Prognosen schauen nicht gut aus. Und ich habe heute gehört, panisch, ja, das ist sicher kein Jammern der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, der Gemeinden, sondern wir alle wissen, wir müssen den Gürtel enger schnallen, genauso wie der Bund den Gürtel enger schnallen muss, genauso wie das Land den Gürtel enger schnallen muss. Und die Gemeinden machen das jetzt schon die letzten Monate. Ich weiß das selbst aus 17 Gesprächen aus unserer Region, aus der Südweststeiermark, mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der ÖVP und der SPÖ, Herr Königshofer, Herr Königshofer, FPÖ hat leider noch keinen Bürgermeister, muss ich jetzt auch anbringen, (*LTAbg. Königshofer: „Wird schon werden. Keine Angst!“*) muss man auch so sagen. Und aus diesen vielen Gesprächen hat man schon herausgehört, dass wir den Gürtel enger schnallen und wir arbeiten für die Menschen. Nun müssen wir eines wirklich bedenken, wenn die Gemeinden sich nicht mehr so richtig finanzieren können, wie es vorher war. Die Daseinsvorsorge, wie das der Herr Landesrat Stefan Hermann heute schon gesagt hat, muss gesichert sein. Abfall, Wasser, Kanal, das muss durch die Gebühren hereinkommen. Das weiß auch die A7, der Herr Hofrat Wlattnig weiß das da hinten – ja, er nickt, er stimmt mir zu. Das ist so und das ist unsere Aufgabe. Aber wir haben andere Aufgaben zu erfüllen. Und das sind keine Prestigeprojekte, die wir umsetzen wollen als Bürgermeister, wie uns das auch oft vorgeworfen wird. Nein, wir setzen Projekte um, damit die Gesellschaft, die Gemeinschaft in den Gemeinden lebt. Da geht es um die soziale Infrastruktur. Da geht es um Gesundheit, Pflege. Da geht es auch um die ganzen

technischen Infrastrukturen. Da geht es um Asphaltierungen, Straßenerhaltung. Da haben wir Gemeindezusammenlegungen gehabt, die durchaus sinnvoll waren. Aber dann gibt es Gemeinden mit 300, 400 Kilometer Straßen, die zu erhalten sind. Ich habe von der A7 in meiner Gemeinde z. B. eine Analyse. Ich bräuchte jedes Jahr 1,6 Millionen Euro, nur um die Straßen zu erhalten. Wo soll ich das Geld hernehmen? 400.000 Euro in einem normalen Winter, Schneeräumungskosten, das sind alles Dinge, die auf dem Rücken der Einwohner_innen, der Bevölkerung, der Steirerinnen und Steirer dann gespart werden müssen. Was heißt das? Ich spare in der Sicherheit. Wenn ich dann kein Geld mehr habe zum Schneeräumen, ja gut, dann werden wir den Schnee halt einmal einen halben Meter lang wachsen lassen und dann bin ich gespannt, wie dann unsere Kinder in die Schulen, in die Kinderbetreuungseinrichtungen kommen, dann werde ich schauen, wie die Leute zur Arbeit kommen. Und das ist unsere Aufgabe als Gemeinden und da müssen wir jetzt ansetzen und sparen. Daher heute die Diskussion. Die Landesregierung muss tätig werden. Ich habe es verstanden. Sie sind alle der gleichen Meinung wie wir und das ist auch gut. (*Landeshauptmannstellvertreterin: „Psst.“*) Herr Landesrat, Frau Landeshauptmann-stellvertreterin, dir verzeihe ich das. Du darfst „Psst“ sagen - sie atmet aus. Wir müssen genau dort einsetzen und ansetzen, was ich gerade gesagt habe. Und jetzt kommt der springende Punkt. Die Wirtschaft vor Ort, die regionale Wirtschaft. Wenn die Gemeinden nicht mehr investieren, und ich habe da ein paar Zahlen mit, dann wird die regionale Wirtschaft und vor allem aber auch die Arbeitsplätze und die Menschen werden darunter leiden. Weil der Regionale, der was wirklich vor Ort von den Gemeinden beauftragt wird, der erhält die ganze Wirtschaft und der erhält natürlich auch die Arbeitsplätze. (*Beifall bei der SPÖ*) Und ich sage es euch, danke Herr Abgeordneter, Investitionen in den Katastrophen und Naturschutz, leider werden wir nicht verschont von solchen Dingen, einen Teil kriegen wir ersetzt, nie alles, ganz selten alles, sagen wir so. 450 Millionen Euro. Gemeinden, Investitionen und Erhaltung von Bildungseinrichtungen 1,5 Milliarden. Öffentliche Plätze, Straßen, Verkehrssicherheit 700 Millionen. Das sind jetzt nur ein paar Zahlen. Und wenn wir das zu Teilen nicht mehr finanzieren können, und wenn es nur mehr 50 % sind, was wir nicht mehr finanzieren, dann wird die regionale Wirtschaft gefährdet sein und dann werden Arbeitsplätze gefährdet sein. Und das soll nicht der Fall sein. Und daher unser Appell an die Landesregierung, tun wir was, machen wir es gemeinsam. Wir sind jederzeit bereit dafür. Die SPÖ hat gesagt, wir werden unterstützen, wo es geht. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit ihren Gemeinderätinnen und Gemeinderäten werden unterstützt, damit die Steirerinnen und Steirer eine Sicherheit haben. Und da haben wir heute schon einige Beispiele gebracht, die habe ich mir auch noch aufgeschrieben.

Zukunftsfonds, danke Frau Landeshauptmannstellvertreterin, es gibt aber einen zweiten Zukunftsfonds auch noch, Wohnen und Sanieren. Wir könnten ja einen Teil dieses Geldes jetzt aktuell den Gemeinden zur Verfügung stellen. Es geht dann um Bauen. Wir können dann investieren in die Gemeinden, wir können leistbaren Wohnraum schaffen. Gemeindewohnungen werden immer günstiger angeboten als andere. (*Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: „Herr Abgeordneter, bitte um den Schlusssatz.“*) Danke. Das sind so Dinge, die ich vorschlagen würde. Und eines darf man nicht vergessen, die Lebensqualität der Menschen in unseren Gemeinden und Städten, die hängt im Wesentlichen, wirklich im Wesentlichen von der kommunalen Infrastruktur ab. Und das sollten wir nicht sterben lassen. Danke. (*Beifall bei der SPÖ und den NEOS – 11.19 Uhr*)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke schön, am Wort ist der Abgeordnete Armin Forstner.

LTabg. Forstner, MPA – ÖVP (11.19 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Frau Landeshauptfrau, liebe Mitglieder der Landesregierung, aber vor allem liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ja, man kann eigentlich jedem was abgewinnen. Lieber Herr Stefan Hofer, herzlichen Dank. Du hast das, glaube ich, ganz treffend einmal am Anfang auf den Punkt gebracht. Nur die Aufgaben der Gemeinde, die sind ja mittlerweile, und jeder hier herinnen, der in der Gemeinde oder als Bürgermeister tätig ist, weiß eigentlich, wie umfassend die Aufgaben sind. Und da sind halt schon ein paar Sachen, die mir eigentlich fast ein wenig zu wenig erwähnt worden sind. Weil, wir sind alle herinnen gesessen und haben, zu Recht, den Gehalt z. B. von unseren Pädagoginnen in den Kindergärten dementsprechend erhöht. War, glaube ich, voriges Jahr oder 2023. Bitte dann darf ich erinnern, ich bin eine Gemeinde mit 1.800 Einwohnern. Bei mir macht die Erhöhung für meine drei Kindergartengruppen 96.000 Euro im Jahr aus. Bei einem Budget mit 5,8 Millionen Euro. Also da muss man dann schon mal nachdenken. Und dann, weil es ja alles so schön ist, und das hat mir der Andi auch schon vorweggenommen, kommt die Wildbach- und Lawinenverbauung und sagt das und das und das müssen wir ändern, sonst sind wir eine gelbe und eine rote Zone. Und du als Gemeinde stehst eigentlich da und bist eigentlich komplett handlungsunfähig, weil, du hast eigentlich kein Recht, gegen die irgendwie tätig zu werden. Was die aber machen, ist bei uns in den Gemeinden, und der Stefan wird mir das bestätigen, die sagen, das ist jetzt eine rote Zone. Dann kommt der Bewohner zu dir und sagt, das war mein

Baugrund, den habe ich vor zehn Jahren gekauft, um die Summe X und jetzt ist er eigentlich wertlos. Was muss die Gemeinde machen? Die Gemeinde muss hergehen, wieder schauen, dass die Wildbruch- und Lawinenverbauungsmaßnahmen setzt in weiterer Folge und dann, schaut es wieder so aus, Drittel Bund, Drittel Gemeinde, Drittel das Land Steiermark. Ist alles wunderbar, aber es sind ein paar Stellen in den Gemeinden und du hast gleich einmal ein paar Millionen beieinander. Und das trifft dann ein Drittel der Gemeinden. Und die Bevölkerung kommt natürlich in weiterer Folge zu dir und sagen, bitte mein Sohn, meine Tochter oder irgendwer will dort bauen. Jetzt haben wir eh schon von Haus aus das Problem mit der extremen Landflucht und dann müssen wir schauen, dass wir unsere Bewohner haben halten und dementsprechend unterstützen. Aber es gibt natürlich sehr viele andere Sachen auch. Viele Förderungen sind heute nicht angesprochen worden. Man muss sich halt ein wenig beschäftigen mit denen. Landesrat Stefan Hermann hat es angesprochen, die Abteilung 17. Ja, die Abteilung 17, die steht da mit Rat und Tat zur Seite. Man muss nicht runterfahren, man muss gewisse Sachen einhalten, aber das funktioniert eigentlich sehr gut. Und da wird jede Gemeinde auch dementsprechend unterstützt. Jeder will, dass es in der Steiermark in den Gemeinden dementsprechend gut geht. Man muss aber auch vielleicht einmal nachdenken, ob man immer alles anbieten kann als Gemeinde. Wir haben ja schon sehr vieles zusammengelegt, weil die Schulen einfach nicht mehr so groß waren, weil wir nicht mehr so viele Schüler gehabt haben und lauter solche Sachen. Man muss halt vielleicht einmal, und das hat sich die Landesregierung auch aufgehängt, einmal über die Entbürokratisierung nachdenken. Weil, wenn heute schon alles so kompliziert ist, dass ich einen Schulassistenten brauche, dann muss ich einmal nachdenken, ob das noch richtig ist. Dann muss ich aber auch nachdenken, ob viele andere Dinge wichtig sind. Und wo ich mir dann wirklich oft schwer tue, ist mit solchen Aussagen, wie du sagst, Lambert, „mit der BMW 500 rauf auf den Seggauberg“, du wirst nie mit der BMW 500 fahren, weil sonst bist du bei der falschen Partei. Aber es ist halt schon schwierig, auch wenn man nach zwei Monaten irgendwie Landesregierung arbeitet und dann sofort anfangen zu sagen, das passt nicht, das passt nicht, das passt nicht. Man kann ja darauf hinweisen, wie der Stefan Hofer oder der Andi Thürschweller das gemacht haben oder der Philipp Könighofer. Das sind lauter wichtige Sachen. Aber man muss schon einmal schauen, dass wir schon langsam einmal ins Arbeiten kommen, dass man auch nicht vergisst, was wir selber die letzten Jahre beschlossen haben und dass man jetzt schaut, wie kann man den Gemeinden bestmöglich unter die Arme greifen. Weil, wo geht denn der Bürger als erster hin? Der geht auf die Gemeinde. Und der kommt oft nicht mit Sachen, die eigentlich die Gemeinde betreffen, sondern in weiterer Folge speziell die ältere Bevölkerung, wo er sagt, bitte, könntest

du mir bei dem Steuerausgleich helfen? Könntest du mir bei dem, dem, dem helfen? Da sind oft viele, wo die Kinder irgendwo in der Stadt sind und nicht mehr daheim sind. Und da müssen wir eigentlich auch dementsprechend ..., ist auch Aufgabe der Gemeinde. Und das nimmt auch dementsprechend viel in Anspruch. Aber das ist halt die Aufgabe. Und das hat eigentlich diese Landesregierung und die vorherige Landesregierung schon gearbeitet daran. Und da bitte ich euch, dass wir alle ein wenig zusammenhalten, dass wir alle schauen, dass wir nicht alle gleich schimpfen, weil ich glaube, wir wollen alle das Beste. Jeder hat vielleicht einen anderen Zugang, aber gemeinsam, wenn der eine dort ein wenig nachgibt und der andere dort, dann kann man das natürlich auch dementsprechend schaffen. In diesem Sinne, bitte schauen wir, dass wir unsere Gemeinden dementsprechend unterstützen. Und dann wird das schon ein wenig funktionieren. Und in weiterer Folge hilft das auch unserer Bevölkerung. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 11.24 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Am Wort ist noch einmal die Frau Landeshauptmannstellvertreterin Manuela Khom. Bitte sehr.

Landeshauptmannstellvertreterin Khom - ÖVP (11.24 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vielen Dank für die vielen Inputs, die Sie uns gegeben haben und für mich ist das Schöne zu sehen, dass in diesem Haus das Bewusstsein da ist, dass die Gemeinden die sind, die ganz nah am Bürger sind und die einen großen Teil der Daseinsvorsorge tragen müssen und wir gemeinsam in die Richtung auch gehen müssen. Am meisten freut sich ein Bürgermeister in diesem Haus, auch in schwierigen Situationen. Es ist mir eine Freude, Bürgermeister zu sein. Das ist ein schönes Gefühl zu wissen, dass die, die Verantwortung tragen, das noch immer gern tun, ganz egal aus welcher Partei sie kommen. Dafür bedanke ich mich. Das ist ein klares Statement auch in diesem Haus. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Ein paar Dinge, ich habe es zu Beginn schon gesagt, der Finanzausgleich. Da sind wir alle einer Meinung, da muss sich etwas ändern. Leicht gesagt, schwergetan. Die, die mehr haben, wollen nichts hergeben. Mehr ist nicht im Säckel drinnen, also wie verteilen wir? Das brauche ich nicht lange erklären. Die kennen Sie alle, das wären 130 Millionen alleine für uns im Jahr, also das würde unseren Gemeinden schon sehr helfen. Es gab unterschiedliche Aussagen. Der Kollege Thürschweller hat gesagt: „Wir können nicht mehr investieren.“ Ich glaube, der Kollege Dolesch hat gesagt: „Das Investieren ist nicht das Problem, sondern den laufenden Betrieb im Laufen zu

halten.“ Für Investitionen, ich habe es zu Beginn gesagt, für das heurige Jahr gibt es Kippmittel in der Höhe von 65 Millionen für das Land und zusätzlich eine Liquiditätsunterstützung von 37,36 Millionen. Also ich glaube, auf der Investitionsseite gibt es doch viel Unterstützung auch vom Bund und auch das sollten wir positiv sehen. Bei ein paar Dingen gehen die Meinungen auseinander. Ich sage es ja immer wieder, das Wichtigste ist, dass der Wirtschaftsstandort in der Steiermark abgesichert ist, weil, Wirtschaft bedeutet Arbeit, Arbeit bedeutet Einkommen, Auskommen bedeutet Steuer, bedeutet für die, die selber nicht können, da sein und unterstützen. All das ist Wirtschaft. Wirtschaft bedeutet auch, die Ertragsanteile werden wieder steigen, die Kommunalabgabe wird wieder steigen. Also das große Ziel wird für uns nach wie vor sein, nämlich auch zugunsten der Gemeinde, dass wir den Wirtschaftsstandort nach vorne bringen. Und da, lieber Lambert, sind wir uns jetzt nicht mehr einer Meinung. Du hast gesagt, wir müssen einfach mehr einnehmen, damit wir mehr geben können. In einer Situation wie dieser, wo wir wirtschaftlich massiv gefordert sind, werde ich mit meiner Partei „Mehr-Einnehmen“ ablehnen, sondern wir werden schauen, wie können wir mit den Geldern, die wir haben, die Menschen so bedienen, dass die Daseinsversorgung gesichert ist. Und da werdet auch ihr in diesem Haus gefordert sein. (*LTAvg. Schönleitner: „Ihr werdet es machen müssen. Das ist die Realität.“*) Lambert, du warst in der Bundesregierung, du hättest viel (*KO LTAvg. Klimt-Weithaler: „Und die ÖVP war nicht in Verantwortung?“*) – also du nicht, deine Partei, entschuldige bitte, habe ich falsch gesagt. (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ*) Ich atme wieder aus, verzeih. Andi, ich atme jetzt beim Lambert aus. Nein, ich glaube, dass wir in Situationen wie diesen jetzt ganz genau schauen müssen, wie gehen wir mit den Finanzen um. Und es ist so einfach zu sagen, nimm aus deinem Säckel was und gib in das Säckel was. Und dann Sorge dafür, dass in diesem Säckel nichts weggenommen wird. Das funktioniert nicht. Wir haben immense Herausforderungen auf Landesebene, ganz gleich, wie wir sie auf Gemeindeebene haben. Und jetzt nur zu sagen, ja geben wir halt denen was, aber da haben wir dann auch nichts, da wissen wir nicht, wie wir das zahlen sollen, das wird nicht gehen. Und du hast eines gesagt, wo ich hundert Prozent bei dir bin, Lambert. Du hast gesagt, wir dürfen nicht immer nur kurzfristig, sondern längerfristig denken. Da hast du meine volle Unterstützung. Da braucht es ein insgesamtes Hinschauen, wie können wir unsere Gemeinden auch tatsächlich unterstützen. Und wir werden in den nächsten Monaten in diesem Haus gefordert sein. Wir werden Veränderungen brauchen in der Struktur. Wir werden Veränderungen brauchen insgesamt. Wie wollen wir dieses Land bewirtschaften? Was sind die Dinge, die tatsächlich wichtig sind, um dieses Land vorne zu halten? Dieses Land, in dem wir im Wohlstand leben können. Der Großteil der Menschen noch immer, auch wenn ihr jeden Tag

erzählt, wir sind kurz vorm Sterben. Nein, wir leben in einem wunderschönen Land, in dem wir in Frieden leben können, in dem wir in Sicherheit leben können. Und das wird unsere Aufgabe sein, das auch in Zukunft zu tun. Und da sind wir gefordert. Und Robert, wenn dich die Bürgermeister anrufen, dass sie ihre Gehälter nicht zahlen können. Ich hoffe, dass sie dich auch dann anrufen, weil das Land Steiermark sowohl Stefan Hermann als auch ich immer unterstützen werden, wenn die Gemeinden Hilfe brauchen. Immer, und wenn sie dich anrufen und nicht wissen, ob sie ihn oder mich anrufen sollen, dann hast du unsere Telefonnummer, dann gib sie ihnen und dann sollen sie uns anrufen. Weil, wir werden immer an der Seite unserer Gemeinde stehen. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Vor allen Dingen jene. Aber eines sei mir trotzdem erlaubt und da nehme ich jetzt die Abteilung in Schutz. Weil das Recht nehmen wir uns heraus, wann immer die Gemeinden kommen und um Unterstützung fragen, die brauchen nicht bitten, fragen, wir werden immer nach den Grundsätzen Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit prüfen. Auch das ist unsere Verantwortung. Und das werden wir auch tun, für die, die da gesagt haben, nein, also man darf nicht sagen, die sind schuld. Wir sagen nicht, sie sind schuld, aber prüfen tun wir. Und wenn sie Hilfe brauchen, werden wir da sein. Gewehr bei Fuß, als Jägerin darf ich das sagen, und werden helfen, wo auch immer Hilfe gebraucht wird. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 11.29 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, es gibt keine weitere Wortmeldung. Die Zeit ist um. Die Aktuelle Stunde ist somit beendet.

Wir kommen zu den Befragungen von Mitgliedern der Landesregierung.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass zwei Anfragen gemäß § 69 GeoLT eingebracht wurden. In diesem Zusammenhang darf ich den Fragesteller bzw. die Fragestellerin als auch das beantwortende Mitglied der Landesregierung um die gebotene Kürze ersuchen.

Gemäß § 69 Abs. 8 GeoLT ist beim Aufruf der gegenständlichen Tagesordnungspunkte die Frage mündlich zu wiederholen. In Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz werde ich lediglich eine kurze, präzise und auf die Fragestellung hinführende Begründung in einem maximalen Ausmaß von zwei Minuten zulassen.

Gemäß § 69 Abs. 2 GeoLT hat die Beantwortung der Frage durch das befragte Mitglied der Landesregierung so kurz und konkret zu erfolgen, wie es die Anfrage zulässt und soll ein Ausmaß von fünf Minuten nicht übersteigen.

Nach Beantwortung der Frage kann der Fragesteller bzw. die Fragestellerin eine kurze mündliche Zusatzfrage stellen. Diese darf nur eine einzige, nicht unterteilte Frage enthalten und muss mit der Hauptfrage in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen.

Über die Beantwortungen der Anfragen finden keine Wechselreden statt.

Ich komme nun zur Behandlung der ersten Befragung,

B1: Einl.Zahl 264/1

Am Donnerstag, dem 6. Februar 2025 wurde von Herrn LTAbg. Robert Reif namens des Landtagsklubs der NEOS eine Anfrage an Frau Landesrätin Simone Schmiedtbauer betreffend „**Energiegemeinschaften in steirischen Gemeinden erleichtern!**“ eingebracht.

Ich ersuche den Fragesteller, Herrn LTAbg. Robert Reif, die Frage mündlich am Rednerpult zu stellen.

LTAbg. Reif - NEOS (11.31 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, liebe Regierungsmitglieder, geschätzte Damen und Herren und Kolleginnen und Kollegen!

Es geht ja auch immer darum, dass man Lösungen bringt und eine Lösung zu einem Thema, was wir gerade vorher doch emotional auch geführt haben, die Debatte des Budgets in der Steiermark, des Gemeindebudgets, ist eben auch die Geschichte der Energiegemeinschaften. Energiegemeinschaften sind ein Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, von Unternehmerinnen und Unternehmern, aber auch Kommunen, um den Strom günstiger zu beziehen. Das heißt, wenn jemand mehr produziert, als er braucht und der andere braucht es und nichts produziert, kann er günstiger beziehen. Warum ist das so wichtig? Es geht dort vor allem um die Netzentgelte und die Netzentgelte, wie Sie wissen, sind diese im Vorjahr um fast rund 30 % allein der Steiermark angestiegen. Wir sprechen da von rund 10,89 Cent pro Kilowattstunde. Das ist der zweithöchste Wert in Österreich. Und allein durch den Zusammenschluss von Energiegemeinschaften sind da Zahlen in der Höhe von rund 4,5 Cent pro Kilowattstunde machbar, dass man sich das erspart. Das ist natürlich jetzt für eine Kommune nicht der riesengroße Budgetposten, aber dennoch, wir haben uns das durchgerechnet, in einer durchschnittlichen Gemeinde mit rund 2.000 Einwohnern, sind das fast 20.000 Euro im Jahr, die man sich dadurch ersparen kann. Es gibt auch sehr, sehr viele oder einige doch sehr positive Beispiele, wie das Geisthal-Södingberg oder die Gemeinde Lafnitz, die das jetzt schon länger

haben und wo das auch wirklich hervorragend funktioniert. Wir haben die Befragung deshalb gemacht, weil wir der Meinung sind, dass es da einfach vielleicht noch Hindernisse gibt, die Gemeinden im Weg stehen, oder auch Fehlinformationen g. Und wir möchten jetzt einfach wissen oder unser Vorschlag wäre, dass man da wirklich dahingeht, dass man Gemeinden unterstützt, in welcher Form sie das auch brauchen, damit wir in der Steiermark mehrere solcher Energiegemeinschaften zusammenbringen, damit für die Kommunen, für die Bürgerinnen und Bürger und für Unternehmerinnen und Unternehmer der Strom wieder leistbar wird.

Daher ergeht folgende Anfrage. Werden Sie neue Fördermaßnahmen und Programme für steirische Gemeinden einführen, um die Gründung und den Betrieb von Energiegemeinschaften zu erleichtern und die Energiekosten für Bürgerinnen und Bürger sowie Gemeinden langfristig zu senken?

Ich bitte um Beantwortung. (11.33 Uhr)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, ich bitte die Frau Landesrätin Simone Schmiedtbauer um Beantwortung dieser Frage.

Landesrätin Schmiedtbauer - ÖVP (11.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Abgeordneter Reif!

Vielen Dank für die Frage, weil das für mich ein enorm wichtiges und persönliches Thema ist, Energiegemeinschaften bestmöglich zu unterstützen. Energiegemeinschaften sind für mich zuallererst einmal ein ganz wichtiges Element in der Bewusstseinsbildung. Denn solange der Strom sprichwörtlich aus der Steckdose kommt, kümmert sich kaum jemand darum. Wenn ich jetzt aber selbst Stromerzeuger bin oder etwa mit meinem Nachbarn eine Anlage betreibe, dann ist meine Perspektive plötzlich eine ganz andere. Das heißt, Bewusstseinswandel durch Partizipation ist eine ganz wesentliche Funktion einer Energiegemeinschaft. Und ja, natürlich, sie bietet ihren Mitgliedern dauerhaft berechenbare und vor allem auch stabile Strompreise. Und das ist natürlich ein ganz großer Vorteil. Ich möchte aber auch die Gelegenheit nutzen, um hier im Hohen Haus ein paar Unklarheiten und vielleicht Missverständnisse zu dem Thema Energiegemeinschaften aufklären zu können. Denn in der Anfrage der NEOS heißt es dazu etwa, „dadurch lassen sich Netzbelastungen reduzieren und Energiekosten senken.“ Das ist nur sehr eingeschränkt korrekt, denn entgegen der weit verbreiteten, ja oftmals Falschannahme, kommt es bei den meisten Energiegemeinschaften de facto zu keiner Netzentlastung, da der Strom ja nach

physikalischen Gesetzen immer den Weg des geringsten Widerstandes nimmt. Das heißt, eine Entlastung der Netze gibt es nur dann, wenn es auch gleichzeitig zu einer Änderung des Stromverbrauchsverhaltens kommt. Das ist enorm wichtig, deshalb auch diese Bewusstseinsbildung, die für mich in allererster Stelle steht. Das sogenannte netzdienliche Verhalten. Zum Punkt Energiekosten senken. Ja, Energiegemeinschaften können für die Mitglieder selbstverständlich die Netzkosten senken. Aber ich warne jetzt davor, die Energiegemeinschaften als Allheilmittel für die sämtliche Stromkostenthematik zu betrachten. Denn das liegt in der Logik der Verteilung der Netzkosten auf die Teilnehmer am Gesamtnetz. Das heißt, eine Einsparung gibt es nur, wenn genug andere vollzahlende Stromteilnehmer im Netz sind. Und ich sage es jetzt nur überspitzt bitte, nur überspitzt, einfach erklärt. Das heißt, wenn jetzt halb Österreich in einer Energiegemeinschaft wäre und auch diese reduzierten Netzgebühren genießen würde, dann würde dieses Modell in der jetzigen Form leider gar nicht mehr funktionieren. Deshalb in kleinen Bereichen Möglichkeiten perfekt, um die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu unterstützen. Zum geforderten Maßnahmenbündel möchte ich Folgendes sagen. Wir haben im Land Steiermark die Energieagentur Steiermark, die eigens im Auftrag des Landes eine Beratungsstelle darstellt, und diese Beratungsstelle hat im Vorjahr fast 700 Beratungen durchgeführt. Das sieht man, das Interesse ist groß und selbstverständlich unterstützen wir auch die Gemeinden, wenn Bedarf besteht. Zu den bürokratischen Hürden für die Energiegemeinschaften, ja, eine Erzeugergemeinschaft braucht natürlich eine eigene Rechtspersönlichkeit, eine Genossenschaft, einen Verein oder ähnliches, die braucht natürlich auch zwangsläufig einen gewissen Verwaltungsaufwand. Bringt das einfach mit sich, denn der gemeinsame, der genutzte Strom muss ja auch dementsprechend bei den Mitgliedern abgerechnet werden und zudem braucht es natürlich einen Jahresabschluss, eine Mitgliederversammlung und ähnliches. Die Regelung des Strommarktes ist generell in Zuständigkeit des Bundes. Und der Bund hat ja bis 30. Jänner 2025 eine Förderungsaktion für innovative Erzeugergemeinschaften. Ob und wie es diese Förderungen in Zukunft gibt, wissen wir momentan alle miteinander nicht, ist also unbekannt. Was es aber nach wie vor gibt, und das ist auch durchaus positiv, weiterhin bestimmte Vergünstigungen. Das heißt, zwei Abgaben fallen für den Strom aus den EEGs nicht an. Das sind der erneuerbare Förderungsbeitrag und auch die Elektrizitätsabgabe. Fasse aber zusammen, für uns in der Steiermark natürlich weiterhin Unterstützung bei Bedarf an diesen Energiegemeinschaften, regional natürlich und auch nachhaltig. Wir werden uns auch weiterhin mit dem Thema natürlich faktenbasiert

auseinandersetzen und annehmen und schauen wir, was seitens des Bundes etwaig auf den Weg gebracht wird. Vielen lieben Dank. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 11.39 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, gibt es eine Zusatzfrage, Herr Kollege? Dann bitte.

LTAbg. Reif - NEOS *(11.39 Uhr):* Herzlichen Dank, Frau Landesrätin!

Ja, mir schon klar, es geht da nur um Netz-Ebene 6 und 7, weil sonst würde das keinen Sinn ergeben. Es geht da aber auch um die Implementierung von Speichern. Deshalb ist auch die Netzentlastung ein Thema, weil bei einer Energiegemeinschaft, die digital vernetzt ist, sind auch die Implementierungen der privaten Speicher inkludiert. Und dadurch kann ich Entlastungen schaffen, was wiederum nur auf Netz-Ebene 6 und 7 geht. Also da wissen wir schon, von was wir reden.

Meine Zusatzfrage wäre trotzdem, und das ist, glaube ich, schon eine wichtige Geschichte, was jetzt nicht auf Bundesebene zu lösen ist, welche Maßnahmen sind geplant, um die bürokratischen Hürden bei der Gründung von Energiegemeinschaften zu verringern?

Gerade was auch das Thema der Form, also die Ausgestaltung einer Energiegemeinschaft, ist es eine Genossenschaft oder nicht usw. betrifft. *(11.39 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Frau Landesrätin, ich bitte um Beantwortung.

Landesrätin Schmiedtbauer - ÖVP *(11.40 Uhr):* Danke vielmals für die Zusatzfrage!

Im Großen und Ganzen ist das trotzdem eine Bundesangelegenheit. Welche Form oder für welche Form ich mich entscheide, kommt natürlich auch auf die Energiegemeinschaft darauf an. Wie gesagt, nach wie vor Bundesebene. Danke. *(11.40 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Frau Landesrätin.

Wir kommen nun zur Behandlung der zweiten Befragung.

B2: Einl.Zahl 266/1

Am Freitag, dem 7. Februar 2025 wurde von Frau LTAbg. Veronika Nitsche namens des Landtagsklubs der Grünen eine Anfrage an Frau Landesrätin Simone Schmiedtbauer betreffend „**Lithium-Abbau auf der Koralm**“ eingebracht.

Ich ersuche die Fragestellerin, Frau LTAbg. Veronika Nitsche die Frage mündlich am Redepult zu stellen.

LTAbg. Nitsche, MBA - Grüne (11.40 Uhr): Vielen Dank, Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer_innen!

Ja, unbestritten ist, dass wir Lithium brauchen. Und ebenso unbestritten ist wohl, dass hier eine UVP umgangen wurde. Wir reden zwar von Kärnten, aber ich komme dann schon auf die Steiermark zurück. Weil für den geplanten Lithiumabbau auf der Koralm braucht es aktuell keine UVP. Und das hat das Land Kärnten als verfahrensführende Behörde so entschieden, weil eben 9,8 Hektar statt der 10 Hektar gebraucht werden oder in Anspruch genommen würden, und das liegt eben unter den 10 Hektar für eine UVP. Die Naturschutzorganisation Alliance for Nature und auch Deutschlandsberg haben gegen die Ablehnung der UVP Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht erhoben. Also während sich die Kärntner wohl über den wirtschaftlichen Profit freuen, drohen auf der steirischen Seite eben die negativen Folgen für Umwelt und Natur, und auch eine erhebliche Verkehrsbelastung, eine zusätzliche Verkehrsbelastung. Und neben den verstopften Straßen, dem Staub und dem Lärm, sorgen sie sich auch um die Wasserversorgung, und das ist besonders eben ein Thema in Deutschlandsberg und um Bad Schwanberg. Die betroffenen Gemeinden fürchten um ihr wertvolles und sauberes Trinkwasser durch eben diese Eingriffe in die Natur und fragen sich, ob die Landesregierung, eben auf steirischer Seite die Sorgen um die Trinkwasserversorgung ernst nimmt. Wir haben ja die Trinkwasserversorgung dann auch noch einmal später in der Landtagssitzung.

Es wird daher folgende Anfrage gestellt: Durch welche Maßnahmen können die betroffenen Gemeinden unterstützen, ihre Lebensgrundlage Wasser zu schützen?

Ich ersuche um Beantwortung. *(Beifall bei den Grünen – 11.42 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, ich bitte nun die zuständige Landesrätin, Frau Simone Schmiedtbauer, diese Frage zu beantworten.

Landesrätin Schmiedtbauer - ÖVP (11.42 Uhr): Danke vielmals, Herr Präsident, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Raum!

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Nitsche, vielen lieben Dank für die Anfrage. Natürlich ein Thema, das für Aufregung sorgt. Und selbstverständlich nehmen wir die Sorgen der

Gemeinden, der Bürgerinnen und Bürger wahr. Denn eines vorweg, das möchte ich sagen, nach über vier Jahren in Brüssel, wo wir nicht diese Qualität des Wassers, wie wir sie alle miteinander für selbstverständlich halten und tagtäglich verwenden dürfen - da ist nur Brüssel, und das ist nicht weit so weit weg - ganz weit davon entfernt. Also, Gott sei Dank haben wir in der Steiermark nicht nur ausreichend Trinkwasser, Gott sei Dank haben wir in der Steiermark auch Trinkwasser in allerhöchster Qualität und selbstverständlich gilt es auch, diese Qualität in Zukunft sicherzustellen. Das von Ihnen angesprochene geplante Vorhaben in Kärnten, da kann ich Ihnen mitteilen, dass wir natürlich als Landesregierung selbstverständlich uns sehr, sehr sorgfältig mit diesem Thema auseinandersetzen werden. Denn eines ist für mich klar, wir werden uns natürlich nicht in die Angelegenheiten eines anderen Bundeslandes einmischen, aber es darf absolut zu keinen Beeinträchtigungen der Trinkwasserqualität für unsere Steirerinnen und Steirer kommen. Das ist auch klar. Wichtig ist aber auch in diesem Zusammenhang, dass wir eine faktenbasierte Diskussion führen. Denn, das kann ich auch sagen, dieses Vorhaben wird von den Seiten unserer zuständigen Abteilung mit höchster Aufmerksamkeit verfolgt, und momentan sind sich die Meinungen, die Expertinnen- und Experten einig, dass die geologischen Gegebenheiten des Koralmgebietes und die Lage der Quellen eine Beeinflussung der regionalen Wasserversorgung als äußerst unwahrscheinlich angesehen wird. Um diese Auswirkungen eines etwaigen Projekts aber im Detail bewerten zu können, und um Risikofaktoren ausschließen zu können, muss jedoch zunächst einmal ein konkretes Einreichprojekt vorliegen. Und das ist derzeit noch nicht der Fall. Und dann, wenn dieses Projekt vorliegt, dann werden sich unsere Fachleute natürlich intensiv damit auseinandersetzen, dann können sie auch exakte Abschätzungen geben. Also, weiterhin ist für uns ganz klar, wir werden dieses Projekt, sofern es kommt und umgesetzt wird, mit Argus-Augen beobachten. Und unsere Expertinnen und Experten werden uns dann die exakten Abschätzungen geben können. Was nicht passieren darf, dass es in irgendeiner Art und Weise zu einer Schlechterstellung unseres Trinkwassers kommt, das ist für uns als Steirerinnen und Steirer ausgeschlossen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 11.44 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Gibt es eine Zusatzfrage? Keine Zusatzfrage.

Damit sind die Befragungen beendet und ich komme zu den Mitteilungen.

Am Freitag, den 7. Februar 1925, wurde um 17.31 Uhr von den Abgeordneten der NEOS eine Dringliche Anfrage mit der Einl.Zahl 268/1 an Frau Landeshauptmannstellvertreterin Manuela Khom „betreffend Gemeindefinanzen im Keller, schaut die Landesregierung weiterhin zu“ eingebracht.

Ebenfalls am Freitag, den 7. Februar 1925, wurde um 17.31 Uhr von Abgeordneten der NEOS eine Dringliche Anfrage mit der Einl.Zahl 269/1 an Herrn Landesrat Mag. Stefan Hermann betreffend „Gemeindefinanzen im Keller, wieso schaut die Landessicherung weiterhin zu?“, eingebracht.

Die Behandlung der Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des § 68 nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls spätestens um 16.00 Uhr beginnen. In Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz wird nach der gemeinsamen Begründung der Dringlichen Anfrage D1 und D2 die Beantwortung durch die beiden Mitglieder der Landesregierung stattfinden. Danach findet gemäß § 68 eine gemeinsame Wechselrede statt.

Es wurden außerdem vier Anfragen gemäß § 66 eingebracht. Diese sind gemäß § 78 auf der Homepage des Landtags Steiermark veröffentlicht. Und ich komme nunmehr zur Tagesordnung.

Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einlagezahl 183/3 betreffend „Prüfbericht zur Wasserversorgung in der Steiermark mit dem Schwerpunkt Ausfallsicherheit zum Bericht mit der Einl.Zahl 183/2.“

Am Wort ist der Abgeordnete Jochen Bocksrucker. Bitte, Herr Abgeordneter, der Weg ist weit.

LTAbg. Bocksrucker - SPÖ (11.48 Uhr): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten, werte Zuseherinnen, werte Zuseher!

Ich darf zum Prüfbericht Wasserversorgung in der Steiermark mit dem Schwerpunkt Ausfallsicherheit Folgendes anmerken. Generell ist dieser Bericht ja sehr, sehr positiv. Wie wir dem Bericht entnehmen können, ergibt die Abschätzung der Grundwasserneubildung bis 2050 in der Steiermark im Vergleich zum Jahr 2012 eine sechsprozentige Verringerung.

Gleichzeitig dazu wird ein steigender Grundwasserbedarf prognostiziert. Bei einer linearen Entwicklung des Grundwasserbedarfs würde vom Jahr 2021 bis zum Jahr 2050 ein Mehrbedarf von 20 % erreicht werden. Da die Trinkwasserversorgung durch das Grundwasser gedeckt werden muss, ist diese Ressource selbstverständlich besonders wichtig. Beim Thema Ausfallsicherheit in der Wasserversorgung spielen das Vorkommen und die Qualität von Grundwasser natürlich diese wesentliche Rolle. Und der Bericht weist auch darauf hin, dass die Niederschlagsverteilungen aufgrund des Klimawandels ungleich sind, sodass im Süden zukünftig weniger Niederschlag zu erwarten sein wird. Immer häufiger auftretende Starkregenereignisse aufgrund des Klimawandels stellen unsere Einsatzorganisationen, allen voran unsere Freiwilligen Feuerwehren, vor sehr, sehr große Herausforderungen. Gleichzeitig müssen wir in den Gemeinden beim Ausweis von Bauflächen unsere Flächenwidmungspläne überarbeiten und unseren Hochwasserschutz adaptieren. Der Bau von Rückhaltebecken und die Neudimensionierung der Kanalinfrastruktur als Reaktion auf diese Veränderung fordern uns Gemeinden selbstverständlich auch wieder finanziell. Eine hohe Niederschlagsintensität in kurzer Zeit schafft durch den erhöhten Oberflächenabfluss auch keine Anreicherungen des Grundwasserspiegels, was natürlich sehr schade ist. Und wenn für uns Gemeinden Leitlinien für Regenwasserbewirtschaftungskonzepte erstellt werden, uns Beratungsleistungen inklusive Förderungen adäquater Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, so begrüßen wir das ausdrücklich. Dass die Wasserversorgung generell im Bundesverfassungsgesetz geregelt ist und dadurch eigentlich ja nicht privatisiert werden kann, unterscheidet uns, unser Land zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger maßgeblich von jenen Ländern, die diesen Fehler bereits begangen haben, die Wasserversorgung zu privatisieren. Es gibt eine Studie von der Arbeiterkammer, die zeigt, dass in England und Wales 89, bereits 100 % der Wasserwirtschaft privatisiert sind und in Frankreich sind es 79 % der Trinkwasserversorgung. Eine Studie der Universität Manchester ergab, dass die Investitionen nach der Privatisierung in England und Wales mehr als halbiert wurden. Davor waren es 3,5 % des Anlagewertes, danach waren es lediglich noch 1,5 % nach der Privatisierung. Dadurch gehen quasi vier Milliarden Liter Wasser durch undichte Rohrleitungen verloren und die würden wir natürlich dringend brauchen. Im Gegensatz dazu gehört es in unseren Gemeinden quasi zu unseren Hausaufgaben, das Wasserleitungsnetz zu warten, zu sanieren und ständig zu erneuern. Die Klimawandelanpassungsstrategie 2050 und ihre Empfehlungen halte ich für ein geeignetes Instrument, um für zukünftige Herausforderungen gerüstet zu sein. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ – 11.50 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Als nächstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Franz Fartek.

LTabg. Fartek - ÖVP (11.50 Uhr): Ja, geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Vertreter_innen der Landesregierung, geschätzte Kollegen hier im Hohen Haus, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, der Prüfbericht Wasserversorgung in der Steiermark mit dem Schwerpunkt Hausversicherungen ist natürlich schon ein besonderer Bericht und ich möchte zu Eingang schon sagen, Frau Landesrätin, ich glaube, wir haben nicht vor, das Wasser zu privatisieren, ganz im Gegenteil, wir wollen schauen, dass unser Wasser, unser höchstes Gut auch in unserer Hand bleibt. Und hier werden wir auch alles daransetzen. Zum Prüfbericht, ein sehr umfassender Bericht, ein positiver Bericht, der zeigt, wie die Steiermark auch aufgestellt ist. Sie ist sehr gut aufgestellt. Laut Prüfer ist auch die Versorgungssicherheit gegeben. Und ich glaube, das ist das Wesentliche, wenn wir von unserer Wasserversorgung reden. In einer Presseaussendung schreibt der Rechnungshof wörtlich, „keine Beanstandungen bei der Wasserversorgung, Landesförderungen für Steuervorplanungen und Grundwasserschutz tadellos.“ Ein gutes Zeichen vom Landesrechnungshof. Ich danke dafür recht herzlich. Ich bedanke mich aber auch bei dem ehemaligen Leiter der Abteilung 14, bei Hofrat Hans Wiedner, der ja vor Kurzem in Pension gegangen ist. Einer, der die Wasserwirtschaft in der Steiermark so aufgestellt hat, wie sie ist. Wirklich ein besonderes Danke. Und er hat auch einen guten Nachfolger mit Clemens Matzer. Und ich glaube, das wird auch in der Steiermark so gut und positiv weitergeführt werden. Es gibt nur wenige Kritikpunkte, ich habe gestern mit Herrn Hofrat Wiedner gesprochen, wenn wir es vorher gewusst hätten, hätten wir es vorher schon erledigt, also nicht der Rede wert sozusagen. Aber geschätzte Damen und Herren, und ich glaube, es ist schon wichtig, dass wir das im Zusammenhang, wenn wir den Bericht präsentieren, auch noch einmal erwähnen. Wir gehen in der Steiermark schon von einem sehr hohen Standard aus, was die Wasserwirtschaft betrifft. Wir haben 16.000 Kilometer Wasserleitungen, über 90, und das müsst ihr euch auf der Zunge zergehen lassen, über 90 % sind an das öffentliche Netz angeschlossen. Und mehr als 70 % der Wasserleitungen sind digital erfasst. Schutz- und Schongebiete, und das ist, glaube ich entscheidend, was der Kollege vorher gesagt hat, sichern die Trinkwasserqualität. Und ich möchte ein Beispiel nennen. Wir im Wasserverband Vulkanland haben zusätzlich eine Grundwasseranreicherungsanlage gebaut, 1,4 Millionen, um die Qualität zu verbessern, aber

auch der Landwirtschaft hier auch dementsprechend zuzuarbeiten. Geschätzte Damen und Herren, da sollten wir uns auch natürlich, und das ist, glaube ich, auch wichtig, bei den früheren und jetzigen Verantwortungsträgern wirklich recht herzlich bedanken, auch bei den Gemeinden, die hier vorwiegend wirklich eine ganz tolle Arbeit geleistet haben. Ja, geschätzte Damen und Herren, das Wasser ist eine Lebensressource und damit Lebensgrundlage für die Menschen, für die Tiere, aber vor allem auch für die Pflanzen. Wir wissen alle, dass die klimatischen Bedingungen weiter schwieriger werden und auch uns vor Herausforderungen stellen. Aber die Steiermark verfügt über ausreichend Wasser. Es geht nur darum, dass es auch dementsprechend gut verteilt wird und mit einem internen Wasserausgleich über Transportleitungen wird das Wasser dorthin transportiert, wo es zukünftig auch gebraucht wird. Geschätzte Damen und Herren, ich denke hier an die Transportleitung Oststeiermark, wo das Wasser vom Norden in den Südosten, in den Osten geleitet und gepumpt wird. Und es ist ja ein weiteres Projekt in Vorbereitung, die Transportleitung Süd. Ich glaube, die auch ein wesentlicher Teil der Entlastung und der Versorgungssicherheit ausmachen wird. Mit dem Wassernetzwerk Steiermark 2050, glaube ich, ist auch eine Grundlage geschaffen und ein klares Bekenntnis auch von der Landesregierung, dass auch zukünftig hier dementsprechend ausgebaut wird und damit auch die Versorgungssicherheit sichergestellt wird. Geschätzte Damen und Herren, ja, was die Störfälle betrifft, und das war ja der Schwerpunkt auch dieser Prüfung, und das Blackout betrifft, braucht es hier eine gute Vorsorge und ein effizientes Management. Ziel ist es natürlich, dass jede öffentliche Versorgung einen Störmanagementplan hat. Und da ist auch zu sagen, 2015 haben wir noch 15 % gehabt, und mittlerweile haben wir hier 80 %, die das Störflächenmanagement haben. Und ich möchte noch vielleicht ein Beispiel aus meiner Region sagen. Mit dem Wasserverband Vulkanland sind wir einer der größten Verbände in der Steiermark. Und uns ist immer wichtig gewesen, dass wir nachhaltige Wasserversorgung, aber auch krisensichere Notstromversorgung auf diese Punkte setzen. Und wir haben gestern eine Mitgliederversammlung gehabt, und da haben wir diese Broschüre auch präsentiert. Ich möchte es deswegen sagen, weil es wichtig ist. Wie gesagt, wir versorgen über 100.000 Menschen in der Region, und nachhaltige Wasserversorgung und krisenintensive Notstromversorgung sind uns wichtig. Ich möchte es deswegen sagen, wir haben mittlerweile 22 Notstromaggregate, 1.838-kV-installierte Leistung, 20.000 Liter Diesel vorrätig, und wir können fünf bis sieben Tage unsere Menschen in der Region versorgen. Und das sieben Tage und 24 Stunden. Ich glaube, das ist wirklich vorbildlich. Das ist ein Verband. Und solche Verbände haben wir mehrere in der Steiermark

(*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*), das heißt, die Steiermark ist hier auf einem sehr guten Weg. Wir wollen gemeinsam natürlich auch diese Versorgungssicherheit und die Qualitätssicherheit sicherstellen. Ein arabisches Sprichwort heißt, „sauberes Wasser ist die erste und wichtigste Medizin der Welt.“ Ich glaube, das sagt alles. Herzlichen Dank, alles Gute und Glückauf. (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 11.50 Uhr*)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Als nächstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Lambert Schönleitner.

LTAbg. Schönleitner - Grüne (11.55 Uhr): Danke, Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Danke für den Bericht, den Landesrechnungshofbericht zu diesem Thema. Du hast jetzt ein schönes Bild gezeichnet, stimmt wirklich. Also die Wasserverbände leisten gute Arbeit, möchte ich überhaupt nicht bestreiten. In vielen Bereichen, speziell auch im Leibnitzer Feld, bei euch draußen, auch in der Obersteiermark, in unterschiedlichen Bereichen. Dennoch sagt uns der Bericht ein paar Dinge und darum habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet, die man nicht überlesen darf. Und eine Sache ist, und das ist, glaube ich, die gravierendste, das ist, dass in der Prognose bis 2050, das sind natürlich Daten, die vorhanden waren, auf die der Landesrechnungshof zurückgreift, in der Prognose bis 2050 die Grundwasserreserven um 6 % sinken werden. Und gleichzeitig sagt der Landesrechnungshof, das ist sehr wichtig und auf das weist er hin, steigt aber auch der Bedarf. Also ich wäre überhaupt nicht generell beruhigt, wenn ich mir anschau, was in der Steiermark in den letzten Jahren auch vor sich gegangen ist, wenn man mit offenen Augen durch die Landschaft geht, betrifft das nicht nur die Oststeiermark, die natürlich immer ein Hotspot ist, wenn es sehr heiß ist, das wissen wir, oder die Südoststeiermark. Es betrifft mittlerweile auch, und ich nehme den Bericht zum Anlass, um auf das hinzuweisen, auch die Obersteiermark in vielen Bereichen, dass uns Landwirtinnen und Landwirte sagen, auf einer Alm, wo sie jahrelang Wasser gehabt haben, ist die Quelle verfallen. Dann wird nachgesetzt, man gräbt runter, saniert sich teurer. Nach gewisser Zeit ist wieder das Gleiche. Und immer wieder muss die Feuerwehr, ich habe gerade einmal mit dem Landesfeuerwehrkommandanten diesbezüglich, voriges Jahr war es, glaube ich, auch geredet, sehr oft Einsätze machen, um Höfe zu versorgen, z. B., wenn die Trinkwasserversorgung im Sommer ausfällt. Da gibt es gar nicht so wenige, und diese Einsätze steigen. Und das zeigt uns schon, dass man, glaube ich, auf die Geschichte, wie es

um die Trinkwasserversorgung generell bestellt ist, nämlich in Bezug auf den Klimawandel und was die Klimawandelanpassungsstrategie angeht, dass man da genau darauf hinschauen muss. Ich glaube, wir müssen wesentlich mehr tun, als wir bisher tun. Es gibt Strategien, die Frau Landesrätin hat auch einmal etwas vorgestellt, aber wenn ich nur z. B. den Bereich der landwirtschaftlichen Bewässerung hernehme, da wissen wir genau, wir müssen extrem investieren. Es steht in dem Rechnungshofbericht ganz klar drinnen, das Problem ist nicht, dass das Wasser generell um so viel weniger wird. Das ist auch ein Problem, sondern das Problem ist, es kommt momentan herunter. Wir können es nicht rückhalten. Es fließt über die Vorfluter ab. Und am Ende, dann, wenn es heiß wird, fehlt uns das Wasser. Das heißt, es muss investiert werden, für die Bewässerung in der Landwirtschaft. Nicht nur was Trinkwasserversorgung anlangt, es geht um die Leitungssysteme, die saniert werden müssen, da hat es einen Bundesrechnungshofbericht gegeben, es geht speziell auch um Frostberegnung z. B. in der Landwirtschaft. Das hängt ja alles miteinander zusammen im Wassermanagementbereich. Und Frau Landesrätin, da wirst du mir wahrscheinlich recht geben, da müssen wir noch viel investieren. Also das ist noch zu wenig, wenn man sich die letzten Jahre anschaut. Diese Hitzeperioden, wie die gewirkt haben teilweise auf bestimmte landwirtschaftliche Kulturen. Zuerst erwischt es meistens den Gemüsebau immer, dann den Getreidebauern und andere Dinge, da ist viel zu tun. Und da darf man gar nicht beruhigt sein, wenn der Bericht auch generell sehr positiv ist. Ich glaube, da braucht es ein breites, umfassendes Investitionsprogramm, damit wir da etwas zusammenbringen. Dieser Rechnungshofbericht hat ja vorwiegend diese Ausfallsgeschichte auch angeschaut, die ist offenbar sehr gut. Wir wissen aber auch grundsätzlich, dass das Leitungssystem, das hat uns der Bundesrechnungshofbericht gesagt, eigentlich einen enormen Sanierungsrückstand aufweist, immer wieder. Und dass wir eigentlich schauen müssen, dass wir beim Leitungssystem in Sanierungsraten hineinkommen, die, sage ich einmal, sicherer sind für die Zukunft. Das ist teilweise zu wenig. Das heißt, wir haben Verluste am Leitungssystem. Und du hast es ja angesprochen, es wird jetzt wieder an einem neuen, größeren Leitungsprojekt in der Steiermark geplant. Immer Obersteiermark, Graz Richtung Osten. So schaut die Richtung meistens aus. Oder Süden. Das sind schon Dinge, wo man, glaube ich, auch darauf schauen muss, wie schaut es mit den bestehenden Leitungen aus, weil wenn das bestehende Leitungssystem, oder wie es bei den Arthesa war, hohe Verluste bestehen, dann ist es, glaube ich auch wichtig, dass wir die bestehenden Systeme, Versorgungssysteme sanieren. Die ganze Geschichte mit den Tiefengrundwässern ist hier auch noch angesprochen. Steiermark ist ein

wasserreiches Land, aber wir wissen, im Katastrophenfall sind diese Tiefengrundwässer, die im arthesischen Bereich vorhanden sind, enorm wichtig. Und da hat es ja auch ein Sanierungsprojekt in der Steiermark gegeben. Das heißt, erstens einmal den Rechtszustand herzustellen für diese arthesischen Brunnen, aber auch jene, die man nutzt, zu sanieren, damit es keinen Wasserverlust gibt. Und ich glaube, diese Dinge, die müssen wir auf die Reihe bringen. Da ist noch viel zu tun, um die Sicherheit in der Steiermark auch zu gewährleisten. Ein sehr spannender Bericht. Ich glaube, in den nächsten Jahren wird uns das noch öfter beschäftigen, wie es um die steirische Wasserversorgung bestellt ist. Und auch gerade jetzt, letzter Satz, ist es so, wenn wir rausschauen, die Niederschläge sind gering. Eigentlich fast in der ganzen Steiermark. Wenn man schaut, merkt man, die Pegel gehen wieder nach unten. Es ist noch nicht dramatisch, aber die Niederschläge sind auf lange Zeit sehr oft ausgeblieben. Und da muss man natürlich schauen, im Sicherheitsbereich, dass es Vorsorge gibt, Rückhaltebecken, dass wir letztendlich es schaffen, die massiven Niederschläge dorthin zu bringen, in jene Zeiten, wo wir ganz einfach mehr Wasser für die Bevölkerung in der Steiermark brauchen. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 12.01 Uhr)*

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter Schönleitner. Es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Hohes Haus, werte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Regierungsmitglieder!

Für mich beginnt heute hier eine neue Ära als Dritte Landtagspräsidentin. Ich werde diese Aufgabe, so wie ich es in den letzten 15 Jahren als Landtagsabgeordnete gehalten habe, mit Respekt und in einem gedeihlichen Miteinander ausüben. Und an alle darf ich den Appell richten, behandeln wir uns hier im Hohen Haus so, wie wir es gerne persönlich hätten. In diesem Sinne, danke. *(Allgemeiner Beifall)*

Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 181/3 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen?

Das ist die einstimmige Annahme.

Nächster Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft mit der Einl.Zahl 165/2 betreffend „Tätigkeitsbericht der land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle für das Jahr 2023 zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 165/1.

Ich ersuche um Wortmeldungen. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Alexander Putzenbacher.

LTAbg. Putzenbacher - FPÖ (12.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus und alle Zuseher vor Ort und via Livestream!

Heute möchte ich euch im Tätigkeitsbericht für die land- und forstwirtschaftliche Lehrlings- und Fachausbildungsstelle der Steiermark einen kurzen Überblick geben. Im vergangenen Jahr ist der Fokus auf der Förderung der dualen Ausbildung gelegen, die eine wichtige Rolle in der Entwicklung junger Fachkräfte spielt. Die Ausbildungsstelle hat zahlreiche Initiativen gestartet, um die Qualität der Ausbildung zu verbessern und den Bedürfnissen der Branche gerecht zu werden. Dazu gehören unter anderem die Aktualisierung der Lehrpläne und die Einführung neuer Ausbildungsinhalte, die auf die aktuellen Herausforderungen in der Land- und Forstwirtschaft eingehen. Ein weiterer Schwerpunkt war die enge Zusammenarbeit mit Betrieben und Institutionen, um Praktikumsplätze zu schaffen und den Austausch zwischen Theorie und Praxis zu stärken. Dies ist nicht nur den Lehrlingen zugutegekommen, sondern auch den Betrieben, die von den gut ausgebildeten Fachkräften profitieren. Zudem wurden verschiedene Veranstaltungen und Workshops organisiert, um die Lehrlinge zu motivieren und ihre Kompetenzen weiterzuentwickeln. Die Rückmeldungen der Teilnehmer waren durchwegs positiv, was zeigt, dass die Maßnahmen gut angenommen worden sind. Abschließend lässt sich sagen, dass die land- und forstwirtschaftliche Lehrlings- und Fachausbildungsstelle der Steiermark im Jahr 2023 bedeutende Fortschritte gemacht hat. Wir blicken optimistisch in die Zukunft und setzen uns weiterhin für die bestmögliche Ausbildung unserer jungen Talente ein. Da möchte ich mich aber auch noch bei allen Lehrern, Ausbildern und Betrieben, die in die Ausbildung junger Menschen investieren, recht herzlich bedanken. *(Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ – 12.05 Uhr)*

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter Putzenbacher. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Fartek.

LTabg. Fartek - ÖVP (12.06 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, geschätzte Frau Landeshauptmannstellvertreterin, geschätzte Vertreter der Landesregierung, Vertreterinnen der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ergänzend dazu ein paar Ausführungen. Herr Kollege, das war toll von dir, aber nicht nur im letzten Jahr die positive Entwicklung, die erleben wir ja schon in den letzten Jahren und Jahrzehnten eigentlich. Diese positive Entwicklung, wenn es um diese land- und forstwirtschaftliche Lehrlings- und Fachausbildung geht. Dieser Bericht zeigt natürlich auch diese positive Entwicklung auf, wo unsere Land- und Forstwirtschaft insgesamt auch steht. Und vor allem die land- und forstwirtschaftlichen Ausbildungsstellen sind das Fundament auch für unsere Betriebe in der Steiermark. Und ich glaube, da sind wir gut ausgestattet und gut unterwegs. Diese Ausbildung gibt es in unterschiedlichen Varianten. Zu einem ist es die Lehrlingsausbildung, die Lehre sozusagen. Zum anderen sind es die Schulen. Und die dritte Säule sozusagen ist die Erwachsenenbildung, die Ausbildung im zweiten Berufsweg. Die Zahlen sprechen für sich, und ich glaube, man kann auch bei so einem Bericht die Zahlen durchaus ansprechen. 1.166 Facharbeiterabschlüsse, und was beeindruckend ist, Frau Landesrätin, das elfte Mal sind wir über 1.000. Also das zeigt, dass wir da wirklich gut unterwegs sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten könnte man sagen. Und in den letzten 18 Jahren, und das ist entscheidend, konnte durchwegs eine Steigerung von 6 % pro Jahr festgestellt werden, und ich denke, das ist auch einzigartig und großartig und was die Ausbildung im zweiten Bildungsweg betrifft, die Erwachsenenbildung, auch hier gibt es eine Steigerung pro Jahr um 7 %. Das heißt, obwohl die Landwirtschaft ja einen Rückgang verzeichnet, wir reden von 15 % in den letzten Jahren, gibt es trotzdem einen starken Zulauf in unsere landwirtschaftlichen Schulen und in diese Ausbildung. Weil sie eben vielfältig ist, weil sie bestens organisiert ist und weil eben einfach eine gute Arbeit geleistet wird. Und ich darf vielleicht auch ein bisschen wieder aus der persönlichen Erfahrung und aus meinem näheren Umfeld sprechen. Die landwirtschaftliche Fachschule in Hatzendorf, ich höre da immer ein bisschen hinein, damit man wirklich einen Überblick auch hat, sagt mir jetzt die Anmeldung für den Herbst, die Schule ist voll, das Internat ist voll, übervoll. Und auch was die Erwachsenenbildung betrifft, hier ist alles ausgebucht und es gibt Warteschlangen sozusagen, wenn man es ein bisschen übertreibt. Das heißt, die Land- und Forstwirtschaft und unsere Menschen, die diese Ausbildung annehmen, sind gut geschult. Und man muss sagen, die Land- und Forstwirtschaft ist insgesamt gut durchschult. Die Schulen, wie gesagt, sind gut

ausgestattet und aufgestellt. Frau Landesrätin, wir haben die modernste Biobauernschule Österreichs. Das ist das eine. Aber ich bin dir sehr dankbar, dass auch diese Schulmodernisierungsoffensive weiter vorangeht und alle Schulen praktisch hier unterstützt werden in der Ausstattung, in der Aufwertung und dementsprechend auch, dass sie gerade die Herausforderungen der Zeit auch dementsprechend bewerkstelligen können. Hier wird in die Zukunft investiert. Das sind Lebensschulen, das sind Zukunftsschulen. Und für all jene, die nicht aus diesem Bereich kommen oder für all jene, die dann auch nicht in diesem Bereich bleiben, da wird das Verständnis für die Land- und Forstwirtschaft dementsprechend auch gefestigt und mitgetragen. Ich glaube, das ist so wertvoll und wichtig. Das ist wichtig insgesamt auch für unsere gesellschaftliche Entwicklung und entscheidend natürlich auch für die Entwicklung des ländlichen Raumes. In diesem Sinne, die land- und forstwirtschaftliche Lehrlings- und Fachausbildung ist eine Erfolgsgeschichte und ich glaube, auf die können wir nur stolz sein. Frau Landesrätin, geschätzte Verantwortungsträger, herzlichen Dank, dass das auch in der Steiermark so möglich ist. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 12.08 Uhr)*

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter Fartek. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Wieser.

LTAbg. Wieser – ÖVP (12.10 Uhr): Sehr geehrte Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kollegen und Kolleginnen hier im Landtag, werte Zuseherinnen und Zuseher hier vor Ort und digital!

Es ist mir eine besondere Ehre, dass ich meine erste Rede hier als jüngst angelobtes Mitglied im Landtag halten darf, und das zu einem Thema der LFA, die Lehrlings- und Fachausbildungsstelle in der Landwirtschaftskammer Steiermark. Der zuständige Geschäftsführer ist ja sogar hier im Publikum, und ich bin mit diesem Thema einfach auch durch meine eigene Aus- und Weiterbildung verbunden. Als Absolvent einer dreijährigen land- und forstwirtschaftlichen Fachschule mit landwirtschaftlichem Facharbeiterabschluss, als Forstfacharbeiter über den zweiten Bildungsweg an der Fast Pichl und als Imkerfacharbeiter am Imkerzentrum Graz, bin ich bis zur Meistersausbildung als Landwirtschaftsmeister und Bienenwirtschaftsmeister, kann ich eines mit Gewissheit sagen, unsere Ausbildung ist breit und vielseitig aufgestellt. Breit aufgestellt durch die 16 verschiedenen landwirtschaftlichen Lehrberufe, die weit über das klassische

landwirtschaftliche hinausreichen. Breit aufgestellt durch ein Bildungsnetzwerk, das vom Ennstal, der Obersteiermark über die Ost- und Weststeiermark bis in die Südsteiermark reicht und sicherstellt, dass Ausbildung je nach geografischen, klimatischen und strukturellen Bedürfnissen mit den jeweiligen Schwerpunktsetzungen direkt in den Regionen passiert. Breit aufgestellt durch die flexiblen Bildungswege, von den Fachschulen, wie wir schon gehört haben, über das Lehrlingsausbildungswesen, über die Möglichkeit, über den zweiten Bildungsweg diese Berufsausbildungen zu absolvieren. Einen besonderen Stellenwert hat hierbei die Meisterausbildung. Gerade die Meisterausbildung als höchste praktische Ausbildung ist für viele Betriebe eine große Chance. Neben dem klassischen Fachwissen wird hier Unternehmerkompetenz gelehrt. Ein hoher Mehrwert ist hier auch die Vernetzung der Betriebe untereinander. Vielfach haben sich daraus Betriebskooperationen und Innovationen entwickelt. Die Meisterausbildung macht unsere Betriebe nachweislich wirtschaftlicher. Und genau das ist essentiell, wir müssen dafür sorgen, dass junge Menschen diesen Weg weiterhin gehen können und die beste Ausbildung erhalten. Gleichzeitig müssen wir Herausforderungen aktiv begegnen, etwa wie im Gartenbau, wo die Ausbildung klassisch als Lehrberuf abgehalten wird und die Lehrzahlen aber sinken. Doch mit der Unterstützung von Landesrätin Simone Schmiedtbauer wird hier bereits gezielt gegengesteuert. Das wurde mir auch bei der letzten Vollversammlung der steirischen Gärtnerinnen- und Baumschulen berichtet. Ein herzliches Danke hierfür an die Regierung und an unsere Landesrätin. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 12.12 Uhr)*

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter Wieser. Tut mir leid, ich dachte, Sie sind am Ende Ihrer Rede, aber auch Gratulation zur ersten Rede im steirischen Landtag.

Ich darf auch noch jemanden recht herzlich begrüßen, eine Kennerin unseres Landtages, unsere Abgeordnete außer Dienst von Seiten der Grünen, Lara Köck. Und auch herzliche Gratulation zum Nachwuchs. Willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Cornelia Izzo.

LTAbg. Izzo - ÖVP (12.12 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Eigentlich bleibt mir nicht mehr viel zu sagen, außer bei mir in meinem Bezirk muss ich mich im Speziellen noch einmal bedanken, dass unser Herr Landesrat Hans Seitinger sich ganz viel überlegt hat. Wir haben mit unserer Ausbildungsstätte Hafendorf nicht nur eine Schule, nicht nur eine Ausbildungsstätte, sondern einen Treffpunkt und ein Entwicklungszentrum für junge Menschen. Wir haben junge Menschen dort sitzen, die sich vielleicht im ersten Moment nicht ganz sicher sind, was sie tun und wie sie weiter tun werden. Die vielleicht in einen Betrieb hineingewachsen sind und nicht wissen, ob sie ihn wirklich übernehmen wollen. Dort können sie sich ihren Weg finden, ihren Weg suchen und gemeinschaftlich sich weiterentwickeln. Und da sage ich herzlichen Dank an dich, Frau Landesrätin, denn du hast diesen Weg weitergeführt und wir haben erst letztes Jahr gemeinsam einen wunderschönen Tag dort verbringen dürfen, indem wir dort 70 Jahre feiern durften. Wir haben elf neue Werkstätten dort, wo wir Vorreiterinnen sind in ganz Österreich. Wir sind so gut aufgestellt, wie kaum jemand, und wir sind mit Hafendorf-Oberlorenzen der Vorbereiter für Fast Pichl, und dort können wir nicht nur Ausbildungen machen, sondern auch Weiterbildungen. Und vor allem Sicherheitstrainings, die wir jetzt so dringend brauchen, denn es gibt leider momentan so viele Forstunfälle. Ich danke euch allen, dass wir da so gut denken, dass wir da in die richtige Richtung gehen und ersuche doch alle, sich auch regelmäßig bei uns in den Schulen weiterbilden zu lassen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 12.15 Uhr)*

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Danke, Frau Abgeordnete. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor und ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 165/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen?

Das ist die einstimmige Annahme.

Nächster Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Kontrolle mit der Einl.Zahl 220/2 betreffend „Bericht des Rechnungshofes Reihe Steiermark 2025-1, Vorbereitung auf das Blackout-Fall zum Bericht mit der Einl.Zahl 220/1“.

Ich ersuche um Wortmeldungen. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Bruno Aschenbrenner.

LTAbg. Ing. Aschenbrenner – ÖVP (12.16 Uhr): Recht herzlichen Dank, geschätzte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen des Landtages Steiermark, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ein durchaus positiver Bericht aus Sicht des Landes Steiermark und vor allem aus Sicht unserer Kommunen, unserer Gemeinden. Ein wenig schlechter ausgefallen ist er für die verschiedenen Ministerien, weil man doch sagen muss, dass eine Reihe von Maßnahmen hier an sie gerichtet ist. In Wirklichkeit, wenn man sich auf Seiten des Landes Steiermark das anschaut, ergeht lediglich die Empfehlung, die im bestehenden Blackout-Plan vorhandenen Vorbereitungsmaßnahmen in regelmäßigen Abständen zu evaluieren, in regelmäßigen Abständen auf ihre Eignung zu überprüfen, beziehungsweise auch im Austausch mit den Gebietskörperschaften die Kommunikation zu optimieren. Ich habe es gesehen, am 2. Dezember 2023, es war kein Blackout, weil man nicht von einem großflächigen Ausfall der Energieversorgung sprechen kann, aber immerhin war ein Großteil der Region Murau, Murtal, von 28 Stunden Stromausfall betroffen. Und man hat relativ rasch gesehen, wie schnell wir an die Grenzen stoßen, wenn es draußen kalt ist, wenn es lange finster ist, wenn es keine Kochmöglichkeiten gibt, wenn die Kommunikation zusammenbricht, wenn die Verwandten telefonisch nicht erreichbar sind, wenn man sich Sorgen macht, die Nacht hereinbricht, es in den Wohnungen kalt wird, dann merkt man, hoppala, man hat irgendetwas übersehen. Und ganz beeindruckt hat mich letzten Freitag ein Referat des Abschnittsbrandinspektors Andreas Reiter als Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Deutschfeistritz, der seine persönlichen Erfahrungen mit dem verheerenden Unwetter in seiner Heimatgemeinde beschrieben hat, wie schnell auch dort die Kommunikation bei solchen Unwetterereignissen zusammenbrechen kann, wie gut strukturierte Einsatzorganisationen an die Grenzen ihrer Kommunikationsfähigkeiten, ihrer Einsatzpläne stoßen und teilweise nur mehr reagieren, automatisch das Erlernte umsetzen, und deshalb ist es erforderlich, das Ganze wirklich strukturiert über die Bühne zu bringen. Noch besser ist es natürlich, wenn man dann in der Kronen Zeitung am gestrigen Tag ein Bürgermeister von der Titelseite lachen sieht, der mit seinem Vorgehen rund um Blackout in seiner Gemeinde, in seiner Region als Vorzeigebeispiel für ganz Österreich hergenommen wird. Man sieht, die Kommunen, die Gemeinden sind gut aufgestellt. Wir haben in der Steiermark vieles schon auf

die Reihe gebracht und deshalb noch erfreulicher, wenn man dann auch in einem Bericht des Rechnungshofes dafür auch durchaus Lob ausgesprochen bekommt. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Aber ganz klar geht auch hervor, dass wir zum Thema SKKM, also zum staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagement noch einiges dazu beitragen müssen, damit es dann nicht irgendwann einmal zum sogenannten SSKM kommt, selbst schuld, kein Mitleid, wenn wir unsere Aufgaben nicht erfüllen. Und deshalb ist es notwendig, neben der Ertüchtigung in den Gemeinden als Basis, neben der Ausstattung in unseren Einrichtungen, die wir mit Notstrom auch zu versorgen haben - man hat es gesehen damals - Pflegeheime, die ohne Notstromversorgung plötzlich dagestanden sind, Pflegeheime teilweise evakuiert werden mussten und in sogenannte Sicherheitsinseln verfrachtet worden sind, unsere Rüsthäuser, unsere Feuerwehren, die schon gut ausgestattet sind. Und dann geht es auch weiter in der Sensibilisierung unserer Bevölkerung. Zivilschutz, Verantwortung auf eigener Ebene, Eigenverantwortung zu schulen, die Leute mitzunehmen, auch eine große Aufgabe, die wir auf kommunaler Ebene haben, die wir aber auch auf Landesebene auch umsetzen müssen. Die Gemeinden, wie gesagt, als Vorbild, ein positiver Bericht für das Land Steiermark. In diesem Sinne auf einem weiteren guten Weg in der Vorbereitung unserer Bevölkerung auf Szenarien, die wir uns nicht wünschen, aber auch ein guter Weg in der Kommunikation auf allen Ebenen, was das Krisen- und Katastrophenschutzmanagement angeht. In diesem Sinne ein schönes Glückauf für unsere Steiermark, für eine sichere Steiermark. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 12.21 Uhr)*

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter Aschenbrenner. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Armin Forstner.

LTAbg. Forstner, MPA – ÖVP (12.21 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, geschätzte Landeshauptfrau, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Ja, es freut mich, geschätzter Kollege Bruno Aschenbrenner, dass die wertvolle Arbeit des Zivilschutzverbandes in der Steiermark dementsprechend überall sich mittlerweile schon gut durchgesprochen hat. Ja, was sind im Wesentlichen die Aufgaben des Zivilschutzverbandes Steiermark? Es geht einfach darum, dass man den Menschen Selbstschutzwissen zu vermitteln versucht, damit sie in Krisenfällen dementsprechend gut gerüstet sind. Und das ist natürlich eines der wichtigsten Sachen. Wir haben im Zivilschutzverband Steiermark

mittlerweile, die letzten Jahre waren es die Bernadette Kerschler und ich, die heute schon da war, unsere Bundesrätin, die den Zivilschutzverband Steiermark als Präsidentin und Vizepräsidentin leiten durften. Mittlerweile darf ich mit meinem Kollegen Klubobmann Marco Triller in weiterer Folge die nächsten Jahre im Zivilschutzverband tätig sein. Wir haben uns einfach zur Aufgabe gemacht, dass wir einfach die Menschen in der Steiermark, in den Gemeinden, in allen über 285 Gemeinden dementsprechend schulen. Wir haben Broschüren vorbereitet, wir machen Kindersicherheits-Olympiaden, einfach, dass man den Kindern auch einen gewissen Selbstschutz näherbringt. Wir machen Senioren-Olympiaden, dass man einfach sagt, okay, wir müssen die Eigenverantwortung der Bevölkerung dementsprechend heben. Wir haben Vorträge an Schulen, in Gemeinden, wir machen das in Vereinen, wir machen das größtenteils unentgeltlich und sind natürlich auch immer sehr auf die Unterstützung des Landes Steiermark angewiesen. Zu guter Letzt haben wir unsere Tätigkeiten am Tag der Einsatzorganisationen, wo wir in der ganzen Steiermark in den Gemeinden unterwegs sind, wo bei dem Tag der Einsatzorganisationen sich einfach die Mannschaften von den Einsatzorganisationen, sprich Feuerwehr, Bundesheer, Polizei und andere Einheiten sich dementsprechend präsentieren können mit ihren Gerätschaften, mit den Mannschaften, was da das ganze Jahr geleistet wird. Dieses alles wäre nicht möglich, wenn wir nicht die dementsprechende Unterstützung seitens des Landes Steiermark hätten. Dies führt dazu, dass der Bericht des Rechnungshofes, das Blackout in der Steiermark, sehr gut bewertet wird und eine Empfehlung ist, dass wir das nur alle paar Jahre evaluieren, weil dementsprechend gute Arbeit geleistet wird. In diesem Sinne sage ich danke an alle, die da mitarbeiten das ganze Jahr, an alle Einsatzeinheiten. Ich sage aber auch danke an meine Kolleginnen und Kollegen im Büro in Lebring, die das dementsprechend durchorganisieren für die Gemeinden das ganze Jahr. Abschließend darf ich dir danken, Herr Landeshauptmann. Du hast uns in weiterer Folge die Unterstützung für die nächsten Jahre zugesagt. Das ist wichtig. Somit können wir auch die Bevölkerung dementsprechend gut schulen, damit wir in Krisenfällen gut vorbereitet sind. Ein steirisches Glückauf! *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 12.24 Uhr)*

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter Forstner. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Klubobmann Marco Triller.

KO LTAbg. **Triller, BA MSc - FPÖ** (12.24 Uhr): Danke schön, Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, gerade in den Wintermonaten ist das Thema Blackout immer sehr hoch im Kurs. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass dieser Rechnungshofbericht jetzt erschienen, veröffentlicht worden und bei uns auch im Ausschuss behandelt worden ist und auch heute im Landtag darüber debattiert wird. Ich denke, Blackout ist in vielen Köpfen auch drinnen, aber leider noch in zu wenigen. Die Einsatzorganisationen sind alle gut aufgestellt, wenn man an die Freiwilligen Feuerwehren beispielsweise denkt, an den Zivilschutzverband in der Steiermark, die sind für solche Szenarien vorbereitet. Das größte Problem ist einfach, wir müssen mehr Sensibilität nach außen tragen, wir müssen die Bürger mehr informieren, wir müssen die Bürger dementsprechend auf solche Szenarien vorbereiten. Da gibt es noch ein wenig Vorsorgeprobleme und jeder Einzelne kann vorsorgen, aber für das braucht es unter anderem auch uns, es braucht euch Abgeordnete, die draußen sind bei den Leuten und auch auf das Thema aufmerksam machen. Die Frage ist immer, was ist ein Blackout? Da gibt es ja oft Definitionsunterschiede. Blackout ist jetzt nicht der einfache Stromausfall daheim, wenn ich dann in den Keller runtergehe und den FI-Schalter wieder drücke, geht das Licht wieder. Nein, ein Blackout ist ein überregionaler Stromausfall. Das heißt, nicht wenn in der Gemeinde der Stromausfall ist, ist das auch kein Blackout, sondern wirklich großflächig. Und ich denke, wir sollten das den Leuten wirklich auch an das Herz legen, dementsprechende Vorsorgemaßnahmen zu Hause zu treffen. Und ich sage wirklich ein herzliches Dankeschön an den Bundesrechnungshof, der ja im Zeitraum von 2018 bis 2023 geprüft hat, unter anderem auch das Land Steiermark und die Stadtgemeinde Feldbach. Und Feldbach wurde ja da sehr, sehr positiv hervorgehoben. Es sollte vielleicht ein Beispiel, ein Paradebeispiel für andere Bürgermeister sein, da Initiativen zu setzen in den jeweiligen Gemeinden, weil ich glaube, nur wenn man in der Gemeinde auch vorgesorgt hat, dann kann man diese, sollte dieser Fall auch eintreten, das ein wenig eindämmen, und die Bürger auch dementsprechend vorbereiten. Und ich möchte mich sehr herzlich wirklich bei allen ehrenamtlich Tätigen bedanken, vor allem bei den verschiedensten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Zivilschutzverbandes, die nahezu tagtäglich unterwegs sind und die Menschen darüber informieren, wie man sich in solchen Situationen verhält. Ich glaube, das ist eine ganz wertvolle, wichtige Tätigkeit. Ohne dieses Ehrenamt wären die Bürger wahrscheinlich nicht so vorbereitet, wie sie jetzt sind. Und Sie können sich auch alle sicher sein, hinter mir sitzt der

Landeshauptmann der Steiermark, der ist ja selbst Soldat, war Verteidigungsminister, ist jetzt Landeshauptmann. Und ich glaube, ihm und der gesamten Landesregierung, und wenn man das Regierungsprogramm anschaut, ist das Thema Sicherheit, Landesverteidigung, Katastrophenschutz, nicht nur eine Herzensangelegenheit, sondern hat so ziemlich die höchste Priorität auch in diesem Bundesland. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Und wenn es um die Sicherheit geht, lieber Herr Landeshauptmann, dann sage ich vielen herzlichen Dank, da weiß ich, da sind wir bei dir gut aufgehoben. Du wirst natürlich auch dafür sorgen, dass wir unsere Einsatzorganisationen dementsprechend auch finanziell besser ausstatten, dass wir Vorsorgemaßnahmen und auch Sensibilisierungsmaßnahmen für die Bevölkerung treffen. Ich denke, wir sind da in der Steiermark bisher schon auf einem guten Weg. Ich möchte mich schon auch bei der vergangenen Regierung diesbezüglich bedanken, die Maßnahmen eingeleitet haben, aber auch bei der Fachabteilung Katastrophenschutz und Landesverteidigung, unter der Führung von Herrn Hofrat Eitner. Da ist Gutes gelungen, da ist die Steiermark auf einem guten Weg. Machen wir gemeinsam weiter so, dass, wenn solch ein Ereignis eintritt, wir in diesem Bundesland bestens vorbereitet sind. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 12.28 Uhr)*

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter Triller. Abschließend hat sich unser Herr Landeshauptmann Mario Kunasek gemeldet.

Landeshauptmann Kunasek – FPÖ (12.29 Uhr): Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus!

Eigentlich ist alles gesagt, jawohl. Herr Klubobmann, kann ich nur sagen, als Soldat, Landeshauptmann und natürlich auch Verantwortlicher für den Katastrophenschutz, möchte ich mich herzlich bedanken und möchte das auch tun, lieber Marco, was du getan hast, nämlich mich auch bedanken bei den Vorgängern im Amte, weil wir alle wissen, dass eine Blackout-Prävention Zeit braucht, Vorlaufzeiten hat und du hast Feldbach angesprochen. Feldbach ist, glaube ich, seit 2014 unterwegs, um hier Maßnahmen zu treffen. Das zeigt auch auf, wie lange Maßnahmen brauchen, um letztlich dann zur Umsetzung zu kommen. Ich möchte mich bei der Stadt Feldbach bedanken, auch beim Bürgermeister dort, weil, und es hat mich gefreut, im Bericht auch festgehalten wurde, dass die Erfahrungswerte aus Feldbach auch als Musterbeispiel dienen können für andere Gemeinden, auch österreichweit. Das zeigt auf, wie weit man hier auch schon ist und möchte auch das tun, was du, Marco, aber auch

meine Vorredner Armin Forstner und Kollege Aschenbrenner auch getan haben, noch einmal Bewusstsein schärfen. Weil, es gibt natürlich die gesamtstaatliche Verantwortungsebene, es gibt das Verteidigungsministerium. Sie wissen, ich habe mich damals auch bemüht, die Autarkie im Bundesheer einigermaßen auch wieder herzustellen. Aber es gibt natürlich auch neben den Behörden auch die Eigenverantwortung jedes Einzelnen. Da wissen wir Abgeordnete sehr wohl, was es braucht. Aber es braucht auch Bewusstsein in der Bevölkerung, vielleicht auch noch mehr. Deshalb auch ein großes Danke an alle, die hier mitwirken, nämlich nicht nur die Abgeordneten, (*Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ*), sondern selbstverständlich auch die Feuerwehren, die Einsatzorganisationen, Zivilschutzverband und alle, die hier in diesem Felde auch tätig sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend, ich glaube, ist auch klar, dieser Bericht ist positiv, aber ist auch nur eine Momentaufnahme. Bedeutet natürlich auch, dass wir weiter draufbleiben müssen. Dort und da, wo noch wenig passiert ist, mehr zu tun. Dort, wo viel schon passiert ist, das auch entsprechend zu evaluieren. Und Marco Triller hat gesagt, ich bin Soldat, ja, Systeme funktionieren nur so gut, solange man sie auch beübt, entsprechend auch immer evaluiert und schaut, dass die Systeme auch weiterhin am Laufen sind. Das heißt, ein großes Danke, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Und darfs vielleicht abschließend sagen, wir haben auch als Landesregierung in den ersten Wochen schon auch Maßnahmen gesetzt, um unsere Feuerwehren zu unterstützen, auch im Bereich des Katastrophenhilfsdienstes unbürokratischer zu werden, dass Feuerwehren keine Bittsteller sind, sondern selbstverständlich ihre Leistungen auch entsprechend abgegolten werden. Ein Danke und ein Glückauf! (*Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 12.31 Uhr*)

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 220/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Nächster Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Verfassung mit der Einl.Zahl 123/2 betreffend Beschluss Nr. 822 des Landtages Steiermark vom 19.11.2002 betreffend „Information des Landtags über die Ergebnisse der Landeshauptleutekonferenz am 27.11.2024“ zur Regierungsvorlage mit der Einl.Zahl 123/1.

Bei diesem Tagesordnungspunkt steht den Mitgliedern des Bundesrates gemäß § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages ein Rederecht zu. Ich ersuche um Wortmeldungen. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stefan Resch.

LTAbg. Resch - FPÖ (12.34 Uhr): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, hochgeschätzte Frau Landeshauptmannstellvertreterin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete zum Landtag Steiermark, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher!

Die Ergebnisse der Landeshauptleutekonferenz letzten Jahres, um genau zu sein November 2024, haben deutlich aufgezeigt, dass die Bundesländer mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert sind. Manche dieser Herausforderungen sind unter den Bundesländern nahezu deckungsgleich, andere wiederum betreffen Bundesländer in einer differenzierten Härte. Aufgrund der Nachwirkungen der Krisen der vergangenen Jahre mit der einhergehenden schwachen Konjunktur und einer unsicheren globalen Lage ist ein dringender Handlungsbedarf seitens der zukünftigen Bundesregierung gegeben. Vor diesem Hintergrund hat sich die steirische blau-schwarze Landesregierung dazu entschlossen, in ihrer ersten Regierungsklausur am 1. Februar 2025 sieben wegweisende weiß-grüne Leitprojekte zu formulieren. Diese Projekte, deren Realisierung in den Zuständigkeitsbereich des Bundes fallen, sind für die Steiermark von fundamentaler Bedeutung. Ich gehe auszugsweise auf die weiß-grünen Leitprojekte ein. Erstens, Verhandlungsstart für einen neuen Finanzausgleich. Dieser Punkt wurde ja heute schon in der Aktuellen Stunde entsprechend stark debattiert. Dieser Punkt steht nicht umsonst als erster Punkt diesen Leitprojekten vor. Die derzeitige finanzielle Benachteiligung des Landes Steiermark und seiner Gemeinden muss beendet werden. Es müssen die zur Erfüllung der verfassungsmäßigen Aufgaben entsprechenden Mittel durch den Bund zur Verfügung gestellt werden. Ein neuer, aufgabenorientierter Finanzausgleich muss sich hinsichtlich der gewährten Ertragsanteile stärker nach einem einheitlichen Bevölkerungsschlüssel orientieren. Zweitens: Maßnahmen zur Stärkung des

Standorts. Der Erfolg unseres Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes ist das Fundament, auf dem unser Wohlstand und unsere soziale Sicherheit aufgebaut sind. Hierbei gilt es, die Wettbewerbsfähigkeit der Steiermark zum Wohl der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes zu stärken. Ausbau der Verkehrsinfrastruktur als dritter Punkt. Vierter Punkt: Aufwertung der österreichischen Staatsbürgerschaft. Die Staatsbürgerschaft ist weitaus mehr als nur ein Dokument, welches man nach einem gewissen Zeitablauf erhält. Die Steiermärkische Landesregierung tritt daher dafür ein, auf Bundesebene die notwendigen Maßnahmen zu setzen, um eine Aufwertung der österreichischen Staatsbürgerschaft zu schaffen. Fünfter Punkt: Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze. Sechster Punkt: Anhebung des Strafrahmens bei Gewalt an Kindern und Frauen. Und siebter Punkt: Den Flughafen Graz zu stärken. Rund 5.000 Arbeitsplätze sind unmittelbar mit dem Flughafen Graz in Verbindung zu sehen. Der Flughafen ist für den Wirtschafts- und Tourismusstandort Steiermark von grundlegender Bedeutung. Diese sieben weiß-grünen Leitprojekte stehen als klare Forderung an die zukünftige Bundesregierung, um die Steiermark als lebenswertes und sicheres Bundesland weiterzuentwickeln, den Wirtschaftsstandort zu stärken und die Interessen der Steirerinnen und Steirer in den Mittelpunkt zu stellen. Aus diesen Gründen sollte auch im Interesse des Landtages sein, dem Forderungspaket der Landesregierung durch eine entsprechende EntschlieÙung Nachdruck zu verleihen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen.

1. Der Landtag bekennt sich zu den am 1. Februar 2025 von der Landesregierung präsentierten und der an die neue Bundesregierung übermittelten sieben weiß-grünen Leitprojekten.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, diese für die Steiermark wichtigen weiß-grünen Leitprojekte gegenüber der Bundesregierung zu vertreten.

Danke für das gehabte Wort. Die vier Minuten sind schneller vorbei als gedacht. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 12.37 Uhr)*

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter Resch. Von seinem Rederecht laut Geschäftsordnung nimmt unser Herr Bundesrat Peter Samt gebrauch.

Bundesrat Samt - FPÖ (12.38 Uhr): Ja, geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Frau Landeshauptmannstellvertreter, Frau Landesrätin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass ich heute wieder einmal nach langer Zeit in diesem Hohen Haus stehen darf und mich auch zu Wort melden darf, was mir ein großes Bedürfnis ist, vor allem auch zu diesem Thema. Sie alle haben ja diese aktuellen gemeinsamen Forderungen der Landeshauptleutekonferenz vom 27.11. vor sich liegen. In Anbetracht der finanziellen Lage von Bund und Land, wenn man es sich im Detail anschaut, ist es ein bisschen zurzeit zumindest wie der Brief an das Christkind. Aber ich möchte an zwei Stellen einhaken. All diese Dinge, die schon vorgebracht worden sind, sind ja auch richtig und wichtig über weite Strecken hinweg. Aber, wenn ich mir z.B. diese Forderung anschau bezüglich der Schwellenwertverordnung, ein Thema, das die Gemeinden natürlich sehr genau betrifft, weil sie ja mit der Direktvergabe im Unterschwellenbereich und auch mit Bauaufträgen sich in diesem Bundesvergabegesetzbereich beschäftigen müssen. Diese Schwellenwerterhöhung, die ja auf Basis einer Verordnung des Justizministeriums stattfindet, das wird also nicht im Nationalrat beschlossen, die jetzt sozusagen von dieser Forderung ausgehend bleiben sollte, also man liest es so, es sollte weitergeführt werden, weil, sie gilt nun mal bis 31.12. dieses Jahres, oder auch dauerhaft, so habe ich es gelesen, dauerhaft bleiben sollte. Ich glaube, dass das kein guter Weg ist, weil die Richter des Bundesvergabegesetzes haben sich schon etwas dabei gedacht und auch wenn das jetzt ein paar Bürgermeister nicht so gern hören, wir erleben natürlich in der Gemeindestube gerade in dem Bereich der Direktvergabe, die oftmals von Bürgermeistern so als freihändige Vergabegeschichte gesehen wird, ein paar Dinge, die dann vor allem für die Prüfungsausschuss-Obleute ein wenig intransparent werden, weil es einfach nach irgendwelchen Kriterien vergeben wird. Es ist ja auch möglich zu vergeben, die aktuelle Wertgrenze ohne der Schwellenwerterhöhung liegt bei 50.000 Euro. Wir haben jetzt schon seit einigen Jahren diese 100.000 Euro. Und die zweite Wertgrenze mit den Bauaufträgen ist meiner Meinung nach auch eine sehr spannende. Bei einer Standardwertgrenze von 300.000 Euro ist diese zurzeit auf eine Million gehoben worden. Also ich würde einmal sagen, um das genauer anzuschauen, valorisieren hätte ich gesagt ja, aber fix diese Werte jetzt festzusetzen, glaube ich, ist jetzt momentan nicht der richtige Weg. Und das Zweite, der dann auch in einem Beschlussantrag der Grünen betreffend der Sicherstellung der Pflege auf Basis der Wunschliste an die Bundesregierung stattfinden sollte. Auch für mich ist die Pflege ganz ein wichtiger Punkt, und deswegen müssen wir dieses Problem lösen. Aber, meine Herrschaften,

wir haben eine Studie vorliegen, die besagt, was sind die Grundprobleme in diesem Bereich, wieso haben wir diese Abgänge, wieso hören die Leute in solchen Berufen auf? Nämlich: Schlechte Arbeitsbedingungen, hohe physische Belastung, hoher Zeitdruck, zusätzlich psychische Belastungen und die Aussage, Berufsgruppe am Limit, viel Verantwortung und wenig Geld. Ich glaube, geschätzte Damen und Herren, hier müssen wir ansetzen, hier müssen wir zuerst nicht nur evaluieren, sondern Maßnahmen ergreifen, bevor wir einen weiteren Schritt setzen, nämlich über die Inanspruchnahme von ausländischen Kräften in diesem Bereich, nämlich durch Maßnahmen wie Einkommenshöhen, der Familienzusammenführung, Senkung von Sprachbarrieren, neben Deutsch auch Englisch zuzulassen. Und was ich besonders als fast Chuzpe befinde, den Erhalt der Rot-Weiß-Rot-Karte nicht mehr von einer Jobzusage von einem inländischen Betrieb festzumachen. Ich glaube, dass das nicht der richtige Weg ist. Wir können diese Wege gehen, aber zuerst müssen wir die Aufgaben in unserem Land lösen und mit unserem Personal und unseren Bürgern denen den Pflegeberuf wieder schmackhaft und leistbar zu machen. Ich glaube, das ist das Gebot der Stunde. Daher werden wir dem Beschlussantrag der Grünen in diesem Fall nicht zustimmen. Und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 12.42 Uhr)*

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Danke, Herr Bundesrat Samt. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Veronika Nitsche.

LTAbg. Nitsche, MBA - Grüne (12.44 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herzlich willkommen in dieser neuen Position. Werter Herr Landeshauptmann, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer_innen hier und über Livestream!

Ich steige jetzt auch mit der Gesundheit ein. „Hauptsache gesund“, das sagt sich oft so leicht, das ist so eine schöne Floskel, aber wenn man dann irgendwie älter wird, wenn die Eltern älter werden oder wenn man die Debatten der letzten Jahre über den Gesundheits- und Pflegebereich hier im Landtag verfolgt, dann ist „Hauptsache gesund“, wird von einem Wunsch von einer Floskel fast zu einer Beschwörungsformel. Besonders, wenn wir daran denken, dass unsere Eltern mal Pflege brauchen, dass wir vielleicht selber Pflege brauchen und wenn wir an die aktuelle Situation in der Pflege denken, die nämlich jetzt schon angespannt ist, und wie wird es dann in der Zukunft ausschauen. Und dazu brauchen wir keine Kristallkugel. Dazu haben wir z. B. die Pflegepersonalbedarfsprognose für die

Steiermark aus dem Jahr 2023, und da ist von einem Bedarf an neuem Personal in der Pflege und in Sozialberufen, also da geht es tatsächlich um neues Personal, nicht um das bestehende, was der Kollege Samt angesprochen hat, im Ausmaß von über 12.000 Personen im Jahr 2030. Und österreichweit gibt es auch eine Prognose, da redet man von über 51.000 zusätzlichen Pflege- und Betreuungskräften 2030. Also das ist in fünf Jahren. 2023 waren es noch sieben Jahre, jetzt sind es schon fünf Jahre. Diese Situation in der Pflege ist also nichts Neues. Die ist schon da. Wir wissen das. Pflegebetten waren gesperrt, es waren ganze Stationen gesperrt, und wir haben viele, viele Diskussionen bereits im Landtag gehabt, wo es eben um die nachhaltige Sicherung der Pflege gegangen ist. Und nachhaltig heißt eben längerfristig. Also, wenn unsere Eltern das brauchen, wenn wir das brauchen. Und es ist ganz wichtig, dass wir uns das eben vor Augen führen. Fünf Jahre, 2030, Zehntausende, ein Bedarf an zehntausenden von zusätzlichen Pflegefachkräften. Und im Regierungsübereinkommen FPÖ-ÖVP ist die Rede von einem Bedarfs- und Entwicklungsplan Pflege 2030, der eben entwickelt werden soll. Und ich nehme einmal an, das wird das gleiche Bild zeigen, was also tun? Insofern ist es auch kein Wunder, weil es eben offensichtlich kein steirisches Problem ist, sondern ein österreichweites, dass das auch in der Landeshauptleutekonferenz zum Thema gemacht wurde und dass eben dieser Beschluss getroffen wurde. Und zwar der Beschluss, die Bundesregierung zu ersuchen, Maßnahmen zu setzen, um Pflegepersonal aus dem Ausland, und zwar eben aus Drittstaaten, für den österreichischen Arbeitsmarkt zu rekrutieren. Einige Sachen wurden da ja schon erwähnt. Da gehört dazu, dass man einmal sichtbar am internationalen Arbeitsmarkt auftritt. Im Moment verschrecken wir ja eher die Leute mit unserer Festung Österreich. Es geht um eine Vereinfachung und Beschleunigung des Ablaufs. Es geht darum, das Zuzugsrecht zu vereinfachen. Es geht um Gesetzesänderungen im Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz und auch wieder um die Verfahrensbeschleunigung. Es sind sieben Punkte, die da angeführt sind. Es geht auch um die Familienzusammenführung und um eine Erleichterung bei der Rot-Weiß-Rot-Karte. Und das war ein einstimmiger Beschluss der Landeshauptleute, egal, ob Schwarz, Türkis oder Rot. Zusammengefasst geht es eben darum, die Verfahren zu vereinfachen, zu beschleunigen und Österreich für Pflegefachkräfte aus Drittstaaten attraktiver zu machen, um eben diesem Pflegefachkräftemangel nachhaltig zu begegnen. Nachhaltig, längerfristig. Das Problem jetzt schon da, wird noch viel größer und dem ist nachhaltig zu begegnen. Aus dem Beschluss geht also ganz klar hervor, dass wir zur Sicherstellung der Pflege Migration, also Zuwanderung, brauchen und auch attraktive Bedingungen für die Menschen, die zu uns kommen und auch

für ihre Familien. Wie gesagt, das steht sehr konträr zur Festung Österreich, die aktuell von der FPÖ und auch von der ÖVP propagiert wird und sehr im Widerspruch dazu, wie sich die Parteien sonst positionieren. Aber den Landeshauptleuten war in diesem einstimmigen Beschluss wohl klar, dass es zur Sicherstellung der Pflege die proaktive Anwerbung braucht. Und ich denke, auch die Steiermärkische Landesregierung wird zu dem Schluss kommen, und es ist ja auch im Arbeitsübereinkommen von einer qualifizierten Zuwanderung die Rede.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag Steiermark bekennt sich zu den am 27.11.2024 im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz beschlossenen Forderungen der Bundesländer an den Bund zur nachhaltigen Sicherstellung der Pflege in Österreich.
2. Zweitens, die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und die angeführten Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherstellung der Pflege in Österreich in enger Abstimmung mit den Ländern und relevanten Systempartnerinnen umzusetzen.

Ich ersuche um Annahme. Für unsere Gesundheit, weil's wahr ist. *(Beifall bei den Grünen – 12.48 Uhr)*

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Danke, Frau Abgeordnete Nitsche. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Maximilian Lercher.

LTAbg. Lercher - SPÖ (12.50 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, Regierungsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mit etwas Grundsätzlichem beginnen, was den Entschließungsantrag zur Regierungsklausur betrifft. Ich habe den Herrn Landeshauptmann noch gut im Ohr bei der Erklärung des Regierungsprogrammes, wo zu Recht und, glaube ich, auch richtigerweise vom steirischen Weg gesprochen wurde, einem Miteinander. Ich glaube, das Miteinander haben wir heute auch in der Aktuellen Stunde bewiesen, im Rahmen unserer Diskussion und auch der allgemeinen Vorgehensweise. Ich muss aber ganz ehrlich sagen, ich bin irritiert von der Vorgehensweise, wenn ich heute diesen Entschließungsantrag lese. Denn da werden bei einer steirischen Regierungsklausur sieben sogenannte Leitprojekte formuliert, die alle den Bund betreffen. *(Beifall bei der SPÖ)* Wir sind aber hier in der Steiermark tätig und haben selbst die Kraft und die Macht, Dinge zu verändern und anzugehen. Und deswegen sage ich ganz bewusst, hat es mich irritiert, dass der Ausfluss dieser Klausur ausschließlich Forderungen an

den Bund sind, an eine Regierung, die erst verhandelt wird, an eine Regierung, die es wahrscheinlich gar nicht geben wird, an eine Regierung, wo Teile dieser Landesregierung mitverhandeln. Das heißt, jene, die dort mitverhandeln, schreiben sich anscheinend selbst einen Brief, den sie dann mitnehmen in die Verhandlungen. Das ist für mich nicht der steirische Weg. *(Beifall bei der SPÖ)* Und ehrlicherweise, jetzt können wir über einzelne Punkte, die da drinnen stehen, debattieren. Definitiv. Nur mehr als Überschriften sind uns nicht bekannt. Wir sehen heute einen Entschließungsantrag, wo ich mir mehr erwartet hätte, Begründungen, wo, bei welchem Punkt was zu tun ist. Nur Überschriften. Das heißt, es gibt nichts, was dahinter liegt, was wir heute hier parlamentarisch zu debattieren hätten. Ihr wollt von uns eine Zusage zur Unterstützung von sogenannten Leuchtturmprojekten, die in Wahrheit mehr Glühwürmchen sind als Leuchttürme, eine Komplettzustimmung des Landtages und erklärt uns nicht einmal, was damit gemeint ist. So geht das Miteinander meiner Meinung nach in der Steiermark sicher nicht, und ich habe mir anderes erwartet, als du, lieber Herr Landeshauptmann, gesagt hast, wir werden diese essentiellen Dinge, die zu besprechen sind, auch mit den Oppositionsparteien in diesem Haus besprechen. *(Beifall bei der SPÖ)* Fakt ist, wir haben es aufgeschoben bei dieser Regierungsklausur. Wir warten auf den Bund. Die Steiermark hat aber in guter Tradition nie auf den Bund gewartet. Wir sind vorangegangen. Es ist die Chance vertan geworden, Ansätze bei Gesundheit und Energie auf den Weg zu bringen in steirischer Verantwortung. Dort, wo wir handeln können, wurde nicht gemacht. Wir haben bei der KAGes, Energie Steiermark und Co. genug zu tun. Und Fakt ist, wir warten immer noch auf eine Strategie für den so großen und wichtigen Automobilsektor. Den IGL-Hunderter abzuschaffen, freut mich persönlich als jemand, der da sehr viel Steuergeld investiert, sehr. Aber das reicht in Summe definitiv nicht als Strategie für das Autoland Steiermark. *(Beifall bei der SPÖ)* Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, beim besten Willen gibt es keine Zustimmung zu diesem Antrag von uns heute. Wir sind bereit, alles in der notwendigen Tiefe zu diskutieren. Wir erwarten uns mehr für die Steiermark. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ – 12.53 Uhr)*

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter Lercher. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann LTAbg. Hannes Schwarz.

KO LTAbg. Schwarz - SPÖ (12.54 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich hätte jetzt eigentlich erwartet, dass sich von den Regierungsfractionen noch jemand zu Wort meldet, aber das dürfte irgendwie nicht der Fall sein. Ah, jetzt. Okay. Dann schauen wir, was die Regierungsfractionen dazu sagen. Dann darf ich mich jetzt zunächst einmal darauf beschränken, einen Entschließungsantrag einzubringen. Wir haben schon viel gehört von der Finanzsituation der Gemeinden, und da ist ja ganz wichtig, dass wir den Finanzausgleich hier in diesem Zusammenhang neu verhandeln und das ist ja schon seit vielen Jahren, glaube ich, auch in diesem Haus gemeinsam die Überzeugung, dass es notwendig ist, hier Veränderungen im Finanzausgleich durchzuführen und vor allem rasch und jetzt mit den Finanzausgleichsverhandlungen wieder zu beginnen und nicht erst zu warten, bis die Periode des Finanzausgleichs wieder an ihr Ende kommt. Und deswegen ist es uns wichtig, diesen Antrag einzubringen.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich weiterhin für die Aufnahme von raschen Finanzausgleichsverhandlungen mit dem Bund einzusetzen.
2. Unverzüglich einen Vorschlag für einen gerechten Finanzausgleich für das Land Steiermark und die steirischen Kommunen zu erarbeiten, um sich auf die bevorstehenden Finanzausgleichsverhandlungen vorzubereiten.
3. Die Bundesregierung aufzufordern, keine steuerpolitischen Maßnahmen zu beschließen, die ohne entsprechende Gegenfinanzierung oder Ausgleich von Mindereinnahmen zulasten der Länder und Gemeinden gehen.
4. Die Bundesregierung aufzufordern, anstelle von einmaligen Anschubfinanzierungen eine nachhaltige Regelfinanzierung für Projekte sicherzustellen.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag, weil es ganz einfach wichtig ist, dass wir hier als Land Steiermark gemeinsam das Zeichen setzen, dass es nicht 5 vor 12 mehr ist, sondern dass es eigentlich Punkt 12 ist, was die Finanzsituation der Gemeinden betrifft, dass wir hier endlich ins Handeln kommen müssen. Es wurde in der Aktuellen Stunde ja bereits auch darauf hingewiesen, dass es eine Vielzahl von Maßnahmen gibt, die hier notwendig wären. Neben dem Finanzausgleich etwa den Schlüssel in der Sozialfinanzierung in diesem Land, die Aussetzung der Landesumlage und vieles mehr. Und die Landesregierung hat jetzt eine Regierungsklausur gemacht. Und der Kollege Lercher hat es ja bereits gesagt, das Ergebnis

der Regierungsklausur ist für das Land gleich nichts. Also es gibt keinerlei Maßnahmen und keinerlei Aktivitäten, die vonseiten der Landesregierung auf dieses Land bezogen gemacht werden. Es wird nur auf den Bund verwiesen mit sogenannten sieben Leuchtturmprojekten oder dergleichen. Aber nichts, was die unmittelbare Lebensrealität der Steirerinnen und Steirer und die Gemeinden in diesem Land betrifft. Wir sind der Meinung, das ist zu wenig. Deswegen ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag. Ein steirisches Glückauf. *(Beifall bei der SPÖ – 12.56 Uhr)*

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter Schwarz. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Lukas Schnitzer.

KO LTAbg. Mag. Schnitzer – ÖVP (12.56 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank, werte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Landtags!

Ich habe ja durchaus als leidenschaftlicher Parlamentarier extrem viel Verständnis auch für die Rollenaufteilung im Parlament in einer Demokratie zwischen Regierungsparteien auf der einen Seite und Oppositionsparteien auf der anderen Seite. Aber ganz so kann ich die Wortmeldungen meiner beiden Vorredner logischerweise nicht verstehen oder auch stehen lassen, weil ich die selbstdefinierte Irritation nicht ganz nachvollziehen kann. Einerseits, und andererseits auch schon betonen möchte, dass es durchaus spannend ist, dass ein Ergebnis einer Regierungsklausur so dermaßen versucht wird, zu negieren. Das ist absolut falsch. Das entspricht nicht der Wahrheit, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Und warum sage ich das, dass ich diese Irritation nicht verstehen kann und auch das Ergebnis, das Negieren des Ergebnisses nicht nachvollziehen kann? Einerseits ist da gesprochen worden, es ist bei der Klausur nur um bundespolitische Themen gegangen, mitnichten. Im Gegenteil, Sie können es nicht wissen, Sie waren nicht dabei, aber es wurde ausführlich berichtet. Es war ein großer, wesentlicher Punkt, die Frage der Budgetkonsolidierung, auch auf Landesebene. Also ein wesentlicher steirischer Punkt, der mit allen anderen Themen dann auch zusammenhängt. Und ja, da trennt uns schon einiges im Grundzug. Wir wollen die Steiermark nicht durch neue Abgaben, nicht durch Landesabgaben belasten, die Bürger belasten, sondern wir wollen ausgabenseitig sparen. Da muss man klug schauen, da muss man im Sozialbereich auch treffsicherer werden, da muss man evaluieren. Das ist eine steirische Maßnahme für echte Leistungsgerechtigkeit, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der*

ÖVP und FPÖ) Und man kann natürlich Themen, die einem nicht recht sind oder die man nicht hören will, wegwischen und sagen, das ist alles nichts. Aber drei ganz konkrete Punkte, die definitiv steirisch sind. Erstens, für mehr Leistungsgerechtigkeit, auch im Hinblick darauf im Sozialsystem hat man sich darauf geeinigt, eine Bezahlkarte für Asylwerber auf den Weg zu bringen. Ich glaube, das ist eine gute Maßnahme, die in der Steiermark auch anerkannt wird, und es ist sehr wohl etwas, was steirisch entschieden wird, Kollege Lercher, müsste man wissen. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Der zweite Punkt, die von dir angesprochene Evaluierung des Lufthunders, also auch ein steirisches Thema. Und der dritte Punkt, der uns vor allem hier im Haus dann auch massiv beschäftigen wird, ist die Frage des Bettelverbotes. Da werden wir sehen, wie dann andere Abstimmungsverhalten stattfinden. Da kann man ja klüger werden, hast du auch selbst gesagt. Aber auch das Bettelverbot ist eine urtypische landesgesetzliche Materie. Also so zu tun, dass keine steirischen Themen behandelt worden sind, ist schlicht und ergreifend nicht wahr, sondern ist die Unwahrheit geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Vierter Punkt, weil es, glaube ich, auch wichtig ist. Das Gesundheitssystem ist selbstverständlich eines, was uns alle betrifft, wo wir alle Verbesserungen wollen. Aber man sollte auch aufhören, wider besseres Wissen und wider bessere Fakten, immer eine Unruhe in unsere KAGes hineinzubringen. Warum sage ich das? Weil in der KAGes in letzter Zeit mehr Eintritte sind als Austritte. Das zeigt, dass unser Gesundheitslandesrat hier richtig und gut handelt, ohne dass man immer Verunsicherung in unser Gesundheitssystem bringen sollte. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Und dass sich, geschätzte Damen und Herren, der Entschließungsantrag der beiden Koalitionsparteien mit den sogenannten sieben Leuchtturmprojekten an die Bundesregierung richtet, na Entschuldigung, auch das ist nicht etwas völlig Abnormales oder was einer völligen Irritation zur Genüge tut. Warum? Ja, logischerweise brauchen wir bei gewissen Infrastrukturprojekten den Bund als Partner. Und es ist klug und richtig, dass es gemeinsame Anträge gibt, um zu zeigen, wir wollen die Infrastruktur hier im ländlichen Raum, hier in der Steiermark auch nachhaltig verbessern. Und das ist nichts Abnormales, sondern aus meiner Sicht etwas Positives, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Und ein Satz vielleicht noch zum bestehenden Tagesordnungspunkt. Da sind einige wesentliche Punkte drinnen, wie die Schwellenwertverordnung, wo ich glaube, dass es geschieht ist, dass man die überdenkt. Warum? Weil es die heimische Wirtschaft in den Regionen stärken würde, dadurch auch Arbeitsplätze gesichert bleiben und den Bürgermeistern auch die Möglichkeit gegeben wird, Dinge leichter in Umsetzung zu bringen. Also eine klare Stärkung

der Regionalwirtschaft. Und der zweite Punkt, der aus meiner Sicht auch wesentlich ist, dass das Gremium der Landeshauptleute sich dazu bekennt und auch den Bund auffordert, egal, in welcher Konstellation da in Zukunft Verantwortung getragen wird, dass man auch die sogenannte KIM-verordnung auslaufen lässt. Das passiert ja ab Ende Juni. Auch ein notwendiger und wichtiger Schritt, damit wieder junge Leute sich Eigentum aufbauen können, mit Leistung etwas schaffen. Und ich bin davon überzeugt, so wie diese Landesregierung, dass Leistung nichts Negatives in diesem Land ist, dass man den Problemen, die wir auf Gemeindefinanz- und anderen Finanzebenen haben, nicht mit neuen Steuern und Abgaben begegnen sollte, sondern einzig und allein mit der Stärkung der steirischen und österreichischen Wirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 13.02 Uhr)*

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter Schnitzer. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Philipp Könighofer.

LTabg. Könighofer - FPÖ (13.03 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder auf der Regierungsbank, werte Abgeordnete!

Der Herr Klubobmann Schnitzer hat ja schon einige wichtige Punkte angesprochen, die jetzt letztlich in der Debatte von der SPÖ auch aufgeworfen wurden. Vom Bettelverbot über den IGL-Hunderter bis hin zur Bezahlkarte, alles Steiermark spezifische Punkte. Und ich habe irgendwie den Eindruck, die SPÖ blickt fast neidvoll auf die Dynamik und Professionalität, mit der diese Regierung letztlich agiert *(Heiterkeit bei der SPÖ)* und mit der diese Regierung nach wenigen Wochen mehr anzubieten hat, wie so manch Vorgängerregierung nach den ersten Jahren. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Und dann zum Punkt bundespolitischer Forderungen. Sie selbst bringen ja heute einen Entschließungsantrag, der sich an den Bund richtet, ein. Alles in Ordnung. Natürlich, eine selbstbewusst agierende steirische Landesregierung muss Forderungen an den Bund richten, weil sie sie ja letztlich für die Steirer einsetzt und diese bundespolitischen Entscheidungen auch direkt auf die Steiermark Auswirkungen haben. Es wäre fahrlässig, nicht klar formulierte Forderungen nach Wien zu schicken. Und es war ein Wahlversprechen des Herrn Landeshauptmanns, klarer Richtung Wien zu kommunizieren. Und das tut er. Und dafür, glaube ich, kann man ihm auch keine Kritik vorwerfen letztlich, weil er Dinge anspricht, die in Wien entschieden werden, die aber für die Steirer wichtig sind. Ich glaube, das debattieren wir ja da herinnen immer wieder, bundespolitische Thematiken, die sich letztlich aber auf die Steiermark auswirken. Also wenn

da dieser Forderungskatalog, der auch verabschiedet wurde, ausformuliert nach Wien geht, dann ist das jedenfalls eine gute Sache. Und es wurden eben auch ganz konkrete Steiermark spezifische Themen angesprochen. Und ein Thema war auch das Budget. Und das Budget ist halt so zentral, dass weitere Folgerungen, weitere Maßnahmen, die im Regierungsprogramm auch angekündigt wurden, von dem Budget letztlich abhängig sind. Also Sie brauchen sich keine Sorgen machen. Wir werden auch die Entbürokratisierung angehen, wir werden auch letztlich den Automobilstandort Steiermark stärken. Wir werden sicher auch den Wirtschaftsstandort stärken. Aber dass nicht alles innerhalb von drei Monaten passiert, da muss ich schon auch um Verständnis bitten, (*LTA*bg. *Lercher – SPÖ*: „*Mit dieser Dynamik muss das möglich sein!*“) und ich werde mir dann anschauen, wie sich das im Burgenland darstellt, ob der Herr Doskozil dann mit seinem neuen grünen Regierungspartner auch so eine Dynamik an den Tag legt, wie es hier in der Steiermark passiert. (*Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 13.05 Uhr*)

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann *LTA*bg. Hannes Schwarz.

KO *LTA*bg. Schwarz - SPÖ (13.06 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Also ich frage mich, wo der Kollege Könighofer die letzten Jahre war. (*LTA*bg. *Könighofer*: „*Als Pressesprecher da im Haus!*“) Also im Landtag Steiermark kann er nicht viel aufgepasst haben, weil was er da erzählt, dass diese Landesregierung jetzt schon mehr erledigt hätte als die letzte Landesregierung in der letzten Legislaturperiode, das weise ich zum einen aufs Schärfste zurück, liebe Kolleginnen und Kollegen. Kann man, glaube ich, applaudieren. (*Beifall bei der SPÖ*) Und das Zweite, also wenn ich jetzt ein Koalitionspartner von Ihnen wäre und da herinnen sitzen würde und mir sagen würde, also das war jetzt schon mehr als der Kollege Amon und die Kolleginnen und Kollegen in der letzten Legislaturperiode gemacht haben. Da würde ich mir aber Sorgen machen um die Zukunft der Koalition, liebe Kolleginnen und Kollegen. (*Beifall bei der SPÖ*) Und der Kollege Könighofer, Könighofer, Entschuldigung, ist ja stark da, ist offenbar der Regierungssprecher da im Landtag. Auf Regierungsebene haben wir einen anderen, jetzt ist er da der Sprecher dieser Regierung hier im Landtag, da wünsche ich viel Spaß dabei. Spricht er von Ausformulierungen, ja, wo sind

diese Ausformulierungen dieser Punkte, von denen Sie da sprechen? Sie haben gesagt, diese sieben Punkte werden ausformuliert nach Wien geschickt. Das ist die Ausformulierung? Das sind ein paar Sätze. Also wenn das für die FPÖ ein ausformuliertes Forderungspapier ist, dann wünsche ich Ihnen auch alles Gute für die Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen. (*Beifall bei der SPÖ*) Und weil da gesagt wurde, über das Budget wurde gesprochen, also jetzt machen Sie da eine große Regierungsklausur, da gibt es vorher einen Doorstep, da ist nicht viel gesagt worden. Da gibt es nachher eine Pressekonferenz, da ist nicht viel gesagt worden. Und dann ist aber gesagt worden, aber in der Sitzung haben wir über die Dinge wirklich gesprochen. Dann würde ich mir wünschen, dass das Sie das bei der PK oder beim Doorstep auch sagen würden, worüber Sie alles geredet haben, weil ich habe ganz aufmerksam aufpasst, was bei der PK gesagt worden ist. (*LTAbg. Könighofer: „Du hast nicht genau zugehört!“*) Ich schaue mir mal, gezwungenermaßen schaue mir selbst Ihre Pressekonferenzen an, und da ist aber nichts geredet worden von Finanzen oder Budget, da ist gesagt worden, das machen wir dann irgendwann. Also wenn da diese Maßnahmen besprochen wurden, dann bin ich der Meinung, dann hat die Öffentlichkeit, die Steirerinnen und Steirer auch das Anrecht zu wissen, was Sie hinter verschlossenen Türen besprochen haben. Also sagen Sie es uns auch hier herinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (*Beifall bei der SPÖ*) Und weil jetzt gesagt worden ist, auch vom Kollegen Schnitzer, das sind ja alles Forderungen auch in der Steiermark. Ja, okay, Sie haben da angesprochen die Bezahlkarte. Die Bezahlkarte haben Sie gesagt, da warten wir mal, wie es der Bund macht. War bei der PK so die Rede. Das Zweite, beim Lufthunderter hat man gesagt, jetzt schauen wir uns einmal alles an und evaluieren wir die nächsten Wochen. (*KO LTAbg. Schnitzer: „Das ist eine vernünftige Vorgehensweise!“*) Das war so die Aussage. Und beim Bettelverbot haben Sie dann gesagt, ja, wir machen eine Vorlage irgendwann im Sommer, (*KO LTAbg. Schnitzer: „Auf Juni, zwei Monate!“*) weil das sei legislativ ja so schwierig, ein Bettelverbot umzusetzen. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das schnelle Arbeit für die Steirerinnen und Steirer ist, dann bin ich anderer Meinung, sondern das ist ein Verschieben auf nach irgendwann, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und deswegen sind wir der Meinung, dann legen Sie doch diese Anträge vor, legen Sie doch diesen Lufthunderter vor, legen Sie doch diese Bezahlkarte vor, legen Sie doch das Bettelverbot vor, da wird die Sozialdemokratie, wenn es sinnvoll ist, sicher nicht dagegen sein, aber ich fordere Sie auf, sprechen Sie nicht über irgendwas, schicken Sie nicht irgendwelche, wie hat es der Kollege Samt so schön gesagt, Wünsche ans Christkind nach Wien, legen Sie diese Anträge hier im

Landtag vor, dann können wir darüber reden und können sie allfällig auch beschließen, liebe Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei der SPÖ)* Weil, wenn ich mir anschau, die Arbeitsmarktsituation in dem Land, wenn ich mir die Wirtschaftssituation in dem Land anschau, dann bin ich der Meinung, wir können über diese Dinge, die Sie da vorlegen, gerne debattieren. Aber die anderen Dinge sind auch wichtig. Wie geht es mit dem Arbeitsmarkt in dem Land weiter? Wie geht es mit der Wirtschaftspolitik weiter? Wie geht es mit der Budgetpolitik weiter? Hier erwarten sich die Steirerinnen und Steirer Antworten. Wir warten auch darauf. Ein steirisches Glückauf. *(Beifall bei der SPÖ – 13.10 Uhr)*

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 123/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von FPÖ, ÖVP, SPÖ, Grüne und KPÖ angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 123/3 betreffend „Bekennnis zur nachhaltigen Sicherstellung der Pflege“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe.

Das ist mit den Stimmen der Grünen, SPÖ, KPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die den Entschließungsantrag der SPÖ mit der Einl.Zahl 123/4 betreffend „Finanzielle Entlastung für die Steiermark - gerechter Finanzausgleich und Ausgleich von bundespolitischen Maßnahmen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von Grünen, SPÖ, NEOS und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ und ÖVP, Einl.Zahl 123/5 betreffend „Bekanntnis des Landtags zu den weiß-grünen Leitprojekten der Landesregierung“, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ angenommen.

Ich komme nun zum nächsten Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Wahlrecht mit der Einl.Zahl 191/2 betreffend „Gesetz vom... mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1957, das Steiermärkische Gemeindevertragsbedienstetengesetz 1962, die Dienst- und Gehaltsverordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 und das Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz geändert werden“ zur Regierungsvorlage mit der Einl.Zahl 191/1.

Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 191/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Nächster Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Umwelt- und Naturschutz mit der Einl.Zahl 167/2 betreffend „29. Umweltbericht des Landes Steiermark - Berichtszeitraum 2022 bis 2023“ zur Regierungsvorlage mit der Einl.Zahl 167/1.

Es hat sich zu Wort gemeldet Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Dolesch.

LTAbg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (13.14 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau - jetzt im Gehen begriffene - Landeshauptmannstellvertreterin, meine sehr geehrte Frau Landesrätin und sehr geehrte Herren Landesräte, liebe Abgeordneten-Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, die Steiermark ist, wie wir alle wissen, ein sehr vielfältiges Land, auch in Bezug auf die Ökosysteme, die, denke ich, ist auch das unstrittig hier im Haus, in den letzten Jahrzehnten doch stärker unter Druck geraten sind. Der Erhalt der Vielfalt, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch für die nächsten Generationen und auch das Einbremsen des Klimawandels zählt damit aus meiner Sicht zu den wesentlichen Aufgaben von uns allen sozusagen als gemeinsame Kraftanstrengung, um eine lebenswerte Steiermark mit gesunder Artenvielfalt auf Dauer zu erhalten. Der nun vorliegende, rund 200 Seiten umfassende Umweltbericht, welcher eben, wie schon erwähnt, den Zeitraum 2022 bis 2023 umfasst, gliedert sich in eine ganze Reihe an Bereichen, von der Nachhaltigkeit über Abfall und Stoffflüsse, Energie und Klima bis hin zu Raumentwicklung und Mobilität. Nachdem er umfassend ist, erlaube ich mir, hier nur einige wenige Punkte beispielhaft herauszugreifen, welche aus meiner Sicht diese durchaus sehr ambitionierte Umweltpolitik der letzten Jahre auch entsprechend zum Ausdruck bringen soll. Im Bereich der Mobilität wurde beispielsweise der öffentliche Verkehr weiter ausgebaut. Wenn man nur eine beeindruckende Zahl herausgreift, im Fahrplan 2023 wurde an nur einem einzigen Tag die Fahrgastzahl von 55.000 Personen gezählt. Wie gesagt, für einen einzigen Wochentag, das ist beachtlich. Die Radwege wurden flächendeckend weiter ausgebaut. Ich denke nur daran, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass beispielsweise oder insbesondere die regionalen und teilregionalen Versorgungszentren der Steiermark Schritt um Schritt systematisch sozusagen mit ihrem Umland weiter vernetzt wurden. Und gerade in Zeiten wie diesen, Stichwort E-Bike und Co, sind heute, wenn ich es so salopp formulieren darf, wenige Kilometer für die Alltagserledigungen ungleich leichter zu bewältigen, wie noch vor zehn oder vor 20 Jahren. Im Bereich der erneuerbaren Energien wurde beispielsweise ein Photovoltaik-Deregulierungsgesetz mit entsprechenden Vereinfachungen im Verfahren auf den Weg gebracht. Der Ausbau der Photovoltaik insgesamt, aber auch der Windenergie vorangetrieben, denken wir hier beispielsweise nur an diese aus meiner Sicht gute Offensive der damaligen Landesregierung in Bezug auf die überregionale, überörtliche Raumordnung im Hinblick auf die Photovoltaikanlagen. Auch im Bereich der örtlichen Raumplanungen wurden allein in den Jahren 2022 und 2023 320 Hektar auf diesem Sektor sozusagen mobilisiert bzw. reserviert. Der lange Tag der Energie, mittlerweile hat er schon einen fixen Stammplatz gefunden, wenn man so möchte, mit seinen zahlreichen Energieschauplätzen in der Steiermark. Die Heiztauschförderung, wo die Steiermark im Übrigen Spitzenreiter_in in diesem Zeitraum unter den österreichischen Bundesländern auch war. Im Bereich des Bodenschutzes wurde bekanntlich eine Novelle in

der Bau- und Raumordnung mit Fokus auf Boden- und Klimaschutz beschlossen, mit so wesentlichen Punkten wie der verpflichtenden Entwicklung von innen nach außen, die Einschränkung der Auffüllgebiete, die Eindämmung der Bodenversiegelung beziehungsweise eine Förderung für Bodenentsiegelungen oder, wo man, ich darf nur erinnern, die damals sozusagen das schon diskutiert haben, heute nicht mehr so ohne weiteres an einen Orts- oder Stadtrand dann große Supermarktketten hinbaut. Erinnert euch, da haben wir immer gesagt, eine Umfahrungsstraße, dann kommt der nächste Kreisverkehr, dann kommt der Supermarkt und dann ist schon die nächste versiegelte Fläche wieder da mit weiteren Betrieben, während die Ortskerne und Stadtzentren verwaist sind. Hier haben wir auch entsprechend, gerade was die Stärkung dieser Ortskerne und Stadtzentren betrifft, entsprechende Maßnahmen getroffen, damit hier entgegengewirkt werden kann. Der Atlas zur Landentwicklung, welcher mittlerweile online gegangen ist, und damit auch ein wertvolles Monitoring-Instrument für die Raumentwicklung darstellt etc. Im Bereich des Naturschutzes wurde die Initiative Natur verbunden, aus der Taufe gehoben, wo man also die Naturräume entsprechend vernetzt und auch Trittsteinbiotope sichert und einiges mehr, damit eben diese Artenvielfalt erhalten werden kann. Es gäbe hier noch sehr viel weiteres zu erwähnen, beispielhaft zumindest zu erwähnen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Insgesamt liefert der Bericht aus meiner persönlichen Sicht zumindest wertvolle Daten und Analysen, aus denen wir hoffentlich die richtigen Schlüsse für die Zukunft daraus ziehen. Und mit diesem Blick zurück möchte ich auch ein riesengroßes Dankeschön aussprechen bei zwei Landesregierungsmitgliedern, die heute nicht mehr sozusagen dabei sind, einerseits bei Umweltlandesrätin a.D. Mag. Ursula Lackner und Landeshauptmannstellvertreter a.D. Anton Lang, welche mit viel Herzblut und Leidenschaft diese ambitionierte Umweltpolitik entsprechend vertreten haben. *(Beifall bei der SPÖ)* Und natürlich gilt der Dank, zumindest mein persönlicher, jedenfalls auch allen damaligen Landesregierungsmitgliedern, welche in ihrer jeweiligen Ressortzuständigkeit auch hier anteilig Mitverantwortung übernommen haben. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und bitte um die entsprechende Zustimmung bzw. Kenntnisnahme. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ – 13.20 Uhr)*

Dritte Landtagspräsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter Dolesch. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Franz Fartek.

LTabg. Fartek – ÖVP (13.20 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Vertreter der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Der Wolfgang Dolesch hat ja schon vieles vorweggenommen, was die Umwelt betrifft. Es ist ein bisschen die Spannung jetzt draußen, hier im Sitzungssaal, wobei ich schon sagen möchte, dieser Umweltbericht ist ein wesentliches Element auch für die Weiterentwicklung unserer Steiermark und es ist ein gelungenes Werk. Ein toller Bericht. 16 Themenbereiche, der Wolfgang Dolesch hat schon darauf hingewiesen, die alle zwei Jahre hier auch im Haus diskutiert werden, wo wir sehen, was hat sich weiterentwickelt, was hat sich getan und wohin führt es uns in der Steiermark. Die Steiermark in ihrer Vielfalt ist natürlich etwas ganz Besonderes, um diesen Lebensraum und diesen Wirtschaftsraum auch dementsprechend weiterzuentwickeln und liebenswert zu gestalten, ist es natürlich auch Not, dass es viele Aufgaben zu erfüllen gibt. Dieser Bericht zeigt und informiert über den Umweltschutz zum einen, aber vor allem auch über die Umweltbildung, die ein wesentliches Element auch des Ganzen ist, aber es zeigt auch über Maßnahmen und Aktivitäten auf, aber beschreibt auch die notwendigen Herausforderungen, die auch anstehen, um für den Umweltschutz sozusagen auch weiter Gutes zu tun. Er widerspiegelt auch vieles, was hier im Haus, und da hat Wolfgang Dolesch darauf hingewiesen, was hier im Haus auch immer wieder diskutiert wird und wo wir uns immer wieder auch austauschen. Umso wichtiger ist es, dass wir natürlich bei all dieser Entwicklung, bei all unserem Tun auf Veränderungen, den Umweltschutz und den Klimaschutz gut mitdenken, aber vor allem auch gut mitgestalten. Wie der Wolfgang Dolesch auch – einige Themenbereiche möchte ich für mich besonders herausnehmen und vielleicht ein paar Dinge auch dazu erwähnen: Es geht um die Nachhaltigkeit, die Agenda 2030, die ja beschlossen ist sozusagen. Und ich glaube, da ist es wichtig, dass wir diese 17 Nachhaltigkeitsziele immer stärker auch in den Fokus rücken, dass wir hier verstärkte Bewusstseinsbildung machen und auch in unsere Arbeit stärker einbauen. Die Stadt und das Land in eine gute Zukunft denken, ist natürlich die eine Aufgabe, aber vor allem die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und dabei auch niemanden zurückzulassen. Die Abfallstoffflüsse wurden schon kurz angesprochen. Das ist auch wichtig. Das Abfallaufkommen ist im Bericht sehr gut dargestellt, hat auch eine sehr positive und gute Entwicklung, aber natürlich wird auch hingewiesen auf die optimierte Sammlung. Und da muss man schon erwähnen, unsere Ressourcenparks, die in den letzten Jahren hier der Steiermark entstanden sind, eine tolle Geschichte, wenn man nur weiß, dass hier eine große Sortentiefe vorhanden ist, 80 bis 90 Fraktionen, die hier getrennt gesammelt werden mit den

Ressourcenparks. Natürlich geht das einher mit kundenfreundlichen Öffnungszeiten, die wesentlich und wichtig sind. Aber auch die Repair-Cafés, die Reuse-Shops, die eine tolle Geschichte sind, wenn es darum geht, auch Dinge wieder in den Kreislauf zurückzubringen. Und wir haben noch viele ASZ in den Gemeinden draußen, die auch gute Sammelaktivitäten machen und die auch sozusagen Zubringer für die Ressourcenparks sind. Also im Grunde ein guter Ausblick, was das betrifft, aber auch wichtig, dass wir diese Kreislaufwirtschaft weiter stärken und dabei auch immer wieder den Fokus in den Mittelpunkt rücken, Abfälle erst gar nicht entstehen zu lassen, glaube ich. Was ich auch erwähnen möchte, das ist der Steirische Frühjahrsputz, der auch ein wesentliches, tolles Instrument ist und sozusagen auch für die Steiermark eine Volksgeschichte. Herr Landesrat, und ich bin davon überzeugt, dass du das auch im positiven Sinne gut weiterführen wirst, weil hier unsere Vereine, unsere Institutionen, unsere Gemeinden, unsere Schulen hier großartige Arbeit leisten und hier vieles dazu beitragen, dass diese Steiermark sauberer wird, schöner wird und mit einher geht auch bei dieser Sammelaktion eine Bewusstseinsbildung. Da wird geredet, da wird bewusst aufmerksam gemacht, dass wir Dinge auch so nicht machen sollen. Der Boden ist auch kurz angesprochen worden. Der ist für mich auch ein essentielles Thema und ich schaue den Lambert Schönleitner an, weil, inzwischen haben nur die Grünen geglaubt, es ist ihr Thema. Nein, es ist unser gemeinsames Thema hier im Haus. Boden, von dem wir leben. Wie heißt es so schön? Der Boden ernährt, der Boden schützt, der Boden trägt. Und der Boden ist einfach ein wichtiger Teil vom Ganzen. Es ist eine Lebensressource sozusagen, Boden täglich besser machen. Und Boden, von dem wir leben, ist einfach eine zentrale Aufgabe, dass wir uns mit dem Boden verstärkt auseinandersetzen. Da passiert sehr vieles in der Steiermark, das wissen wir. Viele gute Dinge, natürlich, da sind auch viele Dinge noch zu tun, was den Boden betrifft. Aber vor allem die Landwirtschaftskammer Steiermark ist hier sehr bemüht. Wir haben mittlerweile ein Boden, Humus Kompetenzzentrum, das hier eine tolle Arbeit macht. Aber wir haben auch Gruppierungen, die sich hier verstärkt mit Humusbildung und Humusaufbau auch beschäftigen. Und wir haben auch in den landwirtschaftlichen Schulen Versuchsstationen für Pflanzenbau, Ackerbauversuche, die sich auch mit diesem Thema verstärkt auseinandersetzen. Das Energie- und Klimathema ist für mich natürlich als Sprecher in meiner Fraktion auch ein wichtiges. Aber natürlich diese Themen werden ja gesondert sehr gut diskutiert. Wir haben die Klima- und Energiestrategie, wir haben hier den Aktionsplan mit den Maßnahmen, den haben wir erst vor kurzem auch hier diskutiert. Wir haben den Klimabericht diskutiert, wir haben den Energiebericht diskutiert. Also da ist schon vieles zu

tun, aber ich glaube, den brauchen wir da nicht in der Breite diskutieren, da werden wir noch genug Gelegenheit haben. Aber, was mir wichtig in diesem Zusammenhang ist, das sind diese Aktivitäten, die passieren über verschiedene Einrichtungen. Ich denke nur an die Klimamodellregionen, an die KLAR!Regionen, die hier wirklich eine ganz klare und gute Arbeit machen, wenn es darum geht, mit der Basis etwas weiterzubringen. Ich gehe auch davon aus. Die Ich-tu's-Initiative, die e5-Gemeinden, die Klimabündnisgemeinden und auch das Gemeindeservice, das ja auch eingeführt worden ist, ich glaube, auch eine gute Geschichte. Natürlich braucht es da vielleicht in Zukunft auch einige Nachjustierungen und was die Förderthematiken auch und Förderinformationen betrifft, auch da und dort vielleicht mehr Treffsicherheit, aber auch vielleicht ein paar neue Anreize. Die Raumentwicklung ist kurz angesprochen worden, das ist auch wichtig, weil die Raumordnung, du, lieber Wolfgang, ja schon besprochen hast, da werde ich nicht eingehen, aber mir ist die Regionalentwicklung wichtig, weil sie ein wesentlicher Teil der Erfolgsgeschichte für die Steiermark sind. Die Regionalentwicklung mit dem Regionalentwicklungsgesetz haben wir eine gute Grundlage geschaffen, glaube ich, und gibt uns auch die Möglichkeit, diesen ländlichen Raum auch zu stärken. Viele Themenbereiche im Umweltbereich sind gut in der Regionalentwicklung eingebettet und werden auch gut bearbeitet und begleitet. Und ich glaube, gerade über die Regionalentwicklung bringen wir viele, viele Themen sehr gut in die Breite und auch gut zur Basis. Und zwei Beispiele möchte ich da in diesem Zusammenhang erwähnen, weil es uns in der Region betrifft, ist der Biosphärenpark, der tolle Geschichte ist, der mit dem ganzen Management, im Regionalmanagement gut eingebettet ist und gut funktioniert. Michael, wir haben vor einigen Wochen erst ein Biosphärenpark-Camp gehabt. Das funktioniert wirklich gut mit der Regionalentwicklung zusammen. Und du hast schon angesprochen von der Frau Landesrätin außer Dienst, Ursula Lackner, dieser Naturverbund, Biotopverbund Steiermark. Wirklich eine tolle Geschichte. Vier Pilotregionen in der Steiermark, wir sind eine davon. Und auch diese Geschichte haben wir sehr gut im Regionalmanagement eingebettet. Und ich glaube, da kommen wir gut voran. Und das tut uns auch gut, weil wir genau da die Leute treffen, die Leute erreichen, die wir auch dazu brauchen. Also insgesamt, glaube ich, wirklich eine ganz tolle Geschichte, auch was die Regionalentwicklung betrifft. Und ich glaube, und da ist es wichtig, und das möchte ich an die Landesregierung ausrichten, da müssen wir uns Gedanken machen, was die Finanzierung betrifft. Weil da braucht es eine Valorisierung der Zahlen, damit wir auch unsere Aufgaben gut erfüllen können. Geschätzte Damen und Herren, dieser Umweltbericht ist sozusagen eine tolle Information für uns alle. Und ich bitte alle in

diesem Raum, der muss gelesen werden, da muss man Bescheid wissen. Er trägt auch viel Wissen und Daten und Fakten in sich. Und geschätzte Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich allen danken, die hier einen Beitrag leisten, dass es so einen tollen Bericht auch für die Steiermark gibt. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 13.28 Uhr)*

Dritte Präsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter Fartek. Und als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Hannes Wieser. Entschuldigung, Michael Wagner.

LTAbg. Michael Stefan Wagner – FPÖ (13.28 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Abgeordnete, Kollegen und liebe Zuschauer!

Wir diskutieren heute den Umweltbericht und spannend ist es für mich, ich war damals in der Abteilung 13 federführend genau für die Erstellung dieses Umweltberichts zuständig. Ich weiß somit auch teilweise, was da drinnen steht, nicht nur teilweise, sondern auch einen großen Teil. Ich habe auch die Erstellung miterlebt und ich muss das auch kurz greifbar machen. Für die Abteilung 13 ist das ein Riesenaufwand mit der Koordination, mit der Koordination mit den anderen Abteilungen. Kurz, dass man das auch greifbar macht. Wir haben mit den Vorarbeiten damals in der Abteilung begonnen im Dezember 2013, 2023, Entschuldigung, und jetzt stehen wir da im Februar 2025. Also nur damit man auch weiß, wie lange das funktioniert. Ich darf mich da natürlich federführend bei allen Beteiligten bedanken, die da mitgewirkt haben und mit voller Akribie dahinter waren und diesen Bericht mit Leben erfüllt haben. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Der Umweltbericht zeigt uns, was die Steiermark ausmacht und sie ist das Grüne Herz und das merkt man dort in vielen Bereichen, in den Daten, Fakten, das ist nicht nur bloße Rhetorik, die Tatsachen zeigen es uns. Und wir haben 61 % Bewaldung, wir haben 15.000 Kilometer Fließgewässer und eine sehr reiche Artenvielfalt bei uns in der Steiermark. Und das ist ein Naturjuwel, das wir nicht nur auf dem Papier niederschreiben sollten, das wir natürlich auch für die Zukunft bewahren und weitergeben müssen. Das sind wir unseren kommenden Generationen natürlich auch schuldig. Und diese Landesregierung, die meint das auch ernst. Und Umweltschutz ist für uns keine politische, ideologische Einstellung. Umweltschutz ist für uns Hausverstand, Pragmatismus und Weitblick. Und wir setzen da nicht auf ideologische Ansätze oder Verbote. Für uns kann man nur die Menschen mitnehmen. Wir müssen sie mitnehmen, nicht nur dann wird

Umweltschutz auch eine Erfolgsgeschichte in der Steiermark. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Und da darf ich mich gleich als erstes bedanken beim Herrn Landesrat bzw. bei dieser Landesregierung. Jetzt hat man die Fördermittel für den Nationalpark Gesäuse um 5 % erhöht. Das ist bereits seit Langem – war das eine Forderung des Nationalpark Gesäuse. Jetzt hat man es geschafft. Und jeder Euro, der dort hinein investiert wird, ist ein Euro mehr für den Naturschutz. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Und mein Abgeordneter Kollege, der Franz Fartek, hat es schon angesprochen, der Biosphärenpark, UNESCO-Biosphärenpark Unteres Murtal. Wir haben vor kurzem dort ein Biosphärenpark-Camp gehabt, wo sehr viele Beteiligte aus der Gemeinde Bad Radkersburg, Mureck oder sonst, auch aus Slowenien dabei waren, die sich aktiv dort einsetzen. Das ist ein riesen Biosphärenpark, ein einzigartiger Fünf-Länder-Biosphärenpark. Und das ist auch, da möchte ich mich auch bedanken bei dieser Landesregierung, in Form auch des Umweltlandesrates Hannes Amesbauer, die diese Umsetzung dort und diese Wiederbelebung bzw. auch den Ausbau und den Erhalt dieses wichtigen Biosphärenparks unterstützen. Da geht vor allem der Dank eben an die Landesregierung und eben auch an die zuständigen Abteilungen. Und Arbeiten für den Natur- und Umweltschutz heißt auch Arbeiten an den Lebensrealitäten. Und so gehört es auch dazu, dass wir den IGL in der Form auch evaluieren müssen. Und wir wissen, der IGL ist auch dafür gedacht gewesen, die Luftqualität in der Steiermark zu verbessern. Wir wissen aber auch, wir haben heute Fahrzeuge, die eine wesentlich bessere CO₂- bzw. Emissionsbilanz aufweisen. Viele, viele Haushalte rund um Graz oder in Graz wurden mittlerweile auf wesentlich bessere Heizungsformen umgestellt. Und so ist es nur klar, dass man diesen auch evaluieren muss. Zwei Drittel der Steirer pendeln und so muss diese Gängelung, sage ich auch ganz bewusst, auch irgendwann vielleicht ein Ende finden. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Es gibt natürlich viele weitere Maßnahmen und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen uns – diese Landesregierung setzt sich mit Umweltschutz, mit Hausverstand ein. Es soll keine neuen Zwänge, keine neuen Belastungen oder Einschränkungen geben. Mein ausdrücklicher Dank gilt daher unserem Umweltlandesrat Hannes Amesbauer, der genau diesen Weg der Vernunft gemeinsam mit der steirischen Bevölkerung auch geht. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Ich komme zum Schluss, die Uhr blinkt. Ich versichere Ihnen, dass auch die nächsten Umweltberichte nicht nur Zahlen enthalten werden, sondern auch Fortschritte. Wir werden die Weichen in die richtige Stellung bringen und dafür sorgen, dass auch die Steiermark in Zukunft lebenswert bleibt. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 13.33 Uhr)*

Dritte Präsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter Wagner. Und nun darf ich den Abgeordneten Johannes Wieser zum Rednerpult bitten.

LTabg. Wieser – ÖVP (13.33 Uhr): Danke sehr, Frau Präsidentin! Werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen.

Auch bei meiner zweiten Rede geht mir das Herz auf hier im Landtag. Als Erwerbsimker mit 300 Bienenvölker und Honigproduzent lebe ich mit und von der Natur. Mit meinen drei Kindern verbringe ich viel Zeit in der Natur. Wir nehmen auch regelmäßig beim Steirischen Frühjahrsputz teil, den es, er ist ja schon erwähnt worden, den es aber leider noch immer gibt. Unser großes Ziel, unser großer Wunsch müsste sein, dass wir den gar nicht mehr brauchen und gar keinen Müll mehr finden. Der aktuelle Umweltbericht mit seinen 204 Seiten gibt uns eine klare Grundlage für die Zukunft. Eine intakte Natur und eine nachhaltige Lebensmittelproduktion sind kein Selbstzweck. Sie sichern unsere Lebensqualität, unsere Wirtschaft und unsere Zukunft. Und einige Themen sind schon herausgenommen worden. Ich darf das Thema Nahrung ansprechen. Ein wichtiger Faktor für die Erhaltung unserer Umwelt- und Kulturlandschaft ist die regionale Lebensmittelproduktion. Für die Förderung der Direktvermarktung über die Stärkung biologischer Landwirtschaft bis hin zur Zusammenarbeit mit Handel und Gastronomie. Regionale Lebensmittel sind ein Schlüssel für Nachhaltigkeit, kurze Transportwege, Wertschöpfung und höchste Qualität für die Konsumentinnen und Konsumenten. Mit der steirischen Lebensmittelstrategie gehen wir diesen Weg entschlossen auch, danke auch an die Landesregierung, denn regionale Lebensmittel sichern unserer Natur-Kulturlandschaft als Grünes Herz Österreichs. Ja, wir haben auch Herausforderungen, sei es z. B. im Bereich der invasiven Arten, wo z.B. die asiatische Hornisse uns zusetzt und da auch eine Bedrohung in der Imkerei ist und auch im Obst und Wein uns vor Herausforderungen stellen wird. Der 29. Umweltbericht macht deutlich, eine Vielfalt an Maßnahmen ist entscheidend für die zukunftsfähige Steiermark, weil Naturschutz, Landwirtschaft und wirtschaftliche Nutzung funktionieren gemeinsam, wie es auch die ökosoziale Marktwirtschaft aufzeigt. Und wir haben uns jetzt schon bei einigen Personen, Akteuren bedankt, bei den Erstellern dieses Umweltberichts, bei Regierungsverantwortlichen, ehemaligen und jetzigen. Ich darf aber ein besonderes Danke jetzt an drei Gruppen sprechen, die nicht hier sind. Aber es geht der Dank an Organisationen, Vereine, Privatpersonen, die sich für den Erhalt unserer Umwelt direkt draußen vor Ort einsetzen, sei es durch Naturschutzprojekte, Blühflächeninitiativen oder den Schutz seltener

Arten. Danke auch an alle Grundbesitzer, vom Kleingartenbesitzer bis zum Großgrundbesitzer, die jeweils nach ihren Möglichkeiten Aktionen setzen, Biodiversitätsräume schaffen und Inseln dadurch bieten. Und ein besonderer Dank an unsere heimischen Bäuerinnen und Bauern, die mit Almwirtschaft und Steiflächenmahd im Berggebiet artenreiche Wiesen bewahren, den vertraglichen Naturschutz mit Leben erfüllen, Streuobstbestände pflegen und auch im Ackerbau mit Blühflächen und Begrünungen für eine blühende Steiermark sorgen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 13.36 Uhr)*

Dritte Präsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter Wieser. Und als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Veronika Nitsche.

LTAbg. Nitsche, MBA – Grüne (13.37 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Werte Mitglieder der Landesregierung!

Ja, über den Umweltbericht wurde ja jetzt ja schon einiges gesagt und es ist tatsächlich ein sehr umfassender Bericht und ich kann mir sehr gut vorstellen, wie der Kollege Wagner gesagt hat, dass es auch sehr viel Arbeit war, das alles zusammenzustellen, von eben A wie Abfall bis W wie Wald. Und es waren ja auch sehr viele Abteilungen beteiligt. Ich habe mir das wirklich angeschaut. Also da war A9, A10, A13, A14, A15, A16, A17, also da sieht man, da sind alle beteiligt, weil eben das Thema Umwelt ein sehr umfassendes Thema ist. Was mir allerdings fehlt, und das ist mir auch im letzten Bericht schon aufgefallen, ist eben der rote Faden, der sich eben über diesen Umweltbericht zieht, weil, Umwelt ist eben, die Sachen sind vernetzt, hängen zusammen und de facto liefert aber, ich meine, Sie wissen das auch, liefert jede Fachabteilung einen Fachbeitrag zu ihrem Themenbereich. Also da folgt auf die Nachhaltigkeit eben die Abfall- und die Stoffflüsse und so geht es eben dann weiter. Und es ist eben gerade in der Klimathematik und in der Umwelt- und Klimathematik wichtig, das zusammenzudenken und eben nicht da der reinen Abteilungslogik zu folgen. Also vielleicht wäre das auch einmal eine Idee für den nächsten Umweltbericht, die man da anregen könnte. Weil genauso, also diese Abteilungslogik, genauso ist ja auch die Umwelt, endet ja auch nicht an den Landesgrenzen, darum interessiert uns ja auch das slowenische Kernkraft Krško, das hängt einfach alles zusammen und diese Zusammenschau wird es eben im Umweltbericht brauchen. Die Landesrätinnen, die auch schon zitiert wurden, die haben tatsächlich einen gewissen Boden gespannt und eben Landesrätin Lackner, die damalige, hat eben gesprochen, wie wichtig es ist, da eben einen breiten Schulterschluss zu diesem Thema über alle Teile der

Gesellschaft zu machen und hofft eben auch, dass der Bericht dann auch eine gute und wichtige Basis für die Weiterarbeit ist. Das schreibt auch die damalige Landesrätin Schmiedtbauer in ihrer Einleitung, dass es eben eine unerlässliche Datengrundlage für die regionalen Bestrebungen in einer nachhaltigen Steiermark sein soll. Und sie betont auch, dass der Klima- und Umweltschutz in unseren Gemeinden und Regionen beginnt und eben keinesfalls ein Thema der internationalen Politik ist oder nicht nur der internationalen Politik. Und das ist ganz meine Rede – Kollege Fartek hat ja auch schon von der Agenda 2030 gesprochen, eben von den nachhaltigen Entwicklungszielen, wo es eben, also da war ja die Steiermark auch Vorreiterin, also das müsste ja auch bekannt sein. Aber da geht es eben auch darum, dass alles so zusammenhängt und dass das gemeinsam betrachtet werden soll. Und was vielleicht wirklich zusätzlich zu den Einleitungen in einem Bogen spannt, ist eigentlich, dass es in allen Bereichen Bildungsmaßnahmen gibt. Und ich glaube, das ist sehr wichtig, weil, die Bildungsmaßnahmen denken das Umweltthema wirklich zusammen. Da gibt es Abfallberatung, Trennkampagnen, globales Lernen. Es gibt die Landwirtschaftsschulen, die Gemeindeschulungen, Projekte von Regional Leben. Es gibt Bewusstseinsbildung, also es gibt Bewusstseinsbildung, Bildung, Ausbildung, Fortbildung von den ganz Kleinen bis zum lebenslangen Lernen. Und man weiß ja auch, wenn es eine Bewusstseinsbildung bei den Kindern gibt, dass das genauso auch dann die Erwachsenen erfasst. Wie gesagt, das wurde auch schon angesprochen, das Regierungsübereinkommen FPÖ-ÖVP. Da findet sich auch das Kapitel Umwelt- und Klimaschutz eben mit dem angesprochenen Hausverstand. Und ich vermute, Herr Kollege Könighofer wird mir das dann vielleicht ein bisschen ausführlicher erklären, aber ich würde jetzt wirklich einmal wissen, was der Hausverstand beim Umweltschutz, was der konkret bedeutet. Ich hänge meine Nase raus, es riecht gut, die Luft ist sauber, ich trinke das Wasser, es schmeckt gut, es ist nicht schmutzig und solche Sachen. Das würde mich echt interessieren. Wie gesagt, zusammengefasst, ein guter Bericht, hoffentlich auch für die neue Regierung eine wichtige Datengrundlage. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen und der SPÖ – 13.41 Uhr)*

Dritte Präsidentin Ahrer: Danke, Frau Abgeordnete Nitsche. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Bruno Aschenbrenner.

LTabg. Ing. Aschenbrenner – ÖVP (13.41 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Landtages, meine sehr geehrten Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir sind jetzt beim Buchstaben W wie Wald angekommen, Frau Kollegin Nitsche. Der Wald ist ja doch mit 62 % unserer Waldfläche, unserer Landesfläche, das in Bezug auf unsere Landesfläche, das prägende Landschaftselement schlechthin und nimmt auch weiter zu. Wir haben seit den 70er Jahren, wo wir 948.000 Hektar Wald gehabt haben, jetzt über 1.014.000 Hektar. Und unser Wald übt ja auf den Menschen, auf die Tier- und Pflanzenwelt, auf Boden, Wasser und Luft, auf die Umgebung, die wir immer wieder auch erholungssuchend heimsuchen einen bedeutenden und komplexen Zusammenhang in der positiven Wirkung aus. Wald ist Wirtschaftsfaktor, sagt schon die Nutzfunktion, bietet Schutz vor Naturgefahren, sichert sauberes Wasser und saubere Luft und bietet Erholungsraum für Sport und Freizeit. Die vier Funktionen definiert im Forstgesetz 1975, adaptiert im Jahr 2023 im November, angepasst an die Gegebenheiten, den Wald auch in die Zukunft zu führen. In der Nutzfunktion kann man ganz klar sagen, brauchen wir ihn mehr als wir glauben, denn 50.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben rund um den Wald und im Anschluss daran in der Verarbeitung ihr sicheres Einkommen. Wir ernten in etwa 5,4 Millionen Erntefestmeter bei einem Zuwachs von acht Millionen Vorratsfestmetern. D.h., wir arbeiten sehr nachhaltig in unseren steirischen Wäldern und müssen dazusagen, und da kommen wir schon auch zur Wohlfahrtswirkung, also zum positiven Einfluss auf Luft und Wasser, auf den Ausgleich vom Klima, weil wir mit jedem Kubikmeter nachwachsenden Rohstoff Holz, 1.000 Kilogramm CO₂ nachhaltig binden können. Die Schutzfunktion ist etwas ganz Wichtiges. 3.405 Wildbäche ganz klar definiert, ebenso wie 1.425 Lawinengänge. Das Landesschutzwaldkonzept mit den Bezirksrahmenplänen im Zusammenhang mit der Initiative „Schutz durch Wald“ bietet hier die Erfahrungswerte, wie sind die Zustände unserer Wälder im Schutzwaldbereich, welche Maßnahmen braucht es, um diese Wälder in die Zukunft zu führen, und auch der Erholungsfaktor ist ein wesentlicher. Der Wald wird ja als das ursprünglichste Umfeld an Natur wahrgenommen. Wenn man in den Wald hineingeht, glaubt man, er ist so ursprünglich wie sonst kein anderer Lebensraum, ist aber über Generationen von Menschenhand in vielen Fällen gepflegt und auch in die Zukunft geleitet. Um all diese Funktionen zu erhalten, braucht es auch die Fachkräfte, braucht es die Leute, die dem Forstgesetz auch die Unterstützung bzw. die Umsetzung auch bieten. Hier sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesforstdienstes gefordert, die in vielen Bereichen,

Forstaufsicht, Amtssachverständigendienst, Beratung und Begleitung für forstliche Angelegenheiten, die Überwachung des Waldzustandes, aber auch in der Öffentlichkeitsarbeit, in der Waldpädagogik usw., viele Stunden für unseren Wald aufwenden, um genau das zu haben, was wir brauchen. Zwei Drittel der Landfläche knapp sind vom Wald bedeckt und wir brauchen ihn mehr als wir glauben. Ich sage ein großes Dankeschön an den Landesforstdienst Steiermark, an die Kolleginnen und Kollegen in Graz, in den Bezirkshauptmannschaften für ihr Tun, um den steirischen Wald in eine gute Zukunft zu begleiten mit den Herausforderungen des Klimawandels, mit den Herausforderungen von morgen. Glück auf! *(Beifall bei der ÖVP, FPÖ und SPÖ – 13.46 Uhr)*

Dritte Präsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Lambert Schönleitner.

LTAbg. Schönleitner – Grüne (13.47 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Frau Landesrätin, werte Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bruno, ganz kurz zum Wald noch. Alles, was du gesagt hast, er ist wichtig, er ist schön, er tut uns gut. Aber eines wissen wir auch, was die Wildbestände angeht, sind nicht alle Forstwirte zufrieden. Wir haben das öfter gesagt. Also diesbezüglich kann man in der Qualität auch noch was tun. Nur ganz ad hoc zu dieser Geschichte, gibst du mir wahrscheinlich recht. Okay. Der Umweltbericht ist auf der Tagesordnung. Der Umweltbericht ist auf der Tagesordnung und das ist schon ein wichtiger Punkt für uns natürlich auch. Nicht nur, weil wir ja aus dem Umweltbereich kommen, sondern weil es, glaube ich, wirklich entscheidend ist, um die Qualitäten der Steiermark zu sichern. Da wird mir wahrscheinlich der neue Herr Landesrat im Umweltbereich recht geben. Er hat ja wirklich, das muss ich ihm gleich positiv hoch anrechnen, steige ich einmal so ein, das Budget des Nationalparks Gesäuse jetzt zumindest einmal erhöht. Da ist der Bund immer in Vorlage gegangen. Das war eine lange Diskussion. Jetzt hat das Land zumindest einmal für ein Jahr nachgezogen. Das ist wichtig. Und ich gehe gleich auf die Schutzgebiete, weil die Schutzgebiete, die diskutieren wir heute, und das hat man jetzt auch in der Debatte gesehen, zum Glück ganz anders, wie noch vor 20, 30 Jahren. Da hat man immer geglaubt, das Schutzgebiet und was da schon wieder alles daherkommt und wie fürchterlich denn das wäre. Im Grunde sind ein gutes Schutzgebietsmanagement und ein gutes Netzwerk an Schutzgebieten, das wissen wir in der Steiermark genau, eine gute Voraussetzung für Qualität im Tourismus, eine gute Voraussetzung auch wirtschaftlich.

Natürlich, wenn man es in einem guten Dialog mit den Grundbesitzern und Grundbesitzerinnen macht, dann können wir hier viel erreichen. Der Nationalpark Gesäuse, weil das vom Kollegen Wagner gesagt worden ist vorher, er hat ihn gelobt und wie wichtig der ist und das gute Projekt ist er. Aber ich möchte nur erinnern, ich weiß nicht, ob du das damals mitverfolgt haben, es war eine elend lange Debatte, fast zehn Jahre. Und was so wichtig ist, und darum bringe ich das jetzt ein. Man muss schon auch sehen, es braucht immer Menschen, die für ein Projekt vorausgehen. Die haben es am Beginn nicht einfach, weil, der Nationalpark Gesäuse war wild umstritten in der Region. Es hat eine Schutzgemeinschaft gegeben. Ja. Auch die FPÖ war massiv dagegen zu Beginn. Ja. Am Ende ist die Geschichte einstimmig dann umgesetzt worden, weil man eben gesagt hat, man nimmt nur den Landesgrund, schaut auf die Grundbesitzer im Großen und Ganzen. Aber wichtig ist anzuerkennen, und das ist wichtig, wenn man über den Umweltbericht hier reden, dass es allweil einige Initiativen aus der Bevölkerung braucht, Beteiligung braucht, Leute, die für etwas eintreten. Die haben es am Anfang nicht leicht, aber am Ende kommt oft ein sehr gutes Projekt raus. Und der Nationalpark Gesäuse ist die Visitenkarte im steirischen Naturschutz, das kann man sagen, Naturparke auch gut, Naturschutzgebiete gut, Natura2000. Auch Biosphärenpark sind erwähnt worden. Da haben wir jetzt auch ein gutes Projekt. Alle gut. Aber es ist schon wichtig, dass am Ende auch die finanzielle Ausstattung für die Projekte da ist. Sie sind regionalwirtschaftlich wichtig und sie sind natürlich auch naturschutzfachlich enorm wichtig, damit wir grundsätzlich die Qualität, was den Lebensraum anlangt erhalten kann. Und darum ist die Umweltdebatte wichtig. Und mir wäre wichtig, weil wir ja am Beginn einer neuen Legislaturperiode stehen, schaue ich jetzt zum Umweltlandesrat und auch zur Verkehrslandesrätin, dass man Dinge, die in den letzten Jahren auf die Reihe gebracht wurden, ja, sich schon anschaut, das verstehe ich. Aber ich glaube, wir müssen aufpassen, dass Dinge, die auch Errungenschaften waren, ja, der Mobilitätsbereich auf Bundesebene. Ich nenne z.B. das Klimaticket, gibt ja auch ein steirisches davon, dass die ganze Heizungsgeschichte im technischen Tausch angestattet wurde. Das bringt uns ja alles immens viel, auch wirtschaftlich und in Richtung Zukunft, weil es letztendlich auch die Steiermark absichert. Dass man hier hergeht, das ist mir besonders wichtig und nicht sagt, es braucht eine Kurswende um 180 Grad, weil beim Feinstaubhunderter war es ein bisschen so aus meiner Sicht, sondern, dass man schaut, was ist wichtig, was bringt uns was und wohin geht es, damit wir für die Bevölkerung eigentlich eine hohe Lebensqualität, eine hohe Wohnqualität herstellen können. Und da muss man vorsichtig sein. In einem Ballungsraum, Frau

Landesrätin, ich schaue kurz zu Ihnen zurück, da weiß man, das ist europaweit so, nimmt man die Geschwindigkeiten heraus, ja, da geht es nicht primär um einen Feinstaubhunderter, es geht sogar darum, dass der Stau dort weniger wird, Schmetterlingseffekt sagen die Fachleute alle, und man muss schon aufpassen, dass man nicht hergeht und z.B. eine Maßnahme, weil jetzt die Luftqualität besser geworden ist, das ist ja gut, Gott sei Dank, dass Leute sich auch dafür eingesetzt haben, dass es da Verbesserungen gibt, dass man dann hergeht und frühzeitig von etwas weggeht, was eigentlich für die Sicherheit wichtig ist, was für die Luftqualität wichtig ist, es geht ja auch um Stickoxyde und nicht nur um Feinstaub. Wir wissen es, wo man die Lebensqualität in einem Ballungsraum vielleicht verschlechtern, wo unter anderem vielleicht ein Schritt zu weit gegangen wird. Darum ist das Wort Evaluierung richtig, aber ich glaube, man muss sich das gut anschauen, damit wir nicht am Ende grundsätzlich in die falsche Richtung gehen. Ich gehe nur kurz zur Energiepolitik mit 1 – 2 Sätzen. Die Energiepolitik in der Steiermark hat einiges zu tun, ja, da geht es nicht nur um die Energie Steiermark grundsätzlich wohin sich die entwickelt. Wir wissen, wir haben sie jetzt in 100 % Landesbesitz wieder, sondern es geht darum, wie wir im erneuerbaren Bereich weitergehen, wie wir in der Elektromobilität, war heute schon einmal gesagt, weitergehen in der Steiermark. Das ist auch für die Wirtschaft wichtig, das sind Grundsatzentscheidungen und hier ist es unter Umständen der falsche Weg, alles zurückzunehmen und zu sagen, wir gehen in eine andere Richtung. Bei der Windenergie ist ja eine vorsichtige Zurücknahme, entnehme ich dem Regierungsprogramm – ist das zu entnehmen. Da müssen wir schon schauen, dass wir vorne dabei sind. Ja. Es sind Technologien immer auch Eingriffe in die Umwelt, aber wir müssen jene wählen, und das ist wichtig, die am geringsten Eingriffe sind und die am meisten eigentlich an Energie bringen, das ist nicht nur im Sinne der Umwelt wichtig, das ist vor allem auch für die Wirtschaft wichtig, für die Betriebe wichtig. Kommst aus dem Mürztal, ja, wenn man schaut, wie viele Windräder dort stehen, da steht fast die Hälfte der Steiermark jetzt und grundsätzlich finde ich, hat man es dort sehr gut auf die Reihe gebracht, wie die Windenergie eigentlich auch in unser Energiesystem super implementiert wird. Eine gewisse Behutsamkeit, eine gewisse Weitsicht und einen realpolitischen Zugang, Umweltschutz und Wirtschaft ist kein Widerspruch, im Gegenteil, Umweltschutz ist ganz oft genau das, was es braucht, um unsere innovativen Bereiche in der Wirtschaft abzusichern. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 13.53 Uhr)*

Dritte Präsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter Schönleitner. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Robert Reif.

LTAbg. Reif – NEOS (13.53 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, es geht heute um einen Bericht, der doch schon zwei Jahre alt ist, aus dem Jahre 2022/2023 und der doch sehr gute Schritte in sich birgt. Schritte in eine richtige Richtung, wo es um Umwelt- und Klimaschutz geht in der Steiermark. Im Abfall- und Ressourcenmanagement z.B. ist es jedoch gelungen, dass wir in Österreich mit rund 70 % eine der höchsten Recyclingquoten aufweisen und es ist auch dem geschuldet, das ist heute auch schon gesagt worden, dass die Abfallwirtschaftsverbände wirklich sehr, sehr gut arbeiten, sehr, sehr gut schulen und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter draußen wirklich hervorragende Arbeit leisten. Trotzdem, und das dürfen wir auch nicht vergessen, steigt Jahr für Jahr die Abfallmenge und das ist schon auch etwas, was man nicht einfach so weggeben kann, weil, umso mehr Abfallmenge das ist, desto mehr muss man recyceln, desto mehr muss man deponieren oder sonst irgendwas. D.h., da gilt es sehr genau Augenmerk draufzulegen, was passiert mit diesem Abfall, der ja immer mehr wird. Boden und Bodenschutz ist heute schon mehrfach angesprochen worden. Da ist auch der Humusaufbau angesprochen worden in der Ökoregion Kaindorf. Franz Fartek ist da auch ein Kenner dieser Region, kommt ja auch aus der Region und ich war selbst auch dort und habe mir das angeschaut und ich glaube, der Humusaufbau wird leider immer noch von vielen einfach unterschätzt. Weil der Humusaufbau, der für einen gesunden Boden sorgt, einfach auch im Katastrophenfall schützt. Er schützt davor, dass der Boden abgeschwemmt wird, dass es Überflutungen gibt, und sorgt dafür, dass das Wasser wirklich aufgenommen wird und vor allem auch natürlich in der Fruchtfolge usw. ist ein gesunder Boden etwas sehr, sehr Gutes und daher ist auch hier ein Augenmerk hinzulegen, dass dieser Humusaufbau einfach noch weiter forciert wird. Weil ich glaube, und das wissen wir aus den vergangenen Jahren und wir haben heute das Thema Katastrophenschutz schon gehabt, die Katastrophen werden uns leider, sowie die Extremwetterereignisse, nicht erspart bleiben. Bei Energie und Klima, Wasser und Luft – das ist so eine Thematik, die jetzt – ich schätze dich, Herr Kollege Wagner sehr, weil ich glaube, du bist wirklich jemand, der sich da auch auskennt, weil du warst auch selbst in der Abteilung. Trotzdem verstehe ich die Argumentation heute nicht ganz, wenn im Bericht klar drinnen steht: Emissionen und Energieeffizienz werden mit den

Klimazielen nicht erreicht und du sagst da heraußen: Wir haben so niedrige Emissionen, wie noch nie, deswegen können wir schneller auf der Autobahn fahren. (LTAbg. Michael Stefan Wagner: „Das habe ich nicht gesagt.“) Also, ich glaube, da muss schon ein Fokus draufgelegt werden, wie schaffen wir es, dass die Leute gar nicht pendeln müssen, sondern auf den öffentlichen Verkehr umsteigen, Park & Ride-Parkplätze ausgebaut werden, usw. und nicht, dass wir jetzt wieder 130 oder 150 auf der Autobahn fahren können, weil die Emissionen schon so niedrig sind, ist es wurscht. Beim Thema Wald, ich glaube, das ist auch etwas, wo jetzt schon mehrfach in den letzten Jahren auch diskutiert wurde und da ist ein sehr profunder Kenner herinnen. Der Bruno Aschenbrenner ist wirklich einer, glaube ich, der sich beim Thema Wald fast am besten von allen auskennt und ich glaube, der Wald, das Grüne Herz Österreichs macht aber das aus, dass wir eine sehr walddreiche Region sind, dass wir einfach sehr, sehr viele Arbeitsplätze durch den Wald haben und da gilt es auch, diesen Wald auch nachhaltig zu schützen. Und ich bin auch beim Kollegen Wieser – uns eint ja die Imkerei – ich habe zwar nicht so viel Stöcke, ich hoffe, dass wenigstens ein paar überlebt haben im Winter, schauen wir einmal. Was mir aber schon Sorge bereitet ist, wenn, und da ist mein direkter Appell an den Herrn Landesrat, wenn ich einen Anruf bekomme, wo eventuell darüber nachgedacht wird, die Wildblumenaktion abzuschaffen. Weil ich glaube, die Wildblumenaktion ist gerade in den letzten Jahren in vielen Gemeinden draußen und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wissen es, sehr, sehr gut angenommen worden. Auch von der Bevölkerung sehr, sehr gut angenommen worden, damit man einfach Biodiversität schafft, damit man einfach auch Entlastung für die Gemeinden schafft, so blöd das auch klingt. Aber, wenn ich eine Wildblumenwiese richtig anlege, dann brauche ich die nur einmal im Jahr mähen und ich brauche nicht alle 14 Tage mit dem Rasenmäher drübergehen. Und natürlich haben unsere Bienen Futter und wir können wieder ordentlich schönen, steirischen Honig produzieren lassen. Also ich bitte schon, dass wir gerade solche Aktionen auch in Zukunft dementsprechend unterstützen, dass es möglich ist, diese Wildblumenaktion auch in Zukunft den steirischen Gemeinden anbieten zu können. Grundsätzlich ist es ja auch so, dass jetzt im Regierungsprogramm doch – nicht allzu viel aber doch ein bisschen etwas zumindest zum Thema Klima- und Umweltschutz drinnen steht. Ich bin auch sehr positiv eingestellt, dass auch Themen, wie die Geothermie, jetzt aufgenommen worden sind. Wie ihr wisst, Geothermie ist eines der Themen, das ich da in den letzten Jahren immer wieder hereingebracht habe, wo ich auch nach wie vor wirklich überzeugt bin davon, dass das ein Gamechanger sein kann, vor allem in der Steiermark, wo es den Fernwärmebereich betrifft

mit der Tiefengeothermie. In Wien wird es gerade bewiesen, dass es funktioniert. Und ich glaube, da müssen wir einfach noch ordentlich nachziehen, dass wir das auch in der Steiermark schaffen. Was für mich trotzdem ein bisschen zum Nachdenken anregt und das ist auch etwas, wo wir sicher mit Augenmerk hinschauen werden, ist die Renaturierungsgeschichte. Ich will jetzt niemandem etwas unterstellen, trotzdem eilt ein gewisser Ruf voraus. Renaturierung und wenn man nach Kärnten schaut, auch das Thema Windkraft, was ja dort sehr stark von den Freiheitlichen gepusht worden ist, und nicht gebaut wird. Ich glaube, da müssen wir wirklich hinschauen, dass wir da nicht zurück in die Vergangenheit gehen, sondern dass wir wirklich in die Zukunft blicken und der Lambert Schönleitner hat es heute auch schon gesagt, dass wir Technologieoffenheit beweisen, dass wir für neue Technologien offen sind und dass wir aus der Steiermark da auch auf dem Energie- und Umweltsektor wirklich ganz vorne dabei sind. D.h., zusammengefasst, wenn es gute Projekte gibt, wenn es gute Initiativen gibt, dann sind wir immer bereit und das haben wir auch in der Vergangenheit bewiesen, auch mit der Regierung mitzugehen. Wenn es darum geht, dass wir die Steiermark grüner machen, dass wir das Grüne Herz noch grüner machen, dass wir die Steiermark energieunabhängig machen und dass wir die Steiermark in eine sichere Zukunft führen, da habt ihr mit uns NEOS einen verlässlichen Partner. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 13.59 Uhr)*

Dritte Präsidentin Ahrer: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 167/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe:

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 184/3, betreffend *Prüfbericht zu Facilitymanagement in steirischen Landesberufsschulen – Folgeprüfung zum Bericht, Einl.Zahl 184/2.*

Ich ersuche um Wortmeldungen. Und es hat sich zu Wort gemeldet Frau Landtagsabgeordnete Chiara Glawogger.

LTAbg. Glawogger – SPÖ (14.00 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen und auch alle Zuseher!

Als neue Bildungssprecherin meiner Fraktion freue ich mich, heute das erste Mal da sprechen zu dürfen. Ich hoffe, dass ich mich auch mit meiner beruflichen Erfahrung sehr viel im Bildungsbereich einbringen kann. Es ist mir außerdem eine große Ehre, meine Region hier vertreten zu dürfen. Der Landesrechnungshof hat Ende letzten Jahres den Bericht zur Folgeprüfung des Facilitymanagements in den Landesberufsschulen veröffentlicht. Die Geschichte beschäftigt den Landtag schon länger, als ich jetzt da bin, nämlich, seit dem Jahr 2019. Bei der Folgeprüfung hat man jetzt jedoch einige Mängel bei der Umsetzung gefunden. Und zwar von den 14 Empfehlungen aus dem Jahr 2019 ist lediglich eine umgesetzt worden, bei sechs weiteren Empfehlungen wird eine teilweise Umsetzung festgestellt, bei sechs weiteren gar keine und bei einer hat man es nicht einmal überprüfen können. Die Ergebnisse liegen nun bei Ihnen Herr Landesrat, aber ich glaube, es wäre jetzt falsch, die Lösung alleine bei Ihnen in ihrem Ressort zu suchen. Der Prüfbericht zeigt viel mehr, dass es unterschiedliche Kompetenzen für die Liegenschaftsbewirtschaftung von Landesgebäuden im Allgemeinen und ein effizientes Facilitymanagement im speziellen problematisch ist und damit eine Aufgabenkompetenzbereinigung dringend notwendig wäre. Denn besonders der Umstand, dass es nicht einmal gelungen ist, dass man die Prozesse professionell darstellen kann und dem Rechnungshof vorlegen kann, unterstreicht eigentlich, wie wichtig es ist und wie notwendig die Aufgaben die Kompetenzen zu bereinigen. Die budgetäre Situation ist angespannt, wie wir wissen, und daher sollten wir uns aus finanziellen Überlegungen heraus schon nicht einmal erlauben und leisten, da doppelgleisig zu fahren oder Ineffizienzen bei der Liegenschaftsverwaltung und -bewirtschaftung fortzuführen. Ich glaube, gerade im Bereich der Landesberufsschulen geht es halt darum, den Schülerinnen und Schülern eine besonders gute Lernumgebung zu schaffen. Genauso stehen wir auch vor der Herausforderung, dass wir die Landesgebäude klimafit und energieeffizient betreiben und gestalten. Für beide Anliegen brauchen wir mehreres, nämlich, einmal einheitliches Datenmaterial, klare Prozesse und ein abgestimmtes Vorgehen, dass wir die Maßnahmen, wie Sanierung oder die Ausschreibungen von Dienstleistungen effizient und gescheit planen können und dann auch umsetzen. Ich

denke, es liegt hier die Verantwortung bei der gesamten Landesregierung, die das Thema der nächsten Monate angehen und voranbringen müssen.

Daher bringe ich für meine Fraktion folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- in der Liegenschaftsverwaltung und -bewirtschaftung des Landes eine Aufgaben- und Kompetenzbereinigung vorzunehmen,
- den Empfehlungen des Rechnungshofes zum Prüfbericht Facilitymanagement in steirischen Landesberufsschulen nachzukommen und
- eine effiziente Gebäudeverwaltung und -bewirtschaftung für alle Landesgebäude zu gewährleisten.

Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ – 14.03 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Detlev Eisel-Eiselsberg.

LTabg. Eisel-Eiselsberg – ÖVP (14.04 Uhr): Vielen Dank, Herr Präsident! Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Ich denke die inhaltliche Kritik des Landesrechnungshofs und die formulierten Empfehlungen sind nachvollziehbar und sicher eine geeignete Grundlage für Verbesserungen und Optimierungen im Bereich des Facilitymanagements. Um diese Empfehlungen aber in der gewünschten Form umsetzen zu können, bedarf es aber ganz offensichtlich organisatorischer und struktureller Anpassungen der bestehenden Verantwortlichkeiten. Das ist aus meiner Sicht aber keine politische Frage, die die Landesregierung beantworten muss, es ist eine Frage der Organisation bzw. der Geschäftseinteilung. Ich bin also der Meinung, dass sich dieser Frage das Amt der Steiermärkischen Landesregierung widmen muss und wohl auch widmen wird. Und dazu braucht es liebe Kolleginnen und Kollegen keinen Entschließungsantrag. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 14.05 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Als Nächster am Wort ist die Frau Abgeordnete Mag. Eva Kroismayr-Baier.

LTabg. Mag. (FH) Kroismayr-Baier – FPÖ (14.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kollegen, liebe Zuhörer!

Das Facilitymanagement in den Landesberufsschulen ist ein Thema, das den Landtag schon längere Zeit beschäftigt. Der erste Prüfbericht zu dem Thema erfolgte bereits 2019. Die zuständige Fachabteilung und wir sind uns den Kritikpunkten durchaus bewusst. Festzuhalten ist jedoch, dass die Kompetenzen hier nicht ausschließlich in der Abteilung 6 liegen. Vielmehr sind hier auch die Landesimmobiliengesellschaft, aber auch die Abteilungen 15 und 16 involviert. Auf den konkreten Antrag der SPÖ zu sprechen kommend, kommt dem Bildungsressort grundsätzlich nur Punkt 2, die Umsetzung der Empfehlungen betreffend des Facilitymanagements in steirischen Landesberufsschulen wirklich Handlungsbefugnis zu. Demnach können wir dem vorliegenden Entschließungsantrag auch nicht die Zustimmung geben. Wir können die Intention des Antrages natürlich nachvollziehen und sind ganz allgemein um eine Verbesserung bemüht. Hierzu bedarf es einer Klärung der Zuständigkeiten. Denkbar ist hier etwa auch eine Übertragung von Aufgaben und Zuständigkeiten an die Fachabteilung Berufsbildendes Schulwesen. Das bedarf allerdings einer eingehenden Prüfung, der wir mit einer allfälligen Zustimmung zum Entschließungsantrag nicht vorgreifen wollen. Wir sind uns bewusst, dass das Thema Facilitymanagement in den Landesberufsschulen Handlungsbedarf aufweist und es wird bereits an einer tragfähigen Lösung gearbeitet. Das zuständige Bildungsressort ist diesbezüglich bereits in engem Austausch mit der Fachabteilung. Eine mögliche Umstrukturierung muss jedenfalls auf einer soliden Grundlage basieren. Hiefür müssen alle beteiligten Abteilungen und Fachabteilung und ebenfalls auch die Landesimmobiliengesellschaft mitgenommen werden. Eine korrekte Kompetenzbereinigung und eine effiziente Gebäudeverwaltung sind natürlich auch in unserem Sinne. Wir lehnen den Antrag also nicht ab, weil wir gegen Verbesserungen im Facilitymanagement sind, sondern, weil wir glauben, dass eine durchdachte und gründliche Herangehensweise und Einbeziehung aller Stellen notwendig ist. Nur so können wir eine nachhaltige und effiziente Lösung für die Gebäudeverwaltung und die Berufsschulen sicherstellen. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 14.07 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor und ich komme zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 184/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich sehe die einstimmige Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, Einl.Zahl 184/4, betreffend Kompetenzbereinigung in der Liegenschaftsverwaltung und -bewirtschaftung der Landesgebäude ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der NEOS, SPÖ, KPÖ und Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur, Einl.Zahl 192/2, betreffend *Bus Verkehrsbündel Weiz 2026 – 2036 Sommerferienbeginn Juli 2026 – Sommerferienbeginn Juli 2036 Kosten des Landes: € 99.800.000,00 zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 192/1.*

Und am Wort ist der Abgeordnete Patrik Derler.

LTAbg. Derler – FPÖ (14.08 Uhr): Lieber geschätzter Präsident, werte Landesregierungsmitglieder, geschätzte Abgeordnete, Kollegen, liebe Zuseher hier im Plenum und liebe Steirer zu Hause!

Ja, gerade als regionaler Abgeordneter vom Bezirk Weiz und natürlich auch Kommunalpolitiker und Vizebürgermeister erfreut es mich, dass die Landesregierung hier ein klares Zeichen setzt für diese Weiterführung des Verkehrsbündels und dass die Landesregierung hier natürlich auch weitere Investitionen tätigt. Und das sind nicht irgendwelche Investitionen, hier handelt es sich um knapp 100 Millionen und das ist sehr, sehr viel Geld, das hier wirklich gut investiert ist. Die Landesregierung stellt natürlich auch mit diesem Beschluss sicher, dass weiterhin 20 Regionalbuslinien erhalten bleiben und das stärkt natürlich unseren ländlichen Raum, unsere Infrastruktur und den Nahverkehr. Besonders wichtig ist es mir oder war es mir auch als Kommunalpolitiker und als Vizebürgermeister insbesondere, dass die Gemeinden auch die Möglichkeit hatten, sich selbst ein Bild von dem Ganzen zu machen und sich dort und da auch reinzureglementieren, Verbesserungspotentiale aufzuzeigen und diese dann dementsprechend auch

Berücksichtigung gefunden haben von Seitens der Landesregierung. Was natürlich auch wichtig ist, gerade in den Regionen draußen, sind die Taktungen. Dass die Taktungen von den Buslinien gerade in den Ballungszentren akzeptabel sind. Weil, nur so ist für die Fahrgäste auch dieser Nahverkehr attraktiv und gerade haben wir auch die 20-Minuten-Taktungen nach wie vor, was sehr, sehr positiv ist. Abschließend darf ich mich bei der gesamten Landesregierung, insbesondere bei der neuen Verkehrslandesrätin Claudia Holzer bedanken, die hier ein klares Bekenntnis zur regionalen Mobilität auch abgibt, zur nachhaltigen Mobilität abgibt, den Nahverkehr sicherstellt und hier Investitionen von 100 Millionen Euro auslöst. Vielen herzlichen Dank. Danke von der gesamten Region Weiz. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 14.10 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Als Nächstes am Wort ist die Dritte Landtagspräsidentin Helga Ahrer.

Dritte Präsidentin LTAAbg. Ahrer – SPÖ (14.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen im steirischen Landtag, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Besucherraum und via Livestream!

Ja, dieses Verkehrsbündel Weiz 2026 bis zum Jahre 2036 ist ja ein zehnjähriges Busbündel, so wie wir es gewohnt sind, hier im steirischen Landtag zu beschließen. Hier ist es ja so, dass ja bis jetzt die Bietergemeinschaft – also gewisse Linien hat insgesamt der Österreichische Postbus AG angeboten und ansonsten war eine Bietergemeinschaft zwischen dem Österreichischen Postbus AG und der Greimel Reisen Ges.m.b.H & CoKG und darüber hinaus wurden bestimmte Linien auch zur Zeit von der Steiermarkbahn in der Inhouse-Vergabe weitergegeben. Ich bin ja besonders stolz, weil wir in der Steiermark ja seit Jahren das Bestbieterprinzip haben und damit verbunden auch klare Qualitätskriterien bei der Vergabe von unseren Busbündeln fordern. Was heißt Bestbieterprinzip? Im Vergleich zu anderen Bundesländern mittlerweile werden wir beneidet um dieses System, das wir in unserem Bundesland haben. Weil hier in den Qualitätskriterien ganz klar festgelegt ist, dass es keine Lohn- und Sozialdumpingkriterien umgehen darf, dass es keine geteilten Dienste geben darf, z.B. in den aktuellen Forderungen im Kollektivvertrag ist das jetzt der Fall in den anderen Bundesländern, die hätten auch gerne diese tollen Bedingungen, die wir haben, dass wir eine bestimmte Serviceeinrichtung haben, auch für unsere Kunden und für unsere Fahrgäste. Und ich glaube also, dass hier die Steiermark wirklich einen guten, wichtigen und

richtigen Schritt gegangen ist, schon unter dem Vorgänger, unserem Herrn Landesrat Anton Lang. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Auch hier ist es immer wichtig, dass wir die Gemeinden einbinden, die davon betroffen sind. Denn eines ist ganz wichtig, dass wir nämlich die Infrastruktur für eine Zukunft, die wir gut gestalten, gut ausbauen. Wir wissen, wir haben noch einiges zu tun und ich hoffe, dass auch die jetzige amtierende Landesrätin diesen Weg fortbeschreiten wird. Denn es ist wichtig für unsere Bevölkerung, eine gute Mobilität und eine gute Infrastruktur anzubieten, vor allem auch was den öffentlichen Verkehr anbelangt. Wir bieten damit unseren Fahrgästen nicht nur gute Verbindungen und dementsprechende Beförderungen von A nach B, sondern damit geben wir unseren Fahrgästen auch Sicherheit. Weil ich glaube, es ist kein Geheimnis, dass in unseren Ballungszentren es manchmal sehr schwierig ist, sage ich einmal, auf vier Rädern. Ich weiß, dass es da natürlich auch viele Ambitionen bzw. Befürworter dafür gibt, aber ich glaube, zurzeit in diesen guten Bündelverhältnissen, aber auch in diesen guten Gesamtstrukturen von öffentlichem Verkehr, Fahrradwegstrategie bis zu einer Fußgeher_innenstrategie ist hier ein gutes Angebot geboten und das sollten wir dementsprechend weiterhin forcieren. Und in diesem Sinne sage ich danke für eure Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ – 14.14 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke dir, Frau Präsidentin. Als Nächster ist am Wort der Abgeordnete Armin Forstner.

LTAbg. Forstner, MPA – ÖVP (14.14 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Ja liebe Helga, jetzt habe ich mir gedacht eigentlich seit dem, dass du Präsidentin bist, werden deine Ausführungen zu den Bus- und Verkehrsbündeln ein wenig kürzer. Nein, das ist nicht so. Dein Herz schlägt nach wie vor für den öffentlichen Verkehr und das ist gut so, das freut mich. Ja, der öffentliche Verkehr spielt eine entscheidende Rolle für die Mobilität der Menschen und die wirtschaftliche Entwicklung einer Region, insbesondere im Zusammenhang mit dem Busverkehrsbündel für den Zeitraum 2026 bis 2036. Die Mobilität ist ein grundlegendes Bedürfnis der Menschen. Ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz ermöglicht es den Bürgern, flexibel und unabhängig vom eigenen Fahrzeug zu sein. Ein effizientes öffentliches Verkehrssystem ist eine wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg und breiten Wohlstand in einer Region. Eine bedarfsgerechte Anbindung an den öffentlichen Verkehr ist entscheidend für die Entwicklung der ländlichen

Gebiete wichtig. Der öffentliche Verkehr trägt wesentlich zur Reduzierung von CO₂-Emissionen bei. Der Mikro-EV sowie ausreichend dimensionierte Park & Ride-Anlagen sind wichtige Ergänzungen des Mobilitätsangebotes. Es gibt eine gemeinsame Verantwortung. Durch die Zusammenarbeit des Landes mit den Gemeinden wird sichergestellt, dass die Bedürfnisse und Wünsche der lokalen Bevölkerung berücksichtigt werden. Das Busverkehrsbündel bietet eine langfristige Perspektive und Planungssicherheit für die Region Weiz. Ein gut funktionierendes öffentliches Verkehrssystem trägt zur Verbesserung der Lebensqualität bei. Abschließend, sehr geehrte Damen und Herren, das Busverkehrsbündel für die Region Weiz ist eine wichtige Investition in die Zukunft. Es stärkt die Mobilität, fördert die wirtschaftliche Entwicklung, schützt die Umwelt und verbessert die Lebensqualität der Bürger. Die finanzielle Unterstützung durch das Land Steiermark stellt sicher, dass diese Vorteile langfristig gesichert sind. Geschätzte Frau Landesrätin, herzlichen Dank für diese Investition. Danke (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 14.16 Uhr*)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Abschließend zu Wort gemeldet ist die zuständige Landesrätin Mag. Dr. Claudia Holzer. Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Dr. Holzer – FPÖ (14.17 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren!

Ja, es freut mich als Landesrätin für Verkehr, dass so ein wichtiges Projekt heute auf der Tagesordnung steht für die Region Weiz im öffentlichen Verkehr. Das ist natürlich ganz, ganz wesentlich und wichtig. Und meine Erfahrung ist, und ich hoffe, Sie teilen diese, nur wenn es attraktiv ist, das Angebot, dann wird es angenommen. Und daran werde ich natürlich in meinem Bereich mich besonders halten. Die Details wurden schon erwähnt. Ich darf nur festhalten, auch als Vergabejuristin, was die Frau Präsidentin Ahrer angesprochen hat, Billigstprinzip ist nicht Bestprinzip, das wissen wir. Und es ist ganz hervorragend, dass die Steiermark diesen Weg beschreitet. Und Bestbieterprinzip ist allemal objektiver. Wir wissen das, was im Billigstbieterbereich alles dann passieren kann. Also deswegen ist das Bestbieterprinzip auf jeden Fall zu bevorzugen. Und dass die Steiermark der Vorreiter ist, freut mich besonders. Dass die Steiermarkbahn Vorreiter ist, freut mich besonders. Die Steiermarkbahn und Bus GmbH, die StB, die von ihnen betriebenen Buslinien, die werden erneut inhouse vergeben. Das war bisher so. Jetzt wird es auf zehn Jahre vergeben. Und bei

dem Finanzierungsvolumen wollte ich noch erwähnen, von den 99,8 Millionen Euro handelt es sich um die maximal erwartbaren Gesamtkosten für den Zeitraum dieser zehn Jahre, 2026 bis 2036. Darin inkludiert wurden 5 % Valorisierung und rund 10 % für ein höheres Ausschreibungsergebnis und rund 5 % für allfällige Fahrplananpassungen. Es wird jedoch mit einem deutlich günstigeren Ergebnis gerechnet. Also ich denke, es ist für die Region Weiz ein wichtiger Meilenstein für den öffentlichen Verkehr mit diesem Verkehrsbündel. Danke schön.
(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 14.19 Uhr)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke der Frau Landesrätin für deine Ausführungen. Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor und ich komme zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 192/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich sehe die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Verfassung, Einl.Zahl 168/2, betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Sozialbetreuungsberufe geändert wird zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 168/1.

Und am Wort ist die Frau Abgeordnete Kerstin Zambo.

LTAbg. Zambo – FPÖ (14.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohe Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher!

Ich freue mich, dass ich heute bei meiner ersten Wortmeldung zu diesem wichtigen Thema Stellung nehmen darf. Aufgrund der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft sowie des Pflegekräftemangels sind Maßnahmen zur Entlastung des Fachpersonals unumgänglich. Nicht nur aus diesem Grund kommt den Heimhelfern eine besonders wichtige Aufgabe in unserem Versorgungswesen zu. Es ist daher begrüßenswert, dass die Altersgrenze für die Ausbildung bzw. für die Tätigkeit in einem Sozialbetreuungsberuf von 20 auf 18 Jahre gesenkt werden soll. Stehzeiten nach dem Pflichtschulabschluss können dadurch besser

vermieden werden. Ebenso soll dem Abwandern interessierter junger Menschen in einem anderen Beruf entgegengewirkt werden. Des Weiteren sollen die Kompetenzen der Heimhelferinnen und Heimhelfer erweitert werden, um das Pflegefachpersonal zu entlasten. Dieses kann sich so infolgedessen wieder vermehrt auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Gerade dieser Wunsch wurde von den Pflegekräften in der Praxis immer wieder geäußert. Wie sich die Kompetenzerweiterungen in der Praxis bewähren, sollte auf jeden Fall nach einer angemessenen Zeit evaluiert werden, um gegebenenfalls noch Optimierungen vornehmen zu können. Die Adaptierung der 15a-Vereinbarung ist somit zweifelsohne im Interesse der steirischen Politik sowie im Interesse aller Steirerinnen und Steirer. Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 14.21 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Frau Abgeordnete. Es liegen mir keine Wortmeldung mehr davor. Ich komme zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 168/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich sehe die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 219/2, betreffend Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2025/2); Akutgeriatrie und Remobilisation in Niederösterreich und in der Steiermark zum Bericht, Einl.Zahl 219/1.

Am Wort ist die Frau Abgeordnete Mag. Bettina Schoeller.

LTabg. Mag. Schoeller – NEOS (14.22 Uhr): Vielen Dank, sehr geehrter Herr Präsident! Werte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Wir alle wissen, unsere Gesellschaft wird erfreulicherweise immer älter. In wenigen Jahren wird jeder fünfte Steirer und jede fünfte Steirerin mindestens 75 Jahre alt sein. Damit steigt aber auch der Bedarf an einer spezialisierten medizinischen Versorgung. Eine Versorgung, die nicht nur ein längeres, sondern auch ein lebenswertes Leben ermöglicht. Der Rechnungshofbericht zeigt, dass in der Steiermark bereits positive Fortschritte erzielt wurden.

Die akutgeriatrischen Strukturen sind in den letzten Jahren ausgebaut worden. Doch der Bericht zeigt auch deutliche Defizite auf. Denn von einer zukunftssicheren Versorgung sind wir leider noch weit entfernt. Ein zentrales Problem ist dabei die fehlende Datengrundlage. Es gibt keine steiermarkweite Erhebung darüber, wie viele Patientinnen und Patienten in der Akutgeriatrie abgelehnt und angenommen werden und warum sie abgelehnt werden. Das heißt, die Gründe sind hier völlig unklar. Das bedeutet, dass die Landesregierung und die KAGes da eigentlich sozusagen im Blindflug unterwegs sind. Eine fundierte Bedarfsplanung ist so ja unmöglich. Die wenigen verfügbaren Daten sind alarmierend. In Fürstenfeld wurden 2022 genauso viele Patientinnen und Patienten abgelehnt wie aufgenommen. Fast ausschließlich aufgrund fehlender Kapazitäten. Als Folge landen die Patientinnen und Patienten in Abteilungen, wo sie eigentlich nicht hingehören. Und als wäre es nicht genug, fehlt es auch noch an Fachkräften. Mehr als die Hälfte der Ausbildungsstellen für Geriatrie bleibt leer. Gleichzeitig gibt es bereits jetzt immer weniger Ärztinnen und Ärzte mit geriatrischer Spezialisierung. Wer also soll die steigende Zahl älterer Patientinnen und Patienten zukünftig versorgen? Hier geht es jedoch nicht um abstrakte Zahlen, sondern um Menschen. Menschen, die nach einer Krankheit oder einem Sturz ihre Selbstständigkeit zurückgewinnen wollen. Menschen, die auf eine spezialisierte Versorgung angewiesen sind. Dieser Bericht ist aus unserer Sicht ein klarer Arbeitsauftrag an die Landesregierung. Wir brauchen endlich Klarheit über die echte Versorgungslage in der Steiermark. Es braucht eine nachhaltige Strategie. Wie ist der tatsächliche Bedarf? Wo fehlen Kapazitäten? Und wie stellen wir sicher, dass die Steiermark für die Versorgung einer alternden Bevölkerungsstruktur gewappnet ist? Denn Altern ist keine Krise, aber der Umgang damit kann eine werden. Sorgen wir jetzt dafür, dass es nicht so weit kommt. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den NEOS – 14.25 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Frau Abgeordnete. Am Wort ist der Klubobmann Johannes Schwarz. Bitte, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Schwarz – SPÖ (14.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Vorrednerin hat schon sehr viel zu diesem Bericht des Rechnungshofes gesagt. Es ist ja unzweifelhaft so, dass bis 2050 die Bevölkerung ab 75 Jahren vor allem auch in der Steiermark um 19 % zunehmen wird. Und ich denke, als Landespolitik müssen wir hier

entsprechend auch auf diesen Umstand reagieren und Pflegemodelle im Krankenanstaltenbereich vor allem für... Ja, insgesamt bringe ich deswegen einen Entschließungsantrag ein. Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- einen Bedarfsplan für vorübergehende Pflegemodelle (RNS, Remob, Akutgeriatrie, Übergangspflege, etc.) im Krankenanstaltenbereich in der Steiermark zu erstellen.
- ein Gesamtkonzept gemeinsam mit allen Stakeholdern auszuarbeiten.
- bei Bedarf die notwendigen Einrichtungen in der gesamten Steiermark regional auszubauen.
- die Bevölkerung über das Angebot in solchen Situationen hilfreich und kompetent, mit Ansprechpartner:innen in allen steirischen Regionen, zu informieren.

Ich ersuche um Zustimmung. (*Beifall bei der SPÖ – 14.27 Uhr*)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Klubobmann. Entschuldigung für die kurze Unterbrechung. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Dr. Sandra Holasek.

LTabg. Mag. Dr. Holasek – ÖVP (14.27 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Frau Landesrätin, geschätzter Herr Landesrat, geschätzte Abgeordnete, Kolleginnen und Kollegen, Hoher Landtag!

Wir sind beim zweiten Tagesordnungspunkt jetzt am Ende unserer Tagesordnung über die Pflege. Und das ist auch gut so. Wertschätzung geriatrischer Versorgung ist ganz wichtig und die Selbstständigkeit der älteren Menschen nach dem Krankenhausaufenthalt ist wichtig zu fördern und braucht auch effektive Remobilisationsstrategien und auch präventive Strategien. Und in diesem ganzen Kontext ist es entscheidend, dass wir ein modernes Pflege- und Betreuungsgesetz auf den Weg bringen konnten, ein modernes Konzept, das all dies auch möglich macht. Zum Entschließungsantrag der SPÖ: Es ist so, dass wir einen interessanten Piloten gerade im Landespflegezentrum Mürzzuschlag im Laufen haben mit 26 Betten und dieser wird bis Mitte 2025 laufen und entsprechend dann auch evaluiert werden. Und diese wichtigen Daten, die werden dann in weiterer Folge – ganz wichtig – eingesetzt werden, um die individuellen Bedürfnisse auch der Personengruppe gut einschätzen zu können und dann das wichtige gesamthafte Denken draufzusetzen und präzise planen zu können. Es ist auch so, dass wir die Versorgungsmöglichkeiten im RSG vorhanden haben. Und auch in der Abteilung

8 im Pflegebereich wird geplant und finanziert, um Übergangspflege dann möglich zu machen. Großer Dank auch an die Abteilung an dieser Stelle, der Abteilungsleiterin, Mag. Dr. Birgit Strimitzer-Riedler und ihr Team. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 14.29 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Abschließend zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Karlheinz Kornhäusl. Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Kornhäusl – ÖVP (14.29 Uhr): Ja, vielen herzlichen Dank Herr Präsident! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, liebe Frau Kollegin Holzer, vor allem aber liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete!

Der demografische Wandel ist nicht aufzuhalten. Entsprechend groß sind natürlich die Herausforderungen, die wir haben. Und ich bin da durchaus sehr zuversichtlich, weil uns einiges gelungen ist auch in den letzten Jahren. Nur um taxativ ein paar Dinge aufzuzählen: Wir haben MobiREM, also die mobile Remobilisation, mittlerweile Steiermark weit ausgerollt. Wir haben aufgestockt bei den RNS-Betten und wir haben nicht zuletzt, und da schaue ich jetzt auch die Kollegin Kampus an und den Kollegen Schwarz, im letzten Jahr hier im Haus, ich glaube, das kann man wirklich so sagen, das modernste Pflege- und Betreuungsgesetz beschlossen, dass es in Österreich in dieser Form gibt. Der Grundsatz bleibt der gleiche „mobil vor teilstationär – vor stationär“. Das wird sich auch entsprechend – ich warte kurz – das wird sich auch entsprechend im RSG vor allem aber – sonst stellen wir uns nachher kurz zusammen – im noch zu beschließenden Bedarfs- und Entwicklungsplan 2030 auch entsprechend wiederfinden. Wo es einfach darum geht, die neuen Modelle, die hier in Gesetzestext gegossen wurden, entsprechend mit Leben zu erfüllen. Die Übergangspflege ist schon angesprochen worden, genauso die Kurzzeitpflege. Ein weiterer Ausbau der Tageszentren. Ich glaube, morgen darf ich nach Voitsberg reisen, wo wir ein Tagesbetreuungszentrum eröffnen werden. Also da tut sich wirklich einiges. Diesen Weg müssen wir aber konsequent gemeinsam weitergehen. Vielen herzlichen Dank bisher für die Zusammenarbeit, wenn es um die Ältesten in unserem Land geht und verbunden auch mit der Bitte, dass wir auch in Zukunft gemeinsam diesen Weg beschreiten. Danke vielmals *(Beifall bei der ÖVP, FPÖ, SPÖ und NEOS – 14.31 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke dir, Herr Landesrat. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor und ich komme zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 219/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich sehe die einstimmige Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, Einl.Zahl 219/3, betreffend Gesamtkonzept für vorübergehende Pflegemodelle im Krankenanstaltenbereich jetzt schaffen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von Grünen, SPÖ, KPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Pflege, Einl.Zahl 221/2, betreffend Patientinnen- /Patienten- und Pflegeombudsschaft; Tätigkeitsbericht der Patientinnen- /Patienten- und Pflegeombudsfrau über die Geschäftsjahre 2022 und 2023 zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 221/1.

Am Wort ist die Frau Abgeordnete Mag. Bettina Schoeller.

LTAbg. Mag. Schoeller – NEOS (14.32 Uhr): Vielen Dank, sehr geehrter Herr Präsident! Werte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte ZuschauerInnen!

Der Tätigkeitsbericht der Patientinnen- und Pflegeombudsschaft zeigt ganz klar auf, wo unser solidarisches Gesundheitssystem an seine Grenzen stößt und wo für viele Menschen eine sichere und vor allem würdevolle Gesundheitsversorgung nicht mehr gewährleistet ist. Jedes Beispiel in diesem Bericht macht deutlich, warum diese unabhängige Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörige so wichtig ist. Denn immer mehr Steirerinnen und Steirer fühlen sich im Gesundheitssystem alleingelassen, ungerecht behandelt oder schlichtweg übersehen. Wir wissen, dass Fehler passieren können. Doch je angespannter die Personalsituation ist, desto größer ist naturgemäß das Risiko, dass Abläufe nicht so funktionieren, wie sie es sollten. Dass Patientinnen und Patienten falsch behandelt werden oder noch schlimmer, dass sie gar nicht behandelt werden und ohne Perspektive und

in einer Unsicherheit zurückbleiben. Besonders gravierend sind die zahlreichen Beispiele im Bericht, die zeigen, wie lange Patientinnen und Patienten auf dringend notwendige Eingriffe warten müssen. Besonders betroffen macht hier der Fall eines Patienten, bei dem im August Lungenkrebs diagnostiziert wurde. Die Ärzte haben ihm damals mitgeteilt, dass dieser innerhalb der nächsten Wochen gut zu operieren sei. Doch er bekommt keinen Termin. Nicht im September, nicht im Oktober, nicht im November. Erst im Dezember wendet er sich dann verzweifelt an eine Klinik in einem anderen Bundesland, wo er dann auch operiert wird. Das Traurige daran ist, dass der Krebs zu diesem Zeitpunkt bereits weiter fortgeschritten ist, sodass sich die Heilungschancen verschlechtern haben. Dieses Beispiel veranschaulicht leider, dass nicht jeder Patient und nicht jede Patientin in unseren steirischen Spitälern die bestmögliche Versorgung bekommen. Auch in anderen, weniger akuten Fällen wird klar, dass Wartezeiten eine große Belastung darstellen, wie bei einem Fall, der letzte Woche in der Zeitung war, nämlich, eine Pensionistin, die am grauen Star leidet und einen Operationstermin im Mai 2027 bekommen hat. Also ganze zweieinhalb Jahre, nachdem festgestellt wurde, dass sie eine Operation braucht. Das sind zweieinhalb Jahre, in denen sie zunehmend mehr in Dunkelheit leben wird. Zweieinhalb Jahre, in denen sie hoffen muss, nicht zu stürzen und hilflos zu werden. Zweieinhalb Jahre, in denen die Politik ihre Augen verschließt, während bei ihr das Augenlicht immer mehr schwindet. Und ja, ich weiß, gerade beim grauen Star gibt es bereits ein Projekt, um die Wartezeiten zu verkürzen. Aber wenn PatientInnen Termine für 2027 angeboten werden, ist der Erfolg dieses Projekts im wahrsten Sinne des Wortes überschaubar. Diese langen Wartezeiten sind nicht nur ein Organisationsproblem. Sie haben echte Folgen für die Gesundheit, den Alltag und sogar die Wirtschaft. Wer monatelang oder gar jahrelang auf eine medizinische Behandlung warten muss, leidet nicht nur körperlich, sondern auch psychisch. Die Menschen werden in ihrer Lebensqualität, in ihrer Selbstständigkeit und oft auch in ihrer Arbeitsfähigkeit eingeschränkt. Deshalb muss die Reduktion der Wartezeiten in der steirischen Gesundheitspolitik in den nächsten Jahren an erster Stelle stehen. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass alle unabhängig vom Geldbeutel medizinisch richtig und rechtzeitig behandelt werden. In diesem Sinne darf ich auch noch folgenden Antrag einbringen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. eine umfassendere Strategie zur Reduktion der Wartezeiten auf planbare Therapien und Operationen in allen steirischen Spitalsstandorten zu entwickeln,
2. dem Landtag alle 6 Monate über Umsetzungsstand und Erfolge der Initiativen zu berichten.

Vielen Dank. (*Beifall bei den NEOS – 14.38 Uhr*)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Als Nächster am Wort ist die Frau Abgeordnete Veronika Nitsche. Frau Abgeordnete ich weise darauf hin, dass Ihre Klubredezeit zwei Minuten 25 Sekunden beträgt.

LTAbg. Nitsche, MBA – Grüne (14.38 Uhr): Vielen Dank für den Hinweis. Ich werde einfach deswegen gleich mit dem Antrag beginnen. Es wird von unserer Seite der Antrag gestellt. Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die Empfehlungen der PatientInnen- und Pflegeombudsschaft für den Pflegebereich umzusetzen, sowie
- die über das Jahr 2025 hinausgehende Weiterführung und Ausrollung des Community (Health) Nursing sicherzustellen.

Ich ersuche um Annahme. Unser Antrag, wie gesagt, basiert auch auf dem Tätigkeitsbericht der PatientInnen- und Pflegeombudsschaft. Vielen Dank für diesen guten Bericht auch an die Pflegeombudsfrau, Dr. Michaela Wlattnig. Er gibt tatsächlich einen ausgezeichneten Überblick, es werden ja auch andere Leute noch dazu reden, darum kann ich mich da kurzfassen. Allerdings wird es den LeserInnen so wie uns gehen, dass es ein gewisses Déjà-vu ist, weil einfach die gleichen Empfehlungen wie im letzten Bericht drinstehen und das heißt aber nicht, dass die nicht gut gearbeitet hätten, sondern dass einfach die Problemstellungen leider immer noch die gleichen sind. Und das scheint aber auch der neuen Landesregierung bewusst zu sein. Und sie scheinen sich auch dieser Problematik stellen zu wollen, weil es steht im Arbeitsübereinkommen auch ein „Masterplan Pflege Steiermark“ unter Ausbau mobiler Betreuungsdienste sowie temporäre Angebote in Form von Tageszentren, Übergangspflege oder Kurzzeitpflege wird zum Ziel gesetzt. Also wir werden uns das gerne anschauen und die neue Landesregierung dann auch daran messen müssen, ob endlich diese

Trendumkehr gelingt, dass eben die Menschen länger zu Hause bleiben und gepflegt werden können. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen – 14.40 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Frau Abgeordnete. Am Wort ist der Abgeordnete Klaus Zenz.

LTAbg. Zenz – SPÖ (14.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Letzter Tagesordnungspunkt, 20 Minuten Zeit, also keine Zeitnot, aber ich werde, wie Sie mich kennen, die Zeit nicht ganz in Anspruch nehmen. Ich möchte gleich, nachdem meine Vorrednerinnen beide bereits auf wesentliche Punkte dieses Tätigkeitsberichts eingegangen sind, mit einem Dank beginnen. Ein Dank an die PatientInnen- und Pflegeombudsschaft für diesen, wie immer, sehr, sehr guten und sehr wichtigen Bericht für dieses Hohe Haus. Es ist zwar eine Zeitspanne 2022 - 2023, manche Dinge, die drinnen sind, hat man vielleicht schon ein bisschen aus dem Gedächtnis gebracht, vielleicht auch wollte man sie aus dem Gedächtnis bringen. Das ist natürlich ein Bericht, der sehr stark von der Corona-Pandemie-Zeit geprägt ist. Verschobene Operationen, lange Wartezeiten auf bestimmte Eingriffe. Und natürlich teile ich auch in diesem Zusammenhang die Einschätzung der Pflegeobudsschaft, dass das der hauptsächliche Grund für diese Problematik der Mangel an Gesundheitspersonal ist, der uns sowohl in den Krankenanstalten wie auch im Bereich in der Langzeitpflege sehr stark trifft. Darum möchte ich meinen Appell hier wirklich auch an die jetzige Landesregierung richten, den eingeschlagenen Weg der letzten Landtagsregierung hier in Ausbildungsinitiativen, in Weiterbildungsinitiativen zu setzen, um hier sozusagen diesen Mangel, so gut es geht, zu beheben. Wir wissen, wir sind nicht die Einzigen, die darum kämpfen, nicht das einzige Bundesland, nicht das einzige Land. Aber es ist hier wichtig, hier in diesem Bereich tätig zu sein und diesen Weg, der eingeschlagen wurde, auch weiter fortzusetzen. Erfreulich in diesem Bericht ist in dem Bereich der Pflegeheime, dass die Beschwerdeanzahlen rückläufig sind. Und im Bericht wird das als Lessons learned, also wir haben manche Lektionen verstanden zu lernen, nämlich eine ganz, ganz wichtige Lektion, die klar ist, dass unsere Pflegeheime keine Krankenanstalt sind, sondern ein Wohnort für Menschen, die besondere Pflegebedürfnisse und Betreuungsbedürfnisse haben und als solche auch selbstverständlich auch gesehen werden müssen und als solche auch die Qualität in diesem Zusammenhang bestimmen muss.

Ein besonderes Augenmerk, und jetzt komme ich auf einen Punkt, der bereits auch in dem letzten Tagesordnungspunkt angesprochen wurde, hier die Übergangspflege wird sehr positiv erwähnt. Wie gesagt, der Bericht wurde über einen Zeitraum verfasst, indem wir noch nicht das neue Pflege- und Betreuungsgesetz hatten, wo ja bereits diese Übergangspflege Gott sei Dank als fixer Bestandteil, als fixe Leistung in unserer Gesetzgebung vorgesehen ist. Eben diese Wiedererlangung der Selbstständigkeit, um sozusagen wieder in die eigenen vier Wände zurückkehren zu können, ein wichtiger, entscheidender Punkt und ich glaube auch gut, gut, gut verankert in der neuen Gesetzgebung. Wenn ich jetzt zu den Empfehlungen der PPO auch komme. Und ich glaube, die decken sich jetzt wirklich in einem sehr, sehr großen Teil in den bereits jetzt beschlossenen Bestimmungen dieses neuen Betreuungs- und Pflegegesetzes, nämlich „mobil vor stationär“. Keine Frage, dass ich das einmal, diese Redewendung erinnert vielleicht jemanden an einen Vorgänger an diesem Rednerpult. Keine Frage, eine wichtige Entscheidung in diesem neuen Pflegegesetz. Gesetzliche Normierungen von Qualitätskriterien für die Pflege, ein ganz entscheidender Punkt. Bedarfs- und ressourcengerechte Ausrichtungen in der Qualität, absolute Berücksichtigung des Willens der zu betreuenden Personen und vor allem über ihren Aufenthaltsort, ein ganz entscheidender Punkt. Und Unterstützung und Entlastungsmaßnahmen für pflegende Angehörige, ein Punkt, zu dem meine Kollegin Kampus dann auch noch einen Entschließungsantrag der SPÖ einbringen wird. Diese Empfehlungen decken sich in diesem Zusammenhang wirklich mit dem neuen Pflege- und Betreuungsgesetz. Und ich kann auch die jetzige Landesregierung nur dazu auffordern und hoffe, dass sie diesen eingeschlagenen Weg mit diesem Gesetz auch in Zukunft für die Menschen, die diese Pflege brauchen, sowohl im niedergelassenen Bereich, wie auch im stationären Bereich, wie auch in der mobilen Pflege weiter fortsetzen. Danke für ihre Aufmerksamkeit. Ein steirisches Glückauf. *(Beifall bei der SPÖ – 14.44 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Als Nächster am Wort ist die Frau Abgeordnete Mag. Doris Kampus.

LTAbg. Mag. Kampus – SPÖ (14.44 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung!

Ich freue mich sehr, dass ich nach fast zehn Jahren als Landesrätin und meine erste Rede als Abgeordnete zu einem wirklichen Herzensanliegen halten darf, nämlich zu den pflegenden Angehörigen. Und ja, Karlheinz Kornhäusl, danke auch für deine wertschätzenden Worte. Ich

glaube, mit diesem Gesetz ist wirklich etwas Großes geglückt. Und ich möchte jetzt noch einmal einen Appell richten an dich und an die gesamte Landesregierung. Die pflegenden Angehörigen verdienen es einfach, dass in der Steiermark ein Pilotprojekt gestartet wird. *(Beifall bei der SPÖ)* Und ich kann das nicht oft genug betonen. Wir haben dieses Modell im Burgenland, wir haben es in Graz umgesetzt mit den ersten 15 Personen, die angestellt sind. Wir haben unglaublich viele Anfragen von Personen Steiermark weit, die sagen, wann können wir endlich auch in so ein Projekt kommen. Und ich möchte, Klaus Zenz hat es schon gesagt, ich möchte es auch nochmal tun, ein riesen Danke an die Menschen, die in Pflegeeinrichtungen arbeiten. Aber ein genauso großes Danke an die steirischen Familien, die zu Hause pflegen. Über 80 % der Menschen werden zu Hause gepflegt. Das ist – das größte Pflegesystem der Steiermark sind die Steirerinnen und Steirer, die selbst auf ihre Liebsten schauen. Und da ist es höchst an der Zeit – höchst an der Zeit, dass wir ihnen jetzt die Möglichkeit geben, auch eine Anstellung zu erhalten. Was haben wir aus dem Projekt in Graz gelernt? Es geht da um mehrere Punkte. Punkt eins ist, wer pflegt denn zu Hause? Wer pflegt? Die Frauen, die Mütter, die Schwestern, die Schwiegertöchter, die Töchter. Was heißt das für diese Frauen? Das heißt, Job reduzieren, Stunden reduzieren. Das heißt sehr oft, Job aufgeben. Das heißt, nicht versichert sein. Das muss man sich mal vorstellen. Die Frauen haben ihr Leben lang gearbeitet, pflegen dann die Mama, das Kind, die Schwester, den Papa, den Bruder und sind dann nicht einmal versichert. Und sie haben keinen Anspruch auf die Pension. Wir reden in diesem Haus sehr oft, Gott sei Dank, von der Care-Arbeit. Das heißt aber, dass diese Frauen endlich von uns gesehen werden müssen, dass diese Menschen, die zu Hause pflegen, diese Familien endlich von uns gesehen werden müssen. Und in Graz haben wir begonnen. Das Hauptthema ist, ich bin endlich versichert. Ich habe endlich einen Anspruch, auch was die Pensionszeiten betrifft. Ich habe ein eigenes Einkommen. Und das Modell Graz sieht auch eine Unterstützung vor. Das heißt, man bekommt eine Unterstützung. Wie pflege ich denn richtig? Ich weiß nicht, wer von Ihnen zu Hause pflegt. Das ist körperlich, geistig und seelisch Schwerstarbeit. Mein voller Respekt für die Menschen, die das tun. *(allgemeiner Beifall)* Und deswegen, lieber Karlheinz Kornhäusl, ich bin da sehr positiv. Dieser gute Spirit und dieses Gesetz sind etwas sehr Gutes. Das kann der Steiermark auch niemand mehr nehmen. Aber jetzt muss es mit Leben erfüllt werden. Und mit Leben erfüllt werden heißt, dass die Steirerinnen und Steirer, und ich sage es noch einmal, über 80 %, die zu Hause pflegen. Ich habe das auch in meiner Funktion als Landesrätin immer gesagt. Stellen wir uns einmal vor, diese Menschen können nicht mehr. Es ist das System

ohnehin schon an der Grenze. Stellen wir uns vor, diese Menschen schaffen es einfach nicht mehr zu Hause. Das wollen wir uns nicht vorstellen. Und deswegen die dringende Bitte, der dringende Appell, der dringende Aufruf. Nutzen wir die Möglichkeit eines Pilotprojektes. Helfen wir diesen Menschen, die zu Hause pflegen. Sie haben es sich jede Sekunde verdient. Und jetzt, geschätzte Damen und Herren, darf ich unseren Antrag einbringen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die seit 01.01.2025 bestehende Möglichkeit eines Pilotprojektes gem. § 12 StPBG auszuschöpfen, um ein Modell für die Anstellung von pflegenden Angehörigen in der Steiermark zu entwickeln und auszurollen.

Machen wir gemeinsam diesen Schritt für die Menschen in der Steiermark. Herzlichen Dank, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ – 14.48 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke dir, Frau Abgeordnete. Als Nächste am Wort ist die Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (14.48 Uhr): Danke, Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende hier im Saal und via Livestream!

Es geht um den Tätigkeitsbericht der PatientInnen- und Pflegeombudsschaft des Landes Steiermark. Es geht um die Jahre 2022 und 2023. Und ich möchte meine Wortmeldung auch mit einem großen Danke beginnen. Und zwar danke an die Frau Dr. Michaela Wlattnig und ihrem gesamten Team, die nicht nur jetzt diesen Bericht gemacht haben, der wie immer sehr klar ist und sehr eindeutig, sehr leicht zu lesen. Die Beispiele sind alle fundiert und ermalt. Also ich bin jedes Mal sehr dankbar, wenn ich diesen Bericht in Händen habe und dafür ein großes Dankeschön an dich und an deine Kolleginnen und Kollegen. Dass diese Einrichtung, diese PatientInnen- und Pflegeombudsschaft natürlich für die Steirer und Steirerinnen sehr wichtig ist, ist, glaube ich, völlig klar. Das braucht man niemandem hier erklären. Sie ist aber nicht nur für die Steirer und Steirerinnen wichtig, die diese Beschwerdestelle nutzen können, sondern sie ist vor allem auch für politisch Verantwortliche wichtig. Einerseits auf der Landesregierung, aber natürlich auch für uns als Abgeordnete, um zu sehen und zu schauen, wo hakt es denn, wo gibt es denn Probleme und wo müssen wir nachschärfen. In diesem Sinne ist es immer ein Werk, das wir alle miteinander sehr ernst nehmen sollen. Die PatientInnen- und Pflegeombudsschaft macht ja nicht nur diesen Bericht und teilt uns damit

mit, was in der Arbeit passiert ist, sondern es gibt ja auch Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen, die wir notwendig brauchen. Auch das ist eine Aufgabe und auch dafür ein herzliches Dankeschön. Wo sind die Hauptthemen? Es ist schon sehr viel gesagt worden. Ich werde versuchen, nicht alles zu wiederholen. Natürlich ist der Bericht noch geprägt von der Pandemiezeit und es gab einiges zum Aufarbeiten und Rückstände auch bei den OPs natürlich. Das heißt auf der einen Seite jetzt in der Arbeit der PPO, als auch dann im Arbeitsfeld der PPO gab es einiges aufzuarbeiten und da ging es vor allem auch um verschobene Operationen. Es geht und ging um lange Wartezeiten auf bestimmte Eingriffe und es geht auch darum, dass es eigentlich kaum mehr Termine bei Kassenärzten und Kassenärztinnen gibt. Und was ist der Hauptgrund? Ich brich das jetzt sehr grob herunter, aber egal welches Problem wir uns anschauen in diesem Bericht und in der Gesundheits- und Pflegepolitik in der Steiermark, ist nach wie vor ein Mangel am Gesundheitspersonal. Das ist so, das kann man nicht schönreden. Und es ist natürlich mühsam, wenn dadurch sehr lange Wartezeiten entstehen für die Patientinnen und Patienten. Das ist aber auch eine Gefahr, denn eins muss man sich schon vor Augen halten. Bei manchen Krankheiten kann durch eine sehr lange Wartezeit wirklich eine chronische Erkrankung daraus werden. Und das ist dann nicht mehr lustig. Es kann auch sein, dass eine Operation vielleicht gar nicht mehr möglich ist, durchzuführen, weil die Wartezeit bis dorthin zu lang war. Also Sie sehen schon, es gibt unterschiedliche Gründe, warum lange Wartezeiten Probleme machen. Auch wenn ich daran denke, dass z.B. Personen, die jetzt aufgrund dieser Wartezeit auf eine OP vielleicht auch arbeitsmäßig eingeschränkt sind, kaum soziale Kontakte mehr haben. Also das spielt alles miteinander eine große Rolle. Und der Landesrat Kornhäusl hat ja, wir haben das Thema lange Wartezeiten hier ja auch in der letzten Periode sehr oft debattiert und diskutiert, ein ExpertInnengremium installiert, was dazu beitragen soll, dass man einfach schaut, wie kann man Verbesserungen schaffen. Und da gibt es jetzt mehrere Ergebnisse, auf die ich kurz eingehen möchte. Einerseits wurde im Juni ein zweites Strahlentherapiegerät für die Hochsteiermark angeschafft. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Beschlossen.“*) Beschlossen. Beschlossen. Und zweitens wurde geplant, ein Vormerkssystem für die Grauen Star Operationen. Im November wurde dann mit diesen Grauen Star Operationen ein Projekt durchgeführt. (*Landesrat Dr. Kornhäusl – unverständlicher Zwischenruf*) Bitte, danke. Dann sage ich so, wie ich es gelesen habe. Das heißt, dass die niedergelassenen Ärzte und Ärztinnen eben auch diese Operationen in Spitälern, in Krankenhäusern durchführen. Das ist jetzt hoffentlich nicht falsch. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Das passt.“*) Passt, gut. Kann ich

noch lesen, auch in der neuen Periode. Angekündigt wurde auch ein Onkomobil für die Nachsorge von Krebserkrankten außerhalb von Graz. Da muss ich gestehen, habe ich nichts mehr dazu gefunden, aber vielleicht kannst du uns da ja auch etwas berichten. Jetzt ergeben sich aber durch diese Ergebnisse dieses Expertengremiums durchaus auch weitere Fragen. Denn es ist jetzt natürlich gut und schön, wenn wir dieses Projekt zu den Grauen Star Operationen haben. Und es kostet dem Land ja auch Geld und das ist aber gut und wichtig so. Aber was ist dann? Ist für mich die Frage. Also ist das jetzt ein Projekt, das ein Jahr dauert? Wer übernimmt dann die Kosten? Und hat sich die KAGes vielleicht selbst etwas dazu überlegt? Denn ich glaube schon, dass es da prinzipiell strukturelle Umstrukturierungen auch brauchen würde, damit man da weiterkommt. Weil was ist, jetzt kann man zwar die Operationen aufholen, das heißt ja aber nicht, dass dann gleichzeitig wir immer auf Null sind. Wir verstehen uns. Gut. Eine andere Frage, die für mich auftaucht, ist: Was plant denn die KAGes oder das Land oder das Land und die KAGes gemeinsam in diesem Hinblick in die Zukunft? Sind schon Maßnahmen eingeleitet dahingehend? Gibt es für das zweite Strahlentherapiegerät in der Hochsteiermark auch dementsprechendes Personal? Weil, wie gesagt, bei allem Verständnis, es hilft uns halt nichts, wenn man das Gerät dann dort anschafft und beschließt und hin transportiert, wenn dann niemand da ist, der mit diesem Gerät arbeitet. Also auch das ist die Frage für mich: Gibt es da genügend Personal? Unsere Fraktion, die KPÖ, hat sich sehr lange und immer wieder mit diesen langen Wartezeiten auch befasst. Erst zuletzt haben wir im November 2023 gefordert, dass die OP-Wartelisten aktuell zu halten sind. Und das wird jetzt auch wiederum in dem Bericht kritisiert, dass dem nicht so ist. Also auch da möchte ich nochmal darauf hinweisen. Das brauchen wir und würde dich auch bitten als zuständigen Landesrat, dass du dich dafür einsetzt. Es heißt, es braucht einfach grundsätzlich mehr Personal und unserer Meinung nach braucht es ein paar tieferegehende Maßnahmen, die wir auch in Form eines Entschließungsantrags zusammengefasst haben, den ich dann einbringen werde. Denn die Frage ist oder die Tatsache ist: Wir haben einen Personalmangel, der ist nicht schönzureden und der ist nicht von gestern auf heute passiert. Das heißt, wir werden ihn auch nicht von heute auf morgen lösen. Das ist alles klar. Aber manchmal habe ich den Eindruck, hier in diesem Haus, und da ist mir heute schon ein bisschen beim Thema Finanzausgleich so gegangen. Da wird immer wieder gesagt, wie wichtig das ist, dass wir das endlich tun. Und jetzt darf ich da bald 20 Jahre diesem Haus angehören, aber weder beim Finanzausgleich noch bei den langen Wartezeiten ist auch wirklich etwas in diesem Sinne weitergegangen. *(Landesrat Dr. Kornhäusl: „Da geht schon*

was weiter. Schauen wir in Graz einmal.“) Du kannst ja dann gerne dahingehend dich auch noch zu Wort melden, lieber Herr Landesrat. Fakt ist aber, das, was man gefordert hat und debattiert hat, wird jetzt wieder in dem Bericht kritisiert. Fakt ist auch, dass viele Empfehlungen, die wir schon vor zwei Jahren in dem Bericht gelesen haben, jetzt wieder gleich wortwörtlich drinnen stehen, weil nichts passiert ist. Also jetzt kann man natürlich immer etwas schönreden und sagen, wir tun ja eh, aber wir tun offensichtlich zu wenig, weil die Probleme sind noch nicht gelöst. (Landesrat Dr. Kornhäusl – unverständlicher Zwischenruf) Und deshalb soll man sich das ja auch vornehmen, dass man was ändert und nicht jammern. Die Opposition ist immer so grauslich und legt die Finger auf die Wunden. Dazu sind wir ja da. Unserer Meinung nach brauchen wir aber eine bisschen gröbere Überlegung dahingehend. Allein bei den Medizinstudienplätzen haben wir auch schon ganz lange und oft darüber diskutiert. Und eigentlich wissen wir, wir bräuchten in allen öffentlichen medizinischen Universitäten einfach eine Verdoppelung der Studienplätze. Wir würden auch brauchen, dass die Anzahl der Studien- und Ausbildungsplätze für die Pflegeberufe deutlich angehoben werden. Wir brauchen natürlich auch passende Rahmenbedingungen für die Pflegekräfte, war auch immer wieder ein Thema. Und wir brauchen endlich ein nachhaltiges Konzept zur Senkung der Wartezeiten, zur besseren Auslastung von OP-Sälen und medizinischen Geräten. Und wir brauchen vor allem, weil ich glaube, dass das mit dem relativ einfach wäre im Vergleich zu jetzt, ein Planungsinstrument, das den Personalbedarf einfach klarlegt. Das haben wir nämlich nicht. Naja, wir haben ansatzweise was, aber wenn man es jetzt z.B. mit Deutschland vergleicht, ist das gar ein sehr großer Unterschied. (Landesrat Dr. Kornhäusl: „Die sperren 80 Spitäler zu. Ich sag’s nur.“) Ja, wir wären nicht besser, wenn Deutschland schlechter wird, Herr Landesrat. Nein, ich hasse diese Einwürfe jedes Mal, wenn man hier etwas kritisiert, wenn man uns dann sagt, naja, dort ist noch viel schlechter. (Landesrat Dr. Kornhäusl – unverständlicher Zwischenruf) Ja, dann können wir uns die Diskussion sparen. Wir reden ja über die Steiermark. Meine Zeit ist zu Ende. Ich muss mich noch einmal melden, um den Entschließungsantrag einzubringen. Und dann möchte ich auch noch auf die restlichen Entschließungsanträge eingehen. Danke vorerst für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der KPÖ – 14.59 Uhr)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Am Wort ist die Frau Abgeordnete Mag. Dr. Sandra Holasek.

LTabg. Mag. Dr. Holasek – ÖVP (15.00 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Herren Landesräte, geschätzte Landesrätinnen, geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Vorweg natürlich auch von meiner Seite großer Dank an die Ombudsschaft und Frau Dr. Wlattnig. Auch der Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Verantwortungsträger in allen Pflegeeinrichtungen in der Steiermark und die pflegenden Angehörigen. Und ganz wichtig, auch der Dank an die Betroffenen, an die Patienten und Patientinnen, zu Pflegenden für ihre Geduld, die es da und dort noch braucht, um tatsächlich auch die Vielfalt des Angebotes, das wir mittlerweile auch mit dem Wissen in diesem Bereich haben, anbieten zu können. Und dafür herzlichen Dank. Nun reflektierend zu den einzelnen Wortmeldungen der Kollegen und Kolleginnen. Kollegin Schoeller, also es ist sicher nicht so, dass die Politik die Augen verschließt, wenn es darum geht, Wartezeiten zu reduzieren. Ganz im Gegenteil, wir stellen das ganz voran in die Aufmerksamkeit. Es ist klar, dass durch das Älterwerden der Bevölkerung, das Länger leben der Bevölkerung, was ja sehr positiv ist, auch der Bedarf der Behandlungen steigt und damit Maßnahmen notwendig sind. Viel ist gelungen. Eben die Beispiele, wie in Leoben die Linac, die Bestrahlungsmöglichkeiten in der Urologie. Es gibt hier de facto keine Wartezeiten mehr. Oder eben das viel zitierte Projekt zur Kataraktbehandlung. Das ist auf Schiene. Gerade jetzt hat der Testlauf begonnen mit 500 Patienten und Patientinnen, die nun behandelt werden. Geplant sind 3.000. Das ist ein großes Vorhaben, das eine erste Erleichterung in diesem Bereich bringen wird. Ergänzend dazu, ganz wichtig, ist ja auch der Fokus, die überbordende Berichterstattung abzubauen, um eben damit auch Ressourcen freizumachen für Behandlungen. Klaus Zenz hat schon angesprochen, vieles ist schon gelungen. Der Bericht ist ja von 2022/2023 und betreffend jetzt dem Entschließer, den Doris Kampus eingebracht hat. Es ist so, dass wir in der Stadt Graz ja ein Pilotprojekt im Laufen haben zur Einbindung von pflegenden Angehörigen. Da ist es jetzt wichtig, die Ergebnisse abzuwarten. (KO LTabg. Klimt-Weithaler: „Die gibt es schon.“) Und die Ergebnisse sind definitiv dieses Jahr verfügbar. Die ersten Daten werden jetzt schrittweise einsichtig. Wichtig ist dazu natürlich zu schauen, wo befinden sich die Kosten in Relation mit jetzt auch dem Vergleich mit professioneller Pflege und dann darauf aufsetzend gut weiter zu planen. Zur Kollegin Nitsche. Natürlich, die Regierung hat sich bekannt dazu, dass das Community Nursing auch weiter forciert wird. Prinzipiell ist es auch gelungen, hier auch im Beschwerdebereich der Ombudsschaft gut unterwegs zu sein. Auch das wird schon in der Präambel aus den Jahren berichtet. Damit hat sehr viel eigentlich schon im

Regierungsprogramm gegriffen. Und dann der Punkt, den die KPÖ einbringt, Kollegin Klimt-Weithaler hat hier verschiedene Aspekte mit hereingebracht. Zum einen einmal die 35 Experten und Expertinnen, die ja in einem sehr fundierten Gremium einen Plan ausgearbeitet haben, der wirklich sukzessive auch verfolgt und umgesetzt wird. Entscheidend ist natürlich immer dabei: Infrastruktur braucht es, ja, aber es braucht dann auch das entsprechende Fachpersonal, natürlich auch Zeit, entsprechendes Personal aufzubauen, um dann alle Einrichtungen und Angebote gut bespielen zu können. Versorgungsrelevante Medizinausbildung, ja, ist wichtig fürs Land, ist jetzt auch in Umsetzung. Nur zu dem einen Punkt, doppelte Plätze, wird sich nicht ganz ausgehen, weil dann brauchen wir wahrscheinlich doppelt große Gebäude, weil natürlich auch die Medizinausbildung entsprechende Infrastruktur benötigt. *(KO LTAbg. Klimt-Weithaler: „Ja, natürlich.“)* Nostrifizierungen haben wir auf 55 % erhöht, von 23 auf 24. Das ist wirklich ein Erfolg, den man berichten muss und der in Zukunft die Versorgungslage deutlich verbessern wird. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 15.04 Uhr)*

Dritte Präsidentin Ahrer: Danke, Frau Abgeordnete Holasek und weiters zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (15.04 Uhr): Danke Frau Präsidentin. Ich begrüße noch einmal alle hier Anwesenden und alle Zuhörenden!

Ich möchte jetzt dort weitermachen, wo ich vorher aufgehört habe, nämlich, dass wir nach wie vor ein Problem haben mit den Wartezeiten, auch wenn Maßnahmen eingeleitet wurden. Das ist gut und recht, aber, lieber Herr Landesrat, wenn man immer noch durchschnittlich 67 Wochen in Graz am LKH auf eine Augen-OP wartet – 67 Wochen –, dann kann man nicht von einer Erfolgsgeschichte reden. *(Landesrat Dr. Kornhäusl: „Zu lange!“)* Ich glaube, da sind wir uns einig. Das heißt, es gibt noch einiges zu tun und weil du vorher gemeint hast, wir haben Berechnungsmodelle für den Personalbedarf, da möchte ich auch noch einmal darauf hinweisen: Das ist ja der Grund, warum wir jetzt auch einen Blick nach Deutschland gemacht haben und geschaut haben, was die da machen. Weil – das wirst du wissen –, die Arbeiterkammer z.B. kritisiert das Krankenhausberechnungsmodell für Personal ganz stark, indem sie auch feststellt: „Das deckt den Arbeitsbedarf nicht ab!“ Und das kann man jederzeit googeln und nachschauen. Das heißt, wenn wir so ein Modell haben, dann muss man sich halt auch einmal hinsetzen und schauen: Ist das eigentlich wirklich ein brauchbares Instrument?

Und was wir fordern in dem Entschließungsantrag, den ich jetzt einbringe – die Kollegin Holasek ist ja schon auf ein paar Punkte eingegangen –, da geht es eben darum, brauchbare Instrumente zu finden.

Ich stelle damit folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

- 1) die Landesregierung wird aufgefordert,
 - a) ein objektives, verbindliches Personalbedarfsplanungsinstrument für die Spitäler zu erarbeiten, weil offensichtlich das, nachdem jetzt gearbeitet wird, nicht ausreicht,
 - b) die Anzahl der Studien- und Ausbildungsplätze für Pflegeberufe deutlich zu erhöhen,
 - c) bei der KAGes zu urgieren, dass
 - erstens, abseits der Anwerbung von niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen mittels Prämien ein nachhaltiges Konzept zur Senkung der Wartezeiten und zur besseren Auslastung von Operationssälen und medizinischen Geräten zu erstellen, sowie
 - zweitens die veröffentlichten OP-Wartezeiten zumindest monatlich aktuell zu halten und
- 2) der Landtag spricht sich für eine Verdoppelung der Medizinstudienplätze aus, insbesondere an der MedUni Graz klarerweise, aber auch an allen anderen öffentlichen medizinischen Universitäten.

Ich bitte um Annahme.

Und jetzt noch einmal zurück zu diesen Plätzen: Na natürlich, Kollegin Holasek, wenn man doppelt so viele Studienplätze braucht oder möchte, dann braucht man natürlich auch dementsprechende Infrastruktur. Aber was ist denn der Gegenvorschlag? Wir lassen alles so, wie es ist und haben weiterhin ein Problem, weil wir nicht mehr Studienplätze schaffen. Also natürlich brauchen die dann auch Platz, das ist schon ganz klar. Aber ich denke mal, das kann man mitdenken, das ist klar, wenn man das so fordert. Ich glaube, es ist nicht klar, dass man dann dazuschreiben muss: „... und die brauchen alle einen Platz!“, das ist das Erste. Das Zweite ist, wie gesagt, dieses Berechnungsmodell, das wir jetzt haben, kritisiert auch ganz stark die Arbeiterkammer, weil sie sagt: „Wenn man nach dem rechnet, dann deckt man den Arbeitsbedarf einfach nicht ab!“ Und ich glaube, das ist auch keine Lösung, einfach wegzuschauen und zu sagen: „Naja, die rechnen eh, die sagen, wir brauchen, weiß ich nicht, fünf Personen, in Wahrheit würden wir zehn brauchen. Aber wir nehmen lieber das alte Modell, weil wir wissen eh nicht, wo wir die anderen fünf hernehmen sollen!“ Ich glaube, das kann auch keine Variante sein, die man sich überlegt. Und insofern haben wir eben auch

nochmal in den Antrag hineingeschrieben, dass diese Wartezeiten aktualisiert werden müssen. Wir haben das schon, ich glaube, das letzte Mal gefordert und auch jetzt wird es wieder kritisiert. Darum nehmen wir es aus und fordern es noch einmal. Zu den anderen Entschließungsanträgen: Wir werden sowohl den von den Grünen als auch dem Entschließungsantrag von der SPÖ unsere Zustimmung geben und freuen uns auch, dass jetzt von Seiten der SPÖ durchaus hier noch einmal Druck gemacht wird. Wir haben vorhin schon gesprochen, in Graz gibt es das Modell seit einiger Zeit, da werden derzeit 15 Personen angestellt. Es ist bereits evaluiert, es wird verlängert, weil es ein Erfolg ist. Man ist natürlich darum bedacht, das jetzt auch noch zu verbessern. Also alle Erfahrungen, die bei dieser Evaluierung rausgekommen sind, sollen natürlich jetzt auch positiv umgesetzt werden. Und ich freue mich sehr über die Unterstützung der SPÖ jetzt auch hier auf Landesebene, weil der letzte Antrag, den wir dahingehend gestellt haben, der lag dann sehr lange in einem Unterausschuss und wurde nicht behandelt. Aber wie gesagt, jetzt scheinen wir da ja einen gemeinsamen Weg gehen zu wollen und das finde ich super.

Abschließend noch zu dem Pflege- und Betreuungsgesetz, das wir in der letzten Periode hier beschlossen haben. Ich habe es immer wieder gesagt, da gibt es Dinge, die wir gut mitgetragen haben oder die wir sehr gerne mitgetragen haben. Es sind auch viele Ideen von unserer Seite eingearbeitet worden, aber – und das möchte ich auch gleich sagen – für uns heißt das nicht, dass wir jetzt mit diesem neuen Pflege- und Betreuungsgesetz da fertig sind und das Thema nicht mehr wichtig ist. Ganz im Gegenteil, weil jetzt müssen wir schauen, dass all diese Punkte, die jetzt da entweder nicht Einzug gehalten haben – ich spreche nochmal das große Thema Demenz an und andere Bereiche –, da müssen wir jetzt einfach wirklich auch schauen, dass sie in dieser Periode dazukommen und weitergearbeitet werden. Und ansonsten bin ich generell immer dafür, dass wir als Politiker und Politikerinnen Empfehlungen, die uns jetzt Menschen machen, die wirklich dafür Expertinnen sind und aus der Praxis kommen – und da sehe ich einen großen Unterschied: Es gibt Experten und Expertinnen, die sich gut in der Theorie auskennen –, mir sind diejenigen, die sich in der Theorie auskennen und auch in der Praxis eigentlich immer die, die mir näher stehen. Und ich hoffe, wir können dahingehend auch künftig die Empfehlungen, die uns jetzt von der Patientinnen- und Pflegeombudschaft mitgegeben wurden, umsetzen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ – 15.11 Uhr)*

Dritte Präsidentin Ahrer: Danke, Frau Abgeordnete. Abschließend zu Wort gemeldet hat sich unser Landesrat Dr. Karlheinz Kornhäusl.

Landesrat Dr. Kornhäusl – ÖVP (15.11 Uhr): Vielen herzlichen Dank, Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte die Möglichkeit nicht ungenutzt lassen, mich ebenfalls – auch weil sie hier herinnen sitzt – bei Frau Dr. Michaela Wlattnig auf das Allerherzlichste zu bedanken. Nicht nur für diesen Bericht, der ja die Jahre 2022 und 2023 umfasst, auf das komme ich dann noch kurz, sondern generell für die wirklich wertschätzende, kollegiale, herausragende Zusammenarbeit, auch im Alltag und für den regelmäßigen guten Austausch. Vielen herzlichen Dank, liebe Michaela. (*Allgemeiner Beifall*) Ich möchte vielleicht auf die einzelnen Punkte ganz kurz eingehen, ohne die Zeit da überzustrapazieren. Liebe Frau Kollegin Schoeller, das ist halt immer so eine Geschichte, wenn man sagt: „Die Patientinnen und Patienten, die falsch behandelt werden ...!“ Also falsch behandeln, da sperrt sich natürlich immer so ein bisschen was in mir, weil, glaube ich, jede Kollegin, jeder Kollege, sei es aus der Pflege, sei es aus dem ärztlichen Bereich, aus dem medizinisch-technischen Dienst, wirklich sein Bestes gibt. Und ja, ich bin der Letzte, der das abstreiten würde, natürlich wir große Herausforderungen haben und natürlich dort, wo viel gearbeitet wird, auch entsprechend Späne fallen. Und mein Zugang war ja prinzipiell immer der, ich bin ja ein Positivist, jetzt kann ich natürlich hergehen und sagen: „Dort hat das nicht funktioniert, dort hat das nicht funktioniert!“ Aber ich sage Ihnen eines: Erzählen wir uns auch die Geschichten, die großartig funktionieren – allein in den KAGes-Häusern 1,3 Millionen Ambulanzkontakte jedes Jahr, das sind 1,3 Millionen Heldengeschichten, die wir potenziell erzählen können, über 200.000 stationäre Patientinnen und Patienten, über 100.000 Eingriffe nur in den KAGes-Spitäler. Ich glaube, spenden wir da einmal einen großen Applaus den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die das bewerkstelligen. (*Allgemeiner Beifall*) Und die Wartezeiten, weil das von Ihnen angesprochen worden ist, die müssen an erster Stelle stehen, das war immer schon so. Das war auch in der letzten Regierungsperiode so, dass wir uns dem Kampf der Wartezeiten, der überlangen Wartezeiten verschrieben haben. Und das ist auch jetzt so. Ja, dass das nicht von heute auf morgen geht, bitte, das ist auch klar. Und liebe Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, man darf nicht immer so ungeduldig sein. Die Dinge funktionieren halt nicht von heute auf morgen. Und ich habe auch meinen Patientinnen und

Patienten immer gesagt: „Man muss sich dann halt auch manchmal die Zeit geben, gesund zu werden!“ Aber keine Frage, dort wo akuter Handlungsbedarf besteht, dort muss man auch akut hingreifen. Das haben wir auch im letzten Jahr gemacht und das werden wir auch in Zukunft so handhaben. Und ich nenne nur ein paar Dinge (*KO LTA*bg. *Klimt-Weithaler*: „*Aber nach 20 Jahren.*“) ... naja 20 Jahre, ich bin jetzt seit ein bisschen über einem Jahr hier, es hilft nichts, aber darum erzähle ich jetzt die Dinge, die passiert sind und die noch passieren werden. Allein im letzten Jahr, wir haben den LINAC beschlossen, den zweiten Linearbeschleuniger für Leoben. Ja, natürlich braucht das, bis die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Da kannst du nicht irgendein Zimmer hernehmen, das ist ja ein Linearbeschleuniger, ein Hightech-Gerät, das viele Millionen Euro kostet, den stelle ich mir nicht so in irgendein Kämmerlein rein, da müssen Vorbereitungen entsprechend getroffen werden. Aber wir haben die Beschlüsse einstimmig gefasst. Allein unsere Kooperationen im urologischen Bereich – Leoben, Rottenmann, Graz, Deutschlandsberg –, allein dadurch ist es uns gelungen, die Wartezeiten dramatisch im positivsten Sinn zu senken, nicht zuletzt auch durch die Anschaffung des zweiten OP-Roboters. Und weil die Katarakte angesprochen worden sind, der Graue Star, da habe ich immer sehr klar gesagt: „Das ist eine Situation, die nicht hinnehmbar ist und die wir nicht erdulden.“ Auch das war in der letzten Regierungsperiode so und auch das ist in der jetzigen Regierungsperiode so. Im Übrigen ein schöner Beweis dafür, dass Gesundheit sich generell schlecht für Parteipolitik eignet. Und deshalb haben wir diese Maßnahme ergriffen mit diesem Projekt und ich darf verkünden: Die ersten Briefe sind dieser Tage versendet worden an die ersten 500 Patientinnen und Patienten. Mein Appell, und das ist auch ein Aufruf, und da bitte ich Sie alle, machen Sie Werbung für das, dass sich die Leute auch melden, die haben jetzt die Chance, deutlich rascher ihre Operation zu bekommen. Und es sind 29 Ärztinnen und Ärzte, die sich da beteiligen. Wir haben wirklich Mauern in unseren Köpfen gedanklich niedergerissen, indem wir trägerübergreifend arbeiten, indem wir sektorenübergreifend arbeiten – Spitalsbereich mit dem niedergelassenen Bereich, die KAGes-OP-Säle zur Verfügung stellt –, das ist ein österreichweit vielbeachtetes Projekt mittlerweile und es gibt schon aus anderen Bundesländern Fragen, wie wir das aufgesetzt haben. Ja, jetzt muss es mit Leben erfüllt werden, von daher die Bitte: Machen wir Werbung für das, weil dann gelingt es, dass wir da einen großen Schwung aboperieren können, damit es dann gar nicht mehr zu diesen Wartezeiten kommt, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ*) Weil parallel dazu, und das möchte ich einfach sagen, wir haben uns angeschaut: Was war die Wurzel des

Übels? Und so eine Wartezeit, das ist natürlich ein Übel, das darf man, glaube ich, auch so benennen. Na, natürlich hat uns da Corona in die Suppe gespuckt, nicht nur, aber zu ganz, ganz großen Anteilen. Und wenn wir jetzt einmal diesen ersten Schwung aboperieren, gleichzeitig was wir schon machen, long days, also lange Operationstage an den anderen Abteilungen, zusätzliche OP-Kapazitäten in den KAGes-Häusern schaffen, dann wird uns das eben gelingen, dass es gar nicht mehr so weit kommt. Kollegin Nitsche, vielleicht noch kurz auf den Entschließer eingehend der Community Nurses: Ich meine, auch da, ich verweise wieder auf das – was war das? Die letzte Sitzung, glaube ich, in der letzten Periode oder die vorletzte, wo wir beschlossen haben, dass dieses Projekt weitergeführt wird in diesem Jahr, um dann endgültig evaluiert zu werden. Ich glaube, das war immer gemeinsames Ansinnen. Ich verstehe den Entschließer unter einem Aspekt nicht ganz, weil die Community Nurses im Bericht der Patientenanwaltschaft gar nicht vorkommen. Also man kann für Community Nursing sein, im Bericht der Patientenanwaltschaft kommts allerdings nicht vor. Michaela Wlattnig nickt, also liege ich nicht ganz so falsch mit meiner Aussage da jetzt.

Lieber Klaus Zenz, danke für deine Wortmeldung. Danke auch für dein Brennen, wenn es um die Ausbildung geht. Wir haben so viele Gespräche diesbezüglich geführt und ich weiß, du warst da immer ein Kämpfer für den Nachwuchs, wenn ich das so sagen kann. Und auch da darf ich verkünden, dass uns einiges gelungen ist. Allein vom letzten in das heurige Jahr. Wir stocken die Ausbildungsplätze an den 15 Standorten für Gesundheit und Krankenpflege um über 100 auf, auf rund 1.350 für Heimhilfe, für Pflegeassistenz und für Pflegefachassistenz. Jetzt kann man Plätze aufstocken, das ist das eine. Nur, die muss ja wer belegen, diese Plätze. Und auch da darf ich sagen: Die Plätze sind belegt, das Interesse ist groß und es wird größer, weil wir Maßnahmen gesetzt haben als steirischer Landtag. Ich denke an unser Gehaltspaket, ich denke an die Möglichkeit, auch in Teilzeit oder berufsbegleitend die Pflegeausbildung zu machen. Ich denke an das monatliche Taschengeld, wo die Steiermark so viel zahlt wie kein anderes Bundesland. Also da haben wir wirklich den Turbo gezündet, auch da. Natürlich dauert so eine Ausbildung ein Jahr, zwei Jahre, drei Jahre, aber wir sehen auch hier: Da ist ein Silberstreif am Horizont. Und wir haben mehr Eintritte als Austritte in das Unternehmen KAGes, über 200 mehr Eintritte in der Pflege und über 100 mehr bei den Ärztinnen und Ärzten. Wir haben im letzten Jahr über 100 Pflegebetten wieder aufsperrern können im stationären Pflegebereich. Das sind schon Erfolge und die dürfen wir uns auch nicht schlechtreden, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Wir werden heuer noch in Kapfenberg – und das war mir immer wichtig und uns, und da danke jetzt auch, wenn

sie jetzt gerade nicht da ist, aber da sind wir in einem exzellenten Austausch, der Landesrätin Eibinder-Miedl – den Campus der FH Kapfenberg eröffnen, ein starkes Signal für die Obersteiermark, ein starkes Signal für diese Region. (*Dritte Präsidentin Ahrer: „Herr Landesrat, ich muss Sie bitten, dass Sie schön langsam zum Schluss kommen!“*) Wenn der Campus eröffnet ist, werden wir knapp – da ist sie, danke vielmals, liebe Barbara Eibinger-Miedl –, werden wir dann 400 diplomierte Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger ausbilden können, danke.

So, und liebe Claudia Klimt-Weithaler, wir haben eh schon immer wieder darüber gesprochen, Kassenärzte, ja, da rennst du bei mir offene Türen ein. Bitte gehen wir auch gemeinsam zur ÖGK, wir haben einen guten Austausch. Das liegt halt leider nicht in Kompetenz des Landes, sondern der ÖGK. OnkoMobil, auch da, ein bisschen Geduld, das geht ja nicht von heute auf morgen. Die KAGes und der Fonds sitzen zusammen, die Förderverträge sind aufgesetzt, werden ausgeschrieben. In diesem Jahr noch wollen wir starten. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, ich glaube, es ist uns einiges gelungen. Ich glaube, wir haben noch viel vor uns und ich glaube, dass uns auch noch vieles Positives für die Patientinnen und Patienten in der Steiermark gelingen wird. Entschuldigung für die überlange Wortmeldung. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der ÖVP und der FPÖ – 15.22 Uhr*)

Dritte Präsidentin Ahrer: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 221/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe:

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 221/3, betreffend Überlastete Spitäler – lange Wartezeiten ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der SPÖ, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, Einl.Zahl 221/4, betreffend Die Lebensrealität der Steirer_innen verbessern: Pilotprojekt Pflegende Angehörige in der Steiermark ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der SPÖ und der NEOS – Entschuldigung, ohne NEOS – nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 221/5, betreffend Empfehlungen der Patient_innen- und Pflegeombudsschaft umsetzen – Community (Health) Nursing über 2025 hinaus sicherstellen und ausbauen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der SPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 221/6, betreffend Wartezeiten auf OPs und Untersuchungen senken ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat ebenfalls mit den Stimmen der der Grünen, der KPÖ, der SPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme nun zur Behandlung der Dringlichen Anfragen.

Ich schlage im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, die zwei Tagesordnungspunkte D1 und D2 mit einer gemeinsamen Begründung und einer gemeinsamen Wechselrede zu behandeln.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

D1. Am Freitag, dem 07. Februar 2025 wurde um 17.31(08 sec) Uhr von Abgeordneten der NEOS eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 268/1, an Frau Landeshauptmannstellvertreterin Manuela Khom betreffend „**Gemeindefinanzen im Keller – schaut die Landesregierung weiterhin zu?**“ eingebracht.

D2. Am Freitag, dem 07. Februar 2025 wurde um 17.31(40 sec) Uhr von Abgeordneten der NEOS eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 269/1, an Herrn Landesrat Mag. Stefan Hermann betreffend „**Gemeindefinanzen im Keller – wieso schaut die Landesregierung weiterhin zu?**“ eingebracht.

Ich erteile Herrn LTAbg. Robert Reif das Wort zur Begründung dieser beiden Dringlichen Anfragen und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

LTAbg. Reif – NEOS (15.27 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landeshauptmannstellvertreterin, Herr Landesrat, werte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Ich bin in die Politik gegangen, weil ich etwas verändern will, weil wenn ich Probleme sehe, dies hier anspreche und auch Lösungen anbieten will. Und weil ich, wenn jemand auf mich zukommt und Probleme aufwirft, da nicht zuschauen kann, sondern wie gesagt Lösungen bieten möchte. Und worum geht es im Landtag? Es geht darum in diesem Hohen Haus, dass die besten Ideen zu den besten Lösungen führen. Dass die besten Ideen nicht immer die gleichen Ideen sind von unterschiedlichen Parteien, ist in einer Demokratie selbstredend, aber es geht vor allem auch um Ehrlichkeit und es geht um Glaubwürdigkeit. Und gerade bei Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit geht es heute um ein Thema, wo ich glaube, dass wir unterschiedliche Auffassungen haben, wie ehrlich und glaubwürdig wir die finanziellen Plagen unserer Gemeinden nehmen. Wir haben heute schon mehrfach gehört am Vormittag, wie es um die Gemeindefinanzen steht. Und ich kann nur wiederholen, was der Gemeindebundpräsident Erwin Dirnberger gesagt hat, und ich glaube, er hat es wirklich auf den Punkt gebracht: „So schlimm war es noch nie!“ Steigende Kosten, ein Mangel an Unterstützungen durch das Land und stagnierende Einnahmen bringen einfach sehr, sehr viele Gemeinden an den Rand ihrer Möglichkeiten, noch investieren zu können. Und das KDZ, das Zentrum für Verwaltungsforschung, hat eine umfassende Prognose zu den Gemeindefinanzen erstellt. Und was ist das Ergebnis daraus? Ohne weitere Reformen und ohne Unterstützung durch den Bund aber vor allem auch durch die Länder, wird die finanzielle Lage vieler Gemeinden sogar unter das Niveau des Krisenjahres 2020 sinken. Geschätzte Damen und Herren, das ist wirklich ein Alarmsignal – ein Alarmsignal, wo wir nicht wissen, wohin das noch führt, wie weit sich unsere Gemeinden noch verschulden werden. Um das mit ein paar

Zahlen zu untermauern: Der Gemeindeertragsanteil pro Kopf ist in der Steiermark niedriger als in vielen anderen Bundesländern, in Salzburg z.B. ist ein Pro-Kopf-Anteil von 1.590 Euro, in der Steiermark 1.295 Euro. Dazu kommt noch, dass von jedem Euro ein Ertragsanteil, nach Abzug von Umlagen, von ca. 47 Cent übrigbleibt. Und die Prognosen sagen, dass dieser Anteil bis 2027 auf 40 Cent sinken wird. Das bedeutet, dass Gemeinden einfach keinen oder immer weniger finanziellen Spielraum haben, um ihre wichtigen Aufgaben erfüllen zu können. Und da unterscheidet sich, glaube ich, einmal grundsätzlich die Auffassung zwischen der Oppositionspolitik, wie wir heute gehört haben, und derjenigen, die auf der Regierungsbank sitzen. Auf der Regierungsbank haben wir heute mehrfach gehört, es wäre ja nicht so schlimm, wir übertreiben die ganze Zeit. (*LTabg. Fartek: „Das hat keiner gesagt!“*) Nein, es ist mehr als schlimm, es ist richtig schlimm. Es sind viele Bürgermeister, die sich auch bei uns melden. Es sind viele Bürgermeister in den Reihen, auch der Sozialdemokratie z.B., die sagen: „Das geht nicht mehr, so kann es nicht weitergehen!“ Und als wir das letzte Mal hier herinnen diese Thematik behandelt haben und dieses Thema der Gemeindefinanzen besprochen worden ist, da hat es auch einen Rollentausch gegeben. Das war nämlich voriges Jahr, als der jetzige Landesrat Stefan Hermann genau derjenige war, der dagestanden ist und die Fragen an die Regierung gestellt hat. Und ich sage es ganz ehrlich, mich hat es damals genauso „angezifft“ wie ihn, dass man eigentlich bis auf die Antwort: „Ja, es sind 18 Gemeinden, die die schlechteste Bonität haben“, keine Antwort bekommen haben. Und warum? Die Antwort war damals: „Es könnte ja finanziellen Schaden verursachen!“ Und Herr Landesrat, du hast damals richtig gesagt, das ist eine Vernebelungspolitik, das ist eine Politik des Verschweigens und Vertuschens, die nicht in den steirischen Landtag gehört und die auch nicht einer modernen Politikauffassung entspricht. Denn worum geht es eigentlich? Es geht um die Existenzgrundlage von Gemeinden. Es geht darum, dass Gemeinden auch in Zukunft noch für Schulen, für Straßen, für Pflegeeinrichtungen, für Kinderbetreuung aufkommen können und dieses auch finanzierbar ist. Es geht um die Infrastruktur für jede Bürgerin und jeden Bürger, die sie täglich nutzen. Und trotzdem sollen die Menschen nicht wissen, wie es um die finanzielle Lage der Gemeinden wirklich steht? Das ist völlig absurd in meinen Augen. Und ich bin jetzt wirklich gespannt, ob die FPÖ in ihrer Meinung bleibt und für Transparenz und gegen eine Vernebelungspolitik ist oder ob sie einknickt und sagt: „Naja, wir wissen es eh, ihr braucht es ja nicht wissen, weil das reicht ja!“ Ich glaube, die Lage ist viel zu ernst und es geht wirklich darum, dass wir alle wissen, um was es geht. Es geht wirklich darum, dass alle mit offenen Karten spielen und es geht auch darum, dass Zahlen, Daten und

Fakten endlich auf den Tisch gelegt werden. Die aktuelle Prognose des KDZ sagt auch voraus, dass fast die Hälfte aller steirischen Gemeinden in den nächsten Jahren mehr Ausgaben als Einnahmen haben wird. Und das bedeutet wiederum, dass es weniger Investitionen geben wird, dass öffentliche Leistungen gekürzt werden müssen und dass viele Dinge einfach nicht mehr finanzierbar sind. Wenn ich mir das Regierungsprogramm – und das ist heute auch schon mehrfach durchdiskutiert worden – von FPÖ und ÖVP anschau, dann frage ich mich wirklich, wo da die Lösungen sind für die Gemeinden. Und eine Lösung, wenn sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bei uns melden und wir sollen dann eine Telefonnummer weitergeben, das ist für mich keine Lösung. Eine Lösung muss sein, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wissen, wie sie ihre Ausgaben tilgen sollen, ohne dass sie permanent irgendwo anrufen müssen und fragen müssen, ob sie für das oder jenes Geld kriegen. Das ist keine Lösung. Und statt Lösungen anzubieten, wird Symbolpolitik zu betrieben – und der Herr Abgeordnete, Kollege Könighofer, spricht sogar von neidvoller Politik, wo andere neidvoll hinschauen. Also für mich ist es nicht neidvoll, wenn es um Kopftuchverbote, Lufthunderter oder um Bettelverbote geht, weil dadurch wird kein einziger Kindergartenplatz finanziert, es wird keine einzige Straße asphaltiert oder saniert und es wird dadurch auch bestimmt kein Gemeindeproblem gelöst. Was dadurch geschaffen wird, ist ein erhöhtes Unfallrisiko, ein Gesundheitsrisiko und eine Spaltung unserer Gesellschaft und sonst schon gar nichts. Wir brauchen jetzt einfach wirklich Lösungen. Und ganz ehrlich, ich glaube auch nicht, dass wir heute Antworten kriegen werden, es wird wieder so hinauslaufen, wie es das letzte Jahr war. Aber ich glaube, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben es jetzt endlich einmal verdient, ehrliche Antworten zu bekommen, eine ehrliche Landesregierung hinter sich zu haben, die zu ihren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern steht. Und vor allem, die nicht, so wie es heute auch schon gefallen ist, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, geschätzter Herr Könighofer, vielleicht vorwirft, dass sie in den letzten Jahren ja teilweise sogar selber schuld waren, wie sie was finanziert haben. Weil das, geschätzte Damen und Herren, sehe ich überhaupt nicht ein, weil ich glaube, unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind sich ihrer Verantwortung da draußen sehr wohl bewusst und bemühen sich, dass sie das Beste für ihre Gemeinden herausholen mit dem teilweisen Wenigen, was sie haben. Und was ist jetzt der wahre Grund, warum diese Zahlen, Daten, Fakten nicht auf den Tisch gelegt werden? Es zieht sich ein bisschen wie ein roter Faden das ganze letzte Jahr hindurch. Immer nach den Wahlen ist aufgetaucht, wie viele Schulden eigentlich da sind. Vor den Wahlen ist immer alles schöngeredet worden. Es war im Bund das Gleiche, es war im

Land das Gleiche und es ist jetzt bei den Gemeinden wieder das Gleiche. Geht es darum, so wie es ja gestern in der Kleinen Zeitung gestanden ist: „Die ÖVP wünscht sich, dass kein blauer Bürgermeister kommt“? Geht es darum, dass man versucht, die Gemeinden irgendwie schönzureden, obwohl man weiß, dass ganz viele schon verschuldet sind? Es muss darum gehen, dass Klarheit, Transparenz und vor allem Sicherheit für unsere Gemeinden endlich gegeben ist.

Ich stelle daher folgende Fragen an Sie, Frau Landeshauptstellvertreterin, und an dich, Herr Landesrat:

1. Wieso wurden die finanziellen Probleme der Gemeinden – trotz der zahlreichen Warnungen – in der Regierungsklausur nicht berücksichtigt?
2. Zur Bonitätsbewertung: Wie viele Gemeinden wurden im Zuge der Prüfung der Voranschläge 2025 jeweils mit welchem Rating bewertet?
3. Hat sich die Zahl der Gemeinden der besten Bonitätsstufe in den letzten 5 Jahren verringert?
4. Wenn ja, wie viele Gemeinden haben ihre Einstufung zur besten Bonitätsstufe in den letzten 5 Jahren verloren?
5. Wie viele Gemeinden werden aktuell mit der schlechtesten Bonitätsstufe bewertet?
6. Wie hat sich die Anzahl der Gemeinden, die der schlechtesten Bonitätsstufe zuzuordnen sind, in den letzten 5 Jahren verändert?
7. Gibt es Einschätzungen, wie stark der Schuldenstand der steirischen Gemeinden heuer im Vergleich zum Vorjahr ansteigen wird?
8. Wenn ja, auf welchen Wert bzw. um welchen Prozentsatz wird der Schuldenstand voraussichtlich ansteigen?
9. Wie stark sind die Zinsausgaben der steirischen Gemeinden in den letzten 5 Jahren angestiegen?
10. Wie viele Gemeinden haben derzeit oder in absehbarer Zeit mit Liquiditätsproblemen zu kämpfen?
11. Welche Gemeinden sind betroffen?
12. In wie vielen Gemeinden besteht nach Ihrer Kenntnislage ein Investitionsrückstau?
13. Welche Gemeinden sind betroffen?
14. Gibt es Gemeinden, in denen im Moment eine Haushaltssperre besteht?
15. Wenn ja, welche?

16. Sind Ihnen weitere Gemeinden bekannt, die planen, eine Haushaltssperre einzuführen?
17. Wenn ja, welche?
18. Gibt es Einschätzungen, wie viel Prozent der Gemeinden im Jahr 2025 Abgangsgemeinden sein werden?
19. Welche neuen Akutmaßnahmen planen Sie, um die steirischen Gemeinden in den nächsten Monaten und Jahren finanziell zu entlasten?
20. Inwieweit kommt es durch die finanziellen Probleme in den Gemeinden zu einer Einschränkung des Kinderbildungs- und -betreuungsangebotes?
21. Führen die finanziellen Probleme dazu, dass der Ausbau von Kindergärten und Kinderkrippen in der Steiermark stagniert?
22. Wenn ja, in welchen Gemeinden und welche Maßnahmen ergreifen Sie, um gegenzusteuern?
23. Befürworten Sie als Gemeindereferentin/Gemeindereferent eine Aussetzung der Landesumlage?
24. Wie viele Gemeinden haben im Moment noch Schulden aus "Sonderförderungen Ortserneuerung" (Causa der Schuldscheine)?
25. Werden Sie von den betroffenen Gemeinden eine gänzliche Rückzahlung der ausstehenden Beträge aus den Darlehen der "Sonderförderung Ortserneuerung" einfordern?
26. Wenn nein, welche Lösung streben Sie mit den betroffenen Gemeinden an?

Ich bitte um Beantwortung und ich bitte wirklich, dass wir gemeinsam hier herinnen einen Schulterchluss schaffen, dass wir unsere Gemeinden unterstützen, dass sie auch in Zukunft das Rückgrat unserer Gesellschaft sein können. Weil ohne starke Gemeinden werden wir da herinnen so viel beschließen können, wie wir wollen, da wird einfach nichts weitergehen. Wir brauchen die Gemeinden, wir brauchen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die wirklich tagtäglich direkt bei den Menschen sind, die wissen, wo da draußen der Schuh drückt. Und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister brauchen einfach das Wissen, dass die Landesregierung hinter ihnen steht. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 15.38 Uhr)*

Dritte Präsidentin Ahrer: Ich erteile Frau Landeshauptmannstellvertreterin Manuela Khom das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt.

Landeshauptmannstellvertreterin Khom – ÖVP (15.38 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, geschätzte Mitglieder des Landtags, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich einleitend ein paar Worte zu dieser Anfrage sagen. Ich freue mich, wenn Kollege Reif sagt: „Wollen wir doch gemeinsam den Schulterchluss“, dann bin ich verwundert, wenn er drei Minuten vorher sagt, die Regierung hätte heute behauptet, dass sie, die Opposition, übertreibt, wenn es darum geht, die finanzielle Situation der Gemeinden anzuerkennen, dann dürftest du in der Aktuellen Stunde nicht gut aufgepasst haben. Wobei grundsätzlich ist es für mich schon bemerkenswert, dass die Partei der NEOS, die ansonsten in jeder Gemeinde bei jedem Vorkommen einen Skandal sieht, kurz vor der Gemeinderatswahl plötzlich zur Verteidigerin und Unterstützung der steirischen Gemeinden ausrückt. Das hat mich etwas verwundert, aber es ist eben so. Es ist absolut evident, dass sich die finanzielle Situation der steirischen Gemeinden, aber insgesamt aller österreichischen Gemeinden im Jahre 2025 nicht positiv darstellt. Und ich glaube, das haben wir heute in der Aktuellen Stunde – und da waren wir uns alle einig –, dass die Herausforderungen für unsere Gemeinden sehr große sind, dass die Situation angespannt ist, ich glaube, das wissen wir alle. Das hat etwas mit der wirtschaftlichen Situation in Österreich, aber auch in Europa zu tun, weil es Auswirkungen hat auf Ertragsanteile, auf die Kommunikation, auf die Kommunalsteuer – jetzt hätte ich fast das Wort nicht mehr gewusst. Also es gibt eine Vielzahl, warum es sich so darstellt. Ich möchte aber bezüglich Ihrer Anfragen auf eines hinweisen, dass es sich bei den Gemeindefinanzen um keine Geheimnisse handelt. Es wird nichts intransparent dargestellt, so wie Sie geschätzte Abgeordneten von den NEOS dies in Ihrer Anfrage versuchen darzustellen. Jeder Voranschlag ist öffentlich, jeder Rechnungsabschluss ist öffentlich und Ihre Gemeinderätinnen und Gemeinderäte vor Ort steht es jederzeit frei, sich intensiv mit den finanziellen Herausforderungen ihrer Heimatgemeinde zu beschäftigen. Und ich glaube, es ist auch bekannt: Der kleinsten Gemeinde würde auch der Prüfungsausschuss-Vorsitz zustehen, also Sie könnten durchaus überall ganz genau wissen, wie die finanziellen Situationen sich in den Gemeinden darstellen. Sie können sich aber sicher sein – und ich habe das schon in der Aktuellen Stunde gesagt –, dass Kollege Landesrat

Stefan Hermann und ich als Gemeindereferentin mit unseren Büros und Abteilung 7 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung im ständigen Austausch und Kontakt mit unseren Gemeinden sind, um uns einerseits wichtige zukunftsweisende Investitionen anzuhören und sie auch zu ermöglichen und andererseits einzelnen Gemeinden bei besonders angespannten Liquiditätssituationen – und die haben wir – womöglich zu helfen. Aber ich denke, wir haben das in der Aktuellen Stunde aus meiner Sicht durchaus auf einer sehr guten sachlichen Ebene bereits diskutiert und ich komme damit zur Beantwortung Ihrer Fragen.

Frage 1: Die finanzielle Lage der Gemeinden ist aufgrund der seit Jahren bekannten gleichbleibenden Einnahmen aus den Ertragsanteilen und der ständig steigenden Kosten täglich auf unserer Agenda. Wir stehen im ständigen Austausch mit den Gemeinden. Mit Hilfe der Bedarfszuweisungen werden die finanzielle Stabilität der Gemeinden sowie die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge gesichert. Bei den letzten Verhandlungen im Finanzausgleich ist es gelungen, dass für das Jahr 2025 eine zusätzliche Finanzausweisung für die österreichischen Gemeinden im Ausmaß von 300 Millionen Euro, steiermarkweit somit 37,36 Millionen Euro zur Auszahlung gelangen. Auch die Mittel aus dem beim letzten Finanzausgleich bereitgestellten Zukunftsfonds für die Elementarpädagogik, die zu 50 % eigentlich dem Land zustehen, wurden über Beschluss der Landesregierung vom 4. Juli 2024 zur Gänze den Gemeinden gewährt. Eine Gesamtsumme von rund 70 Millionen Euro wurde auf sämtliche Gemeinden der Steiermark verteilt, die damit Investitionen wie auch operative Ausgaben – wie auch operative Ausgaben – im Bereich der Elementarpädagogik durchführen können. Dies gilt aufgrund der Vereinbarung mit dem Gemeinde- und Städtebund für die gesamte Dauer der Laufzeit des Finanzausgleichsgesetzes in den Jahren 2025 bis 2028 mit jährlich valorisierenden Beträgen. Die finanzielle Situation der Gemeinden ist auch im Regierungsprogramm mehrmals angesprochen. In Umsetzung eines Punktes des Regierungsprogrammes soll daher bereits frühzeitig mit den Verhandlungen zu einem neuen Finanzausgleich begonnen werden, um die historisch bedingte Benachteiligung der steirischen Gemeinden zu beenden. Jede Steirerin und jeder Steirer muss dasselbe wert sein wie eine Salzburgerin, ein Salzburger, ein Wiener, eine Wienerin u.dgl.

Zur Frage 2: Die Voranschläge 2025 der steirischen Gemeinden wurden von der Abteilung 7 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung erst zum Teil ausgewertet, weil noch nicht alle Voranschläge der Gemeinden in der Abteilung 7 eingelangt sind. Die Frage kann ich deshalb noch nicht beantworten.

Frage 3: Ja.

Frage 4: Im Zeitraum 2021 bis 2024 haben 23 Gemeinden ihre Einstufung in der besten Bonitätsstufe verloren. Es wird darauf hingewiesen, dass im Jahre 2020 aufgrund der Einführung des neuen Gemeindehaushaltsrechts auf Basis des Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 – kurz VRV 2015 –, sowie aufgrund der Corona-Pandemie, keine vollständige Bonitätsbewertung der Gemeinden durchgeführt wurde.

Frage 5: Die Bewertung für das Jahr 2024 ergibt 74 Gemeinde mit der schlechtesten Bonitätsstufe.

Frage 6: Im Zeitraum von 2021 bis 2024 hat sich die Anzahl von Gemeinden in der schlechtesten Bonitätsstufe um 54 Gemeinden verändert. Es wird darauf hingewiesen, dass im Jahr 2020 aufgrund der Einführung des neuen Gemeindehaushaltsrechtes auf Basis des VRV 2015, sowie aufgrund der Corona-Pandemie, keine vollständige Bonitätsbewertung der Gemeinden durchgeführt wurde.

Frage 7: Nein. Siehe Antwort zu Frage 2.

Frage 8: Siehe Antwort 7.

Frage 9: Bekanntlich sind die Zinsen für Darlehen ab der zweiten Jahreshälfte 2022 stark angestiegen, was sich auch in den Ausgaben aller Gebietskörperschaften niederschlägt. Im Zeitraum von 2020 bis 2024 haben sich die Zinsaufwendungen aller steirischen Gemeinden von 28,4 Millionen im Jahre 2020 auf 109,5 Millionen im Jahre 2024 erhöht.

Frage 10: Mit Stand 10. Februar 2025 haben 20 Gemeinden das Land über ihre aktuelle äußerst angespannte Liquiditätssituation informiert. Die Abteilung 7 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung wurde von mir beauftragt, diese Eingaben im Rahmen meiner Zuständigkeit zu prüfen und mir gegebenenfalls geeignete Maßnahmen zur Stabilisierung der Liquiditätssituation dieser Gemeinden vorzuschlagen.

Frage 11: Bei der Beantwortung dieser Frage ist Grundsätzliches auszuführen, wie bereits mehrmals auch bei schriftlichen Anfragebeantwortungen. Nämlich: Als Selbstverwaltungskörper haben die Gemeinden in Österreich grundsätzlich die verfassungsrechtlich eingeräumte Befugnis zur eigenverantwortlichen Besorgung ihrer Verwaltungsagenden. Zur Wahrung und Sicherstellung der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung der Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich existiert eine spezifische staatliche Überwachung, die Staatsaufsicht. Diese Staatsaufsicht ist in der Bundesverfassung als eine Sonderkompetenz im Art. 119a BVG ausgeführt. Nach dieser Bestimmung obliegt das Aufsichtsrecht über die Gemeinden den Behörden der allgemeinen staatlichen Verwaltung.

Im Bereich der Landesvollziehung sind das die Bezirkshauptmannschaften und die Landesregierung. Eine politische Kontrolle der Gemeindeselbstverwaltung durch Bundes- oder Landesparlamente ist verfassungsrechtlich mit Durchbrechung durch die Rechnungshöfe nicht vorgesehen. Das politische Kontrollrecht liegt beim Gemeinderat als allgemeinen Vertretungskörper der Gemeinde. Die Aufsichtsmittel sind Ausfluss dieses Aufsichtsrechts der Staatsaufsicht über die Gemeinden, greifen demgemäß in die Selbstverwaltung der Gemeinde ein und sollen nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit die Selbstverwaltung nur im jeweils geringsten erforderlichen Ausmaß beschneiden. Aufsichtsmittel sind z.B. das Recht zur Informationserhebung durch die Aufsichtsbehörden und die damit korrespondierende Auskunftspflicht der Gemeinden im Sinne von Art. 119a Abs. 4 BVG. Damit sind die Aufsichtsbehörden berechtigt, sich über alle Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches von Gemeinden zu unterrichten. Es ist ihnen eine allgemeine datenrechtliche Informationssammlungsbefugnis eingeräumt. Die Daten, die die Steiermärkische Gemeindeaufsicht von den Gemeinden erhebt und über das sogenannte GEM-Bundsystem auswertet, entstammen diesen Rechten zur Informationserhebung und der Auskunftspflicht nach Art. 119a Abs. 4 BVG und sind daher Teil der Sonderkompetenz der Staatsaufsicht über die Gemeinden. Dies betrifft auch jene Gemeinden, die mittels gesondertem Schreiben der Abteilung 7 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung nach Analyse der Daten über die Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung informiert wurden. Die Feststellung, welche Gemeinden die Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung haben, ist im Kernbereich der Gemeindeaufsicht und ergibt sich aus der Aufbereitung der von den Gemeinden im Rahmen des Kontrollrechts der Landesregierung erhobenen Taten. Eine Weitergabe von spezifischen, von Gemeinden in Wahrung der Gemeindeaufsicht gewonnenen Daten an Mitglieder des Landtags, die auf Basis des Interpellationsrechts Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung befragen, ist daher nach Ansicht der zuständigen Abteilung 7 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung unter Heranziehung einschlägiger wissenschaftlicher Literatur mangels entsprechender verfassungsrechtlicher Bestimmungen und Fehlern der Kontrollrechte der Landtage über Gemeinden nicht verfassungskonform. Eine solche Weitergabe dieser Daten könnte allenfalls durch die betroffenen Gemeinden wegen rechtswidrigen Handelns der Aufsichtsbehörde zu Amtshaftungsansprüchen gegen die Aufsichtsbehörde führen. Gerade eine in der Öffentlichkeit diskutierte Bonitätsbewertung durch die Abteilung 7 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung könnte bei einer Veröffentlichung des Gemeindeamtes zu

bestimmten Konsequenzen, wie z.B. einer Verschlechterung von Darlehensbedingungen, kommen. Das würde einen Schaden für die Gemeinden bedeuten. Jegliches vorsätzliche rechtswidrige Verhalten eines Amtsträgers unterliegt nicht nur der Amtshaftung, sondern letztlich auch dem Prüfungsmaßstab des Missbrauchs der Amtsgewalt nach § 302 StGB, weshalb ich um Verständnis ersuche, dass ich mich bei der Beantwortung Ihrer Fragen entsprechend der Empfehlung der Abteilung 7 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung an den vorgegebenen Rechtsrahmen der Bundesverfassung halten möchte, weshalb diese Frage von mir nicht beantwortet werden kann. Davon unberührt bleiben Fragestellungen der Mitglieder des Landtags über die Art und Weise der Ausübung der Gemeindeaufsicht durch die Landesregierung, wie z.B. die Organisation der Gemeindeaufsicht in der Steiermark, die Prüfungsintervalle bei den Gebarungsprüfungen oder, wie in dieser Anfrage, die Anzahl der betroffenen Gemeinden. Es ist ausdrücklich festzuhalten, dass es nicht am politischen Willen zur Auskunftsverteilung an die Mitglieder des Hohen Landtags über Sachverhalte mangelt, die der Gemeindeaufsicht unterliegen. Es fehlen dafür die rechtlichen Bestimmungen und bietet nach Ansicht der Abteilung 7 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung insbesondere die Bundesverfassung in ihrem fünften Hauptstück, Art. 115 BVG, dafür keine gesetzliche Grundlage. Und ich bitte Sie, dass wir gesetzliche Grundlagen auch einhalten müssen. Das ist in diesem Haus, glaube ich, eine Selbstverständlichkeit.

Zur Frage 12: Es sind laut Mitteilung der Abteilung 7 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung keine Gemeinden mit einem Investitionsrückstau bekannt. Alle von den Gemeinden an das Land in der Vergangenheit herangetragen Projekte, insbesondere im Kinderbetreuungs- und -bildungsbereich, deren Bedarf und Kosten geklärt waren, konnten und können mit Hilfe des Landes und des Bundes realisiert werden.

Frage 13: Bezieht sich auf Frage 12.

Frage 14: Der Abteilung 7 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung liegen keine Meldungen von Gemeinden mit einer Haushaltssperre vor. Eine solche muss der Abteilung 7 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung auch nicht gemeldet werden.

Frage 15: Betrifft Frage 14.

Frage 16: Betrifft Frage 14.

Frage 17: Betrifft Frage 14.

Frage 18: Nein, siehe auch die Antwort zu Frage 2.

Frage 19: Ich verweise auf meine Antwort zu Frage 1.

Frage 20: Einschränkungen beim Kinderbildungs- und -betreuungsangebot sind mir nicht bekannt.

Frage 21: Nein, ich verweise auf die Ausführungen zu Frage 1 und unter anderem auf die dort berichteten Mittel des Bundes bzw. des Landes für die Elementarpädagogik.

Frage 22: Bezieht sich auf Frage 21.

Frage 23: Die Einrichtung der Landesumlage in der Zweiten Republik stellte eine Reaktion darauf dar, dass den Ländern mit dem Anschluss Österreichs zugunsten der finanziellen Ausstattung der Gemeinden alle Besteuerungsrechte, insbesondere die Grundsteuer, die Gewerbesteuer einschließlich der Lohnsummensteuer und die Getränkesteuer, entzogen und nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder zurückgegeben worden war. Das damalige finanzielle Übergewicht der Gemeinden sollte mit der Landesumlage kompensiert werden, weshalb die Länder das Recht bekamen, eine Landesumlage einzuheben. Im Jahr 1948 betrug deshalb die Obergrenze der Landesumlage 20 % der ungekürzten Ertragsanteile der Gemeinde, jetzt höchstens 7,66 %. Das immer wieder zitierte Beispiel Niederösterreichs, wo keine Landesumlage eingehoben wird, ist in einer Gesamtschau deshalb nicht zutreffend, da das Land Niederösterreich die Gemeinden bei der Krankenanstalten-Finanzierung weit höher belastet, als es sie mit der Nicht-Einhebung der Landesumlage entlastet. Die Pro-Kopf-Belastung der niederösterreichischen Gemeinden ist daher insgesamt höher als jene in der Steiermark. Die Steiermark hat aufgrund der Nichtbeteiligung der Gemeinden bei der Krankenanstalten-Finanzierung hinter Burgenland die geringste Belastung der Gemeinden im Transfersaldo zwischen Land und Gemeinden.

Frage 24: Zunächst ist festzuhalten, dass die Verwaltung der Darlehen für die Ortserneuerung – oder wie Sie es nennen, die “Causa der Schuldscheine“ – nach der Geschäftsverteilung der Mitglieder der Landesregierung nicht in meinen Zuständigkeitsbereich fällt. Trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass der Landesrechnungshof im Jahre 2004 – somit vor fast 20 Jahren – diese Causa umfassend geprüft und festgehalten hat, dass die Gewährung von Darlehen anstelle von Förderungsbeiträgen für Zwecke der Ortserneuerung den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprochen hat. Es gibt im gesamten Bericht des Landesrechnungshofes oder in der Diskussion zur Landtagssitzung am 15. Februar 2005 keinen Hinweis, dass die in Form eines endfälligen Darlehens gewährte Sonderförderung nicht zurückzuzahlen gewesen wäre.

25: Ich verweise auf meine Antwort zu Frage 24.

26: Bezieht sich auf die Frage 25.

Vielen Dank. (*Beifall bei der ÖVP und der FPÖ – 15.55 Uhr*)

Dritte Präsidentin Ahrer: Ich erteile Herrn Landesrat Mag. Stefan Hermann das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt.

Landesrat Mag. Hermann, MBL – FPÖ (15.55 Uhr): Vielen Dank Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus, geschätzte Zuseher!

Ja, wie bereits in der Aktuellen Stunde mitgeteilt, ist die Situation der Gemeinden herausfordernd. Aber es sind bereits erste Schritte gesetzt worden, um die Gemeinden effizienter zu machen und die Problemstellungen, mit denen Gemeinden konfrontiert sind, auch anzugehen. So wurde die Forderung nach einem neuen Finanzausgleich bereits nach der Regierungsklausur artikuliert in einem entsprechenden Schreiben und heute wurde auch im Landtag hier noch ein Beschluss gefasst, der diese Maßnahmen bekräftigt. Wir haben uns dazu verschrieben, im Regierungsprogramm Entbürokratisierungsmaßnahmen in Gemeinden voranzutreiben, Dienststellen des Landes, wo es möglich ist, in die Regionen zu bringen und wir haben die Bedarfszuweisungsmittel, diese Zuordnung der Bedarfszuweisungsmittel neu aufgeteilt. Damit ist größtmögliche Transparenz sichergestellt, eine objektive Gleichbehandlung aller Gemeinden und auch ein Signal an die Gemeinden, dass sich zwei Referenten mit allen Gemeinden beschäftigen. Das ist, glaube ich, ein gutes Signal. (*Beifall bei der FPÖ und ÖVP*) Es ist auch Ziel, die Vergabe der BZ-Mittel effizienter zu machen, d.h. die Abteilung 17 entsprechend einzubinden, regionale Projektentwicklungsaufträge zu ergeben. Und diese neue Verteilung der Kompetenzen habe ich auch aktiv an die mir zugewiesenen Gemeinden kommuniziert. Wir haben bereits mit über 40 Gemeinden Kontakt aufgenommen, die unterschiedlichste Projekte vorgestellt haben in dieser Periode, sei es im Bereich der Elementarpädagogik, dem Neu- und Zubau von Schulen, Anschaffung von Feuerwehren, Gemeindetraktoren und vieles, vieles mehr. Und wo es möglich ist, wird schnell und unbürokratisch unterstützt. Und dort, wo Effizienzsteigerungen möglich sind, beispielsweise durch Projektentwicklungsstudien, da wird die Abteilung 17 beratend zur Seite gestellt. Und der Herr Abgeordnete Dolesch hat heute in der Früh bei der Aktuellen Stunde

gemeint, es wäre ja sinnvoller, den Gemeinden quasi diese Bedarfszuweisungsmittel, die ihnen zustellen, gleich so zu geben. Ich glaube, dass eine Projektbegleitung durch die Abteilung 17 sehr viel Sinn auch macht. Ich habe da ein Beispiel, wo eine Gemeinde einen Kindergarten neu errichten wollte, da hat man mit drei Millionen entsprechend kalkuliert und dann ist durch eine Studie der Abteilung 17 rausgekommen, dass man einen bereits bestehenden Kindergarten erweitert und man dann nur die Hälfte der Kosten auch gehabt hat. Also da ist sehr viel Potenzial drinnen, wenn man die Gemeinden im Projekt begleitet und vielleicht schaut, wie man die Mittel effizienter auch einsetzen kann. Und alle Fragen der Dringlichen – und die Frau Landeshauptmannstellvertreter hat es ja schon ausgeführt – können leider nicht beantwortet werden, da einerseits die Daten noch nicht aufliegen bzw. in Prüfung sind und rechtliche Hürden entsprechend bestehen, die eine politische Kontrolle des Selbstverwaltungskörper Gemeinde durch Bundes- und Landesparlamente nicht vorsehen. Und Herr Kollege Reif, ich nehme mir jetzt ein bisschen Zeit, um auf die NEOS insgesamt auch einzugehen. Sie haben da von einem Rollentausch gesprochen. Sie haben gesagt, ja, früher hätte ich auch kritisiert, dass man diese Zahlendaten nicht bekommt hier im Landtag. Ja, das stimmt. Dann habe ich mir erklären lassen, dass es da eine gesetzliche Schranke gibt. Das ist nicht irgendein Spaß, das ist die Bundesverfassung. Und ich glaube, auf diese haben wir alle auch einen Eid geleistet und deshalb kann ich es gut finden oder nicht: Die Situation ist aber so, wie sie ist, Herr Kollege Reif. (*Beifall bei der FPÖ und ÖVP*) Und ich habe ein bisschen schmunzeln müssen, Herr Kollege Reif, wie du gesagt hast, die Opposition ist ehrlich und glaubwürdig und das unterscheidet euch von uns in der Regierung. Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit hast du für dich selbst in Anspruch genommen, Herr Kollege Reif – (*LTAbg. Reif: „Unterschiedliche Auffassungen.“*) Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit hast du gesagt. Und jetzt haben wir uns eine Begründung auch dieser Dringlichen Anfrage angeschaut: Gehst du auf die Causa der Schuldscheine ein? Die Frau Landeshauptmannstellvertreter hat das eh schon erklärt. Und in der Begründung deiner Dringlichen Anfrage steht drinnen: „Die finanzielle Situation in den Gemeinden ist so groß, dass der jahrelange Konflikt um die Schuldscheine dazu führt, dass nun der Bürgermeister der Ramsau zurücktritt und nicht mehr zur Gemeinderatswahl antritt!“ Und dieser Schritt würde verdeutlichen, mit welchen großen finanziellen Belastungen die Kommunen zu kämpfen haben. So, jetzt muss man wissen, dass es da um rund eine Million Euro geht, die im Jahr 2050 zurückzahlen wären und die Gemeinde Ramsau die einzige Gemeinde ist, soweit ich informiert bin, die es nicht geschafft hat, dieses Darlehen entsprechend in den Voranschlag

aufzunehmen und Rücklagen zu bilden. Also das stimmt nicht so ganz, also da ist mit der Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit auch weit gefehlt. Und ich habe auch lachen müssen, als Sie, Kollege Reif ... als der Kollege Könighofer zu Recht von der Verantwortung der Gemeinden auch gesprochen hat. Denn ich glaube, man kann diese großen Herausforderungen, die ja niemand hier herinnen abstreitet, nur gemeinsam lösen – Bundespolitik, Landespolitik und die Kommunalpolitik vor Ort. Da hast du ja nahezu Schnappatmung bekommen, hast du jetzt auch wieder am Rednerpult gesagt, das sei ja unseriös, was da von unserer Seite gesagt wird. Also die Gemeinden kommen ja oftmals unverschuldet in diese Situation, was durchaus auch stimmen wird. Aber die NEOS agieren auch anders. Und du warst, kann ich den Regionalmedien entnehmen, am 24. Jänner 2025 in Bad Radkersburg unterwegs und hast dort mit eurem Spitzenkandidaten für die Gemeinderatswahl eine Pressekonferenz gegeben, wo du sehr wohl den Bürgermeister vor Ort attackierst, wo ihr von einem finanziellen Hochseilakt sprecht. Die Gemeinde hätte jahrzehntelang über ihre Verhältnisse gelebt und das Budget der Stadtgemeinde sei eben nun ein finanzieller Hochseilakt. Es werden dann Projekte kritisiert, ein Citybus und Zollamtsgebäude und der Neue Hauptplatz, und dann erklärt der Bürgermeister Lautner, dass das eigentlich so nicht stimmt, was du sagst, weil die Gemeinde in den letzten Jahren 4,7 Millionen angespart hat und Schulden zurückbezahlt hat. Also ich frage mich, welche Rolle habt ihr? Seid ihr die „Skandalisierer“ in den Gemeinden oder seid ihr die Verteidiger der Bürgermeister? Also diese Frage kannst du uns vielleicht nachher am Rednerpult noch erklären. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Ich bin selbst sieben Jahre lang Abgeordneter gewesen und habe unzählige Anfragen und Initiativen hier eingebracht. Und ich weiß natürlich, dass es auch die Opposition inne hat sozusagen, teilweise zu überzeichnen, zu übertreiben, laut zu sein, dass man auch gehört wird. Das alles hat ja auch seine Berechtigung und gehört da dazu. Aber was man nicht machen kann, und das in speziellen sensiblen Bereichen wie der Kinderbildung und -betreuung, komplett faktenfrei zu agieren und Dinge zu behaupten, die schlichtweg nicht stimmen. Da wird nämlich ein Bild erzeugt in der Gesellschaft das falsch ist. Und du kannst alle Protokolle meiner Reden der letzten sieben Jahre durchlesen: So etwas wirst du nicht finden. Und ihr bringt es ja nachher auch Entschließungsanträge ein und ihr schreibt es auch in der dringlichen Anfrage in der Begründung: Der Ausbau der Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen sei gefährdet. Und der Antrag lautet: Einen Ausbauturbo von Kindergärten und Kinderrippen hätte man gerne. Da wird jeder da herinnen und sagen: „Jawohl, das ist eine gute Sache!“ Und ich bin

keiner, der sich gern mit fremden Federn schmückt, aber in dem Fall mache ich es gerne, weil es einfach lässig ist. Es ist ja sehr viel passiert in dem Bereich der Kinderbildung und der -betreuung unter Werner Amon, unter der letzten Landesregierung, das kann man nicht in Abrede stellen. Und ich habe mir jetzt einmal die Zahlen auch entsprechend angeschaut. Ziel der Landesregierung ist es, einen flächendeckenden Ausbau von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen gemeinsam mit den Partnern, mit den Gemeinden auch sicherzustellen. Alleine im Betriebsjahr 2024/2025 sind 69 Gruppen mehr als im Vorjahr im Betrieb, 457 Kinder werden zusätzlich betreut. In den letzten fünf Jahren sind in der Steiermark 279 Gruppen entstanden und neu in Betrieb genommen worden, 2.369 Kinder werden zusätzlich betreut. Und wenn man sich die Begründung eures Entschließungsantrags auch anschaut, dann steht eben wieder drinnen, wie katastrophal die Situation im Bereich der Elementarpädagogik ist und da ist ein Satz: „Etablierte Träger werfen zunehmend den Hut, wie etwa das Hilfswerk, das im Juni 2024 bekannt gegeben hat, sich als Betreiber von Kinderkrippen und Kindergärten zurückzuziehen.“ Wenn man das liest in deiner Begründung, denkt man sich: „Um Gottes Willen, da brennt der Hut!“ Wenn man sich die Situation anschaut, dann hat es rein wirtschaftliche Gründe gehabt, es gab nämlich einen Abtausch mit WIKI, weil WIKI hat den Bereich Betreutes Wohnen aufgegeben ans Hilfswerk und wechselseitig hat dann WIKI die Kinderbetreuung vom Hilfswerk übernommen. Also es war eine wirtschaftliche Entscheidung zweier Vereine, da hat nicht der Hut lichterloh entsprechend gebrannt. Und auch der Ausblick im Bereich der Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen ist ein sehr, sehr guter. Also im Betriebsjahr 2025/2026 sollen zusätzlich 75 Gruppen mit insgesamt 1.382 Plätzen in Betrieb gehen. Und für die Jahre 2026 und 2027 sollen noch einmal 50 Gruppen mit 881 Plätzen hinzukommen. Im Frühjahr 2025 wird der nächste Call für die Einbringung von Förderanträgen für den Ausbau des Betreuungsangebots durchgeführt. Und es ist davon auszugehen, dass weitere Bauvorhaben zu den Zahlen, die ich jetzt genannt habe, noch hinzukommen. Es stehen Bundes- und Landesgelder in der Höhe von 31 Millionen Euro zur Verfügung. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist schon ein starkes Bekenntnis der Landesregierung auch zu Kinderbildung und -betreuung und das muss man auch wertschätzen, auch wenn man es nicht gern so hört, Herr Kollege Reif. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Du hast ja gesagt, du wärst enttäuscht, du willst Lösungen haben. Du willst Lösungen haben und es ist zu wenig, wenn man dem Bürgermeister die Auskunft geben muss: „Ja, rufen Sie irgendwo an, dann kriegen Sie ein Geld!“ Ja, ich frage mich: Wie soll eine Bedarfszuweisungszuweisung, wie soll das

sonst funktionieren, ohne eine Prüfung durch eine zuständige Abteilung und ein Büro? Ich meine, das weiß ja auch jeder Bürgermeister und jeder Gemeindeverantwortliche hoffentlich, wie diese organisatorische Abwicklung auch ist. Und ich bitte eines im Kopf zu bewahren, Herr Kollege Reif, und ich habe das bei der Aktuellen Stunde auch gesagt: Die Finanzsituation der Gemeinden und die Herausforderungen der Gemeinden zu lösen, das wird ein riesiger Kraftakt werden. Da reichen nicht ein paar kleine, schnelle Maßnahmen, da wird man auch Materiengesetze anschauen müssen. Und ein solches Materiengesetz wird auch der Bereich der Schulassistenzen sein, das ist ein riesiger Kostentreiber, auch ist in den Kommunen. Das wäre ja von der Idee her gut, aber man muss sich wirklich fragen, ob dieses Modell jetzt zweckmäßig ist. Das hört man nämlich von allen Gemeinden und den Bürgermeistern. Wir haben eine Schule in Feldbach, eine Volksschule Feldbach 1: 21 Lehrkräfte, 24 Schulassistenzen. Und das müssen auch die Kommunen und das Land entsprechend zahlen. Auch da wird man sich genau anschauen müssen, wie man entsprechend diese Ressourcen besser und zielgerichteter verteilt, das wollen die Gemeinden, das wollen auch die Direktoren und die Lehrer. Und das wird eine Aufgabe sein im Landtag auch hier einen Interessensausgleich auch sicher zu stellen. Und da kann man dann nicht die Gemeindegasse absetzen und die Bildungsgasse aufsetzen, Herr Kollege Reif, da muss man auch ein gesamtheitliches Bild haben. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Ich freue mich auf jeden Fall auf die vor uns liegenden Herausforderungen, die wir in einer gewohnt sachlichen Debattenführung hier im Landhaus und mit viel Engagement und Anstrengung mit allen Partnern meistern werden und darf jetzt zur Beantwortung der Fragen kommen. Da es die Frau Landeshauptmannstellvertreter ja schon so ausführlich beantwortet hat, werde ich ganz kurz antworten, um einerseits der Geschäftsordnung Genüge zu tun und das Zeitbudget nicht überzustrapazieren.

Frage 1: Die finanziellen Probleme der Gemeinden waren Thema in der Regierungsklausur.

Frage 2: Die Voranschläge 2025 der steirischen Gemeinden werden noch durch die Abteilung 7 ausgewertet. Die Frage kann daher nicht beantwortet werden.

Frage 3: Ja.

Frage 4: Im Zeitraum 2021 bis 2024 haben 23 Gemeinden ihre Einstufung in der besten Bonitätsstufe verloren.

Frage 5: Wie viele Gemeinden werden aktuell mit der schlechtesten Bonitätsstufe bewertet? Die Bewertung für das Jahr 2024 ergibt 74 Gemeinden mit der schlechtesten Bonitätsstufe.

Frage 6: Im Zeitraum von 2021 bis 2024 hat sich die Anzahl in der schlechtesten Bonitätsstufe um 54 Gemeinden verändert.

Frage 7: Nein, die Voranschläge 2025 der steirischen Gemeinden werden noch durch die Abteilung 7 ausgewertet. Die Frage kann daher nicht beantwortet werden.

Frage 8: Hierzu gibt es keine Prognose. Die Voranschläge 2025 der steirischen Gemeinden werden noch durch die Abteilung 7 ausgewertet. Die Frage kann daher nicht beantwortet werden.

Frage 9: Die Zinsaufwendungen aller steirischen Gemeinden haben sich von 28,4 Millionen im Jahr 2020 auf 109,5 Millionen im Jahr 2024 erhöht.

Frage 10: Mit Stand 10. Februar 2025 haben 20 Gemeinden das Land über aktuelle äußerst angespannte Liquiditätssituation informiert.

Frage 11: Aufgrund des Fehlens rechtlicher Bestimmungen kann diese Frage nicht beantwortet werden.

Frage 12: Projekte, insbesondere im Kinderbetreuungs- und -bildungsbereich, deren Bedarf und Kosten geklärt werden konnten und können mit Hilfe des Landes und des Bundes realisiert werden.

Frage 13: Projekte und Investitionen werden in den steirischen Gemeinden ständig durchgeführt.

Frage 14: Der Abteilung 7 liegen keine Meldungen von Gemeinden mit einer Haushaltssperre vor. Eine solche muss der Abteilung 7 auch nicht gemeldet werden.

Frage 15: Keine bekannt.

Frage 16: Keine bekannt.

Frage 17: Keine bekannt.

Frage 18: Die Voranschläge 2025 befinden sich derzeit noch in Prüfung durch die Abteilung 7, daher kann diese Frage nicht beantwortet werden.

Frage 19: Welche Digitalisierung, Entbürokratisierung, Neuverhandlung des Finanzausgleichs, Stärkung der Ortskenne, Prüfung und Evaluierung von Materiengesetzen, die Kostentreiber im Bereich der Gemeindefinanzen sind.

Frage 20: In den Jahren 2023, 2024 wurden von der Abteilung 17 59 Projektentwicklungen abgewickelt und derzeit sind 26 Projektentwicklungsstudien für Zu- und Neubauten von Kindergärten und Kinderkrippen in Auftrag. Es kann also nicht davon gesprochen werden, dass es zu einer Einschränkung des Kinderbildungs- und -betreuungsangebotsausbaues kommt.

Frage 21: Nein, es werden laufend neue Projekte evaluiert und begonnen. Auch der Ausbau der betroffenen Einrichtungen erfolgt ständig.

Frage 22: Ich verweise auf die Frage 21.

Frage 23: Derzeit kann eine Aussetzung der Landesumlage aufgrund der budgetären Situation ausgeschlossen werden.

Frage 24: Es ist festzuhalten, dass die Verwaltung der Darlehen für die Ortsneuerung oder die Causa der Schuldscheine nach der Geschäftsverteilung der Mitglieder der Landesregierung nicht in meine Zuständigkeit fällt.

Frage 25: Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass die Darlehen nicht zurückzuzahlen werden.

Frage 26: Ich verweise auf Frage 25. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und der ÖVP – 16.10 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Ich bedanke mich bei den Regierungsmitgliedern für die Beantwortung dieser Fragen. Ich eröffne nunmehr die gemeinsame Wechselrede zu diesen Dringlichen Anfragen und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsführung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen. Und am Wort ist der Abgeordnete Robert Reif.

LTAbg. Reif – NEOS (16.10 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Frau Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja, danke für die Beantwortung der Fragen. Ich glaube, eines möchte ich vorwegnehmen: Ich verwehre mich ausdrücklich der Tatsache, dass wir NEOS draußen einfach nur diejenigen sind, die überall nur Skandale suchen und nicht objektiv versuchen, auch mitzuarbeiten. Ich glaube, das beweisen viele unserer Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die wir draußen haben, nicht nur wir, sondern auch anderer Parteien tagtäglich, dass sie in den Gemeinden gute Ideen einbringen, dass sie in den Gemeinden mitarbeiten und dass sie definitiv nicht nur die ganze Zeit irgendwelche Skandale suchen oder dergleichen. Ich glaube, das ist schon etwas, das ist eine Anschuldigung, die ich so nicht im Raum stehen lassen möchte. Das

Gleiche ist auch mit „Kappe auf, Kappe ab“, ich glaube, es ist auch unsere Aufgabe als Opposition hier herinnen, einfach zu hinterfragen, gerade bei Themen, gerade wenn es um die Gemeinden geht. Und ich habe es vorher schon gesagt: Mir liegen die Gemeinden am Herzen. Und ja, auch ich bin unterwegs in den Gemeinden, und ja, auch wir machen Presseaussendungen, wo wir Dinge hinterfragen in Gemeinden. Ich glaube, die FPÖ ist da die letzte Partei, die da sagen muss, sie schicken nur Eitelwonne-Sonnenschein-Presseaussendungen aus, weil in den letzten Jahren war es definitiv eigentlich immer so, dass ihr diejenigen wart, die da am lautesten geschrien haben und wo hintennach sehr oft das Thema aufgekommen ist: Naja, vielleicht war es ja nicht ganz so, wie es in der Überschrift gestanden ist. Also ich glaube, auch da muss man schon bei den Tatsachen bleiben: Wo ist man unterwegs? Mit welchen Leuten spricht man? Und wie ist die Auffassung von gewissen Themen? Und ich glaube, das ist auch etwas, was uns da unterscheidet. Und ja, ich habe auch vorher gesagt, weil da angesprochen worden ist, naja, wir würden da nur beschuldigen: „Und ihr da oben und ihr da unten ...“, ich habe gesagt, wir haben unterschiedliche Auffassungen. Ich glaube, das macht es auch aus, dass wir unterschiedliche Auffassungen haben zur Ehrlichkeit und zur Transparenz. Weil das ist etwas: Wir sehen es so, du siehst es so, die SPÖ sieht es wieder anders, die ÖVP sieht es wieder anders. Das ist normal, das ist Demokratie. Und ich glaube, das ist aber auch normal in diesem Haus, dass man dann ehrlich darüber diskutiert, wenn man unterschiedliche Auffassungen hat. Und ich glaube, es ist schon auch ein Zeichen das jetzt Alarm zeigt, wenn man jetzt erfährt, dass 74 Gemeinden – und das ist doch jede vierte Gemeinde in der Steiermark – in der schlechtesten Kategorie der Bonitätsbewertung ist. Das ist ja nicht irgendwas: Jede vierte Gemeinde ist in der schlechtesten Kategorie! Das bedeutet, jeder vierte Bürgermeister in der Steiermark muss sich Gedanken machen, wie er jetzt in Zukunft auch Investitionen tätigt, wie er das schafft, dass der tägliche Bedarf der Bürgerinnen und Bürger abgedeckt wird. Und es ist auch nicht so, dass wir jetzt immerfort sagen: „Alles ist so schlecht und es ist noch nie etwas Gutes gekommen.“ Gerade im Bildungsbereich, ja – und Werner Amon ist jetzt nicht da –, aber da haben wir sehr oft diskutiert und unterschiedliche Meinungen gehabt, aber sind auch in vielen Bereichen doch zu einem Ergebnis gekommen, wo ich sage: Super, klass, dass wir es gemeinsam geschafft haben, dass etwas weitergegangen ist. Es ist noch nicht überall dort, wo es wir in unserer Auffassung gerne hätten, aber trotzdem ist einiges vorangekommen. Und dass es dann gleich vom Hause heißt: „Naja, ihr seid aber diejenigen, die immer sagen, es ist alles so schlecht!“ Ich glaube, das ist auch etwas, was ich so nicht hinnehmen kann. Was für

mich schon auch eine Zahl ist, die ich da noch rausnehmen möchte, das sind diese Zinsgeschichten. Ich glaube, da müssen wir uns wirklich Gedanken machen, wie wir das in Zukunft schaffen, weil wenn von 28 auf rund 109 Millionen in der Steiermark nur die Zinsausgaben für die Gemeinden gestiegen sind, ja dann ist das schon einmal eine Summe – von 28 auf 109! Also mit dem Geld kann man sehr, sehr viel machen, wenn man das irgendwie anders auf die Reihe bekommt, dass man da neu verhandelt, mit Banken verhandelt oder wie auch immer. Also ich glaube, es gibt sehr viel zu tun. Ich verstehe die gesetzliche Schranke, da bin ich voll bei dir. Vielleicht setzen wir uns dann danach noch einmal zusammen und reden darüber, wie das wirklich aussieht. Aber ich glaube trotzdem – und das möchte ich noch einmal betonen: Es ist in Ordnung, wenn wir Dinge hinterfragen, wenn wir Dinge anders sehen und wenn wir der Meinung sind, dass man gerade bei den Gemeinden Dinge einfach anders angeht. Und wir haben da – es wurde ja schon angekündigt – auch mehrere Entschließungsanträge, die ich jetzt gerne einbringen möchte, die auch mehrere Themen beinhalten.

Die Landesregierung wird aufgefordert

1. den steirischen Gemeinden mehr finanzielle Mittel für den Ausbau der Kinderbildung und -betreuung zur Verfügung zu stellen,
2. die Auszahlungsmodalitäten der finanziellen Mittel aus der 15a-Vereinbarung über die Elementarpädagogik so zu überarbeiten, dass diese von Gemeinden einfacher und schneller in Anspruch genommen werden können, um somit auf eine stärkere Abholung der Mittel hinzuwirken sowie
3. einen Finanzierungs- und Umsetzungsplan zum Aufbau eines Netzes von Landeskinderkrippen und Landeskindergärten zu erstellen.

In dem Antrag ist z.B. schon etwas drinnen, was heute auch schon angesprochen worden ist: Entbürokratisierung, gemeinsam schauen, wie können wir das in Zukunft besser lösen, zwischen Land und den Gemeinden auf Schulterchluss auf einer Ebene zu arbeiten, dass wir da wirklich weiterkommen. Und wie gesagt, es ist nicht so, dass nichts passiert ist, aber wir sind der Meinung, da geht noch viel, viel mehr.

Nächster, die Gemeinden haben endlich Lösungen verdient, wo darüber gesprochen wird, wie wir das Ganze schaffen können und das Ganze in einem Entlastungsgipfel.

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert,

1. einen Sofortmaßnahmenplan zur Entlastung der Gemeinden zu entwickeln,
2. einen Entlastungsgipfel für steirische Gemeinden einzuberufen, um mit den betroffenen Gemeinden schnellstmöglich gemeinsame Lösungen auszuarbeiten.

Bei dem Antrag geht es auch wieder darum: Wie können wir gemeinsam Lösungen finden, dass es für alle Betroffenen besser ist? Dass den Gemeinden mehr Geld überbleibt, wo die Gemeinden sagen: „Ja, wir können dort und da was sparen“, wo das Land sagt: „Ja, wir können euch dort und da anderweitig helfen“, wo ist ein Bürokratieabbau und so weiter und so fort. Es braucht aber auch, glaube ich, ein klares Bekenntnis zum Finanzausgleich. Der Finanzausgleich ist heute schon mehrfach gefallen und ich glaube, da muss es in Zukunft einfach eine Änderung geben. Und deshalb auch unser Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zur Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des Finanzausgleichs in Richtung Aufgabenorientierung und einem Ende der finanziellen Benachteiligung der Steirerinnen und Steirer im Finanzausgleich.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene bei den Finanzausgleichsverhandlungen für einen gerechteren Verteilungsschlüssel der Gemeindeertragsanteile zwischen den Bundesländern und für eine Aufgabenorientierung einzusetzen.

Abschließend glaube ich von meiner Seite her, es ist eine Debatte, die wir vermutlich nicht zum letzten Mal da herinnen geführt haben werden. Es ist eine Debatte, wo es um Zukunft geht, wo es um die gesamte Steiermark geht, wo es um Gemeinden geht. Es geht darum, dass wir gerade jetzt – und das sollte bitte nicht missverstanden werden – nicht alles schlechtreden bei den Gemeinden. *(KO LTAvg. Mag. Schnitzer: „Dann müsst ihr andere Anträge einbringen.“)* Wir stehen auch bei den Gemeinden vor Wahlen und ich glaube, es ist wichtig auch zu betonen, dass wir draußen sehr, sehr viele Menschen haben, die motiviert sind, in den Gemeinden etwas voranzubringen, die motiviert sind, Ideen umzusetzen. Aber dann dürfen wir den Menschen keine Planlosigkeit auftischen, indem wir sagen: „Ja, eigentlich haben wir keinen Plan, wie wir das Ganze finanzieren sollten in den nächsten Jahren *(KO LTAvg. Mag. Schnitzer: „Wir haben eh einen Plan.“)* und schaut, was ihr selber daraus macht!“ Ich glaube, es ist wichtig, dass wir es gemeinsam schaffen, für unsere Gemeinden eine Zukunft zu zeichnen, die unsere Steiermark wieder lebenswert macht. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 16.19 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Am Wort ist der Herr Abgeordnete Lambert Schönleitner.

LTAbg. Schönleitner – Grüne (16.19 Uhr): Danke Herr Präsident, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben die Debatte heute im Großen und Ganzen eh geführt, lange geführt, das Thema ist ja nicht anders geworden. Ein paar Dinge möchte ich allerdings schon sagen und da bin ich beim Kollegen Reif, obwohl er sich jetzt am Ende schon fast gefühlt ein bisschen entschuldigt hat, für das, was vorher war. *(KO LTAbg. Mag. Schnitzer: „Das war die erste Einsicht!“)* Ich glaube, es ist schon wichtig, eine höchstmögliche Transparenz, lieber Lukas Schnitzer, in den Gemeinden herzustellen. *(KO LTAbg. Mag. Schnitzer: „Richtig.“)* Das ist nicht für die Opposition wichtig, wir wissen auch immer alles gern, das ist klar, aber es ist in Gemeinden speziell wichtig für die Bürgerinnen und Bürger, was passiert, weil wenn man vorgeworfen hat, man würde skandalisieren – ich sage euch, es hat Zeiten gegeben und die ÖVP kann sich gut daran erinnern, weil da waren wir oft Seite an Seite, da hast du in der Steiermark keinen Skandal im Gemeindebereich suchen müssen, weil da ist alle paar Wochen einer dahergekommen: Trieben, Pöfing-Brunn, Hartberg. Ich sage Hartberg deswegen, weil du weißt ja, was dort los war. *(KO LTAbg. Mag. Schnitzer: „Manche sagen es ohne Wissen, das ist sicher schlimmer.“)* Also es hat schon in einzelnen Gemeinden schwarze Schafe gegeben, das kann man nicht ganz vom Tisch wischen. Und warum ist das wichtig? Ich sage es eh öfter ... *(KO LTAbg. Mag. Schnitzer: „63 Millionen für die Gemeindekassen.“)* kannst du dich dann eh melden. Ich sage es eh öfter, weil es wichtig ist, dass die Gemeinden grundsätzlich, nämlich jene, die anständig, ordentlich, nachvollziehbar und in einer kaufmännischen Sorgfaltspflicht arbeiten, nicht das bezahlen müssen, was die anderen oft noch dazu ... und es hat solche Gemeinden gegeben, mit einer guten Einnahmensituation, das waren gar nicht die Gemeinden, die knapp waren, einfach verwirtschaftet haben. Weil ich habe auch Bürgermeister gehabt, die zu mir gekommen sind und gesagt haben: „Ich verstehe das nicht, die Wirtschaft ist immer gut, aber die anderen, die quasi alles runterladen, kriegen dann immer einen Härteausgleich und wieder Geld am Ende, wenn es schiefgegangen ist.“ Und das verstehe ich gut. Darum müssen wir schon hinschauen bei der Transparenz und bei der Kontrolle im kommunalen Bereich, Kollege Stefan Hermann, dass das besser wird, und da können wir besser werden. Eines habt ihr ja gemacht – möchte ich vorsichtig einmal loben

hier herinnen –, zumindest diese klassische Zuständigkeit, ob es am Ende besser ist, werden wir noch sehen, aber rote Gemeinden zu Roten und schwarze zu Schwarzen, ihr habt es jetzt mit einem Zahlensystem zumindest nach einem sachlichen Kriterium – so ist es zumindest jetzt einmal angekündigt – vorgegeben. Das ist ja eine gewisse Verbesserung, kann man anerkennen, aber in vielen Dingen muss man schon noch etwas tun. Und mir ist es halt auch ein bisschen zu wenig, mir ist völlig klar, rechtlich müssen die Dinge eingehalten werden. In der Bundesverfassung steht: „Die Gemeinden sind autonom“, aber wenn ihr sagt, diese Sachen, diese Daten, die halt schon auch interessant sind: Wie schaut es um die Bonität aus? (KO LTAbg. Mag. Schnitzer: „Da ist die Verfassung wieder wurscht.“) Wie schaut es um Verschuldung aus? Ja, da muss man natürlich schon auch schauen, bei den Bedarfszuweisungen genauso, dass man diese Daten und diese Grundlagen den Bürgerinnen und Bürgern offenlegt. Und wenn es rechtlich nicht geht, was teilweise sein kann oder wo ein rechtliches Problem entstehen kann, dann sollten wir uns, glaube ich, gemeinsam überlegen: Wie können wir das schaffen? Weil ich kann z.B. mit Fördervorbehalten, wenn Gemeinden Geld bekommen, einiges regeln. Ja, ich kann ein Regelwerk machen, dass die Daten und die Fakten ganz direkt bei den Bürgerinnen und Bürgern sind, weil wenn eh alles gut läuft und nichts zu verbergen ist, dann muss man es auch nach außen tragen können. Und mir ist es ein bisschen zu einfach, dass ich sage; „Ja, es hat eh jede Gemeinde einen Voranschlag und einen Rechnungsabschluss.“ (KO LTAbg. Mag. Schnitzer: „Ja, das stimmt ja!“) Wenn wir aber Bedarfszuweisungsmittel in einem dreistelligen Millionenbereich vergeben, dann ist, glaube ich, auch klar, dass der Landtag als Kontrollorgan der Landesregierung natürlich wissen will, eine Liste hat, wohin sie gegangen sind, für welche Projekte, wie das aussieht. Und ich glaube, das können wir herstellen, das ist keine große Geschichte. Das können wir sogar grundsätzlich noch verbessern. Die Sache ist aber die, und dabei bleibt es ja auch grundsätzlich: Gehen tut es ums Geld für die Gemeinden, es ist zu wenig, das wissen wir. Und darum haben wir auch einen Entschließungsantrag, der in Teilen gleich ist wie der der NEOS. Aber man muss schon irgendwann auch sagen, wenn das Geld nicht da ist: „Wo nehmen wir es her?“ Da braucht es eine ehrliche Antwort. Und die Antwort ist aus meiner Sicht – ich wiederhole mich heute noch einmal – nicht ganz die ehrliche oder die nachvollziehbare, wenn ich es vorsichtiger sage, dass ich sage: „Ja, wenn die Wirtschaft wieder läuft und wenn alles wieder floriert, dann haben wir das Geld auch wieder für die Gemeinden.“ Dann haben wir einen Teil, aber es ist über Jahre eine Schieflage entstanden zwischen den Gebietskörperschaften untereinander, aber speziell auch deswegen, weil die

Aufgaben, die erfüllt werden müssen, so nicht mehr erfüllt werden können und da brauchen wir mehr Geld. (*KO LTA*bg. Mag. Schnitzer: „Wir wollen keine neuen Steuern.“) Und darum, glaube ich, wäre es nachvollziehbar, ehrlich und richtig, lieber Lukas Schnitzer, auch zu sagen: „Wir müssen schauen, wo wir für die Gemeinden gewisse Einnahmen lukrieren können.“ Und ich sage da ehrlich, wenn wir die Grundsteuer, die nie angepasst wurde, in einem gewissen Ausmaß anpassen – und die SPÖ ist ja ansonsten auch immer bei der Vermögensteuerdebatte dabei, vielleicht stimmt ihr unseren Antrag eh noch zu –, dann braucht es hier schon auch ganz klar einmal ein Signal, dass wir eine Einnahmensituation verbessern, damit am Ende mehr Geld für das da ist, was wir heute alle da gemeinsam ja auch gefordert haben. Da gäbe es natürlich noch viele Instrumente, ich nenne nur die Grundsteuer als ein Beispiel. Leerstandsabgabe, Zweitwohnsitzabgabe reformieren, modernisieren, vereinfachen, verwaltungsmäßig durchführbar machen, dann kann die Steiermark ihren Gemeinden ein gewisses Geld zurückgeben. Es darf nur am Ende der Verwaltungsaufwand nicht größer sein, als das, was wir einnehmen, sonst haben wir nichts davon gehabt. Aber das ist ja nur eine Frage der Gestaltung. Die letzte Landesregierung hat das ja hier herinnen vorangetrieben. Dann hat es eine Novelle auf Bundesebene noch gegeben. Eigentlich habe ich geglaubt, man würde es novellieren, aber das war am Ende leider jetzt nicht der Fall. Und die jetzige Landesregierung sagt: „Nein, das tun wir auch noch weg, da schauen wir gar nicht mehr.“ Und das ist, glaube ich, grundsätzlich schon der falsche Weg.

Vielleicht nur ganz kurz zu den Schuldscheinen und dieser Problematik, weil da, lieber Kollege Stefan Hermann, geschätzter Landesrat, da bin ich schon ein bisschen irritiert, wenn du sagst: „Warum soll man für die Ramsauer eine Ausnahme machen?“ Auch dein Landeshauptmann hat, glaube ich, jetzt gesagt: „Es wird Gespräche geben“, oder wie man das macht und angeht, aber es ist doch ganz klar, was damals passiert ist. Das war nicht die Schuld der Gemeinden, ich habe mir das ganz genau angeschaut, das war eine sehr oberflächliche Vorgangsweise eines Teils der Landesregierung, die suggeriert hat: „Das wird eh nicht wirksam in eurem kommunalen Budget, das werdet ihr nie zahlen müssen“, (*LTA*bg. Eisel-Eiselsberg: „Warst du dabei?“) das ist dort in den Protokollen so nachzulesen. Lieber Detlev, du kannst nachlesen. (*LTA*bg. Eisel-Eiselsberg: „Brauche ich nicht.“) Ja, im Übrigen war das ja in der Ramsau lange noch unter eurer Zeit, also vorher, wie das ja eigentlich gemacht worden ist. Und grundsätzlich muss man sagen, ist das schon eine Vorgangsweise, wo ich mir erwarten würde, wenn die Regierung als Geber dieser Gelder oder als dieser Zusagen dann hergeht: „Na jetzt hätten wir es aber trotzdem gern wieder dargestellt drinnen

in neuen Rechnungsgrundlagen“, dann muss ich der Gemeindeaufsicht und in dem Fall natürlich den zuständigen Gemeindeferenten die Frage stellen: „Ja, das kann ja nicht sein, dass über Jahre bei Gemeindeprüfungen“, und die Gemeindeaufsicht prüft ja immer noch einen gewissen Prüfplan, „die Gemeinden nie darauf hingewiesen worden sind, jahrelang nicht, dass das eigentlich dort drinstehen muss!“ Dann nimmt man sich quasi die Ausrede her, (*Landesrat Mag. Hermann – Unverständlicher Zwischenruf*) ja, genau, ich komme gleich zu dem – und sagt: „Ja, das ist, weil wir ein neues Haushaltsrecht haben, da müssen wir das jetzt dort hineinschreiben.“ Aber die Frage ist doch eine andere in der Politik, die Frage ist die: Warum hat die Gemeindeaufsicht nicht schon längst zu den Gemeinden gesagt: „Passt auf, da ist eine riesige finanzielle Belastung, die müsst ihr darstellen“? Das hätte man auch schon vor einem neuen Haushaltsrecht natürlich machen können. Nur in keinem Prüfbericht – mir ist noch keiner untergekommen, ich habe mir das genau angeschaut – der Gemeindeaufsicht steht drinnen, dass Gemeinden da irgendetwas nicht ausgewiesen hätten, dass sie das, was Sache ist, nicht dargestellt hätten. Und das macht die Sache für mich schon ein bisschen, sag ich einmal, suspekt oder seltsam, dass man jetzt nicht einmal in der Lage ist und den Fehler eingesteht und sagt: „So wie man damals umgegangen ist als Fördergeber oder mit der Zusage bezüglich Darlehens an die Gemeinden, das war auch unseriös, das war oberflächlich“, das war auch kaufmännisch aus meiner Sicht nicht in Ordnung. Aber ich bin relativ ruhig diesbezüglich, weil es wird ausjudiziert werden, ich bin überzeugt am Ende und ich glaube, dass es da für die Landesregierung nicht ganz gut ausschauen wird. Ja, in dem Sinn geht es um die kommunale Finanzierung. Die Gemeinden sind uns wichtig. Ich darf unseren Entschließungsantrag diesbezüglich hier einbringen.

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert:

1. an die Bundesregierung heranzutreten und von dieser einzufordern:
 - a. die Aufnahme von umfassenden Verhandlungen über einen aufgabenorientierten Finanzausgleich – es gibt so viele Rechnungsberichte, die das wunderbar darstellen, was da wichtig wäre,
 - b. eine Regierungsvorlage über eine Reform der Grundsteuer mit deutlich höheren Erträgen für die Gemeinden;
 - c. die Kommunalsteuer im Hinblick auf negative Effekte zwischen konkurrierenden Standortgemeinden zu evaluieren;

2. den landesinternen Finanzkraftausgleich zwischen den Gemeinden zu stärken und dem Landtag entsprechende Vorschläge für landesrechtliche Finanzkraftregelungen vorzulegen, also dass man das stärker nutzen kann als bisher;
3. dem Landtag eine Überarbeitung des Stmk. Zweitwohnsitz- und Wohnungsleerstandsabgabegesetzes vorzulegen, um die neue Zuständigkeit nach Art. 11 Abs. 1 Z 3 B-VG für eine deutliche Erhöhung der Abgabe zu nutzen und den Vollzug zu erleichtern.

Ich ersuche um Annahme. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 16.29 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Alexander Melinz.

LTAbg. Melinz, Bakk. – KPÖ (16.29 Uhr): Vielen Dank Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmannstellvertreterin, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Damen und Herren Abgeordnete und liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Die heutige Sitzung steht ja eindeutig unter dem Eindruck der finanziellen Situation der Gemeinden. Wir haben ja auch schon die Aktuelle Stunde am Vormittag zu diesem Thema gehabt. Wenn man jetzt die Debatten subsummiert und vor allem auch die Wortmeldungen der Regierungsparteien, zeichnet sich aber meiner Meinung nach für die Gemeinden schon ein gewisses Dilemma ab. Weil, wenn man jetzt etwas verkürzt darstellen darf, was FPÖ und ÖVP gesagt haben, dann ist das einerseits, man will nichts einführen, also keine zielgerichteten Abgaben, die eben den Gemeinden zufließen könnten, man will auch nichts abschaffen oder aussetzen, Stichwort Landesumlage, und man kann nichts verändern, Stichwort Finanzausgleich, weil sich ja de facto seit Jahrzehnten die Finanzausgleichspartner da nicht in dem Sinn einig werden können, dass die Steiermark hier besser gestellt wird. *(KO LTAbg. Mag. Schnitzer: „Wir kämpfen um einen.“)* Kämpfen tun die Regierungen wahrscheinlich oder hoffentlich seit Jahrzehnten, aber herausgekommen ist halt leider nichts in dieser Richtung, *(KO LTAbg. Mag. Schnitzer: „Das stimmt so auch nicht. Es hat einen Strukturfonds gegeben.“)* muss man sagen, zumindest nicht relevant, was die Schlechterstellung der Steiermark im Finanzausgleich anbelangt. *(Beifall bei der KPÖ)* Dementsprechend möchte ich jetzt auch im Zuge unseres Entschließungsantrags noch auf ein paar andere Varianten eingehen, die den Gemeinden da eine gewisse Erleichterung verschaffen könnten, ein paar andere Varianten noch ausloten. Eine betrifft die österreichische

Bundesfinanzierungsagentur: Da ist es ja so, dass diese sich überwiegend mit Liquiditäts- und Schuldenportfolio-Management der Republik, einiger anderer Rechtsträger und der Bundesländer beschäftigt. Die Städte und Gemeinden können aber sich nur dann über diese Agentur finanzieren, wenn sie eben zentral über die Länder Mittel beantragen. Das heißt, es gibt – das sagt auch der Städtebund – gewisse bürokratische Hürden, die man abschaffen sollte oder wo man die gesetzlichen Rahmenbedingungen anpassen sollte, damit eben eine Mittelzuteilung direkt von der ÖBFA an die Städte und Gemeinden möglich wird. Das würde da eben den Kommunen einiges erleichtern, was die Finanzierung anbelangt. Ein weiterer Punkt betrifft die Bedarfszuweisungen, nämlich dass dort eine Berücksichtigung der Kreditzinsen bei der Vergabe erfolgt. Es ist ja momentan so, dass Bedarfszuweisungen oft gestaffelt über mehrere Jahre ausbezahlt werden. Das heißt, die Gemeinden müssen eine gewisse Vorfinanzierung leisten. Für diese Vorfinanzierung müssen sie dann auch Kredite aufnehmen und die Kosten für diese Kredite, das heißt für die Zinsen und andere Fremdmittelkosten, werden allerdings bei den Bedarfszuweisungen dann nicht berücksichtigt, d.h. die Gemeinden bleiben auf diesen Kosten dann sitzen. Das heißt, man sollte unserer Meinung nach die Bedarfszuweisungen entweder zur Gänze ausbezahlen, wenn die Rechnungen fällig sind, oder eben, dass das Land auch die Zinszahlungen dann für den geförderten Teil der Investitionskosten auch übernimmt. Und zwei andere Maßnahmen, die Teil unseres Entschließungsantrags sind, sind ja am Vormittag in der Aktuellen Stunde schon vorgekommen. Das betrifft einerseits den Kostenschlüssel bei den Sozial- und Pflegekosten, der eben unserer Meinung nach zugunsten der Gemeinden verändert werden sollte, (*LTA*bg. *Fartek*: „*Das hilft ja nichts. Wie soll es denn das Land zahlen?*“) und andererseits auch die Befreiung von Abgangsgemeinden von der Landesumlage. Im Übrigen, Herr Kollege Aschenbrenner, haben Sie mich da falsch verstanden. Ich habe nicht am Vormittag behauptet, die Steiermark würde pro Kopf die höchste Landesumlage einheben, sondern dass die Steiermark den höchstmöglichen Prozentsatz bei der Landesumlage gemäß § 7 Finanzausgleichsgesetz einhebt. Diesen Prozentsatz könnte man ja auch senken, andere Bundesländer haben das ja so gehandhabt.

Ich möchte in diesem Sinn den Entschließungsantrag einbringen:

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert:

1. an den Bund mit der Forderung heranzutreten, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit auch Gemeinden und Städte sich über die ÖBFA finanzieren können und die Auszahlung durch die ÖBFA direkt an die betreffenden Gemeinden und Städte erfolgen kann,
2. in der Zwischenzeit dafür Sorge zu tragen, dass die Beantragung von Mitteln für Städte und Gemeinden gebündelt und zentral über das Land Steiermark an die ÖBFA erfolgen kann,
3. Bedarfszuweisungen an die Gemeinden für Investitionen entweder zur Gänze auszubezahlen oder die Darlehenszinsbelastung für die geförderten Investitionskosten mit der Bedarfszuweisung abzudecken,
4. eine Gesetzesnovelle auszuarbeiten, mit der zumindest Abgangsgemeinden von der Entrichtung der Landesumlage befreit werden, und diese dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen und
5. eine Regierungsvorlage über die Novellierung des Steiermärkischen Sozial- und Pflegeleistungsfinanzierungsgesetzes auszuarbeiten, die eine Änderung der Kostenteilung im Verhältnis 70:30 Land/Gemeinden zum Inhalt hat und diese dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Vielleicht noch kurz, weil das jetzt angesprochen worden ist, zur Frage, wie das Land sich das leisten kann und weil ich noch ein bisschen Zeit habe. Es ist ja durchaus so, dass es immer wieder Vorschläge gegeben hat, gerade von Seiten der KPÖ, wie auch das Land durchaus über verschiedene Abgaben da ein bisschen das Geld dort abholen könnte, (*KO LTabg. Mag. Schnitzer: „Ihr wollt die Leute belasten. Das wollen wir nicht.“*) wo es vorhanden ist, nämlich nicht bei den Leuten, aber z. B. bei großen Unternehmen, die von der Infrastruktur profitieren, (*KO LTabg. Mag. Schnitzer: „Unternehmen schon.“*) auch z. B. Einkaufszentren, Stichwort Parkplatzabgabe, die sich das, glaube ich, durchaus leisten können. Und es gibt ja auch die Möglichkeit, dass das Land – und das hat ja der Herr Landeshauptmann Kunasek zuletzt auch in einem Interview gesagt – sich durchaus auch bei der Bundesregierung im Sinne der Menschen in der Steiermark stark machen kann. Und da sind wir natürlich bei einem Thema wie der Besteuerung großer Vermögen, die in Österreich einfach schon seit Jahrzehnten in einer adäquaten Form überfällig ist (*KO LTabg. Mag. Schnitzer: „Ihr wollt einfach die Leute belasten.“*) und das natürlich über den Finanzausgleich dann auch wieder

den Gemeinden und auch den Ländern zugutekommen würde. Danke schön. *(Beifall bei der KPÖ – 16.35 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Als Nächster am Wort ist der Abgeordnete Mag. Stefan Hofer.

LTabg. Mag. (FH) Hofer – SPÖ (16.35 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, liebe Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, insbesondere Frau Landeshauptmannstellvertreterin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich glaube, es war gut, dass wir uns heute intensiv mit der Situation in den steirischen Kommunen beschäftigt haben. Und ich bin der Ansicht, dass das noch sehr oft hier in diesem Haus der Fall sein wird. Die heutige Debatte hat mich da in dieser Ansicht bestärkt. Die grundsätzliche inhaltliche Positionierung der steirischen Sozialdemokratie zum Thema, insbesondere auch was das Aussetzen, das temporäre Aussetzen der Landesumlage betrifft, habe ich heute ja schon im Rahmen der Aktuellen Stunde ausführlich ausgeführt. Ich kann mich daher sehr kurz fassen. Zu den Entschließungsanträgen der anderen Fraktionen kann ich sagen, dass hier diese Entschließungsanträge weitestgehend unsere Zustimmung erhalten werden. Ich beantrage nur zu den Entschließungsanträgen der NEOS mit EZ 268/2, KPÖ EZ 269/2 und der Grünen EZ 269/4 eine punktuelle Abstimmung.

Dann darf ich auch noch unseren eigenen Entschließungsantrag einbringen:

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Gesetzesnovelle zu erarbeiten, die eine kurzfristige Befreiung der Städte und Gemeinden von der Entrichtung der Landesumlage vorsieht, und diese dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Geschätzte Damen und Herren, abschließend: Ich darf jetzt seit 2015 Bürgermeister meiner Heimatgemeinde Turnau sein und trotz mancher Herausforderungen – einige davon haben wir heute diskutiert – möchte ich sagen, dass das eine wunderbare Aufgabe ist, wo man sehr viel lernen kann, viel lernen auch für die Arbeit hier im Hohen Haus. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ – 16.37 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke dir, Herr Abgeordneter. Am Wort ist der Herr Abgeordnete Ing. Bruno Aschenbrenner.

LTabg. Ing. Aschenbrenner – ÖVP (16.37 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen im Hohen Landtag, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich hatte eigentlich nicht vor, mich noch einmal zu Wort zu melden, weil wir uns am Beginn des heutigen Tages schon ausführlicher unterhalten haben. Aber ein paar Dinge möchte ich schon ansprechen und replizieren. Lieber Kollege Lambert Schönleitner, du hast heute von höchstmöglicher Transparenz in den Gemeinden gesprochen. Ich schließe da ein bisschen an beim Kollegen Hofer, der seit 2015 Bürgermeister ist – ich bin es seit 2010. Es macht Spaß, es ist eine großartige Aufgabe mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, die nicht – außer ein bisschen einem kleinem Sitzungsgeld – irgendwo finanziell entschädigt werden für ihre Arbeiten, Gemeinden weiterzuentwickeln. Und höchstmögliche Transparenz leben wir, glaube ich, in den Gemeinden sehr wohl. Wir haben öffentliche Gemeinderatssitzungen, jede Bürgerin, jeder Bürger ist berechtigt, diesen beizuwohnen. Hier werden die Voranschläge besprochen, die Zahlen ganz offen bei uns per Beamer auf die Wand projiziert. Das Gleiche passiert beim Rechnungsabschluss, wo wir dann Rechenschaft auch ablegen, was uns gelungen ist und was uns nicht gelungen ist. Wenn wir heute im Gemeinderat Projekte besprechen, dann muss ich meinem Gemeinderat ganz genau erklären: Wie finanziere ich dieses Projekt? Was können wir aus eigener Kraft stemmen? Wo braucht es Bedarfszuweisungsmittel? Wo müssen wir eventuell durch Aufnahme eines Kredites eine Überbrückung herbeiführen? Und wir haben auch die Bürgerversammlungen einmal im Jahr öffentlich abzuhalten. Dem komme ich auch nach und versuche meine Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu informieren. Und das werden, glaube ich, eine Großzahl der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit ihren Gemeinderätinnen und Gemeinderäten machen. Wenn ich mir die BZ-Gespräche so verinnerliche – bei uns ist es so, dass wir im Vorhinein der Aufsichtsbehörde, dem politischen Büro, die Unterlagen zukommen lassen, welche Projekte wir im nächsten Jahr vorhaben. Das wird im Vorfeld besprochen und wir sind durch die Aufsichtsbehörde bestens begleitet. Da sage ich ein großes Dankeschön an die Herren, weil wir mit der Expertise der Aufsichtsbehörde sehr wohl rechtzeitig darauf schauen können: Wo drückt der Schuh? Wo ist es notwendig nachzuschärfen? Und wo können wir aber mit der Unterstützung des Landes das eine oder andere Projekt doch noch heben? Und es ist schön, in diesem Zusammenspiel auch zu arbeiten. Ja, und dein Sidestep oder dein kleiner Vermerk, lieber Lambert, so in Richtung Grundsteuer und Richtung SPÖ-Vermögensteuer, also Grundsteuer mit Vermögensteuer ein

bisschen so im Einklang zu bringen, war für mich ein bisschen ein spannender Zugang, weil nicht jeder Gartenbesitzer und jeder Häuslbauer ist gleich ein Vermögender, wo wir mit Vermögensteuer diskutieren müssen. Lieber Kollege Melinz, ja, ideenreich ist man immer, wenn man Geld sucht. Parkplatzsteuer ist eine ganz gute Idee, die Einkaufszentren sind ja voll. Die Kommunen selbst haben Parkgebühren eingehoben und dann hat es geheißen, wenn sie Parkgebühren einheben, sind jetzt alle in die Einkaufszentren gegangen. Wenn ich das Einkaufszentrum Arena am Waldfeld in Fohnsdorf hernehme, dort ist es so, dass die ersten Geschäfte auch schließen, obwohl der Parkplatz gratis ist. Dort wird überlegt, Einkaufsgebäude teilweise in Wohnungen umzuwandeln, damit man den Platz nutzt. Also da muss man schon aufpassen, ich glaube, dass wir hier an der falschen Stelle ansetzen. Das Einkaufsverhalten ändert sich grundlegend in vielen Bereichen, nämlich im Onlinehandel, Onlineeinkauf. Und wir werden mit diesen Geschichten das Ganze nicht verbessern. Und lieber Kollege Hofer, ich habe es aufgenommen von dir, das Amt, ja, gebe ich dir Recht, ist ein schönes, immer wieder ein herausforderndes, immer wieder eines, das einem durchaus die eine oder andere Nacht nicht schlafen lässt, aber am Ende des Tages, wenn man mit den Bürgerinnen und Bürgern das bespricht, was man gemeinsam im Miteinander umgesetzt in der Gemeinde hat, dann weiß man, was Heimat bedeutet und was Entwicklung in unseren Gemeinden bedeutet. Noch einmal: Miteinander müssen wir es angehen und dann wird uns um unsere Gemeinde nicht angst und bange sein. Glück auf. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 16.42 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke dir, Herr Abgeordneter. Es liegen mir keine Wortmeldungen vor.

Ich komme Abstimmung der Entschließungsanträge zur ersten Dringlichen Anfrage.

Seitens des Landtagsklubs der SPÖ wurde ein Antrag auf punktuelle Abstimmung zum Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 268/2, betreffend „Ausbauturbo von Kindergärten und Kinderkrippen in steirischen Gemeinden!“ gestellt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Pkt. 1 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von Grün, KPÖ, SPÖ und NEOS, nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Pkt. 2 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, den Pkt. 3 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Stimmen von Grün, KPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 268/3, betreffend „Bekenntnis zu einem zukunftsfähigen und gerechten Finanzausgleich“ ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 268/4, betreffend „Entlastungsgipfel für steirische Gemeinden!“ ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich komme nun zur Abstimmung der Entschließungsanträge zur zweiten Dringlichen Anfrage:

Seitens des Landtagsklubs der SPÖ wurde ein Antrag auf punktuelle Abstimmung zum Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 269/2, betreffend „Gemeinden entlasten“ gestellt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Pkt. 1 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, in Pkt. 2 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren die dem Pkt. 3 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ, SPÖ, NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren die dem Pkt. 4 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren die dem Pkt. 5 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ, SPÖ, NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, Einl.Zahl 269/3, betreffend „Finanzielle Entlastung für Städte und Gemeinden“ ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Stimmen von SPÖ, KPÖ, Grün und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Seitens des Landtagsklubs der SPÖ wurde ein Antrag auf punktuelle Abstimmung zum Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 269/4, betreffend „Aufgabenorientierte finanzielle Lösungen für unsere Gemeinden“ gestellt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Pkt. 1a des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die, Damen und Herren, die den Pkt. 1b des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die, Damen und Herren, den Pkt. 1c des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren den Pkt. 2 des Entschließungsantrages in Zustimmung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren den Pkt. 3 des Entschließungsantrages in Zustimmung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit. Nein, noch einmal: Mit Grün, KPÖ und SPÖ nicht die erforderliche Mehrheit.

Damit sind die Behandlungen der Dringlichen Anfragen beendet.

Damit ist auch die Tagesordnung abgearbeitet. Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste reguläre Sitzung voraussichtlich am 18. März 2025 statt.

Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem d.h. elektronischem Weg eingeladen. Danke für die Disziplin.

Die Sitzung ist somit beendet.

Ende der Sitzung: 16.46 Uhr